

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragenes in die Post-Verordnungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengelösche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 19. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Für das Frauenwahlrecht!

Die internationale Sozialdemokratie rüstet sich zur ersten wichtigen Aktion für die politische Gleichberechtigung des Weibes. Der 19. März ist in Deutschland, Oesterreich, Dänemark und der Schweiz „der Frauentag“, der Tag, an dem die Millionen freiburger, sonnenfehnstüchtiger Proletarierinnen zusammenströmen, um truglich ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht zu fordern: das politische Frauenwahlrecht.

Indem die Massen der Frauen sich um das Banner der Sozialdemokratie scharen und Einfluß begehrend an die Tore der Parlamente pochen, ist eine der Hauptforderungen des sozialdemokratischen Programms mitten in den Vordergrund des proletarischen Kampfes gerückt.

Dieser Vorgang legt Zeugnis ab über zwei wichtige Tatsachen: Ueber die geschichtliche Einsicht und den sozialen Gerechtigkeitsinn der Sozialdemokratie und über den hohen Grad politischer Reife weiter Schichten des weiblichen Proletariats.

Die sozialistische Geschichtsauffassung und die praktische Erfahrung, die wurzelt in der unaufhaltsam vorwärtsschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, waren dabei für beide der Lehrmeister. Dank der wirtschafts-technischen Entwicklung der letzten Jahrhunderte ist dem Weibe die produktive Arbeit, die es im Einzelhaushalt als einer sich selbst genügenden Wirtschaftseinheit verrichtete und die ihm sowohl Lebensinhalt als auch Lebensunterhalt verbürgte, genommen worden. Durch materielle und geistige Not ist die Frau hinausgetrieben worden in die Erwerbsarbeit, ist sie zum dienenden Glied geworden in dem erbarmungslosen Produktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft.

Damit war die Arbeit und die Stellung des Weibes, im weiteren Verfolg auch sein Bewußtsein revolutioniert, nicht aber der Kreis seiner Rechte erweitert. Dem zum Bewußtsein seiner Persönlichkeit erwachten Weibe, dessen Denken und Fühlen, dank seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit von der Familie, vom Manne, gewandelt, dessen Gesichtskreis erweitert ist, erscheint es alsbald als ein bitteres Unrecht, als eine drückende Fessel, als Minderberechtigte neben dem Manne zu stehen, wo es die Gleichverpflichtete ist. Pochend auf seinen wichtigen, unentbehrlichen Anteil, den es am gesellschaftlichen Produktionsprozeß nimmt, verteidend auf die Pflichtleistung der Mutterchaft, die unter den Peitschenhieben der Not oft genug zu einem furchtbaren Martyrium wird, fordert es nachdrücklichst seine volle soziale und politische Gleichberechtigung. Diese Forderung der Frau wird um so dringlicher, wenn die Erfahrung sie täglich aufs neue lehrt — ganz gleich ob sie Erwerbstätige oder Hausmütterchen —, daß die vier Wände ihres Hauses (das nach dem Gebete der Phylister ihre Welt sein soll) sie nimmer schützen gegen den Einfluß politischer Einrichtungen und Maßnahmen, daß vielmehr ihr Leben, im Guten wie im Bösen durch vieltausend Fäden verknüpft ist mit diesen; daß viele dieser Einrichtungen ihrer Lebensentwicklung und -betätigung Schranken errichten, die es erst mit Hilfe des Wahlrechts zu beseitigen gilt.

Mitten im tosenden Daseinskampf stehend, lernt vor allem die Proletarierin das politische Wahlrecht als soziale Lebensnotwendigkeit werten. Ganz gleich, ob sie als Erwerbstätige den Kampf zu führen hat gegen Hungerlöhne, hinter denen die Prostitution und das Verbrechen grinsend ihr Haupt erheben, und sie bei diesem Kampfe inne wird, wie sehr das Koalitionsrecht einer Festigung und Erweiterung bedarf; oder ob sie bei dem schmerzreichen Konflikt, in den die Verbindung von Beruf und Mutterchaft das Weib treibt, die unzureichende kommunale Fürsorge für Mutter und Kind, den völlig versagenden Arbeiterinnenschutz beklagt; oder aber, ob sie als Hausfrau sich windet unter den Geißelhieben der wahnwichtigen Zoll- und Steuerpolitik, immer wird sie sehnsüchtigen Herzens die Hand ausstrecken nach dem politischen Wahlrecht als der Waffe, mit der sie ihre Interessen schützen könnte.

Als kraftvolle Persönlichkeit verlangt die Frau nach vollem Bürgerrecht, um in politischer Aktivität ihre Kräfte zu gebrauchen und zu entfalten, um Bürgerpflichten ühend, Bürger-tugenden entwickeln zu können. Sie weiß, sie selbst wird dabei als Persönlichkeit gewinnen und nicht minder die Gesellschaft, in der sie als Vollbürgerin tätig ist; deren Kultur durch das, was weibliche Eigenart zu geben vermag, Differenzierung und Bereicherung erfährt.

Als Sozialistin macht die Frau ihren Rechtstitel auf das aktive und passive Frauenwahlrecht zeltend, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft,

die allein das volle Menschentum dem Weibe verbürgt. Der Kampf um die politische Macht schließt natürlich ein: Den Kampf um Reformen, die das Proletariat widerstandsfähiger machen und es damit um so mehr befähigen, seine geschichtliche Aufgabe erfüllen zu können. Damit hat die Forderung des Frauenwahlrechts erhöhte Bedeutung erhalten für den Klassenkampf des Proletariats, das in der politisch mündigen Frau einen mächtigen Bundesgenossen bekommt. Bei den sich fortgesetzten Klassenkämpfen ist ein solcher Bundesgenosse nicht nur herzlich willkommen, sondern er wird unentbehrlich.

Siegreich setzt sich denn auch mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß alle Glieder des Proletariats sich bewußt und freudig zum Kampfe stellen müssen. Ist, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, das Frauenwahlrecht wichtig für den Klassenkampf, weil es das Weib als Gleichgerüstete neben den Mann stellt, so nicht minder deswegen, weil es ein vorzügliches Mittel zur politischen Erweckung, Sammlung und Erziehung bisher Indifferenten ist.

Erklärlich genug: Mit der politischen Mündigkeitserklärung des Weibes wird es sofort in den Strudel der politischen Agitation gezogen. Um eine Stimme zu erhalten, werden alle Parteien es umwerben. Das Bewußtsein, mit dem Stimmrecht ein politisches Machtmittel in Händen zu haben, wird gleichfalls sein politisches Interesse beleben und seine weitere Schulung erleichtern.

Zu der geschichtlichen Einsicht und dem sozialen Gerechtigkeitsinn, die in der Sozialdemokratie die konsequente Vorkämpferin für die politische Gleichberechtigung des Weibes erstehen ließen, kommt also gegenwärtig noch das praktische Bedürfnis ihres Befreiungskampfes: Ihre Heerscharen zu sammeln und sie wohlgerüstet zu setzen.

Die Sozialdemokratie ist aber auch die einzige politische Partei, die machtvoll und geschlossen den Kampf für das Frauenwahlrecht führt, während die bürgerlichen Parteien mehr oder minder schrofse Gegner sind, unter denen nur ganz vereinzelt sich ein weißer Hahn findet. Selbst die Linksliberalen konnten auf ihrem Einigungskongreß sich nicht entschließen, die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Programm aufzunehmen. Ihr Verhalten erwächst in der Hauptsache aus denselben praktischen Erwägungen, die das Proletariat zum Preisfechter für das Frauenwahlrecht werden ließ: Weil das Frauenwahlrecht in der Hand der Proletarierin zur wirksamen Waffe im Klassenkampfe wird, ist es in den Augen der bürgerlichen Parteien ein Greuel. In der Furcht vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse, in dem Haß gegen ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, wurzelt weit mehr die bürgerliche Feindschaft gegen das Frauenwahlrecht als in dem sozialen Gegensatz zwischen dem Mann und dem Weibe der bürgerlichen Klassen. Diese Tatsache ist eine Bestätigung der sozialdemokratischen Einsicht, daß die einzige Gewähr für die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens die Stärkung der Sozialdemokratie ist.

Sie hat zu vollenden was bürgerliche Schwäche, Unenschlossenheit und die Furcht vor dem sich schüchtern regenden Proletariat in den Revolutionsjahren unterließ und wozu das Bürgertum angesichts der Stärke und der politischen Reife der Arbeiterklasse heute weniger denn je Neigung hat.

Diese Lage der Dinge bedeutet aber auch eine Bestätigung der sozialistischen Erkenntnis, daß die Eroberung der politischen Mündigkeitserklärung des Weibes und seine endgültige Befreiung lediglich das Werk des geeinten Proletariats sein wird, das damit auch auf diesem Gebiete sich als der beste und zuverlässigste Kulturträger erweist. Was im Sturmgebraus der Revolution von einigen Zukunftsdenkern als ideale Forderung der Demokratie erhoben ward: die politische Gleichberechtigung der Frau, ist zum Ausdruck des Massenwillens der internationalen Sozialdemokratie geworden. Wo immer sie ihre Banner entfaltet, wird auch um Frauenrechte gerungen.

Der Frauenwahlrechtstag, der dem Gesamtwillen der Sozialdemokratie demonstrativen Ausdruck geben soll, er wird damit zu einer machtvollen Kundgebung der sozialistischen Internationale für das volle Bürgerrecht des Weibes und gleichzeitig zu einem Ehrentag der Sozialdemokratie.

Für die Massen der Frauen, die Rechte fordernd zusammenströmen und sich kampfbereit in die Schlachtreihen des Proletariats stellen, wird der Frauentag zu einem glänzenden Bekenntnis zum Sozialismus, als dem Freiheitbringer der Menschheit!

Frauen! Gestaltet Euren Tag zu einer machtvollen Demonstration!

Außerordentlicher Preußischer Fortbildungschultag.

Unter ungemein zahlreicher Beteiligung fand heute nachmittag im Lehrervereinshaus ein außerordentlicher preußischer Fortbildungschultag statt, um zu dem Gesetzentwurf betreffend die Einrichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen Stellung zu nehmen.

Fortbildungsschuldirektor Haese-Charlottenburg, der die Verhandlung leitete, bemerkte einleitend: Die Versammlung dürfte wohl nicht unberufen ihr Wort zu dem Gesetzentwurf erheben. Die Vertreter der Verwaltung, des Handels, des Gewerbestandes und der Fortbildungsschulen selbst hätten als Sachleute die unabweisbare Pflicht, kundzugeben, was für die Bildung und Erziehung des werktätigen Teiles unseres Volkes notwendig erscheint. Die Versammlung werde sich der Tragweite ihres Beschlusses um so mehr bewußt sein müssen, als die Zukunft über ihre Daten und deren Wirkung zu Gericht sitzt. Die Schwierigkeit voller Schulgesetzgebung sei darin zu suchen, daß die politischen Parteien besonders

Stützpunkte für ihre Anschauungen in der Schule gewinnen möchten. Dazu dürfe und könne sich aber die Schule nicht hergeben, die ihre Fundamente in der Pädagogik sucht, und die mit Herzfeld und Pestalozzi die sittliche Erziehung, die Emporbildung aller im Menschen schlummernden Kräfte zu neuer Menschlichkeit zu erreichen strebt. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß auch dieses Gesetz durch Hineinbringung politischer Fragen zum Gegenstande des Streites der Parteien werde. Demgegenüber erheben die Versammelten im Voraus ihre Stimme. Vor den Toren der Fortbildungsschule, in der die Jugend des künftigen Volkes, sorgfältig behütet und gepflegt, erst heranreifen soll, möge Parteihader, Parteitaktik und Parteierziehung endgültig Halt machen.

Der vorliegende Gesetzentwurf — sagte der Redner — wirft auch seine Schatten auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes voraus. Die wirtschaftliche Lüstigkeit und Sparrkraft eines Volkes ist neben der sittlichen Höhe von einer gründlichen allgemeinen und beruflichen Bildung abhängig. Eine solche Bildung und Erziehung unserer werktätigen Jugend in Ansehung der Zukunft und des Wohlstandes unseres Staates durch ein Gesetz zu gewährleisten, ist eine wirtschaftliche, soziale und sittliche Pflicht.

Wir begrüßen deshalb freudig einen Gesetzentwurf, der allen notwendigen Kleinreife beseitigend, das Fortbildungsschulwesen des preussischen Staates in bewährten Formen auf eine einheitliche Basis bringt. (Lebhafte Beifall.)

Oberbürgermeister Dreifert-Brandenburg a. S. begründete darauf eine Reihe Abänderungen. Der Redner betonte ganz besonders die Notwendigkeit, den Fortbildungsschulunterricht dem praktischen Leben anzupassen.

Väter-Obermeister Kabsch-Verlin trat dem Vorredner bei und bezeichnete es als notwendig, den Religionsunterricht und Turnunterricht in der Fortbildungsschule nicht zwangsweise einzuführen. — Direktor Garmann-Berlin beantragte, zu beschließen, anstatt: „Jede Gemeinde, die 10 000 Einwohner und mehr zählt“, zu sagen: „5000 Einwohner und mehr“ zählt oder 20 Schüler haben würde. — Oberbürgermeister Cuno-Pagen i. B.: Er halte den Turnunterricht in der Fortbildungsschule für dringend geboten. Es würden in Zukunft höhere Anforderungen an das Gees gestellt werden. — Geheimrat Regierungsrat Dr. v. Seefeldt (vom preussischen Handelsministerium): Die Regierung habe die Zahl 10 000 Einwohner in den Entwurf angenommen, da dies eine Vermehrung

von 88 000 Fortbildungsschülern und dementsprechend eine große finanzielle Belastung bedeute. Den zwangsweisen Turnunterricht könnte eine vernünftige Regierung — und Sie halten doch die preussische Staatsregierung für vernünftig (Gelehrte!) — nicht für die Fortbildungsschulen empfehlen. Es sei notwendig, die Einführung des Turnunterrichts den Gemeinden zu überlassen.

Es gelangten schließlich der Antrag Hartmann und ferner der Schlußsatz des § 1 in folgender Fassung: „Zu den Aufgaben der Fortbildungsschule als einer Stätte der Volkserziehung gehört außer der Förderung der Berufsbildung auch die staatsbürgerliche Erziehung einschließlich der Körperpflege und der Erziehungsaufgaben der Fortbildungsschule, und hält sie nur in enger Verbindung mit der Fortbildungsschule für durchführbar. Zur Lösung dieser Aufgabe sind staatliche Mittel nötig, die im Interesse einer zweckmäßigen Verwendung so wie bisher dem Handelsminister zur Verfügung stehen müssen.“

Bezüglich der gesetzlichen Festlegung der Schulpflicht entspann sich eine längere lebhafte Auseinandersetzung. Lehrerin Altknecht-Berlin sprach im Namen der preussischen Frauen der Staatsregierung Dank aus. Das sei wirklich eine soziale Pflicht. Die Frauen in Preußen seien mit 2,1 Millionen an der deutschen Industrie beteiligt. Es sei deshalb notwendig, Mädchenfortbildungsschulen zwangsweise einzuführen, damit im Interesse der Mütter auch die Frauen höhere Löhne erhalten. (Lebhafte Beifall.)

Es wurden mehrere Anträge gestellt und sämtlich abgelehnt. Darauf wurde auf Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses beschloffen:

„Nach der gesetzlichen Festlegung der Schulpflicht für die männliche Jugend wird erwartet, daß die Einführung der Schulpflicht für Mädchen nach § 10 dieses Gesetzes von den Gemeinden und dem Staat beschleunigt wird, und daß der Staat die Gemeinden bei Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen nach denselben Grundsätzen finanziell unterstützt, wie die Fortbildungsschulen für die männliche Jugend.“

Ferner gelangt folgender Antrag des Bürgermeisters Dr. Schulz-Altona als Zusatz zu § 5 zur Annahme:

„Für Gemeinden, die an andere Bundesstaaten grenzen, kann die Aufsichtsbehörde von der Fortbildungsschulpflicht Personen befreien, welche in anderen Bundesstaaten von der Fortbildungsschulpflicht frei sind.“

Es wurden noch eine Reihe weiterer Bestimmungen angenommen und darauf der Fortbildungsschulitag geschlossen.

Agrarische Hengste.

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ ist in ihren Wahlkämpfen auf ein drohendes Mandat verfallen, um das Zusammengehen von Sozialdemokratie und Freisinn bei Stichwahlen zu hintertreiben. Sie ist in einem selbsttätigen eine Portion Liebenswürdigkeiten auf, die die beiden Parteien sich in ihrem gegenseitigen Kampfe gegolgt haben, wohl in der nahen Hoffnung, damit Stichwahlabkommen bereiten zu können.

Es muß wirklich sehr bedenklich um die junckerlichen Wahlausichten stehen, wenn sich die „Deutsche Tages-Zeitung“ von so kindlichen Mädchen irgend einen Erfolg verspricht. Oder glaubt sie wirklich, daß innerhalb des Freisinn oder der Sozialdemokratie auch nur ein Mensch vergessen hätte oder auch nur für die Zukunft bereden könnte, welche politischen Differenzen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie bestehen? Die Sozialdemokratie ihrerseits nimmt ganz selbstverständlich kein Wort der Kritik an, die sie je an dem reaktionären Gebaren des Block-Freisinn zu üben hatte, und ebenso wenig verzichtet sie darauf, jederzeit von neuem eine solche rücksichtslose Kritik zu üben, sobald das Verhalten des Freisinn dazu Veranlassung gibt. Und umgekehrt erwartet sie auch vom Freisinn nicht, daß er in seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie sich auch nur die geringste Reserve auferlege. Worauf es einzeln ankommt, ist, ob der Freisinn bei den nächsten Wahlen lieber mit der Rechten zusammengehen, wie bei den Hottentottenwahlen die agrarische Reaktion unterstützen will, oder es für liberaler hält, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Juncker aufs Haupt zu schlagen.

Es wäre uns ein Leichtes, nach der Methode des Viertel-Organs den äppigsten Blumenstrauch von Liebenswürdigkeiten zu winden, die sich Freisinn und Juncker gegenseitig dediziert haben. Solche Kindereien überlassen wir aber neidlos der „Deutschen Tageszeitung“. Wir geben es durchaus der Entscheidung des Freisinn anheim, ob er sich die Empörung der Volksmassen zumutet machen und gegen die Juncker schlagen oder ob er lieber, aller politischen Vernunft zuwider, mit den Junkern gehen und deren Schicksal teilen will.

Da nun der Freisinn in Sieben-Ridda Einsicht genug bewiesen hat, die Parole gegen den Antisemitismus auszugeben, ist die „Deutsche Tageszeitung“ vollends aus dem Häuschen geraten. Sie kommt jetzt gar mit Zitaten, um dem Freisinn vor der Religions- und Kirchenfeindschaft der Sozialdemokratie gruselig zu machen. Das ist um so lächerlicher, als das Viertel-Organ selbst erst vor ein paar Tagen darüber gezelet hat, daß es dem Freisinn in zwölf Wahlkreisen möglich gewesen sei, Geistliche als Kandidaten aufzustellen. Die Geistlichen sollten doch erkennen, daß der Freisinn im Grunde seines Herzens nichts weniger als ein Freund der Religion und Kirche sei! Und heute soll sich der also gekennzeichnete Freisinn seinerseits über die Glaubenslosigkeit der Sozialdemokratie entsetzen?!

Daß die Sozialdemokratie Trennung von Staat und Kirche fordert, ist ebenso bekannt als die Tatsache, daß sich die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Anhänger nicht zu den religiösen Dogmen bekennt. An dem letzteren Umstand aber kann doch der Freisinn um so weniger Anstoß nehmen, als sich — um nur einige Beispiele zu erwähnen — weder der Professor Garnatz, noch der Pfarrer Jarbo zu dem Glauben an die apokalyptischen Glaubenssätze, d. h. die Gotttheit Christi, zu bekennen vermögen! Und da will man es den Anhängern der Sozialdemokratie verübeln, daß sie ein Recht für sich beanspruchen, das doch selbst die liberale Theologie für sich in Anspruch nimmt?!

Wenn aber das Agrarierblatt, dessen Christentum sich in der Vertretung des schamlosesten Prots und Fleischwunders und der Schwärmerie für die Prügelstrafe so überwältigend betätigt, die Sozialdemokratie zum Schluß des „Klassenhasses“ bezichtigt, so wollen wir es doch an das Wort des von „allerhöchster“ Stelle protegierten Professors Deltzsch erinnern, wonach die religiöse Orthodoxie heutzutage so vielfach dazu mißbraucht wird, um den streupelosesten Klassenegoismus zu beschönigen! Der Mann kannte unsere Juncker!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. März 1911.

Reichsgesundheitsamt.

Aus dem Reichstag, 18. März. Als der Etat des Reichsamts des Innern bis zum Reichsgesundheitsamt gebracht war, gab es, wie alljährlich, eine große Debatte über

die Gesundheitszustände im Reich und zwar sowohl über die bei den Menschen wie beim Vieh, denn die Agrarier legen sich auch diese Gelegenheit nicht entgehen, agrarische Interessen zu fördern.

Die Verheerungen, die die Tuberkulose im Volke anrichtet, wurden vom Genossen Jietzsch zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht, um nachzuweisen, wie unsagbar dürrig die zur Bekämpfung dieser verheerenden Krankheit angewandten 100 000 M. sind gegenüber den 1 1/2 Milliarden, die für den Militarismus verpulvert werden. Näher wies dann Jietzsch an der Hand statistischer Tabellen nach, wie besonders die Tuberkulose eine Berufs- und Gewerbestraffe bei den Glasschleifern und Porzellanarbeitern ist. Diesen Uebelständen gegenüber vernachlässigt die Regierung die Möglichkeit prophylaktischer Maßregeln. Im Zusammenhange damit erwähnte Jietzsch auch, daß die sächsische Regierung die Beteiligung der Gewerkschaften an der geplanten Hygiene-Ausstellung in Dresden, insbesondere die Veranstaltung einer Heimarbeiterausstellung vereitelt haben.

Der Staatssekretär Debrück lehnte ein Eingehen auf die Hygiene-Ausstellung ab, da das Reichsamt des Innern nicht zuständig sei; ein sächsischer Kommissar suchte das Verhalten der sächsischen Regierung zu rechtfertigen, seine Darstellung des Falles bestätigte aber nur die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik.

Den Bemühungen verschiedener Agrarier, eine möglichst dichte Grenzsperrung als Abwehrmaßregel gegen die Maul- und Klauenseuche zu erwirken, trat Genosse Lehmann entgegen, indem er betonte, daß für die Agrarier in Wirklichkeit nur der Wunsch maßgebend sei, die Viehpreise in die Höhe zu treiben.

Als die Debatte über das Reichsversicherungsamt geschlossen war, wollte die Mehrheit versuchen, den Gescheiterten über die abermalige Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversicherung zwischen durch in erster Lesung zu erledigen. Genosse Hoch erhob Widerspruch dagegen, indem er die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte. Da keine Mehrheit mehr anwesend war, genügte diese Drohung, um die Zurückstellung der Vorlage zu bewirken.

Beim Reichsversicherungsamt wurde vom Genossen Sachse die überlangedachte Knauferei gegenüber den Arbeitern gerügt, während im Gegensatz dazu das Reichsversicherungsamt sehr freigebig sei mit der Vergebung von Baugelbern an allerhand private Wohlfahrtsvereine, so an einen Bauverein der Beamten des Fürstenblech. Der Regierungsdirektor Herr Caspar suchte diesen Vorwurf zu entkräften durch den Einwand, der Fürst Blech möge zwar ein reicher Mann sein; seine Beamten seien aber doch arme Leute.

Eine Anzahl Resolutionen zum Reichsgesundheitsamt wurden angenommen, darunter eine sozialdemokratische, die Untersuchungen zur Bekämpfung der gewerblichen Bleierkrankungen verlangt.

Am Montag geht die Debatte weiter.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt am Sonnabend den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichszu- wachsteuer-gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Der Entwurf beschränkt sich auf die landesgesetzliche Regelung der Frage des Rechtsmittels und der Beteiligung der Gemeinden und Kreise an den für sie bestimmten Steueranteilen. Genosse Pirsch wies namens unserer Fraktion nach, daß der Entwurf in mancher Beziehung Verschlechterungen zur Folge hat; er verlangte ferner, daß den Gemeinden das Recht der Erhebung von Zuschlägen gegeben wird, und daß der Staat von der ihm durch das Reichsgesetz eingeräumten Befugnis Gebrauch macht und durch Landesgesetz die Steuerfreiheit der Landesfürsten und Landesfürstinnen aushebt. Die Regierung äußerte sich zu diesen Anregungen nicht. Interessant war es übrigens, daß von konservativer Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, auch die Gültigkeits- an den Erträgen nissen der Zuwachsteuer zu beteiligen — ein nettes Zeichen agrarischer Begehrlichkeit, die unser Bedner gebührend brandmarkte.

Hierauf beendete das Haus die kürzlich abgebrochene Beratung des Etats des Finanzministeriums, der wiederum Anlaß zu einer lebhaften Debatte über den Kurs der Staatspapiere und über die Lage der Altrentner gab, die nach dem Willen der Regierung trotz der glänzenden Finanzlage des Staates weiter hungern sollen. Zwischen durch brachten die Polen wieder Beschwerden vor, die, obwohl sie durchaus berechtigt sind, doch von der Regierung als unbegründet bezeichnet werden. Der Finanzminister Dr. Lenke hielt dieselbe Volentende, die seine Amtsvorgänger seit mehr als 10 Jahren hergeleiert haben. Die Folge zu dieser Rede scheint im Finanzministerium vererbt zu werden. Natürlich bewilligte das Haus den Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten, obwohl die Regierung über die Verwendung keine Auskunft gab.

Die Kosten für die Unterhaltung des Berliner Tiergartens und für das neue Opernhaus gaben den Konservativen auf neue Gelegenheiten, ihrem Haß gegen den „Wasserkopf“ Berlin Ausdruck zu verleihen.

Am Montag beginnt die Beratung des Etats der Bergverwaltung.

Persönliche Reibereien in der Zentrumsfraktion.

Die „Germania“ enthielt gestern eine offenbar fraktionsoffizielle Erklärung zum Fall Heim und Hänsler. Die der „Germania“ von „zuständiger Seite“ übermittelte Zuschrift teilt zunächst mit, daß in der dem Abg. Heim nahestehenden bayerischen Zentrumspresse der Vorwurf erhoben werde: „Die Zentrumspreußen und ihre bayerischen Nachläufer suchten Dr. Heim kaltzustellen. Wesentlich ergebe es seinem Freunde, General Hänsler; bisher sei er stets als militärischer Sachverständiger in die Budgetkommission geschickt worden, diesmal habe man ihn ausgeschaltet!“ Die liberale Presse habe diese Vorwürfe ausgegriffen und benutze sie zu Angriffen auf das Zentrum. Die Erklärung fährt dann fort:

„Die Zustände, von welchen jene Artikel sprechen, haben ihre Wurzel darin, daß Dr. Heim leider fast niemals in Berlin anwesend ist, und das sogar in Wintern, in welchen der bayerische Landtag ihn nicht abhält, weil er nicht tagt. Herr Dr. Heim kommt in der Regel nur dann nach Berlin und in den Reichstag, wenn ihn eine Frage persönlich interessiert und er eine Rede dazu halten möchte. Aber auch wenn er in Berlin weilt, vermeidet er es seit einiger Zeit, die Fraktionsitzungen zu besuchen. . . . Wir unter kommt Dr. Heim erst nach Berlin, wenn die Fraktion sich bereits über eine Frage ausgesprochen und Beschluß gefaßt hat, und dann kehrt er es gern, im Plenum eine Sonderanfrage zu vertretzen. Dieser Zustand ist sehr bedauerlich und erschwert der Zentrumskolonnen, auf deren Programm Dr. Heim gewählt ist, die Verhandlung der Bewährte.“

Was die Fleischnotbedatte betrifft, so wollte Dr. Heim zur betreffenden Fraktionsitzung nach Berlin kommen. Die Sitzung war auf 8 Uhr abends angesetzt und wurde dann einige Stunden früher abgehalten, so daß er zu spät in Berlin eintraf. . . . In jener Sitzung wurde abgestimmt, wer die Fraktion bei der Debatte im

Plenum vertreten solle, ob Heim oder Gerold. Die große Mehrheit, nicht bloß die „Zentrumspreußen“, um dieses abgemessene Schlagwort zu gebrauchen, einigten sich auf Gerold. Die Gründe, welche die einzelnen Mitglieder veranlaßten, dieses Ergebnis herbeizuführen, gehören nicht hierher. Mitgewirkt haben auch Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Herrn Dr. Heim, der damals Präsident der sämtlichen deutschen Bauernvereine war, und einigen Bauernvereinen in der Fleischnotfrage bestanden. Dazu kam der Umstand, daß Gerold in der Sitzung anwesend war und daher am besten geeignet schien, die in der Fraktion bestehenden Auffassungen richtig wiederzugeben. Jedenfalls ist es demokratisch, sich der Mehrheit zu fügen, und diese hat sehr deutlich gesprochen. Dr. Heim aber betrachtete das Ergebnis der Abstimmung als eine persönliche Kränkung und reiste im Unmut wieder ab. Seit jener Zeit begannen in den ihm ergebenden Zeitungen die Angriffe gegen die Fraktion, und seit jener Zeit hat auch Dr. Heim seiner Fraktionsitzung mehr beigewohnt.

In der Kalifrage versuchten zwei Mitglieder der Fraktion Herrn Heim zu veranlassen, sich über die Frage zu äußern und sie mit ihnen gemeinsam zu beraten. Er lehnte es kurz ab und erweckte dadurch, wie früher bereits, den Eindruck, er wolle auch in dieser Frage für sich allein außerhalb der Fraktion vorgehen. Als die Fraktion die Frage beriet, war Dr. Heim wieder abwesend. . . . Als ein Zentrumsmitglied dem Wunsch ausgesprochen, Herrn Dr. Heim in die Kommission zu ernennen, wurde dies abgelehnt mit dem Hinweis, es vertrage sich nicht gut mit der Haltung, die Herr Dr. Heim in der letzten Zeit gegenüber der Fraktion eingenommen habe. Der Pole Korjant trat dann seinen Sitz in der Budgetkommission an Dr. Heim ab. Die Behauptung des „Bayerischen Kuriers“, führende Zentrumsabgeordnete hätten beim Fürsten Radziwill, dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion sich bemüht, die Entsendung Dr. Heims in die Budgetkommission zu hintertreiben, ist völlig falsch.“

Die Erklärung gegen Heim schließt mit dem Vorwurf, er habe durch sein Ausbleiben in der Budgetkommission den Liberalen große Freude bereitet.

Hänslers Boykottierung wird wie folgt verteidigt: „Ueber die militärischen Vorschläge, die der Herr General früher in der Budgetkommission vertreten hatte, sind die Ansichten so verschieden, daß es besser schien, sie nicht weiter vertreten zu lassen, wenigstens nicht im Namen der Fraktion, in deren Auftrag die Abgeordneten in der Budgetkommission sitzen. Im übrigen handelte es sich diesmal weniger um militärische Einzelheiten, als um die neue Militärvorlage und bei dieser hauptsächlich um die Dedungsfrage.“

Auf die inneren Verhältnisse der Zentrumsfraktion des Reichstages, die bekanntlich beansprucht, sich in ihren Auffassungen und Maßnahmen von der Moral der katholischen Religion leiten zu lassen, wirft diese eigenartige „Berichtigung“ ein nicht gerade günstiges Licht.

Aber auch sonst herrscht im Zentrum der schönste Bruderzwist. So hat der bekannte „Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse“ den Beschluß gefaßt, eine besondere Telegraphenagentur für die katholische Presse zu schaffen; ein Beschluß, der nicht nur den Broed verfolgt, den telegraphischen Nachrichtendienst von dem Wolffschen Bureau unabhängig zu machen, sondern auch dem ultramontanen Politiker und Journalisten Dr. Kaufmann das Wasser abzugraben, der seine Zentralauskunftsstelle für kirchliche Blätter zu einem „katholischen Depeschensbureau“ auszugestalten beabsichtigt. Er selbst hat kürzlich die gegen ihn von seinen eigenen Parteifreunden angewandte niederträchtige Schmehmethode in seiner „Apologetischen Rundschau“ folgendermaßen charakterisiert:

„Ein solcher Mann muß vernichtet werden, und kein Mittel ist zu schlecht, ihn zu Tode zu heben: Spionage, Denunziationen, grobe Verleumdung des Briefgeheimnisses, Verleumdung der bescheidenen Presse, Terrorisierung der unselbständigen Faktoren, und besonders Lügen und Verleumdungen. Die neuesten blödsinnigen Lügen sind nur die neuesten Ringe an einer langen Kette.“

Man sieht, es ist um die hohe christliche Ethik in den Reihen der Zentrumsführer recht sonderbar bestellt.

Auf diese Darstellung, die, wie es heißt, der „Germania“ von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Freiherrn v. Hertling, zugegangen sein soll, antwortet Dr. Heim in demselben Blatt unter Berufung auf den § 11 des Pressgesetzes (ein allerliebster Verfahren unter Fraktionsgenossen):

„Es ist behauptet, ich sei leider fast niemals in Berlin und sei deshalb nicht zur Mitarbeit herangezogen worden. Ich konstatiere, daß, umgekehrt, mein Nichterscheinen mit dem Ausschluß von nahezu jeder Mitarbeit zusammenhängt. Ich konstatiere, daß ich in 14 Jahren nur zweimal in eine Kommission gültig zugelassen wurde. Ich konstatiere, daß bayerischen Kollegen gegenüber von „zuständiger Seite“ — in früheren Jahren —, meine Person in Kommissionen zu delegieren, wiederholt abgelehnt wurde.“

Es ist behauptet, daß ich nur zu mich persönlich interessierenden Fragen nach Berlin käme. Ich konstatiere, daß weder die Fleischnotfrage, noch die Kalifrage, noch die Militärvorlage mich persönlich berührten; diese Dinge berühren mich nur als Abgeordneten.“

Es ist behauptet, in der Fleischnotfrage hätten zwischen mir und einigen deutschen Bauernvereinen Meinungsverschiedenheiten bestanden. Das ist un wahr. Wahr dagegen ist, daß ich als Präsident der deutschen Bauernvereine durch Rundschreiben eine Stellungnahme zu der Frage der Futtermittelzölle pflichtgemäß veranlaßte.“

Es ist behauptet, daß mich zwei Mitglieder der Fraktion veranlaßt hätten, in einer gemeinsamen Beratung über die Kalifrage mit ihnen zu sprechen, und ich dies abgelehnt hätte. Wahr ist aber, daß mich ein Kollege zu einer interfraktionellen Besprechung von Mitgliedern der Budgetkommission einlud, da der ich aus zwei Gründen nicht erscheinen konnte. Ich konnte nicht teilnehmen, weil ich mich ohne die Genehmigung der Herren von der polnischen Fraktion dazu nicht für berechtigt hielt; ferner weil vorher von Vorstandsmitgliedern der Fraktion es schroff abgelehnt wurde, mich als Mitglied in die Budgetkommission zu delegieren.“

Die „nationale“ Wahlparole.

Der Herausgeber der „Aktion“, Herr Franz Wfemert, erhebt in der neuesten Nummer dieser Zeitschrift abermals die Anklage gegen die Regierung, daß sie dem Drängen reaktionärer Kreise, für die Neuwahlen zum Reichstag eine „nationale“ Wahlparole zu „dichten“, ein überaus bedenkliches Entgegenkommen bewiesen habe. Herr Wfemert behauptet geradezu, daß die deutsche Regierung hinreichend verdächtig erscheine, „dem frivolen Plan einiger gewissenloser Scharfmacher, eine Kriegsbeute als Wahlparole zu inszenieren, ihre Zustimmung erteilt“ habe. Von reaktionärer Seite sei mit Zustimmung des Herrn von Heydebrand die Regierung schriftlich und mündlich aufgefordert worden, bei den bevorstehenden Wahlen eine „nationale Demonstration zu veranstalten“, die „Blide und Gedanken auf den äußeren Feind zu lenken“, „das deutsche Volk wieder an seine Ideale, für die seine Väter ihr Leben einsetzten, zu erinnern“, kurz, eine „nationale“ Wahlparole auszugeben, die solch haubnissischem Gedanken Rechnung trage. Die Regierung habe den tieferen Sinn dieser Zumutung auch

Wohl verstanden und durch die Drohnote an Serbien einen Beweis ihres guten Willens den Zumutungen der Scharfmacher gegenüber geleistet!

Herr Pfemfert erklärt weiter, im Besitze von interessantem Material zu sein, das seine Auffassung bestätige. Er verweist namentlich auf ein „streng vertrauliches“ Schreiben, das von Berlin aus an die konservativen Häupter im Lande ergangen sei und das mit Genehmigung von den Besprechungen mit der Regierung rede, die zur Vereinbarung einer solchen „nationalen“ Wahlparole stattgefunden hätten. Von den maßgebenden Politikern, die an diesen Konferenzen mit der Regierung beteiligt gewesen sein sollten, nennt Herr Pfemfert außer Herrn von Hedenbrand noch die Freiherrn von Hedlich. Die Regierung sei einmal sogar durch Herrn von Bethmann Hollweg in höchst eigener Person vertreten worden!

Es wäre angebracht dieser positiven Behauptung nunmehr wirklich an der Zeit, daß eine offiziöse Erklärung erfolgte! Ein längeres Schweigen müßte als Schuldbekennnis aufgefaßt werden! Ein solches Bekenntnis aber müßte im In- und Auslande gleich unliebsames Aufsehen erregen!

Herbsttagung des Reichstages.

Die Stimmen mehren sich, die eine Herbsttagung des Reichstages verlangen. In der Sonnabendausgabe des „Tag“ legt der freikonservative Abgeordnete Dr. Urendt dar, daß die Regierung auf eine Fertigstellung der drei großen Gesetze — Reichsversicherungsordnung, Strafsproßordnung und Verfassung für Elsaß-Lothringen — nicht verzichten dürfe. Daß aber diese Arbeiten im Sommer erledigt werden könnten, sei völlig ausgeschlossen, deshalb möge die Regierung den Reichstag gegen Pfingsten berufen, ihn im Herbst frühzeitig zusammenzutreten lassen und die Neuwahlen auf Mitte Januar 1912 ansetzen. Herr Dr. Urendt behauptet, daß dies die Meinung der maßgebenden Parteiführer im Reichstage sei.

Diese Vorschläge haben zweifellos etwas für sich, denn schließlich können die bürgerlichen Abgeordneten doch nicht gut in die Lage versetzt werden, mit völlig leeren Händen vor die Wähler zu treten. Zwar besteht die Absicht, die Reichsversicherungsordnung nicht nach einzelnen Paragraphen, sondern nach Abschnitten zu behandeln und außerdem die Verhandlungen zu kontingentieren. Vorläufig ist freilich die Kommissionsberatung nicht beendet, der Bericht kann daher vor Ostern auf keinen Fall mehr an das Haus gelangen. Zu einer Durchpfeilung der Reichsversicherungsordnung gehört aber ein permanent beschlußfähiges Haus, denn es versteht sich von selbst, daß die sozialdemokratische Fraktion auf einer gründlichen Beratung dieses so wichtigen Gesetzes bestehen muß. Wenn nun auch noch die Privatbeamtenversicherung vorgelegt wird, dann geht es ohne eine Herbstsitzung nicht ab.

Die bürgerlichen Parteien werden bei ihrem Verlangen nach einer Herbsttagung auch von dem Wunsche geleitet, Zeit zu gewinnen. Dr. Urendt spricht es offen aus, daß ein späterer Termin der Reichstagswahlen beruhigend auf die jetzt ganz besonders aufgeregten Wählermassen wirken solle. Schließlich bezeichnet er es als eine Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag, daß sie nicht endlich mit ihren Absichten herausrückt. Vor Ostern noch wollen die Schnapsblöcker Gewißheit haben, wie der Haase läuft.

Zweckverband Groß-Berlin.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Freitagabend mit der Frage der Entschädigung, die an die Gemeinden für die Uebernahme von Wägen der Verbandsmittelglieder sowie für die Eingriffe in die Rechte der Gemeinden zu leisten ist. Im Gegensatz zu der Regierungsvorlage, die nur eine angemessene Entschädigung vorsieht, forderte ein freisinniger Antrag — entsprechend einer Petition des Berliner Magistrats — die volle Entschädigung. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß es sich hierbei um einen Eingriff im Sinne des Enteignungsgesetzes und des § 9 der Verfassung handle. Die Vertreter der Regierung bestritten das in langen juristischen Ausführungen. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Konservativen und ein Redner des Zentrums, letzterer jedoch mit der Einschränkung, daß der Verband für den Fall Entschädigungen leisten solle, wenn eine Bahn in den ersten Jahren Zuschüsse seitens der Gemeinde erfordert hat. Ebenso wie die Freisinnigen verlangte auch der sozialdemokratische Redner die Gewährung voller Entschädigung; er vertrat den Standpunkt, daß die Regierungsvorlage in diesem Punkte gegen die Verfassung verstößt. Schließlich wurde unter Ablehnung aller Abänderungsanträge die Regierungsvorlage angenommen, es bleibt also bei der angemessenen Entschädigung.

Die weitere Debatte drehte sich um die Frage der sogenannten Sperrklausel, nach welcher die Entschädigungspflicht fortfallen soll, wenn die Rechte gegenüber privaten Unternehmungen erst nach dem 1. Dezember 1910 erworben worden sind. Hierzu beantragten die Freikonservativen, daß die Verträge auch für den Fall nicht unter die Sperrklausel fallen sollen, wenn sie auf Kleinbahn-gesetzlichen Bestimmungen beruhen, die zeitlich über die erteilte staatliche Genehmigung nicht hinausgehen. Ein konservativer Antrag fordert, daß die Entschädigungspflicht fortfällt, wenn die Rechte gegenüber privaten Unternehmern erst nach dem 1. Dezember 1910 erworben worden sind. Wenn durch solche, nach dem genannten Tage abgeschlossenen Verträge dem Verbands erhebliche Lasten auferlegt werden, denen entsprechende Vorteile nicht gegenüberstehen, soll der Verband von den beteiligten Kreisen oder Gemeinden Schadloshaltung verlangen können. Dies soll jedoch nicht angewendet werden, sofern nachgewiesen wird, daß der Vertragschluß nicht zur Umgehung der Folgen des Zweckverbandsgesetzes geschlossen ist. In der Begründung wurde ausgeführt, daß solche Verträge, wie sie Wilmersdorf geschlossen habe, Vorteile für die Gemeinde, besonders für die Hausbesitzer enthielten, die den Verband belasteten. Die freisinnigen befürworteten den freikonservativen Antrag und bemerkten, im Falle der Annahme des konservativen Antrages werde niemand riskieren, noch Verträge abzuschließen, weil er befürchten müßte, daß sie nachher dieser Gesetzesbestimmung unterworfen werden. Die Stadt Berlin werde sich jedenfalls schwer bedanken, daß sie jetzt zu einem Vergleich mit der Großen Berliner Straßenbahn schreiten solle, wenn sie Gefahr laufe, daß ihre die Gegenleistungen später nicht anerkannt werden. Nachdem noch ein Regierungskommissar Mitteilung über die kurzzeit schwelenden Verhandlungen zwischen Gemeinden und Privatgesellschaften gemacht hatte, wurde die Beratung auf Montag vertagt.

Die Ein- und Durchfuhr von französischem Schlachtvieh ist durch Ministerialverordnung vom 10. d. Mts. in Elsaß-Lothringen wieder erneut verboten worden — unter Verulung auf den Ausbruch der Maul- und Ruudenseuche in Frankreich. Auf Antrag der demokratischen Gemeinderatsfraktion besuchte sich schon am Freitag der Gemeinderat von Wülhausen i. E. mit der Frage und beschloß einstimmig, die sofortige Wieder-

öffnung der Grenze bei der Regierung zu beantragen, da die Vieh- und Fleischpreise sofort ganz empfindlich in die Höhe geschossen sind. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß noch kein einziges krankes Stück Vieh aus Frankreich nach Wülhausen gekommen ist, vielmehr ist das bisher eingeführte Schlachtvieh von bester Gesundheit und vorzüglich genährt. Seit der erneuerten Sperrung der Grenze ist bei der großen Entfernung der deutschen Viehmärkte Schlachtvieh im südlichen Elsaß fast gar nicht mehr zu bekommen, so daß die Katastrophe groß ist. Auch die Zentrumsfraktion des Gemeinderats stimmte geschlossen für diese Eingabe an die Regierung, obwohl die Zentrumspresse die Öffnung der Grenze als „völligen Fehlschlag“ belächelt hatte.

Ouhu!

Unseren Gedanken über die Revolutionen von 1848 und 1871 finden die „Deutsche Tagesztg.“ und ein paar gleichinteressierte Organe zur Graulichmachung des Spießers zu benötigen. Das Dertelblatt gibt in Fettdruck unsere Meinung wieder, daß der Krieg die Revolution in sich berage, und meint, wer die Sozialdemokratie unterstütze, mache sich zum Mitschuldigen der Revolution. Wir meinen, ein anderer Schluß liegt da näher. Wer zum Kriege hehrt, die ostdeutschen Völker, die bei Dertel die auswärtige Politik machen, die Panzerplattenpatrioten und die Flottentreiber, deren Interessen nebst dem Brotwucher und der Fleischvertheuerung die „Deutsche Tagesztg.“ am eifrigsten vertritt, die sind die eigentlichen Urheber einer Revolution, die nur kommt, wenn ein Volk zur Verzweiflung getrieben wird. Daß der Krieg die Revolution in sich berage, ist durchaus nicht allein sozialdemokratische Anschauung. Erinnern wir uns doch, daß Fürst Bülow im Reichstage auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Abgeordneten hin diese Meinung zu teilen erklärt hat; eben deshalb müsse jeder Krieg vermieden werden.

Wenn also die „Deutsche Tagesztg.“ die Revolution vermeiden wissen will, braucht sie nur die unermüdete sozialdemokratische Friedensarbeit zu unterstützen. Und wenn gar ein anderes Scharfmacherblatt die „Revolutionsstimmung“ des „Vorwärts“ entdeckt haben will, so sind wir freilich, was wir stets gewesen, revolutionäre Sozialdemokraten. Aber om blutige Gewalttaten denken wir wirklich nicht. Denn dank dem schwarz-blauen Bloch geht es ganz trefflich vorwärts; wir denken gar nicht daran, den Herren den ersehnten Vorwand zu geben, heute, wo die Geseklichkeit sie tötet; wir sind in bester Wahlstimmung und laden der täppischen Versuche der Herren, die sich so krampfhaft bemühen, mit fetten Lettern und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten das liberale Bürgertum noch einmal einzufesseln.

Der Weiterbau der Bagdadbahn.

Die Verhandlungen über den Weiterbau der Bahn bis Bagdad stehen vor ihrem Abschluß. Die Bagdadbahn-Gesellschaft übernimmt es, die Strecke El-Helit—Bagdad innerhalb fünf Jahren zu bauen. Die Gesellschaft verzichtet auf die frühere Klausel, daß der Betrag der vierprozentigen Zollerhöhung als Sicherheit für die Kilometergarantie dienen solle. Die Garantie der Strecke El-Helit—Bagdad wird aus den Ueberflüssen der Einnahmen, welche für die Garantie der bisherigen Strecke verpfändet waren, geleistet. Der Vertrag bedarf nicht der Genehmigung der Kammer, da er dem Schatze keine neue Lasten auferlegt. Ueber den Bau der Schlussstrecke der Bahn zum persischen Golf wird noch verhandelt.

Der Verzicht auf die Garantie aus den Einnahmen der Zollerhöhung ist erfolgt, weil zur Zollerhöhung auch die Zustimmung des Auslandes, also auch Englands, notwendig wäre, die die englische Regierung verweigert.

Zur Stichwahlstatistik der bürgerlichen Parteien.

In einer vom Nationalliberalen Wahlverein in Hamburg am Freitag einberufenen großen Versammlung sprach der bauerhändlerische Reichstagsabgeordnete Wachholtz de Wente über die kommenden Reichstagswahlen, wobei er auch die Statistik der Stichwahlen erörterte. Die dieser Redner, wendeten sich auch alle anderen nationalliberalen Redner gegen die Unterstützung der Sozialdemokratie bei Stichwahlen. Wieder einen Antikommunisten als einen Sozialdemokraten“ das war die Quintessenz der Ausführungen aller Redner der „sanften“ liberalen Couleur. Der bekannte linksliberale Dr. Vraband wendete sich zwar entschieden gegen die Vertreter des Wackelkoppliberalismus, ebenso einige Freisinnigen; sie fanden aber bei den Nationalliberalen keine Zustimmung.

Kriegervereinspolitik.

In Stolz in Hinterpommern wurde eine liberale Zeitung ins Leben gerufen, die sich den besonderen Haß des Kriegervereins „1878“ zuzog. Während die anderen Kriegervereine am Orte das Blatt mit Inseraten bedachten, wurde es von den 1878ern boykottiert. Als Mitglieder den Wunsch aussprachen, die Inserate möchten auch dem liberalen Blatte zugewendet werden, drohte der Vorsitzende der 1878er, Landgerichtsrat und Hauptmann der Reserve Hirschbach, mit der Niederlegung seines Amtes. Aus den Reihen der 1878er wurde darauf hingewirkt, daß auch die anderen Kriegervereine ihre Inserate zurückziehen. Um dem Wohlwoll zu entgegen, meldete der Besitzer der Zeitung seine Mitgliedschaft bei den 1878ern an und erhielt darauf von Hirschbach folgendes erbauliche Schreiben: „Man nehme an, daß nicht Selbstverständlichkeit ihn zur Aufnahme leite, sondern echte Kameradschaft, aber man stelle ihm anheim, sein Aufnahmegesuch zurückzugeben, denn die Gründe, die für das Nichtinsizieren in seiner Zeitung maßgebend waren, könnten auch für das Aufnahmegesuch maßgebend sein. Sollte er jedoch darauf bestehen, möge er seinen Willkürpaß, einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, Referenzen und einen Bericht über seine politische Tätigkeit einreichen.“

Der Mann war lang genug, nach dieser lebenswürdigen Antwort auf die Ehre zu verzichten, Mitglied der 1878er zu werden. Bekanntlich treiben nach offizieller Behauptung die Kriegervereine keine Politik.

Oesterreich-Ungarn.

Für die Abrüstung.

Budapest, 18. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellierte Holló wegen der Abrüstungsfrage im Zusammenhange mit der Rede Greys, die die ganze öffentliche Meinung Ungarns freudig aufgenommen habe; diese wünsche auch sehr, daß die Schritte, die in dieser Richtung getan würden, möglichst bald von Erfolg gekrönt sein möchten. Redner fragte den Ministerpräsidenten, ob er geneigt sei, unter Mitwirkung des Ministers des Aeußeren geeignete Schritte zu unternehmen, damit im Einvernehmen mit den Bundesgenossen eine weitere Steigerung der See- und Flottenausgaben hintangehalten werde.

Frankreich.

Die Wingerbewegung.

Troyes, 17. März. Die Aufregung im ganzen Weinbaugebiete nimmt immer mehr zu. Wenigstens demissionieren die Gemeindebehörden; die Winger entfalten rote Fahnen und läuten in den Dörfern die Sturmglöken. Für Sonntag planen die Winger eine Kundgebung in Bar-sur-Aube.

Ein Liebesdienst.

Paris, 18. März. Der „Humanité“ zufolge wurde von der hiesigen Sicherheitsbehörde auf Ansuchen der russischen Behörden der Terrorist Baupsh verhaftet. Das Blatt erhebt heftigen Einspruch dagegen und verlangt die sofortige Freilassung Baupshs, da er ein politischer Flüchtling sei.

Gestern abend drang eine Anzahl Sozialisten in eine im 11. Bezirk abgehaltene sozialistische Versammlung ein. Es kam zu Zänkereien, bei denen es auf beiden Seiten Verwundete gab.

Portugal.

Rassenstreit in Lissabon.

Lissabon, 18. März. Die Vertreter der Arbeiterverbände haben die allgemeine Einstellung der Arbeit für Montag beschlossen, um gegen die Vorgänge in Setubal zu protestieren.

England.

Die Politik der Konservativen.

London, 17. März. Von dem unionistischen Hauptquartier wird eine Erklärung veröffentlicht, in der die heute morgen verbreitete Nachricht über die Stellung der Unionisten zur Reform des Oberhauses als grundlos bezeichnet und die baldige Einbringung der Landsdowneschen Vorlage im Oberhause aufgeschoben wird.

Dänemark.

Die Beseitigung der Prügelstrafe.

Kopenhagen, 18. März. Da sich gezeigt hat, daß die Prügelbestimmung des provisorischen dänischen Strafgesetzes im Laufe der Jahre ganz außerordentlich wenig angewendet worden ist, hat der jetzige Justizminister in der gegenwärtigen Reichstagssession einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die übrigen Bestimmungen des Gesetzes erneuert werden, während die Prügelbestimmung, die auf Betreiben des damaligen Ministers und jetzigen Justizministers Alberti beschlossen worden war, nicht mit übernommen ist. Der Gesetzentwurf ist im Folketing angenommen worden und wird jetzt in Landsting verhandelt, wo er vermutlich auch angenommen werden wird. Es ist somit Aussicht vorhanden, daß die dänische Gesetzgebung von der Bestimmung über die Prügelstrafe befreit wird.

Mexiko.

Eine Demonstration gegen Diaz.

New York, 18. März. Mehrere Morgenblätter berichten über eine Demonstration gegen Diaz. Ein Volkshaufe sammelte sich um 9 Uhr abends vor dem Palast an, plötzlich flog ein Steinbagel, wodurch eine Anzahl Scheiben zertrümmert wurden. Die Attacke geschah so unermutet, daß die Polizei keine Maßnahmen ergreifen konnte. Als sie endlich vorging, waren die Ergebenden wieder verhaftet.

Ueberall in Mexiko ist jetzt die Proklamation über die Aufhebung der Verfassungsgarantien angehängen.

China.

Eine Kundgebung gegen Rußland.

Tokio, 18. März. Die Erregung der hiesigen chinesischen Studenten dauert an. Gestern drang ein Haufe in das Gebäude der chinesischen Gesandtschaft, um gegen die angeblich provokierende Haltung Rußlands zu protestieren. Der Gesandte empfing die Studenten nicht, sie blieben die Nacht über in der Gesandtschaft.

Aus der Partei.

Ein Irrtum.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Durch die Parteipresse läuft augenblicklich ein — einer wissenschaftlichen Zeitschrift entnommener — Brief, den Engels am 22. Oktober 1847 aus Brüssel an Johann Jacoby gerichtet haben soll, um von diesem pekuniäre Unterstützung für die deutsche „Brüsseler Zeitung“ zu erbitten. Der Brief wird jedem, der den Brief von Engels kennt, schon beim ersten flüchtigen Lesen einermessen auf die Nerven fallen; dann ist aber auch nicht ersichtlich, wann und wo Engels und Jacoby, die sich meines Wissens nie persönlich gesehen haben, in das vertrauliche Verhältnis geraten sein sollen, das der Brief verrät, und noch weniger, wie Engels zur Kenntnis der Königsberger Lokalverhältnisse gekommen sein soll, die der Briefschreiber bekennt; endlich befand sich Engels am 22. Oktober 1847 gar nicht in Brüssel, sondern in Paris. Der wirkliche Briefsteller ist augenscheinlich Friedrich Engels aus Königsberg, der mit Jacoby befreundet war und im Oktober 1847 als Mitarbeiter der deutschen „Brüsseler Zeitung“ in Brüssel lebte. Der Brief ist wohl mit F. C. unterzeichnet, was der Herausgeber als Fr. Engels ergänzt hat. Ich komme auf diese Vermutung, weil auch sonst schon die mit F. C. gezeichneten Artikel Engels in der deutschen „Brüsseler Zeitung“ auf das Konto unseres Altmeisters gesetzt worden sind. Da Engels, soweit ich seine Art kenne, von dieser Vermehrung seines literarischen Nachlasses wenig erbaute sein würde, so haben Sie wohl die Freundlichkeit, meine kleine Verächtigung zu verzeihen.

Steglich, 19. März 1911.

H. Mehring.

Rumänische Barbarei gegen Genossen Rakowski.

Die rumänische Regierung hatte bekanntlich die Schürerei begangen, den Genossen Rakowski, obgleich er rumänischer Bürger ist, aus dem Lande auszuweisen. Rakowski war vor kurzem nach Rumänien zurückgekehrt, um eine gerichtliche Entscheidung über die ungelegliche Maßregel herbeizuführen. Die Verbrechen, die das Land regiert, war sich aber wohl bewußt, daß selbst ihre Richter die Schürerei, die in dieser Ausweisung liegt, nicht rechtfertigen können. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf das erste Verbrechen ein zweites zu setzen, d. h. sie wies den Genossen Rakowski aufs neue aus. Da er sich weigerte, die ungelegliche Maßregel anzuerkennen und abzureisen, so wurde er zwangsweise an die Grenze gebracht und sollte unter Drohungen und durch Mißhandlungen gezwungen werden, das Land zu verlassen. Wir erhalten darüber das folgende Privattelegramm:

Bukarest, 18. März.

Am Mittwoch und Donnerstag wurden zwei erfolglose Versuche gemacht, den Genossen Rakowski über die bulgarische Grenze zu bringen. Er wurde barbarisch mißhandelt und mit Erschießen bedroht, weil er die Ueberwindung der Grenze verweigerte. Auf der anderen Seite wurde er in derselben Weise von der bulgarischen Grenztruppe bedroht, falls er die Grenze überdritte. Donnerstag nacht wurde er auf einem Dampfer „Konstantinopel“ nach der Türkei abgeschickt. Bis jetzt fehlt jede Nachricht über sein weiteres Schicksal.

Bewerkschaftliches.

Eine Schadenersatzklage zur Beseitigung des Streikrechts.

Der Schlossermeister Franke ordnete unter Berufung auf die Arbeitsordnung Ueberstunden an. Als die Arbeiter die Leistung der Ueberstunden verweigerten, zog Franke ebenfalls unter Berufung auf die Arbeitsordnung jedem der 130 Arbeiter als Strafe einen halben Tagelohn ab. Darauf wurden die Ueberstunden in der von Franke angeordneten Weise gemacht. Nach einigen Tagen verlangten die Arbeiter den ihnen abgezogenen halben Tagelohn zurück. Franke verweigerte das. Da der Deutsche Metallarbeiterverband, dem die beteiligten Arbeiter angehören, mit der Schlosserinnung, der Herr Franke angehört, im Tarifvertragsverhältnis steht, so riefen die Arbeiter die Schlichtungskommission an. Dieselbe trat aber gar nicht zusammen, weil die Arbeitgeber erklärten, die Schlichtungskommission sei nur für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage, nicht aber für den vorliegenden Fall zuständig, da der Tarifvertrag nichts wegen Ueberstunden und Strafgehalder bestimmte. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Aus diesem Anlaß hat Schlossermeister Franke eine Schadenersatzklage gegen die 130 Arbeiter und gegen die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingereicht. Der Kläger gibt seinen Schaden, der aus der Arbeitsniederlegung entstanden sei, auf mehr als 10 000 M. an.

Dieser Tage wurde die Klage vor dem Landgericht I behandelt. Der Anwalt des Klägers vertrat den eigenartigen Standpunkt: Streiks seien zwar gesetzlich erlaubt, jedoch nur zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber nicht zur Erreichung solcher Forderungen, für die der Rechtsweg gegeben sei. Eine solche Forderung sei die Zurückzahlung der Strafgehalder. Sie hätten im Klagewege, aber nicht durch Streik zurückgefordert werden können. Wo ein Tarifvertrag bestehe, dürfe überhaupt nicht gestreikt werden! Der Tarifvertrag verpflichte die Parteien zum Frieden auch in solchen Fällen, wo es sich um Differenzen handele, bezüglich deren im Vertrage nichts vorgesehen sei. Die Beklagten hätten also durch eine unerlaubte Handlung dem Kläger Schaden zugefügt und seien ersatzpflichtig.

Rechtsanwalt Roth, der die Beklagten vertrat, führte aus, diese Klage sei deshalb von sehr großer Bedeutung, weil, wenn der Anspruch der Kläger anerkannt würde, das Streikrecht illusorisch wäre. Es könnten auch von keiner Seite mehr Tarifverträge abgeschlossen werden, wenn aus der Friedenspflicht der Parteien so weitgehende Konsequenzen gezogen würden, wie es der Kläger tue. Was die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung durch die Gesetzgebung nicht erreichen können: das Verhindern von Streiks, das soll durch diese Schadenersatzklage erreicht werden. Die Klage sei in jeder Hinsicht unbegründet. Die Arbeiter hätten den Tarifvertrag nicht verletzt, denn sie riefen ja die Schlichtungskommission an. Die Arbeiter hatten keine Kündigung, sie waren also berechtigt, jederzeit die Arbeit niederzulegen. Also auch in dieser Hinsicht liege kein Vertragsbruch vor. Die Verbandsfunktionäre hätten mit der Sache überhaupt nichts zu tun, denn die Arbeitsniederlegung sei ohne ihr Zutun nur von den betreffenden Arbeitern beschlossen worden. Wenn man selbst annehmen würde — was ja nicht zutrifft —, daß der Streik unter Kontraktbruch zustande gekommen wäre, so sei das immer noch keine unerlaubte Handlung, die zu Schadenersatz verpflichtet; denn das Recht, zu streiken, sei gesetzlich festgelegt. Aus diesen Gründen müsse die Klage abgewiesen werden. Selbst die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung im allgemeinen und des Metallarbeiterverbandes im besonderen seien noch nicht auf die Idee gekommen, durch eine solche Klage den verhassten Verband zur Strecke zu bringen und Streiks unmöglich zu machen.

Das Gericht setzte die Urteilsverkündung noch aus. Man darf auf das Urteil, das für die Arbeiterbewegung von größter Wichtigkeit ist, gespannt sein.

Berlin und Umgegend.

Wiesenthal will nicht klagen!

In der neuesten Nummer seiner Zeitung sucht Wiesenthal formale Gründe vorzuschützen, um der Notwendigkeit entgehen zu sein, gegen mich klagbar zu werden. Wiesenthal bietet mir an, im „Vorwärts“ meine Beweise zu veröffentlichen und er werde dann in seiner Zeitung antworten. Das heißt doch nach allen Regeln der Kunst lügen. Um nun die formalen Gründe zu beseitigen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich alle im „Vorwärts“ vom 8. März 1911 erhobenen Vorwürfe gegen den Allgemeinen Verein auf die Person des Herrn Wiesenthal, Berlin, Linienstr. 68, ausdehne. Und nun: hic Rhodus, hic salta.

Adolf Cohen, Charitéstr. 8.

Die Lohnbewegung der Tapezierer.

Die Tapezierer sind mit dem Stand der Dinge in ihrer Lohnbewegung zufrieden. Die großen Anstrengungen, welche die Unternehmer machten, um die Bewegung sofort niederzuschlagen, haben nicht das gewünschte Resultat gehabt. Die Kampfesfreude in der Gewerkschaft ist im Gegenteil stark gewachsen, wie eine überfüllte Versammlung, die am Freitagabend in „Dräsel's Festsaal“ stattfand, deutlich zeigte. Zihewitz, der Verbandsleiter, legte in einem kurzen Referat den bisherigen Verlauf des Kampfes dar. Das energische Vorgehen der Arbeiter in den Magazinwerkstätten hat alle Unternehmer auf den Plan gerufen, aber ihre Aussperrungsaktion zeigt bis jetzt noch keinen nennenswerten Erfolg. Zihewitz verlas das Rundschreiben, das den Aussperrungsbeschluß enthielt; es ist datiert vom 15. März.

Der Aussperrungsbeschluß lautet:

Nachdem die Verhandlungen der erwählten Sechzehner-Kommission mit den Vertretern des Verbandes der Tapeziererhilfen an den maßlosen Forderungen der Gehilfenschaft gescheitert sind, haben die Gehilfen auf Anweisung ihrer Verbandsleitung die Taktik des Guerillakrieges in Anwendung gebracht. Statt ihre Forderungen in einzelstündlicher Form und in einem Guß der gesamten Meisterschaft Berlins zu präsentieren, treten die Gehilfen an die einzelnen Werkstätten mit vollständig versehenen Ansprüchen heran. Sie diktiert in freier Willkür dem Betriebsinhaber die Bedingungen über Lohn, Afford und Arbeitszeit.

Forderungen der verschiedensten Art sind bisher in mehreren hundert Betrieben gestellt worden, während bis gestern abend bereits die Gehilfen von etwa 30 Betrieben in den Ausstand getreten sind.

Es tritt damit unweiblich die Absicht der Gehilfenschaft zutage, mit Hilfe dieser Einzelstreiks sich die Anerkennung der Forderungen zu erzwingen, welche die Meisterschaft Berlins einmütig zurückgewiesen hat.

Um diesem für unseren Beruf verderblichen Treiben eine geharnischte Abwehr zu erteilen, haben die unterzeichneten Organisationen in Gemäßheit der Beschlüsse der allgemeinen Versammlung der Tapezierermeister vom 13. März die

Aussperrung

aller im „Verband der Tapeziererhilfen“ und in der „Freien Vereinigung der Tapezierer“ organisierten Gehilfen beschlossen.

Die Aussperrung tritt am Freitag, den 17. März, früh in Kraft und ist den Gehilfen am Donnerstag, den 16. März, rechtzeitig zu verkünden.

Affordarbeiten müssen zu Ende geführt werden. Neue Afforde sind von der Zustellung dieses Beschlusses an nicht zu vergeben.

Wir erwarten von dem Solidaritätsgefühl unserer Berufskollegen die strikte Befolgung des Beschlusses.

Die Sechzehner-Kommission. Verein der Polster- und Ledermöbel-Fabrikanten. — Arbeitgeberverband für die Dekorations- und Tapezierbetriebe Groß-Berlins.

Die Wirkung dieses Aussperrungsbeschlusses war eine minimale. Bis Freitag nachmittag waren 10 Betriebe mit insgesamt 50 Gehilfen angemeldet, die dem Beschluß nachgekommen waren. Vielfach ergaben sich Streitigkeiten in bezug auf die Affordarbeiten. Die Gehilfen weigerten sich, darauf einzugehen, daß sie erst die Afforde fertigstellen, um sich dann aussperrern zu lassen. In einigen Betrieben legten die unorganisierten Kollegen und auch die Lehretinnen ebenfalls die Arbeit nieder, als die organisierten Arbeiter die Werkstatt verlassen mußten. In 43 Betrieben mit rund 300 Gehilfen sind die gestellten Forderungen bereits anerkannt worden; hauptsächlich handelte es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit. Streikbrecher werden natürlich jetzt massenhaft gesucht. Den Streikenden will man nicht die geforderten 75 Pf. Stundenlohn zahlen, aber für die Streikbrecher gibt man 1 M. und 1,25 M. pro Stunde. Die Streikleitung verfolgt alle Bewegungen der Unternehmer sehr aufmerksam und wird ihre Maßnahmen danach treffen. Zihewitz unterbreitete den Versammelten folgenden Antrag der Ortsverwaltung des Verbandes:

„Alle organisierten Kollegen und Kolleginnen, die jetzt arbeitslos sind, werden als Streikende betrachtet, und zwar vom Montag, den 20. März, ab. Dagegen werden alle Kollegen und Kolleginnen, die sich solidarisch erklären, als Mitglieder aufgenommen und sofort unterstellt. Während der Dauer der Aussperrung werden keine Mitglieder sonst aufgenommen.“

Dieser Antrag fand die Zustimmung der Versammelten. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, auf die Aussperrung sofort mit einem allgemeinen Streik zu antworten, wurde als eine unkluge Taktik bekämpft. Die Versammlung sprach der Ortsverwaltung volles Vertrauen auf die weitere geschickte Führung des Kampfes aus. Man wird vorläufig die Entwidlung der Aussperrung abwarten, die sich wahrscheinlich noch ausdehnen wird; es wurde auch betont, daß man auf eine längere Dauer des Kampfes sich vorbereiten müsse.

Streik wird gegenwärtig in 40 Betrieben mit 450 Beschäftigten, darunter 25 Lehretinnen.

Verband der Tapezierer.

Gesperrt sind folgende Werkstätten: Kofke, Frankfurter Straße 88; A. Birnbaum, Fliederstr. 4; Stephan u. Helbing, Andreasstr. 43; Wolf u. Krebs, Holzmarktstr. 63; Dreher, Dennewitzstr. 29; Dittmar, Rokenmarkt 6; Petri, Waldemarstr. 52; Stille, Charlottenburg; Seh u. Rom, Leipziger Straße; Müller, Lebusstr. 15; Groß, Lindenstr. 92; Ungar, Straßburgerstraße; Semp, Greifenhagenstraße; Richter, Köpenick; Heymann, Uebelstr. 10; Berchid, früher Kofke, Rehrstr. 4; Lehman, Wilhelmstr. 42; Wiesl, Chausseest. 80; Harttrupp, Chausseest. 36; Krause, Hedemannstr. 15; Grodzki, Köhlerstr. 7; Hömer u. Hötcher, Saarbrückerstr. 30; Parthie, Lichtenberg; Kleischer, Pannierstr. 29; Dubach, Palisadenstr. 77; Gehlich, Schönhauserstr. 32; Jakob u. Braunisch, Alexanderstr. 27a; Varrig u. Pohl, Fruchtstr. 38; Junk u. Co., Kronenstr. 10; Hilt, Kupfergraben 4; Emmeler, Kottbuscherdamm 25; Käsel, Markgrafstr. 78; Gierle, Reichensbergerstr. 47; „Kunst im Handwerk“, Frankfurter Allee; Göpperl, Schöneberg, Hauptstr. 98; R. Israel, Spandauerstraße; D. Gerjon, Werderstraße; F. E. Pfaff, Rahbaderstr.; Keller u. Reiner, Potsdamerstraße; Niefenstahl, Pragerstr. 6; Schirrmann, Potsdamerstraße 27; A. J. Ball, Potsdamerstr. 3 und Gieseler u. Schmutzer, Wilmersdorf, Trautenaufstr. 13.

Für die neu gegründete Innungs-Kassenkasse der Fleischerinnung finden die Delegiertenwahlen Montag, den 20. März, abends 9 Uhr, in den Wilmersdorfer, Neue Grünstr. 28, statt. Von der Innung sowie von den übrigen Meistervereinen wird mit Hilfe der „Gelben“ alles versucht, die Fleischergehilfen über die Schädigung ihrer Interessen durch die Gründung einer Innungskasse zu täuschen. Die Meister bearbeiten „ihre“ Gesellen nach allen Regeln der Kunst, ja nicht die Liste des Verbandes zu wählen. Im Innungsarbeitennachweis werden möglichst nur „Gelbe“ oder indifferente Gesellen ermittelt. Wir richten daher an alle Genossen, die mit Fleischergehilfen zusammen kommen, die dringende Bitte, diese auf die Wahl aufmerksam zu machen. Wahlberechtigt ist jeder Fleischergehilfe, Ausfuhrer usw., der bei einem Innungsmeister beschäftigt ist und das 21. Lebensjahr überschritten hat.

Die im Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. organisierten Möbelkünstler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Als Forderungen werden neben der Regulierung der Arbeitszeit auf wöchentlich 53 1/2 Stunden, ein Stundenlohn von 70 Pf. gefordert. Außerdem ein Zuschlag für Ueberstunden von 25 Proz., für Nachtarbeit von 50 Proz., und für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ein solcher von 100 Proz. Die Arbeiten außerhalb der Werkstätte sollen in Zukunft mit 5 Pf. pro Stunde mehr gezahlt werden und außerdem ist das Fahrgehalt seitens des Arbeitgebers zu tragen. Wo ein Uebernachten erforderlich ist, ist den betreffenden Arbeitern eine Aufwandsentschädigung von 3,30 M. pro Tag zu gewähren. Diese Forderungen werden zum Teil schon von den einzelnen Arbeitgebern bezahlet, deshalb ist das Bestreben der Arbeiter vorwiegend auf eine einheitliche Festlegung der Arbeitszeit und der Pausen, der Lohnhöhe und der Zuschläge gerichtet. Bezüglich der Arbeitsvermittlung wird die obligatorische Vermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis gefordert. Weil in verschiedenen Betrieben die Beobachtung zu machen war, daß die Bundesratsverordnung betreffend der heilfälligen Farben außersmäßig durchgeföhrt war, ist deren Durchführung gleichfalls in den Rahmen des Tarifvertrages einbezogen. Bei dem guten Organisationsverhältnis der in Frage kommenden Arbeiter rechnen dieselben, daß diese Bewegung nicht auf allzu große Schwierigkeiten stoßen dürfte. Die Organisation hat die Arbeitgeber bis zum 20. März um Antwort ersucht, deshalb richten wir an die Möbelkünstler die Aufforderung, bei Arbeitsannahme in den diesbezüglichen Betrieben sich zuvor im Verbandsbureau über die in Frage kommende Firma zu informieren.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Straßenbahner Hamburgs.

Zu den rücksichtslosesten Unternehmerrgesellschaften nach allen Richtungen hin gehört unbestritten die Hamburg-Altonaer Straßenbahngesellschaft. Durch ein weitgehendes Monopol ist es ihr ermöglicht, so ziemlich frei schalten und walten zu können, trägt sie nur dann den Verkehrsverhältnissen Rechnung, wenn ein klingender Profit dabei herauspringt. Die kleineren Vororte und Gemeinden erhalten nur dann Anschluss, wenn sie recht tief in den Gemeindefiskus langen. Infolge dieser famosen Verkehrspolitik — die Gesellschaft hat mächtige Gönner — vermag den „nolleidenden“ Aktionären seit Jahren 10 Proz. Dividende ausgeschüttet zu werden; dieser „Entbehrungslohn“ könnte noch erhöht werden, wenn man nicht die höhere Staatsabgabe fürchtete, und so hat man die Reparaturwerkstätten, die Uniformen, das Inventar usw. bis auf wenige Mark abgeschrieben.

Da sich die Direktoren alles erlauben dürfen, so glauben sie auch „ihre“ Angestellten unter dem Daumen halten zu können. Ein

Koalitionsrecht wird nicht zugestanden, wer dem Transportarbeiterverbande angehört, steigt hinaus und geht seiner Pensions- u. a. Ansprüche verlustig, wie erst vor wenigen Wochen dreizehn Schaffner und Fahrer auf Straßenpflaster geworfen worden sind. Dies schlug dem Haß den Boden ein, erwies sich als Teil von jener Kraft, die das Böse willt und das Gute schafft. In den beiden letzten Nachversammlungen der Straßenbahner sind über 800 der Organisation beigetreten, so daß von den etwa 3200 Angestellten über 2000 dem Verbande angehören. Die Angestellten verlangen nun bessere Bezahlung und Behandlung, Verkürzung der Dienstzeit, Koalitionsfreiheit usw. Kurz vor der am Mittwoch stattgehabten Versammlung der Aktionäre verkündete die Direktion, der das Feuer auf den Kögeln brannte, sie wolle dafür eintreten, daß die Gehaltsbezüge erhöht, die Dienstzeit verkürzt und sonstige Verbesserungen eingeföhrt würden, das sei aber schon vorher, ohne Anregung von außen (?) geschehen; das Koalitionsrecht (?) könne aber nicht zugestanden werden. Die Gemahregelten sollten eingestellt werden, wenn sie unterschrittlich erklärten, daß sie nicht mehr dem Verbande angehören. Nach der Generalversammlung wurde bekanntgegeben, daß der Monatslohn um — 6 M. erhöht und die Dienstzeit etwas verkürzt werden solle, aber niemand dürfe dem Transportarbeiterverbande angehören.

In der Nacht zum Sonnabend tagte im Gewerkschaftshause eine von Tausenden besuchte Straßenbahnerversammlung, die den Vorstand beauftragte, durch eine Mittelsperson mit der Direktion der Straßenbahn in Verbindung zu treten, sich weitere Schritte gegen die Koalitionsmaßnahme vorzubehalten. „Die Koalitionsfreiheit lassen wir uns nicht rauben“, erklärten mehrere Redner unter der lebhaften Zustimmung der von der famosen Direktion der Plusmacher als Belohnung betrachteten, ihrer Menschenwürde sich bewußt gewordenen Straßenbahner.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Kammacher.

In Nürnberg sind in den Kammfabriken circa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die mit wenigen Ausnahmen dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehören. Diese haben nun in den letzten Tagen eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeföhrt, die insbesondere in bezug auf Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Kammindustrie von großer Bedeutung ist. Bisher war die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben von verschiedener Dauer; sie variierte zwischen 55 bis 58 Stunden pro Woche. Diese wird nun sofort in allen Betrieben auf 54 Stunden pro Woche herabgesetzt. Es kommt also eine sofortige Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 4 Stunden pro Woche in Betracht. Den Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung trägt der Arbeitgeber. Am 1. März 1913 wird die Arbeitszeit in allen Betrieben von 54 auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. Der abgeschlossene Vertrag sieht für Arbeiter und Arbeiterinnen Mindestlöhne vor, die für Arbeiter nach Altersstufen abgegrenzt, zwischen 30 bis 50 Pf. betragen, für Arbeiterinnen 18 bis 28 Pf. — Die Affordpreise werden erhöht: am 1. April 1911 um 8 Proz., am 1. März 1912 um 4 Proz., und am 1. März 1913 um 3 Proz. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. bezahlt. Das Material wird in Stundenlohn vergütet. Bemerkenswert ist noch, daß die Lohnbewegung ohne Streik erfolgreich beendet werden konnte.

Tarifabschluss im Düsseldorfert Gärtnergewerbe.

Die Lohnbewegung in Düsseldorf ist durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Die Arbeitszeit in der Landschaftsgärtnerei wurde auf 10 Stunden, in der Topfpflanzengärtnerei auf 10 Stunden im Winter und 11 Stunden im Sommer festgesetzt. Der Stundenlohn für Landschaftsgärtner beträgt 50 Pf., in den übrigen Gärtnereien werden 35—25 M. Wochenlohn bezahlt. Der Abschluß des Tarifvertrages bedeutet einen erheblichen Fortschritt, wurden doch noch Monatslöhne von 25 bis 30 M. bei freier Station und 12stündiger Arbeitszeit bezahlt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiter den Antrag auf Tarifabschluss gestellt haben.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlreform in Italien.

Rom, 18. März. (W. L. B.) In der Deputiertenkammer brachten die radikalen Sozialisten den Antrag ein, der mit der Beratung des Wahlreformentwurfes befaßten Kommission einen Termin für die Ueberreichung ihres Berichtes zu bestimmen. Der Antrag ist damit begründet, daß die radikalen Sozialisten in den von der Kommission angenommenen Tagesordnung Bertolini die Absicht zu erkennen glauben, die Reform solle auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Seine Tagesordnung erklärt eine schnelle Ueberreichung des Berichtes nicht für angemessen, weil der gegenwärtigen Kammer ihre Autorität nicht genommen werden solle. Der Präsident der Kommission erwiderte, die Kommission sei nach Annahme der Tagesordnung Bertolini bereits in die Generaldiskussion über den Entwurf eingetreten und betrachte es als ihre Pflicht, der Kammer Gelegenheit zu geben, über das Gesetz zu beraten. Er hoffe, die Kammer werde für die Beendigung der Arbeiten der Kommission keinen Termin festsetzen. Barzilai und Chimienti erklärten, die Regierung müsse für die von der Kommission angenommene Vertagung der Wahlreform verantwortlich gemacht werden.

Ministerpräsident Luzzatti wies den von Barzilai erhobenen Vorwurf zurück, daß die Regierung in der Frage der Wahlreform träge gewesen sei. Er halte eine Debatte über den Zeitpunkt der Ueberreichung des Berichtes für unwesentlich. Die Wahlreform müsse nur so erledigt werden, daß die neue Kammer auf Grund eines neuen Wahlgesehes gewählt werden könne. (Lebhafteste Zustimmung.) Giolitti erklärte, es sei die Pflicht der Kammer, ein Gesetz zu schaffen, durch das das Stimmrecht erweitert werde. (Sehr lebhafteste Zustimmung.) Da die Kommission den Entwurf so einbringen wolle, daß die neue Kammer auf Grund des neuen Gesehes gewählt werden könne, so werde er jeder Tagesordnung zustimmen, die der Kommission das Vertrauen auspricht. Darauf wurde mit 265 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung Poggi angenommen, in der die Kammer von den Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt, diese Tagesordnung zugleich die Bedeutung eines Vertrauensvotums für die Kommission sei.

Bergmannsloß.

Brag, 18. März. Durch niedergehende Kohle wurden auf einem Schacht des westböhmischen Bergbauvereins bei Pilsen drei Bergleute verschüttet. Zwei wurden getötet, einer schwer verletzt.

Roloch Militarismus in der Türkei.

Konstantinopel, 18. März. Die Kammer verhandelte über das 9 Millionen Pfund betragende Kriegsbudget. In seinem Ergose weist der Kriegsminister den Vorwurf zurück, daß die Türkei übertriebene Kriegsausgaben mache. Die neue Türkei gebe 5 1/2 Millionen mehr für die Landarmee als das alte Regime. Die Ausgaben geschehen ausschließlich für Verteidigungszwecke. Die Türkei hege keine aggressiven Tendenzen. Der Minister erklärt ausdrücklich die Gerüchte, wonach er gefagt habe, daß er nicht berubigt sei, bevor die türkische Fahne in Sofia und Athen gehißt sei, für falsch. Die Türkei sei von allen Seiten von Gefahren umgeben und müsse daher für die Armee große Opfer bringen.

Kampf gegen die Affaten.

Sacramento, 18. März. (W. L. B.) Die Justizkommission des Senats von Californien hat die Annahme eines Gesehentwurfes empfohlen, durch den Affaten vom Landwerb ausgeschlossen werden sollen.

Das Verdikt über die Polizei!

Das Urteil im Moabiter Strafkammerprozeß. — Blutige Abfuhr des Polizeiministers und des Polizeipräsidenten!

Das Urteil der 3. Strafkammer des Landgerichts Berlin I im Moabiter Straßwallprozeß liegt nun in schriftlicher Ausfertigung vor. Es ist nicht eine bloße Wiederholung der von Herrn Landgerichtsdirektor Lieber in der Schlussverhandlung vorgetragenen Entscheidung. Und namentlich in dem Teil ist die Begründung bedeutend erweitert, der die Öffentlichkeit besonders angeht, der nach den unverfälschten Angriffen auf die Verteidigungszeugen und die Richter, die in den Parlamenten von Ministern, Scharmachern und Junkern während des Prozesses und nach Abschluß der Verhandlungen erhoben worden sind, auf ganz besonders erhöhte Interesse stoßen wird. Es ist jener Teil, der als Milderungsgrund bei der Beurteilung der Taten der Angeklagten die polizeilichen Ausschreitungen anführt. Hier gibt das Urteil jetzt „aus der Fülle des Materials“ eine ganze Reihe trasser Fälle an, die das Gericht bei aller Vorsicht in der Wertung der Zeugen als unzweifelhaft festgestellt erachtet. Es hat mit dieser Aufzählung ein Kulturdokument von höchster Bedeutung geschaffen. Und zugleich allen denen, die die gesicherten Ergebnisse des Miefenprozesses, soweit sie das Verhalten der Polizeibeamten bei den Unruhen betreffen, aus der Welt zu schwadronieren versuchten, wahrhaft erschütternde Ohrspeigen versetzt!

Leicht wird das den Richtern der Lieber-Kammer nicht geworden sein — aber unter der Wucht dieser Beweisaufnahme mußten selbst fest verankerte Klaffenurteile ins Wanken geraten. Andere Teile des Urteils und der Begründung zeigen ihre Spuren noch deutlich genug. Aber darunter leidet der Wert des Abschnittes über die Polizeiaussschreitungen nicht, im Gegenteil, er wirkt um so beweisender. Niemand kann diesen Richtern vorwerfen, daß sie voreingenommen gegen die Polizei seien. Die Beurteilung der Polizei ist ausgesprochen von Juristen, die die Staatsanwaltschaft als die „zuverlässigsten“ ansah unter den Berliner Richtern!

Bei Abmessung der erkannten Strafen kamen zunächst folgende allgemeinen Gründe in Betracht:

Die Straftaten stehen sämtlich in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit den Vorgängen, die sich im September 1910 abgespielt haben, und die Ereignisse in Moabit sind wiederum durch den Streik bei Kupfer u. Co. veranlaßt. Es kann unerörtert bleiben, ob der Streik berechtigt war oder nicht, denn es muß zugunsten der Verurteilten festgestellt werden, daß die streikenden Arbeiter sowohl wie die Bevölkerung davon ausgehen konnten, der Anspruch auf Lohnerhöhung sei nach den Lebensverhältnissen, wie sie sich gebildet haben, berechtigt. Durch den als ausgezwungen betrachteten Streik bemächtigte sich der Streikenden und ihres Anhangs eine große Erbitterung, die wuchs, als die Polizei der Firma zu Hilfe kam. Wenn nun auch hierin ein Milderungsgrund zu erblicken ist, so war doch andererseits wieder zu erwägen, daß dem gesetzlich anerkannten Recht der Arbeiter, sich zu vereinigen zur Verbesserung ihrer Lohnbedingungen, und die Arbeit niederzulegen, das mindestens ebenso starke Recht aller anderen gegenübersteht, in ihrer Person, ihrem Eigentum und ihrer Willensfreiheit geschädigt zu werden. Dieses Recht haben die Streikenden und diejenigen, die ihre Partei ergriffen hatten, nicht geachtet. Sie haben die Arbeitswilligen und das Eigentum der Firma angegriffen. Die Polizei war daher, jedem erkennbar, berechtigt und sogar verpflichtet, zugunsten des angegriffenen Eigentums und zum Schutze der bedrohten Personen einzuschreiten.

Nun hat die Verteidigung zur Entschuldigung der Ausschreitungen insbesondere die Provokationen durch Arbeitswillige, die Maßnahmen der Polizei und auch den Umstand angeführt, daß die Polizei in einer großen Anzahl von Fällen ihr Amt mißbraucht habe.

Was zunächst die Provokationen durch Arbeitswillige betrifft, so ist hinsichtlich des Anfangs der Vorfälle vom 19. und 20. September etwas derartiges ernstlich nicht zu behaupten. Hier waren nicht die Arbeitswilligen, sondern gerade die Streikenden die Angreifer. Ebenso wenig kann man das von den Vorfällen am 5. Oktober sagen, wo die Arbeitswilligen auf der Straße überfallen sind und sich nachher ins Polizeigebäude flüchten. Anders liegt es allerdings mit den Hingeshen Arbeitern, die überall eintreten, wo es Streik gibt. Wenn man bedenkt, wie fast bei jedem Streik Arbeitswillige bedroht und in Gefahr gesetzt werden, so kann man ohne weiteres sagen, daß Leute, die sich werdend und von Stadt zu Stadt führen lassen, anders geartet sein müssen, und daß bei ihnen eine gewisse Abenteuerlust vorhanden sein muß. Es ist aber auch bei diesen Leuten nicht nachgewiesen, daß sie die Streikenden angegriffen haben.

Zugegeben ist aber wieder, daß die Erregung durch diesen Zugang sich steigert, wenn auch unberechtigterweise, da die Streikenden die Willensfreiheit anderer anzuerkennen hatten.

Wenn einzelne Arbeitswillige von der Schutzwaffe Gebrauch gemacht haben, so war dieses gewiß unzumutbare Vorgehen geeignet, die Menge noch mehr zu erregen. Aber es ist wieder zu bedenken, daß jene Leute von den Streikenden und ihrem Anhang schwer bedrängt wurden, und sich nicht anders helfen zu können glaubten.

Weiter ist es anzuerkennen, daß die Erregung der Arbeiterbevölkerung sich mehren mußte, weil es der Polizei nicht in allen Fällen gelang, die nach dem Kohlenplatz geführten Festgenommenen von Anfang an vor den Mischhandlungen durch die Arbeitswilligen zu bewahren.

Es kommen dann die Maßnahmen der Polizei. Die Beamten haben mehrfach Hausbewohner von den Fenstern und Balkonen durch die Drohung: „Fort, sonst wird geschossen“, zurückgetrieben. Die Verteidigung erklärt dies damit, daß die Polizei unbehagliche Zuschauer ent-

fernen wollte. Diese Erklärung hat das Gericht abgelehnt, da eine andere sehr viel näher liegt. Nachdem in vielen Fällen auf die Beamten aus den Fenstern und von den Balkonen geworfen und geschossen war, muß die Maßnahme, niemanden mehr am Fenster zu dulden, lediglich als eine selbstverständliche und zweckmäßige bezeichnet werden.

Wetterhinder sind dann auch die Absperrungen angeführt worden. Hier ist anzuerkennen, daß die Verhältnisse in Moabit außerordentlich schwierige sind. Die großen Fabriken mit ihren Arbeitern, die Tag- und Nachtlicht haben, der Bahnhof Weißelstraße mit seinem großen Andrang, der stark bevölkerte Stadtteil, wo viele Leute gar nicht zu Hause bleiben können, — da muß natürlich jede Absperrung, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht, Erregung hervorgerufen. Das Gericht muß es indessen ablehnen, darüber entscheiden zu wollen, ob und inwieweit diese Maßnahmen richtig gewesen sind. Das sind polizeitechnische Maßnahmen, die nach dem fortwährend wechselnden Bilde, wie es gerade der Augenblick erforderte, getroffen werden mußten, und deren Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hinterher überhaupt nicht beurteilt werden kann.

Es sind dann endlich von der Verteidigung eine große Anzahl Zeugen dafür gestellt worden, daß die Polizei sich des Amtsmißbrauchs schuldig gemacht hat. Die Polizei soll von der Waffe Gebrauch gemacht haben auf Fliehende, sie soll eingekerkert haben auf einzelne an den Haltestellen der Straßenbahn stehende Leute, und dadurch soll Aufregung hervorgerufen worden sein, die andere nicht zu Ausschreitungen geneigte Menschen dazu veranlaßt hat, sich zu Straftaten verleiten zu lassen. Diese Behauptung konnte für eine Anzahl von Straffällen wesentlich sein und deshalb mußte eine außerordentlich große Beweisaufnahme stattfinden, die die Hauptverhandlung erst nach Monaten zum Abschluß kommen ließ. Auf den Umfang der Beweisaufnahme hatte das Gericht im Hinblick auf die §§ 244, 245 Strafprozeßordnung und der hierzu ergangenen feststehenden Rechtsprechung des Reichsgerichts keinen Einfluß. Allerdings ist die Ladung aller hier in Betracht kommenden Zeugen vom Gericht veranlaßt worden, aber doch nur um jede Verzögerung und Verwirrung in den Dispositionen zu vermeiden, da die Verteidigung erklärt hatte, daß sie andernfalls von dem Rechte der unmittelbaren Ladung Gebrauch machen werde. Gerade die Würdigung dieses Teils der Beweisaufnahme war besonders schwierig. Jeder Zeuge hat einen Anspruch darauf, daß ihm seine Aussage solange geglaubt wird, bis ihm nicht wenigstens Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann. Dadurch wird das Gericht aber noch nicht von einer sorgfältigen Prüfung entbunden, ob das, was der Zeuge als von ihm wahrgenommen behauptet, auch ganz oder zum Teil der Wahrheit entspricht. Gerade diese Prüfung war vorliegend in hohem Maße schwierig. Die meisten Zeugen haben nicht volle Beobachtungen gemacht, sie haben nicht gesehen, wann die Vorgänge einsetzten, viele haben unter diesen Vorgängen leiden müssen. Das beeinträchtigt vielfach die Objektivität. Es besteht auch in den hier in Betracht kommenden Volkskreisen ein gewisser Haß gegen die Polizei, der eine nicht voreingenommene, vorurteilsfreie Beobachtung erschwert. Es ist auch zu bedenken, daß eine geraume Zeit seitdem vergangen war und daß die Vorgänge oft berührt worden sind, im Hause, auf der Straße, in der Werkstatt und in der Presse. Es muß angenommen werden, daß, je mehr die Verhandlung zum Schluß kam, je mehr die Zeugen die verschiedenen Aussagen gelesen hatten, es ihnen immer schwerer fiel, zu entscheiden, wie weit sie selbst wahrgenommen hatten und wie weit sie Selbstwahrgenommenes mit dem Vermengten, was sie von anderer Seite gehört hatten.

Wenn man aber auch alle diese Schwierigkeiten berücksichtigt, so viel bleibt immerhin übrig: Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen,

Noch schwerer fast als die Minister und die Abgeordneten, die die polizeilichen Ausschreitungen rundweg bestritten haben, wird der Polizeipräsident von Berlin durch diesen Schlag getroffen. Am 27. Januar hat Herr v. Jagow beim Kaisergeburtstagsfestessen im Kreise seiner Räte, Offiziere und Kommissare erklärt, er bemerke den patriotischen Tag, „am — gegenüber ungezählten Angriffen, entsprungen aus Phantasie, Suggestion, System — auch an dieser Stelle auf Grund eingehendster Untersuchung jeden Einzelfalles zu weitester Öffentlichkeit es auszusprechen, daß der Schild unserer Schutzmannschaft rein ist. Sie hielt tadellose Manneszucht...“ Vielleicht sieht sich Herr v. Jagow jetzt angefaßt der gravierenden Stellen des schriftlichen Urteils veranlaßt, „zu weitester Öffentlichkeit“ nachzuweisen, was die polizeiliche Untersuchung in den Einzelfällen ergeben hat, die das Urteil „aus der reichen Fülle des Materials“ herausgreift. Wenn er Wert darauf legt, daß seine Worte „zu weitester Öffentlichkeit“ noch ernst genommen werden, müßte er's tun, müßte er zeigen, wie er die Feststellungen der Richter durch seine Untersuchungen zu erschüttern vermag. Dabei könnte er ja dann auch nachweisen, daß der an dem unglücklichen Arbeiter Herrmann verübte Mord, den das Urteil auch anführt, gar kein Mord, gar kein Verbrechen, sondern eine polizeiliche Heldentat, oder doch ein Ausnahmestück treuer Pflichterfüllung zweier Schutzleute war, die durchaus berechtigt waren, den nach dem Sohn sehenden Vater in menschenleerer Strafe mit dem Säbel niederschlagen! Das wäre eine Aufgabe, die der Lösung wert wäre! Wird Herr v. Jagow sich heranwagen? Wenn er's nicht tut, wenn er die Keulenschläge, die das Urteil ihm versetzt, ruhig einsteckt, so weiß jedermann, was er von der großspurigen Versicherung des Polizeipräsidenten in seiner Festrede zu halten hat. Die meisten haben es allerdings sogleich schon gewußt!

Wir geben nachstehend das Wichtigste aus der schriftlichen Urteilsbegründung:

daß dies in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere durch grundlose Beleidigungen und vielfach durch Schläge geschehen ist.

Aus der Fülle des Materials sollen hier folgende Fälle festgestellt werden:

1. Als dem Kaufmann Preuß in der Nacht des 26. September die Beschädigung seines Lebens gemeldet war und er sich aus seiner Privatwohnung über die Straße an Ort und Stelle begeben hatte, fuhr ihn ein Schutzmann mit den Worten an: „Was willst du hier?“ Nachdem er sich zu erkennen gegeben hatte, schrie ihm ein anderer Schutzmann zu: „Scheren Sie sich fort!“ Preuß flüchtete, da er mit Säbeln geschlagen zu werden fürchtete.
2. Rechtsanwalt Wallien wohnt im Hause Alt-Moabit 68, hat aber sein Fenster nach der Gohlwitzerstraße. In der Nacht zum 27. September sah er, daß vier bis sechs Leute in der sonst menschenleeren Straße Alt-Moabit nach der Gohlwitzerstraße zu vor uniformierten Schutzleuten flohen, die mit Säbeln unbarmherzig auf sie einschlugen. Einige fielen hin, dann wurde auch auf die am Boden Liegenden weiter eingehauen.
- Ein anderer einzelner Mann, der in der Leeren Straße ging, wurde an der Ecke von einem uniformierten Schutzmann niedergeschlagen.
3. In der Nacht des 27. September fuhr der Bierabzieher Reich von der Arbeit kommend mit der Straßenbahn nach Hause. Als er an der Haltestelle Wald-, Ecke Turmstraße, ausstieg, bekam er von einem uniformierten Schutzmann mit dem Säbelhieb einen Stoß von hinten, so daß ihm die Mütze abfiel. Beim Wenden nach der Mütze erhielt er Schläge über Arm und Gesicht. Dann wurde er noch weiter geschlagen, ein Schlag traf ihn über den Kopf. Er wurde ohnmächtig. Nachher war der Schutzmann verschwunden. Nachdem er sich auf der Unfallstation hatte verbinden lassen, und mit dem Verband am Arminiusplatz vorbeiging, sagte ein anderer uniformierter Schutzmann zu ihm: „Na, Du Schweineferkel, hast wohl ordentlich eins abgekriegt.“
4. Der Oberkellner Dohnig kam am 27. September nachts gegen 12 Uhr von der Arbeit. In der Turmstraße, Ecke der Gohlwitzerstraße, wurden mehrere einzelne Leute, ohne daß etwa ein Aufruhr vorhanden war, von Schutzleuten geschlagen. Ein einzelner Mann stolperte vor einem Schutzmann, der fortwährend mit einem Säbel auf ihn einschlug. Als Dohnig hierzu bemerkte: „Das ist doch Unvernunft“, stürzten sechs bis acht Schutzleute auf ihn ein und schlugen ihn. Er erlitt eine Verletzung am Arm und war drei Wochen arbeitsunfähig. Die Strafe war fast menschenleer, und nur von Schutzleuten in großer Zahl befehlt.
5. Am 28. September begleitete der Barbier Hillmer einen Freund nach der Straßenbahn. In der Turmstraße bei der Stromstraße suchte er die Bedürfnisanstalt auf. Als er hinaus wollte, bekam er von einem Schutzmann einen Säbelhieb über den Kopf. Er stürzte hin und erhielt am Boden liegend einen zweiten Hieb.

Auf der anderen Straßenseite rief ein Schutzmann einem ruhig seines Weges gehenden Manne zu: „Was treibst Du Dich hier herum, Sauter!“ und schlug ihn.

6. Am 28. September zwischen 9 und 10 Uhr abends hatte der Kellner Braun mit einem Freund eine Schankwirtschaft in der Erdenerstraße aufgesucht, um dort den Eintritt der Kasse abzuwarten. Als sie dann die menschenleere Straße betraten, wurde ein einzelner junger Mann, der ruhig auf der anderen Straßenseite ging, von einem Schutzmann mit dem Säbel geschlagen. Braun und sein Begleiter machten darauf Recht, und Braun wurde von einem Beamten, den er für einen Polizeileutnant hielt, dreimal mit dem Säbel geschlagen.
7. Am 28. September, abends nach 10 Uhr, kam der Arbeiter Senf von einem Besuch seiner in der Springstraße wohnenden Schwiegermutter. Er wollte die Haustür seiner in der Wittstocker Straße belegenen Wohnung aufschließen, hatte aber den Hausschlüssel vergessen. Während er nach einem Schließbeamten suchte, wollte eine Zivilperson von ihm wissen, was er auf der Straße zu tun habe. Als er dies gesagt hatte, machte jene Person mit dem Kopf ein Zeichen. Sofort kamen vier bis fünf Schutzleute hinzu und schlugen und stachen mit ihren Säbeln auf Senf ein, bis er hinfiel. Er versuchte, sich zu erheben, fiel aus Schwäche aber wieder hin. Mit Bezug darauf sagte einer der Schutzleute: „Laßt doch den Hund verbluten.“ Schließlich führten ihn zwei Schutzleute zur Unfallstation. Dabei konnte Senf nicht nach vornwärts. Infolgedessen jagte einer der Schutzleute: „Willst Du machen, Hund, sonst schlage ich Dich noch mal.“ Senf mußte sechs Wochen im Krankenhause bleiben. Als er geschlagen und gestochen wurde, war die Strafe menschenleer.
8. Am 28. September, abends zwischen 8 und 9 Uhr, hatte der Leutnant Schirmer mit einem Schutzmannsaufgebot die Turmstraße in östlicher Richtung, von der Bremer Straße bis über die Wilhelmshavener Straße hinaus von einer Menschenmenge zu räumen. Da ihm gemeldet war, daß in der Erdenerstraße mit Steinen geworfen und geschossen werde, beschloß er, auch diese

Strasse zu säubern. Im von dort ein Zurückströmen in die Turmstrasse zu verhindern, landete er am Arminiusplatz einen Teil seiner Mannschaft unter dem Wachmeister Turau durch die Jonastrasse, um die Dredowstrasse an der Ecke der Bugenhagenstrasse abzusperren. An dieser Stelle war das Straßenpflaster aufgerissen. Die Steine waren auf einem Haufen zusammengelagert. Nachdem Schirmer die Turm- und Dredowstrasse gesäubert hatte, nahm er mit den ihm verbliebenen Schülern an der Kreuzung der beiden Straßen Aufstellung. In der Nähe der Heilandskirche bildete sich wieder ein Trupp von etwa zehn Personen, die vertrieben wurden. Drei davon und dann auch ein vierter Mann, die auf der linken Seite der Dredowstrasse nördlich flüchteten, wurden verfolgt. Jener vierte Mann fiel mit den Schülern an der Bugenhagenstrasse zusammen. Dabei bekam er einen schweren Säbelhieb, so daß am anderen Morgen noch eine Blutlauge von etwa 20 Zentimeter Durchmesser vorhanden war. Der Mann machte Schritt und ließ wieder der Turmstrasse zu, stürzte aber auf dem Bürgersteig bei einem Grünraumgeschäft zu Boden; jetzt hieben mehrere von den Schülern des Leutnants Schirmer auf ihn ein. Auch Schirmer selbst schlug nach ihm. Ob er den Mann getroffen hat, steht nicht fest. Jedenfalls streifte die Spitze seines Degens die Hauswand und erzeugte einen langen Feuerstrahl. Der Mann raffte sich auf und floh entgegengesetzt. Hierbei wurde wieder zweimal auf ihn eingeschlagen. Damals war die Dredowstrasse menschenleer.

Wahrscheinlich ist dieser Mann der Schlosserlehrling Kaczorek gewesen. Dieser lief, als abends gegen 1/2 Uhr ein Trupp Menschen durch die Dredowstrasse vertrieben wurde, voraus und wurde an der Bugenhagenstrasse von drei Schülern mit dem Säbel geschlagen, zwei Hiebe trafen ihn über den Rücken und einer über den Arm. Er will sofort ohnmächtig geworden sein. Jedenfalls setzte er sich beim Wiedererlangen der Besinnung auf den dort befindlichen Steinhaufen. Er wurde von einem anderen Manne gefunden und nach Hause gebracht. Seine Verletzungen machten eine dringliche Krankenbehandlung erforderlich. Weiterhin war er dann noch vier Wochen arbeitsunfähig.

Es ist sehr wohl möglich, daß Kaczorek erst später ohnmächtig geworden und daß ihm in seiner Verwirrung das vorherige Hin- und Herfliehen in der Dredowstrasse nicht zum Bewußtsein gekommen ist.

Hest sieht, daß der Wachmeister Turau an der Bugenhagenstrasse um dieselbe Zeit einen Mann geschlagen hat. Dieser soll sich aber in einer Kiste befunden haben, welche damals von dem dort liegenden Haufen Steine ergriffen, und er soll bei dem Schlag noch einen Stein in der Hand gehabt haben. Ferner soll dieser Mann alsdann durch die Dredowstrasse nach der Turmstrasse zu entflohen, dabei geschlagen und niedergefallen, aber gleich wieder aufgesprungen und weiter geflüchtet sein.

Damit ist jedenfalls bewiesen, daß der von Turau und später von Leutnant Schirmer und seiner Mannschaft geschlagene Mann eine und dieselbe Person ist.

Wenn nun auch dieser Mann sich an der Bugenhagenstrasse zum Angriff gegen die Polizeibeamten rüstete, so hatte er doch nach den ersten Schlägen jeden Widerstand und jede Widerständigkeit aufgegeben und dies durch sein Fliehen erkennen lassen. Daher konnten auch Leutnant Schirmer und seine Mannschaften nicht annehmen, daß dieser Mann sich im Zustande des Angriffs befand oder einen solchen auch nur plante. Deshalb hat Leutnant Schirmer auf wiederholtes Befragen nach dem Grunde seines Vorgehens keine andere Erklärung abgeben können, als daß er sich dazu für befugt gehalten habe „zur Aufrechterhaltung der Autorität“. Daß aber die Rechtsbefugnisse der Polizei gegenüber einer in menschenleerer Straße vereinzelt stehenden Person, von der wenigstens in diesem Augenblicke nichts zu befürchten war, durch Dreiuschlagen nicht gewahrt werden dürfen, liegt auf der Hand.

9. Am Abend des 28. September waren die Heidemannschen Eheleute von einem Besuch in Charlottenburg mit der Straßenbahn zurückgekehrt. Sie stiegen an der Gohlwischbrücke aus und gingen nach der Jagowstrasse. Hier floh eine von Schülern verfolgte Menge. Ein junger Mann, der die Haustür Jagowstr. 21 aufschloß, wurde von einer Zivilperson geschlagen, ebenso der Herrmann Heidemann. Beiden gelang es, in den Hausflur zu entkommen, während Frau Heidemann auf der jetzt menschenleeren Straße zurückblieb. Ein uniformierter Schutzmännchen stürzte auf die vereinzelt ruhig auf der Straße wartende Frau zu und schlug unter den Worten: „Du Kack, was hast Du auf der Straße zu suchen,“ mit dem Faust und mit dem Säbel auf sie ein. Frau Heidemann wurde am Arm bis auf den Knochen verwundet.

10. Am 28. September, nachts gegen 11 Uhr, standen mehrere uniformierte Schutzmännchen an der Gohlwisch- und Waldstrasse. Ein durch die an dieser Stelle menschenleere Turmstrasse vereinzelt gehender Mann, der ein Paket trug, bekam von einem Schutzmännchen einen Stoß, so daß ihm Paket und Mütze hinfielen. Als er sich danach bückte, kamen andere Schutzmännchen herbei und schlugen mit Säbeln auf ihn ein. Er erhielt solche Verletzungen, daß er blutüberströmt in einer Drackstraße fortzufahren mußte.

11. Am 28. September, gegen 10 Uhr abends, war in der Gohlwischstrasse eine Menschenmenge von der Turmstrasse her durch Polizeibeamte vertrieben worden. Als jetzt eine vereinzelt gehende Frau von der Gohlwischstrasse in die Jwingelstrasse einbiegen wollte, wurde sie von einem uniformierten Schutzmännchen verfolgt, auf den Bürgersteig geworfen und mit dem Säbel geschlagen.

12. Am 28. September, gegen 11 Uhr nachts, war der Bäcker Benede, vom Bahnhof Weuffelstrasse kommend, im Begriff, nach seiner Arbeitsstelle in der Rostoder Straße zu gehen. An der Weuffel- und Sidingenstrasse wurde er durch eine polizeiliche Absperrungsdicke hindurchgelassen. In der Rostoder Straße, in welcher damals keine Ansammlungen waren, bekam er von einem uniformierten Schutzmännchen, obwohl er ruhig und vereinzelt war, einen Stoß in das Gesicht. Ein zweiter Mann wurde geschlagen; ein dritter, der hierzu bemerkte: „Die Hälfte wäre auch genug!“ wurde von einem uniformierten Schutzmännchen mit dem Säbel verprügelt, wobei der Schutzmännchen rief: „Du Kack, willst noch nicht liegen?“ Zwei andere Leute, die von einer Zivilperson geschlagen wurden, riefen um Hilfe. Ein Schutzmännchen kam hinzu und schlug mit dem Säbel auch noch auf sie ein.

13. Am 29. September, abends gegen 1/2 Uhr, verließ der Kohlenhändler Giesler mit seiner Frau und Tochter sein in der Weuffelstrasse 8 belegenes Geschäft, um nach Hause zu gehen. Da er durch eine Absperrung nicht hindurch kam, lehnte er wieder um. Während er im Begriff war, das Geschäft wieder aufzuschließen, rief ihm ein Polizeileutnant zu: „Scheren Sie sich hinein!“ Giesler erwiderte: „Erlauben Sie, ich muß erst aufschließen.“ Aufforderung und Anstöß wurden dann nochmals wiederholt. Darauf kamen auf einen Wink des Leutnants Schutzmännchen herbei. Einer gab Giesler einen Tritt. Während dessen hatte die Frau das Geschäft aufgeschlossen. Auf der Straße war weder damals noch vorher eine Ansammlung.

14. Am 29. September, abends gegen 1/21 Uhr, hatte der Mechaniker Unverzagt mit seinem Bruder die Bedürfnisanstalt an der Ecke der Hütten- und Weuffelstrasse aufgeschlo-

Er kam zuerst heraus und warfete auf seinen Bruder. Ein kleiner uniformierter Schutzmännchen ging auf ihn zu, gab ihm Faustschläge und Fußtritte und rief: „Kummel, Stroch, Schwein, willst Du machen, daß Du meglommst!“

15. Am 29. September ging der Hausdiener Hagen, von der Gohlwischstrasse kommend, durch die Turmstrasse. Beim Preußischen Geschäft an der Weuffelstrasse standen Schutzmännchen in Gruppen; einer davon trat an Hagen heran und äußerte: „Det Kack Bunte auch schon in der Seche liegen.“

16. Am 27. September begab sich der Dreher Hoffmann in scharfem Schritt durch die Wittfoder Straße nach der Rostoder Straße. Ein uniformierter Schutzmännchen rief ihm zu: „Kack, Du kannst wohl nicht laufen?“ Ein anderer fügte hinzu: „Wir werden Dir eins über den Arsch schießen, daß sich der Mastbarm verbiegt!“

17. Am 28. oder 29. September abends hatte der Gerichtsaktuar Schur seine Schwester nach der Haltestelle an der Turm- und Stromstrassenecke begleitet. Auf seinem Rückwege nach der Wittfoderstraße bekam er von einem Schutzmännchen mehrere flache Hiebe. In der Wandelstrasse war ein Geschrei entstanden. Wenn der Schutzmännchen auch angenommen haben möchte, daß der Lärm von Schur herrührte, war er aus dieser Ursache immerhin nicht berechtigt, auf eine einzelne Person einzuschlagen.

Nur vorher hatte ein gleichfalls ruhig gehender Herr von einem anderen Schutzmännchen einen Säbelhieb über die rechte Wade bekommen.

18. Am 29. September wurde ein junger Mann, der bei der Heilandskirche auf einer Bank saß, von drei uniformierten Schutzmännchen zu Boden geschlagen. Als er lag, kam noch ein vierter Schutzmännchen hinzu und versetzte ihm einen Säbelhieb über den Kopf, daß das Blut nur so strömte.

19. Am 29. September, abends gegen 8 Uhr, standen zwei Herren, von denen der eine einen Zylinderhut trug, an der Haltestelle in der Weuffelstrasse nahe der Turmstrasse. Ein Schutzmännchen trat an sie heran und forderte sie mehrmals zum Weitergehen auf, obwohl ihm die Herren sagten, daß sie auf den Straßenbahnwagen der Linie 17 warteten. Darauf gab der Schutzmännchen dem Herrn, welcher mit dem Zylinder bedeckt war, einen Stoß, so daß der Hut zur Erde fiel.

20. Endlich gehört hierher auch derjenige Vorgang, welcher oben zum Fall Hermann Weiß Nr. 19 erörtert ist und hiermit in Bezug genommen wird.

Die Ausführungen, auf die hier verwiesen wird, lauten:

Nun ist aber weiter auf Grund der Aussage der Jordanschen Eheleute als festgestellt erachtet worden, daß nach Säuberung der Straße ein Mann ruhig und für sich allein von der Weuffelstrasse in die Wicelstrasse einbog und daß er in der damals menschenleeren Straße an der Kirche zuerst von einem Schutzmännchen einmal und dann von einem zweiten Schutzmännchen zweimal derart mit dem Säbel geschlagen wurde, daß er stark blutend und jammernd zu Boden fiel.

Diese beiden Schutzmännchen hatten zu ihrem Einschreiten keinerlei Berechtigung. Die Straße war menschenleer, der Geschlagene ging ruhig ohne Widerständigkeit oder gar Tätlichkeit durch die Straße. Er war also als harmloser Passant zu betrachten, von dem die Schutzmännchen weder für sich noch für die öffentliche Ordnung etwas zu befürchten hatten. Wenn sie gleichwohl auf ihn einschlugen, so befanden sie sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes, sondern haben sich eines argen Amtsmissbrauches schuldig gemacht. Selbst wenn der Mann in der Weuffelstrasse zu den Aufreißern gehört hätte, so war er jedenfalls nach seinem Einbiegen in die Wicelstrasse von jedem strafbaren Tun zurückgetreten. Hier würden die Schutzmännchen das Recht gehabt haben, ihn festzunehmen, keinesfalls aber waren sie in diesem Augenblicke befugt, nach Art einer Tüchtigkeit auf ihn mit Säbel einzuschlagen.

Das Gericht hat zugunsten des Weiß angenommen, daß er diesen Vorfall von seinem Balkon mitangesehen und dann aus Empörung hierüber auf die untenstehenden Schutzmännchen geworfen hat. . . .

Das Urteil schildert hier den Mord an dem unglücklichen Arbeiter Herrmann! In der Begründung wird fort-

geföhrt: Diese nur beispielweise herausgegriffenen Fälle sind für erwiesen erachtet worden durch das Zeugnis des Kaufmanns Preuß, des Rechtsanwalts Vallien, des Bierabziehers Weiß, des Oberleitners Dosting, des Barbiers Hillmer, des Kellners Braun, des Arbeiters Sem, des Polizeileutnants Schirmer, des Schlosserlehrlings Kaczorek, des Polizeiwachmeisters Turau, des Richters Dr. Wrebor, der Frau Heidemann, des Architektens Waiczak, des Kernmachers Westphal, des Bäckers Benede, des Kohlenhändlers Giesler, des Mechanikers Unverzagt, des Hausdieners Hagen, des Drehers Hoffmann, des Kaufmanns Fritschau, des Eisendreher Lippner und der Jordanschen Eheleute.

Die in Betracht kommenden Beamten haben in allen diesen und ähnlichen Fällen Amtsüberschreitungen begangen. Die Mißgriffe setzten aber erst am Abend des 28. September ein.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß bis dahin nicht das mindeste nach dieser Richtung hin vorgekommen ist, daß die Schutzmännchen vielmehr ihres Amtes unter den schwierigsten Verhältnissen mit bewundernswürdiger Ruhe, Besonnenheit und Zurückhaltung gewaltet hat. . . .

Es ist nicht zu vergessen, daß die Ansprüche an die Körperkräfte, die Geduld, die Pflichttreue und das Ehrgefühl der Beamten nicht höher gespannt werden konnten, daß die Beamten tagelang die rühmlichsten Beschimpfungen, Steinwürfe und Schüsse über sich ergehen lassen mußten, daß viele von ihnen, mancher nicht unerheblich, verletzt wurden und daß sie alle unangesehrt in Lebensgefahr standen. Unter diesen Umständen mußte die Erregung in den gemarteten Beamten immer mehr zunehmen, zumal als sie sahen, daß auch der sonst ruhige Teil der Bevölkerung gegen sie Partei ergriff. Wenn diese ständig genährte Erregung zur Empörung und schließlich zum Angriff wurde, der sich triebartig in Schimpereien und Mißhandlungen Luft verschaffte, so ist dies rein menschlich zu verstehen.

Immerhin ist aber dadurch denjenigen Angeklagten, deren Straftaten nach dem Beginn dieser Vorfälle liegen, Grund geboten, sich darauf zu berufen, daß auch die Polizei ungeschicklich vorgegangen ist und daß ihre eigene Erregung hierdurch eine Steigerung erfahren hat. Denn es kann nicht bezweifelt werden, daß die Kunde von den Amtsüberschreitungen sich wie ein Lauffeuer durch die Bevölkerung verbreitete, und es muß zugunsten dieses Teiles der Angeklagten angenommen werden, daß auch sie Kenntnis davon erhielten.

Hieraus war also für sie ein Milderungsgrund zu entnehmen.

Dagegen hat die Beweisaufnahme die weitere Behauptung der Verteidigung, daß zu jener Zeit Loßpichel in Roabit tätig ge-

wesen seien, mit ausreichender Sicherheit nicht bestätigt. . . .

Die Begründung führt dazu weiter an, daß der Beweisanspruch, den die Verteidigung zu diesem Thema gestellt hat und der die Loßpichel- und Spitzelanten Berliner Polizeibeamten von Jhring-Mahlow bis zur Gegenwart zum Gegenstand hatte, abzulehnen war, weil jeder Fall für sich betrachtet und beurteilt werden müsse und Ereignisse, die vier bis fünf und gar dreißig Jahre zurückliegen, auch wenn sie sich zugetragen haben sollten, nicht geeignet wären, die richterliche Ueberlegung und Entscheidung im gegenwärtigen Falle zu beeinflussen.

Die allgemeine Begründung schließt sodann:

Die fernere Behauptung der Verteidigung, daß die Beamten nur aus Lust an Rohheit Waffenmißbrauch getrieben hätten, ist nicht erwiesen. Dies ist vielmehr lediglich der außerordentlichen Erregung der bis aufs Blut gereizten Beamten zuzuschreiben.

Völlig beweislos steht aber die ungeheuerliche, freilich nur andeutungsweise gemachte Behauptung der Verteidigung da, als ob die Gesamtheit oder die Lokalleitung den Mißbrauch der Waffen gewollt oder geduldet oder gar zu Zwecken der Aufregung gewünscht haben können. Eine derartige Unterstellung verdient die schärfste Zurückweisung.

Abgesehen von der Erregung der Angeklagten, die noch durch das Massenbeispiel verstärkt worden ist, fiel zu ihren Gunsten der Umstand ins Gewicht, daß sie den niedrigen Ständen angehören und nicht diejenige Selbstbeherrschung besitzen, welche nur durch einen wohlgeordneten Bildungsgang anerzogen wird, daß sie sich also auch leichter zu Schimpereien und Tätlichkeiten hinreichend lassen.

Straferschwerend kam andererseits in Betracht, daß durch die Vorgänge ein ganzer Stadtteil in Unruhe und Aufregung versetzt und daß der öffentliche Frieden tagelang gefährdet und gestört worden ist. In solchen Fällen ist Strenge am Platze, um so mehr, als das Gesetz selbst davon ausgeht, daß derjenige, der die allgemeine Ruhe und den öffentlichen Frieden stört, erheblich schwerer bestraft werden muß, als ein Täter, der die Rechte des einzelnen verletzt.

Wir unterlassen es, hier die Einwendungen zu machen, die wir gegen verschiedene Stellen der Begründung zu erheben hätten. Wir wiederholen: gerade diese Stellen haben die Bedeutung der richterlichen Feststellungen über die Polizeiausführungen erhöht! Wenn Richter, die durch eine ganze Reihe anschaubarer Ausführungen erkennen lassen, daß sie mit beiden Füßen im Lager der Polizei stehen, solche Feststellungen gegen die Polizei zu treffen sich gezwungen sehen, so ist unendlich mehr an Amtsmissbrauch, an polizeilicher Brutalität vorgekommen, als das Urteil erkennen läßt!

Und dann ergibt sich als zwingende Forderung: der Polizeiminister hat seine Angriffe auf die Zeugen wider die Polizei zurückzunehmen.

der Polizeipräsident hat die Ergebnisse seiner „Untersuchung jeden Einzelfalles“ bekannt zu geben oder seine Kaisergeburtstags-Festrede zu widerrufen!

die Staatsanwaltschaft aber hat die schuldigen Polizeibeamten vor den Richter zu bringen, insbesondere die Mörder des Arbeiters Herrmann!

Jugendbewegung.

Noch eine Klaffung post festum.

Die freie Jugendorganisation Harburgs, die seit 1909 nicht mehr existiert, ist von der Harburger Polizeidirektion aufgelöst worden.

Gerichts-Zeitung.

Bereindgesetz und Hochzeitsfeier.

Ein recht eigenartiges Nachspiel zu einer Hochzeitsfeier, bei welchem das Bereindgesetz eine etwas sonderbare Auslegung gefunden hatte, beschäftigte gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Fortmann die I. Strafkammer des Landgerichts II.

Wegen Vergehens gegen das Reichsbereindgesetz war der Kaufmann Richard Bergemann aus Rittenwalde angeklagt. Er wurde beschuldigt, ohne polizeiliche Genehmigung öffentliche Umzüge veranstaltet zu haben. — Der Anlaß zu diesem hochpolitischen Gerichtsverfahren war ein recht harmloser, nämlich — eine Hochzeitsfeier. Am 4. August v. J. hatte die Richte des Angeklagten in dem Hotel „Hort“ in Rittenwalde ihre Hochzeitsfeier abgehalten, an welcher mehrere Gäste aus Berlin und anderen Orten teilnahmen. Die Feier gestaltete sich zu einer äußerst fidelen und währte bis das Morgenrot in den Saal hineinschien. Der Angeklagte kam unter der Einwirkung der Weingeister auf die Idee, die von außerhalb erschienenen Hochzeitsgäste mit Musikbegleitung nach dem Bahnhof zu bringen, um dort den ersten Frühzug zu erreichen. Diese Idee fand allgemeinen Beifall und unter Vorantritt der Musikanten, die zur Hochzeit aufgestellt hatten, setzten sich einige Männlein und Weiblein, unter bereitlichem Bemühen, Tritt zu fassen, in Bewegung. Niemand nahm an diesem harmlosen Akt irgendwie Anstoß, eine größere Menschenansammlung entstand ebenfalls nicht. Der Bürgermeister von Rittenwalde, der zugleich das Amt eines Amtsanwalts bekleidet, hielt es jedoch für zweckmäßig, den Erlaß eines Strafbefehls wegen Ueberletzung des Reichsbereindgesetzes bei dem dortigen Amtsgericht zu beantragen. Dieser Antrag wurde jedoch vom Gericht zurückgewiesen. Auf eine Beschwerde des Bürgermeisters ordnete das Landgericht den Erlaß eines Strafbefehls an. Das Amtsgericht Rittenwalde leitete jedoch gleich das ordentliche Verfahren ein und sprach in der Verhandlung vor dem Schöffengericht die Freibreakung des jetzigen Angeklagten aus. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Strafkammer kam wiederum zu einem freisprechenden Urteil mit der Begründung, daß der Angeklagte weder als Veranstalter noch als Leiter eines öffentlichen Aufzuges anzusehen sei.

*) Was wir bestritten müssen. D. Red.

Arbeiter! Parteigenossen!

Wer ist bisher dem Beschluß des Parteitages Magdeburg 1910, die Konsumgenossenschaften durch seinen Beitritt zu unterstützen, nachgekommen?

Meidet die Rabatt-Sparvereine! Agitiert für eure eigenen Unternehmungen!

Dr. Thompson's Seifenpulver
Ist billig, bequem, sparsam.

10 Jahre jünger
erscheint jede Dame nach Benutzung des Wundercreme **Rosabella**
eine vorzügliche, nicht fettende Hautcreme, in Tuben zu M. 1,- vorzüglich in Drogerien, Parfümerien und Damenfriseurgeschäften.
„Rosabella“ ist nur echt, wenn die Packung das Bildnis der Gräfin **Potocka** trägt.
Nachahmungen unter ähnlichen klingenden Namen welche man als wertlos energisch zurückweist. **Potocka**, Parfümeriefabrik Gustav Behm, Wilmstr. 3.

Biesdorf Station der Ostbahn
Route 20 Mark

Neu-Sadowa Stat. Sadowa, a. d. Strasse nach Biesdorf.
Route 15 Mark

Kaulsdorf am Bahnhof
Route 12 Mark

Stienitzburg Station Friedersdorf an der Ostbahn
Route 4 Mark

Kleinste Anzahlung Auch 10jährig Amortisations-Hypothek Verkaufsstellen auf den Geländen und Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 48, Neue Köpenicker Str. 16, Fernsprecher: Ami VII, Nr. 6576

Von 45 Mark
an fertige Anzüge oder Paletots aus modernsten Stoffen auf Hochbaar. Bei Stoffgabe billige Preise.
H. Papendorf, Schneidermeister, Hans Königsstr. 27 L. Telefon VII. 4513. Langjähriger Schneider.

Möbel billig
10-20 Proz. ermäßigt unter Verkaufspreis.
Moderne hübsche Möbel.
Wilhelm Hamann
Berlin N. 58.
42 Schönhauser Allee 42
Spezial-Einrichtungen
500-800 M.

Haltet an jedermann franko!

Umzugs-Ausverkauf bei Seiden-Herzog

Ein Lotterie-Gewinn kann nicht gelegener kommen

als diese Mitteilung der Firma Seiden-Herzog, nur Leipziger Str. 79, L. Denn viele Jahre dürften vergehen, bevor sich derartige wirkliche Gelegenheitskäufe kostbarer Seiden und Samte gerade jetzt zur Ball- und Gesellschafts-Saison für jede Dame (Bräute, Brautmütter etc.) bieten. Die ganz enorm billigen, teilweise bis zur Hälfte und darunter herabgesetzten Preise sollen jede Dame ohne Unterschied veranlassen, mir zur schnellsten Räumung der kostbaren Lager in Samt und Seide zu verhelfen, damit der grosse Umzug erleichtert wird. — Aus der Fülle der Auswahl: Vornehme Seiden für Braut- u. Hochzeits-Roben glatt u. gemustert, 1,50, 2,00, 2,35 usw. — Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1,50, 2,25, 2,75 usw. — Aparte Blusen- und Japon-Seiden, Streifen, Karos, Chinos 1,50, 2,00, 2,50 usw. — Reineidene schwarze Damaste, Merveilleux 1,5, 2,0, 3,0 p. Robe. — 1 Posten Crêpe de Chine, doppeltbreit, für elegante Gesellschafts-Roben 3,50, 4,50 usw. — 1 Posten wundervoller Eoliennes, doppeltbreit, in allen Lichtfarben, 2,95, 3,50 usw. Viele hundert einzelne Hochzeits- und Silberhochzeitsroben enorm billig. — Schwere Damast-Futterseiden für Jackette und Abendmäntel, jetzt 1,50, 1,75. — Ein Posten wundervoller Samt für Blusen, jetzt 1,25, 1,50 etc. — 1 Posten kostbarer Seiden-Püschs und Velours du Nord, 80/120 cm breit, für elegante Mäntel und Jackette, enorm billig, von 3,50 an. Mehrere tausend Meter Reste, eingeteilt in Serien à 1,25, 1,50 p. Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben.

Seiden-Herzog, Berlin, nur Leipziger Str. 79, am Dönhofsplatz, 1 Treppe.

Der Umzugs-Ausverkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Was?

Sie wollen **Möbel** kaufen? — Viel Geld haben Sie auch nicht? Dann wenden Sie sich nur schnell an das **älteste Möbel- u. Waren-Credit-Haus Julius Glogau G. m. b. H.** Oranienstrasse 147 am Moritzplatz

Preise billiger wie überall!

Anzahl. v. 1 Bettstelle oder	Abzahlung
1 Matratze oder	1
1 Kleiderspind oder	
1 Vertikow oder	
1 Tisch oder	
M. an 4 Stühle	M. wöchentl.

Abteilung für Garderobe: Herren - Anzüge, Herren-Ulster, Paletots, Kinder - Anzüge, Hosen. Anzahlung von **3** Mark an.
Damen-Kostüme, Blusen, Röcke, Kleider, elegante Ausführung. Anzahlung von **3** Mark an.

Credit

zu den kulantesten Bedingungen

Komplette Küchen alle Sorten Anzahl. v. **10** M. an
Stube und Küche . . . Anzahl. schon v. **15** M. an
nur im **ältesten Möbel- u. Waren-Credit-Haus Julius Glogau G. m. b. H.** Gr. Frankfurter Str. 137 zwischen Frucht- und Koppen-Str.

Bessere Einrichtungen Anzahlung von **30** M. an
Wochenrate von **2** M. an
Besichtigung ohne Kaufzwang erboten.
Alte Kunden ohne Anzahlung.
Jeder Käufer erhält ein schönes **Geschenk gratis.**

Phonographen-Katz

Größtes Spezial-Geschäft in echten Grammophon- und Zonophon-Fabrikaten.

Filialen: **Dircksenstr. 20** Rosenthaler Str. 24 **Andreasstr. Chausseestr. 92**
am Bahnh. Alexanderplatz Ecke Gipsstraße Ecke Blumenstraße gegenüb. d. Kaufhaus Singer

Etwas Außergewöhnliches!

1500 Künstlerwalzen, nur Original-Aufnahmen, keine Abzüge
jetzt **3 Stck. 95 Pf.**

Wieder neu eingetroffen!

8500 Doppel-Platten tadellos neue Aufnahmen, jetzt **85 Pf.**

Diese Platten werden, wenn abgespielt, wieder in Zahlung genommen.

in **Zonophon** zu 2 u. 3 Mk. **Alle Schlager der Saison!**

Aufnahmen von **Otto Reutter** und **Claire Waldorf**. „Die schöne Risette“, „Houduett“, „Bravo Dacapo!“, „Max, komm in'n Kientopp rin“, „Puppenmädel“ etc.

Besonders preiswertes Spezial-Angebot!

Hocheleganter **Luxus-Apparat** Gehäuse Mahagoni poliert mit fl. Bronze-Vergoldung und echten Bronzesechslagen mit 50 cm großem Blumentrichter. In Werk fl. vernickelt, konisches Rohr, mit aufklappbarem Schalltrichter und neuester Konzertschalldose, komplett mit 10 verschiedenen Stücken **28.50** früher nach Wahl jetzt M. **55.-**

Auf jeden Apparat **2 Jahre Garantie!**



Auf Rollschuhe wegen Aufgabe bis **50% Rabatt.**

Man verlange d. neuesten Platten-Katalog pro 1911 u. Muster-Nadeln gratis.

Teilzahlung gestattet

Echte Grammophone in jeder Preislage.

En gros.
En detail.

Groß-Vertrieb

von **Fabrikaten Gardinen-Webereien**
Portieren- und Tischdecken-Fabriken.
Gardinen u. Fabrikreste

für 1 bis 3 Fenster passend.
Fenster 1.85, 2.50, 3.75, 4.50, 5.50 usw.

Abgepaßte Gardinen,
2 Schals 2.25, 2.85, 3.50, 4.25, 5.50, 6.35, 7.50

Stores 1.75, 2.25, 2.75, 3.75 usw.

Erbstül- und Spachtel-Stores
2.95, 3.75, 4.65, 5.75, 6.85, 8.50 usw.

Tüllbettedecken, weiß und orème
1.95, 2.45, 2.85, 3.45, 4.50 usw.

Erbstüldecken goldfarbig reich gest.
2.85, 3.65, 4.50, 5.35, 6.75-50

Künstler-Gardinen zwei Schals,
1 Lamb., System Handarbeit
5.50, 6.85, 7.85, 8.50 usw.

Plüschportieren komplette Garnitur
6.35, 7.50, 8.75, 9.85-60

Filztuchportieren wundervoll gestickt
3.85, 4.50, 5.75, 6.85-8.50.

Leinenportieren 2 Schals, 1 Lambrequ.
3.85, 4.75, 5.50, 6.65, 8.25 bis 40 M.

Tuchtschdecken rot, blau, oliv
1.25, 1.85, 2.65, 3.35, 4.50 usw.

Nationalplüschdecken
4.25, 4.95, 5.45, 6.45 usw.

Riesenposten echte Plüschdecken
m. kl. Fehlern, rot, oliv, blau, jetzt 6.75, 8.75, 9.85, 11.50, 13.50, 14.85-35 M.

Steppdecken in allen Farben

Simili-Seide 3.75, 4.50, 5.25, 6.75, Handarbeit und Waffelmuster
8.75, 9.85, 11.50, 13.50

10% Rabatt auf fehlerhafte **Teppiche.**

W. E. Weissenberg's

Gardinen- und Teppich-Spezialhaus

Gr. Frankfurterstr. 125 (im Hause der Möbelfabrik)

2. Haus von der Koppenstraße Haltestelle der Straßenbahn, Stadtbahnstat. Schlesischer Bahnhof.

Robert Baumgarten

Damen-Konfektion

Engros Export

Hausvogelplatz II 1. Etage (keine Laden)

schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jerusalemstr.)

verkauft auch einzeln

Paletots

Kostüme

Kostüm-Röcke

Blusen

Kimonos

Golf-Jacketts

Mädchen-Paletots

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich
Versand-Abteilung, Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

Grosser Blusen-Verkauf

Ca. 40000 Stück neue Frühjahrs-Blusen, welche zum grössten Teil in unseren eigenen Werkstätten hergestellt sind, werden in dieser Woche im Lichthof

zu ausserordentlich billigen Preisen verkauft.

- Musselin-Bluse halsfrei m. bunt. Bordüren garniert 1.55
- Musselin-Bluse mit Tüll-Passe u. Satin-Garnitur . . . 1.95
- Musselin-Bluse halsfrei mit Umlegekragen, Plissé und Krawatte garniert . . . 2.50
- Musselin-Bluse m. Satin-u. Knopfgarnitur . . . 2.50
- Satin-Bluse gepunkt, in verschied. Farben, mit einfarbig. Satin, Paspel und Knöpfen garniert, halsfrei . . . 2.90

- Wasch-Bluse aus imitiert Leinen m. reicher Stickerei garniert . . . 2.90
- Bluse aus merzerisiertem Mull mit Valenciennes-Einsätzen und Stickerei garniert, verschied. Fassons 2.95
- Satin-Bluse Kimonoform, weiss-schwarz gestreift, mit Tüll-Passe 3.10
- Wollmusselin-Bluse mit Tüll-passe, Satin und Knopfgarnitur, gefüttert . . . 3.90
- Satin-Bluse schwarz, mit Stickerei, Fältchen und Stich garniert, Kimonoform . . . 3.90

- Bluse aus merzerisiert. Mull, ganz in Fältchen genäht, m. Stickerei und Valenciennes garniert . . . 3.90
- Hemd-Bluse aus gestreiftem, halb-wollenem Popeline, gefüttert, in vielen Farben . . . 3.90
- Ueberbluse aus engl. Baumwoll-Voile, m. reich. Kurbelstick., in vielen Farben, 3 versch. Fass. 3.90
- Popeline-Bluse reine Wolle, 2 Fassons, in diversen Farben, gefüttert . . . 4.65
- Wollbatist-Bluse gestreift, halsfrei, mit Satin, Börtchen u. Knöpfen garn., gefüttert 4.75

- Stickereistoff-Bluse mit Cluny cienne garniert . . . 4.95
- Bluse aus merzerisiertem Mull mit Stickerei-Einsätzen u. Motiv, Valenciennes und Fältchen garniert . . . 4.95
- Seidene Taffet-Bluse gestreift, mit Krawatte und Knopfgarnitur, gefüttert . . . 4.95
- Messaline- und Taffetbluse mit Tüllpasse, gefüttert, in div. Farben 4.95
- Ueberbluse aus wollenem Voile, in verschiedenen Fassons, mit moderner, bunter Stickerei . . . 4.95, 5.50

Ein grosser Posten:

Foulard-Blusen

- Ein grosser Posten neuer
sämtlich gefüttert
- Serie I verschiedene Fassons . . . 7.50
 - Serie II " " 9.75

Seidene Hemdblusen

- Serie I Gestreifte Taffethemden, in vielen Dessins . . . 4.35
- Serie II Gestreifte Taffethemden, gute Qualität . . . 5.75
- Serie III Einfarbige Taffet-Chiffonhemden, viele Farben . . . 5.75
- Serie IV Hemdblusen aus neuesten gestreiften Satin de chine, Schottenstreifen und Taffet . . . 8.75

Blusenhemden

- aus Wollbatist
aparte Tennistreifen, gefüttert
- | | |
|---------|----------|
| Serie I | Serie II |
| 4.95 | 5.75 |

- Wollmusselin-Bluse mit Satin und Paspel garniert, gefüttert . . . 5.25
- Wollmusselin-Bluse mit Tüll-Passe, Krawatte und Knöpfen garniert . . . 5.50
- Tüll-Bluse mit Messaline-Garnitur und Japonfütter . . . 5.75
- Bluse aus merzerisiertem Mull, in 8 verschiedenen neuesten Fassons, mit reich. Stickerei, Valenciennes und Fältchengarnitur . . . 5.90
- Stickereistoff-Bluse in verschiedenen elegant. Fassons und Abarbeitungen 5.90
- Bluse aus gestreift. Baumwoll-Voile, mit Umlegekragen, Taffetgarnitur, in diversen Farben, gefüttert 5.90
- Wollbatist-Bluse gestreift, mit farbiger Taffetgarnitur und Tüllpasse . . . 5.90

- Bluse aus gutem Stickereistoff oder merzerisiertem Mull in verschied. neuen Formen 7.75, 6.75
- Messalinebluse 2 versch. Fassons, neueste Farbensestellungen, gefüttert . . . 6.75
- Seidene Taffet-Bluse gestreift, in 3 verschied. Fassons, mit Halsteil, gefüt. 6.75
- Seidene Taffet-Bluse gestreift, halsfrei, mit Messaline-Umlegekragen u. Manschetten, Krawattengarnitur, gefüttert 6.75
- Spachtel-Bluse mit Seidenfutter 6.75
- Bastbluse halsfrei, mit türkischer Seide garniert . . . 7.75
- Basthemd mit reicher Faltengarn., Wäschekrag. u. Mansch. 7.90

- Ueberbluse aus mod. Voile, mit eleg. bunter Stickerei 8.50
- Bastbluse mit Tüllpasse und eleg. bunter Seidengarnitur . . . 8.75
- Tüll-Bluse mit Klöppel-Einsätzen garniert, in verschiedenen eleganten Fassons, gefüt. 8.75, 9.75, 12.75
- Bluse aus Wasch-Voile mit elegant. Spachtel-Garnitur und Cluny-Einsätzen . . . 9.25
- Paillette-seidene Bluse in zwei neuest. Fassons und Farbensestellungen, gefüt. 9.75
- Satin de chine-Bluse gestreift, mit Halsteil, gefüttert . . . 9.75
- Satin de chine-Bluse gestreift, halsfrei, mit grossem modern. Matrosenkragen 9.75

- Bastbluse mit Fältchen, türkisch. Seidenpaspel und Knöpfen garniert . . . 10.75
- Taffetbluse mit Handarbeitspasse u. Manschett, in 2 verschied. Fassons, gefüttert, diverse Farben . . . 10.75
- Bastbluse m. türkisch. Bastseide garn., neueste Form 12.75
- Paillette-Bluse mit türkischer od. Chinesseide, halsfrei, mod. Schnurgarn., gefüt. 13.50
- Messalinebluse mit Handstick, Knötchen und Spitzen garniert, mit u. ohne Halsteil, in diversen Farben, gefüttert 15.50
- Voilebluse mit farb. Seide unterlegt, mit reich. Stick. u. Taffet garn., Goldpasse u. Mansch. 17.00

Ein grosser Posten

Blusenhemden

- aus weissen Mull- und Stickereistoffen mit Spitzen- und Stickerei-Garnitur, darunter einige farbig gestreifte Zephyr-Blusen . . .
- | | | | | |
|--|---------|------|------|------|
| | Serie I | II | III | IV |
| | 2.45 | 3.45 | 4.75 | 6.00 |

Ein preiswerter Posten Kleiderstoffe

- Melierte Noppenstoffe, einfarb. Kammgarn, farbiger Voile, schwarze Etamine ca. 110 cm breit . Mtr. 1.60
- Reinwollene Blusenkrepons in feinen Farben, ca. 70-80 cm breit . . . früherer Wert bis 2.60 1.35

- Einfarb. engl. Kleiderripse mit seidenartigem Glanz, neueste Farben, ca. 70-80 cm breit . . . früh. Wert 1.50 bis 2.25 85 Pf., 1.25
- Halbfertige Roben Eolienne u. halbseidene Batiste, reiche Seidenstick., früh. Wert bis 60 Mk. 28 u. 34.00

Ständiger Verkauf: Mode-Album

grosses Folioformat, mit über 400 Abbildungen von Damen-, Knaben- und Mädchen-Garderobe, sowie Wäsche und Schürzen, nebst genauer Beschreibung z. Selbstanfertigung.
35 Pf.

Schnittmuster

(fertig zugeschnittene Papiermuster) zu diesen Abbildg. nebst genauer Anleitung zum Zuschneiden.

- Jeder Kostüm- od. Kleiderschnitt (Rock- und Taille) 35 Pf.
- Jeder Blusen- od. Rockschnitt . . . 25 Pf.
- Jeder Kindergarderobeschnitt . . . 25 Pf.
- Jeder Wäsche- od. Schürzenschnitt . . . 15 Pf.

Reichstag.

151. Sitzung. Sonnabend, den 18. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Siebenter Tag.

Die Beratung beginnt mit dem Kapitel „Gesundheitsamt“.

Abg. Renner (Z.) begründet eine vom Zentrum eingebrachte Resolution, welche im Viehseuchengesetz die Entschädigungspflicht des Staates ausdehnen will auf Viehverluste, welche durch Maul- und Klauenseuche herbeigeführt sind.

Abg. Graf v. Kanitz (L.) erklärt, daß seinen Freunden die Resolution des Zentrums sehr sympathisch sei und bittet um ihre Annahme.

Abg. Jietich (Soz.):

Meine Vorredner haben von dem Viehseuchengesetz gesprochen; ich will Ihre Aufmerksamkeit auf eine Krankheit lenken, welche die Menschen befallt, die Lungen schwindt. Die Angaben über die Krankenziffer schwanken zwischen 800 000 und 1 800 000. Zur Einschränkung dieser lächerlichen aller Krankheiten, welche die Menschen wie ein schleichendes Gift befallt, geschieht vom Deutschen Reich sehr wenig. Während das Reich Hunderte von Millionen für den Militarismus ausgibt, sind in den Etat ganze 100 000 Mark eingestellt zur

Erforschung der Tuberkulose.

60 000 Mark dieser Summe erhält ein privater Verein, das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Mehr als vom Reich geschieht von den Einzelstaaten und den Gemeinden und besonders von den Krankenhäusern und Versicherungsanstalten, die auch Heilbehandlung gewähren. Sehr charakteristisch ist es, daß das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose seine Hauptmaßnahmen aus einer Lotterie bezieht. Vom Reich hat es in den fünf Jahren von 1906 bis 1909 300 000 Mark erhalten, während es aus der Lotterie 1,8 Millionen Mark Einnahmen erzielte. Die verschiedenen Anstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose verfügten im Jahre 1910 über 18 160 Betten; was bedeutet das gegenüber einer

Krankenziffer von 1 800 000!

Der Hauptnachdruck ist nicht auf eine Einschränkung der Folgerückwirkung der Krankheit, sondern auf die Prophylaxe zu legen. Als Ursache der Schwindsucht kommen ja hauptsächlich ungenügende Ernährung, schlechte Wohnungsverhältnisse und ungesunde Zustände an den Arbeitsstätten in Frage, die Tuberkulose ist eben nach übereinstimmender Ansicht aller Forscher in erster Linie eine Gewerbekrankheit, eine Berufskrankheit. Von allen Krankheiten der Arbeiter sind 33 1/2 Prozent tödlich verlaufende Tuberkulose. Nach den Feststellungen des Professore Sommersfeld, ist in der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter den Sterbefällen der Prozentzahl der an Tuberkulose Verstorbenen 15,8, im Handel und Verkehr 24, in der Industrie 34,9. Mit je stärkerer Staubentwicklung die Arbeit verbunden ist, um so größer ist die Gefahr der Tuberkulose. Besonders gefährdet sind die Glasbläser, deren durchschnittliches Lebensalter nur 42 Jahre beträgt. Am allerhöchsten liegen die Verhältnisse für die Porzellanarbeiter. Dr. Wagner hat im Selber Bezirk festgestellt, daß sieben Zehntel aller Porzellanarbeiter an Erkrankungen der Atmungsorgane sterben. Während bei der Bevölkerung im allgemeinen 28,4 Proz. der Sterbefälle auf Tuberkulose fallen, sind es bei den Porzellanarbeitern 67,2. Die Tuberkulosefälle an Altersschwäche sind für die allgemeine Bevölkerung ein Drittel aller Fälle, für die berufliche Bevölkerung ein Fünftel, für die Arbeiter ein Sechstel und für die Porzellanarbeiter ein Neunzehntel. Das sind ganz erschreckende Zahlen, die zu einer umfassenden Forschung von zentraler Stelle aus, vom Reichsgesundheitsamt aus, auffordern. Eine wesentliche Ursache liegt auch in dem

harten Vordringen der Frauenarbeit

In den Porzellanfabriken, hier hat sich die Zahl der arbeitenden Frauen von 1895 bis 1907 von 11 800 auf 22 500 vermehrt, also fast verdoppelt, während die Zahl der männlichen Arbeiter nur von 29 000 auf 39 000 gestiegen ist. Die Frauen und Mädchen werden in den Porzellanfabriken zum Teil mit den schwersten Arbeiten beschäftigt, so heißt es in dem Fabriksinspektorenbericht von 1908 für Meiningen: „Häufig wurden in Porzellanfabriken Mädchen ange-

Kleines feuilleton.

Mexiko. Dem Reisebuch, das Harry Graf Kessler, der Präsident des deutschen Künstlerbundes vor 7 Jahren unter dem Titel „Notizen über Mexiko“ hat erscheinen lassen, entnehmen wir einige Stellen, die besonders heute interessieren werden, da sie Probleme voraussagen, die auch den neuesten Ereignissen in Mittelamerika zugrunde liegen. Den mexikanischen Staat charakterisiert Graf Kessler als brutal; die Beamtenhaft ist zum großen Teil bestialisch und expressiv, weil die Voraussetzungen und das Milieu für eine aus persönlichen Gründen festgehaltenen Ehrlichkeit fehlen; die Politik ist rein persönlich. Der jeweilig lebenden Regierung fehlt jede ernsthaft zu nehmende Sanktion, außer der durch Gewaltstreiche erlangten und zu persönlichen Zwecken ausgebeuteten Macht. Sie unterschied sich bis vor Diaz' Regierungsantritt von den Brigantennasozialisten, die über das ganze Land hin die Chauffen unsicher machten und als Gewalttherrschaften ganze Provinzen auslozen, eigentlich in nichts als darin, daß sie unter diesen Vandalengesellschaften die mächtigste war.

Diaz aber, das Haupt der zuletzt an die Staatsläsen gelangten Politiker und Soldatenbande, ein soldatisch-gebräutert und mit den reiferen Grausamkeitsmitteln des 19. Jahrhunderts arbeitender Ludwig XI. oder Cäsar Borgia, dient zu gleicher Zeit seinem Ehrgeiz, seinem Bankrotto und seinem am eigenen Wirken erwachsenen Patriotismus. Er unterdrückt die unabhängigen Briganten im Lande und das offene Plündern der vom Staate angestellten und verbindet damit ein Geschäft für sich, indem er Gewinnbeteiligungen an den zahlreichen Unternehmungen annimmt, die infolge seines Regiments aufzulösen anfangen. Das Land macht, während es früher bei den fortwährenden „Revolutionen“ nicht zur Ruhe kam und verarmt, jetzt Fortschritte. Diaz aber hat seine bei einem Jahresgehalt von fünfzehntausend Talern verdienenden Millionen in englischen Banknoten längst in Sicherheit gebracht.

Seit der Präsidentschaft Diaz' existiert in Wirklichkeit kein Wahlrecht mehr. So noch Wahlen markiert werden, sind es Scheinzeremonien. Diaz wählt alle vier Jahre feierlich sich selber wieder zum Präsidenten; und in der Zwischenzeit erneuert er auch, oft es nötig ist, die Mitglieder der Volksvertretung und die besetzungsmäßig vom Volk zu erwählenden Provinz-Gouverneure. Die liberale Regierung hat aus der konstitutionellen Republik eine unumschränkte Monarchie gemacht. Wer protestiert, kommt um; das heißt er fällt der Ley fuga zum Opfer, der geistvollen Handhabung der Polizeibefugnis, auf fliehende Arrestanten zu schießen. Mithergangene Personen werden arretiert, fliehen und werden erschossen. Prozesse werden dadurch vermieden.

Sprachrichtigkeit. Gegen den mechanischen Begriff der Sprachrichtigkeit wendet sich Dr. Willi Fischer in den „Preussischen Jahrbüchern“. Eine zur Korrektheit erhaltene Schriftsprache ist unerträglich. Jede Schriftsprache bedarf der stetigen Verjüngung durch die Volkssprache. An einer Reihe von sprachlichen Erscheinungen

troffen, die vom Glühboden zur Arbeitsstätte am Brennofen eine größere Anzahl aufeinandergehender Chomattelapfen tragen, die 104 Pfund wogen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In späteren Berichten der Gewerbeinspektoren finden sich solche Feststellungen nicht mehr, aber nicht deswegen, weil keine Ursache dazu wäre, sondern weil ihnen seinerzeit vom Reichsamt des Innern ein Wink gegeben wurde, ihre Nase nicht in Dinge zu stecken, die, wenn sie an die Oeffentlichkeit kommen, den Arbeitervertretern Gelegenheit geben, sich auf die Angaben zu stützen. Man wagt heute eben nicht mehr zu zeigen, wie die Dinge liegen, sondern färbt alles rosa. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem müssen wir gesunde Arbeitsräume verlangen. Hieron ist man in den Porzellanfabriken weit entfernt, eine tägliche Reinigung der Arbeitsräume kennt man überhaupt nicht, wohl aber gibt es viele Arbeitsräume, welche

viele Jahre lang niemals gereinigt worden.

Die Unternehmer behaupten, sie könnten keine sanitären Einrichtungen treffen, weil ihre Produktionskosten dadurch steigen würden. Gerade deshalb muß von den Reichsbehörden eingegriffen und die Unternehmer zur Reinigung gezwungen werden. Gerade in der Porzellanindustrie hat sich eine gewaltige Konzentrierung des Kapitals durch große Fusionen vollzogen, es werden Riesengewinne erzielt,

bis zu 35 Prozent Dividende

werden bezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem sind

die Löhne außerordentlich gering.

Bei guten Löhnen wäre der Appell an das Reichsgesundheitsamt vielleicht nicht nötig, denn bei guter Ernährung würden die Arbeiter widerstandsfähiger sein. In den geringen Löhnen gesellt sich eine ausgedehnte Arbeitszeit. Wenn die Arbeiter eine Verringerung der Arbeitszeit erstreben, sehen die Unternehmer das Reichsamt des Innern an, doch keine Verfürgung der Arbeitszeit wagen zu lassen. Als die Kommission des Reichstages die Vollmachten des Bundesrats, Einschränkung bei gesundheits-schädlichen Betrieben zu treffen, ausdehnen wollte, behaupteten die Unternehmer in der Porzellanindustrie, es gäbe keine gesündere Beschäftigung, als die Arbeit der Brenner in den Porzellan- und Steingutfabriken. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist die Temperatur bei Beginn des Ausnehmens 44—68 Grad, bei seiner Beendigung 58—82 Grad, und in dieser Temperatur auszuhalten und zu arbeiten, wird den Frauen und Mädchen zugemutet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist vorzuziehen, daß den Mädchen hier die Haare anfangen und sie ihr Haar verlieren. Die Unternehmer wehren sich auch gegen Arbeiter-schulung, sie meinen, sie würden dann nicht mehr „Herren im Hause sein“. Ebenso wenden sie sich gegen den Zehnstundentag für weibliche Arbeiter, er wird allerwärts durchbrochen, kein Mensch kümmert sich um ihn; im Thüringer Wald gibt es Fabriken, wo in den Arbeitsräumen bis tief in die Nacht Licht ist, so daß die Bevölkerung vom „ewigen Licht“ spricht. Wenn die Arbeiter sich selbst zu helfen suchen, so werden sie auf schwarze Listen gesetzt, in Thüringen hat der Verband der Porzellanfabrikanten das ganz offen ins Statut geschrieben (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), ungenierter kann der

Terrorismus und Boykott gegen kämpfende Arbeiter

nicht erklärt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine der Hauptursachen der zahlreichen Erkrankungsfälle ist die Peinarbeit bei den außerordentlich engen Wohnungsverhältnissen. (Der Redner legt eine Photographie auf den Tisch des Hauses nieder, welche in enger Stube den Mann, die Frau und zwei Kinder bei der Arbeit zeigt, während ein kleineres Kind in dem ungesunden Raume schläft.) Die Unternehmer wollen nicht, daß den Arbeitern aus sozialen Gründen geholfen werde. Deshalb verlangen wir ein Eingreifen des Reiches. Vor allem fordern wir eine

Einschränkung der Arbeitszeit.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dr. Vogner erklärt den Zehnstundentag für das Nichtigste und den Elfstundentag höchstens für ein Maximum. Besonders wichtig ist, worauf ich schon hinwies, die Prophylaxe, deshalb treten wir der Forderung des Dr. Vogner bei, der einen

Untersuchungszwang für jugendliche Arbeiter

verlangt, es sollen eben die von der Tuberkulose infizierten Jugendlichen gar nicht erst in die Porzellanbetriebe hineingelassen werden. Es handelt sich bei dieser Frage nicht bloß um die Gesundheit der Arbeiter, sondern die Industrie selbst kann nicht fortgeschritten,

weist der Verfasser nach, daß es eine mathematische Sprachrichtigkeit nicht gibt. Zwei sich gegenüberstehende Sprachformen haben meist die gleiche Berechtigung: „sie sind beide durchaus gemäß dem Geiste und den Bildungsgegesen der Sprache entstanden; der einzige Punkt, der zu einer verschiedenen Beurteilung führen kann, ist größere und geringere Häufigkeit des Gebrauchs oder Gebrauch in der Schriftsprache oder der Mundart. Nicht die Art der Bildung, also, nicht die Vernünftigkeit der Sprachregel ist das Entscheidende, sondern allein der Gebrauch; er lohnt uns mit jeder Bildungsweise, mit jeder Ausnahme, mit jeder Wunderlichkeit aus. Und dieser allmächtige Gebrauch gibt kein unbedingt zuverlässiges und unwandelbares Merkmal: Dinge, die vor 200 Jahren der feinsten Sprache angehörten, sind heute unmöglich, was heute als fein gilt, braucht es in wieder 200 Jahren nicht mehr zu sein.“

Theater.

Schiller-Theater O: „Gabriello der Fischer“. Duelle von Ernst Prezang. Ernst Prezang, dessen Gedichte „Im Strom der Zeit“ für proletarisches Empfinden und Hoffen so kraftvoll wuchtigen Ausdruck fanden, schöpft auch in seinen ersten, vor Jahren von der freien Volksbühne aufgeführten dramatischen Versuchen aus dem Gedanken- und Geisteskreise modernen Arbeiterlebens. Der Einakter „Sein Jubiläum“ entwarf mit eindringlicher Kontrastierung der Figuren ein Bild aus dem Zusammenbruch des Handwerks und der fromm-gläubig hingewonnenen Handwerkerillusionen. Das vieraktige Schauspiel „Im Hinterhause“, wenn auch nicht gleichmäßig abgerundet, gab in der Schilderung des lähmend dumpfen Drucks, der den imbaliden, zur Last für seine Angehörigen gewordenen Arbeiter in den Tod treibt, Szenen ergreifender, schlichter Alltagsrealität. Auch die Gestalt des jungen revolutionär aufrüttelnden, inmitten allen Elends unverzagten Genossen, die in der ersten Szene mehr als Sprachrohr für den Autor selber diente, hat hier bereits individuelle Züge angenommen. Das Ziel des Strebens war hier hochgesteckt.

Aus dem Ringen um die Gestaltung von Selbstleben, in allen Fasern durchfühlem und Durchhittenem flüchtet sich Prezang mit seinem neuen Stück in die leeren Schemen eines kostümierten Maskenspiels, zu dem eine alte florentiner Novelle ihm den Stoff gab. Das alte Motiv der Zwillingssähnlichkeit muß hier wieder einmal zu allerhand bunten Verwechslungen herhalten. Gabriello der Fischer, ein Findling, dessen blaues Blut sich schon in der unüberwindlichen Antipathie gegen die Arbeit kund tut, hat bei seinem Doppelgänger-Bruder, einem geizigen Visoner Gutsherrn, der natürlich nichts von der Verwandtschaft wissen will, mit seinem hübschen Weibchen Dienst genommen. Er bringt ihn dazu, am Flußufer mit ihm zusammen Rod und Hofe auszugleichen, um gemeinsam zu fischen. Die Strudel reihen den vornehmen Herrn respektlos mit sich fort, und Gabriello schlüpft unterdessen in die feinen Kleider und drapiert sich als Edelmann. Der andere, der, mühsam gerettet, nichts als die Fischerlampen findet, seine Blöße zu bedecken, gilt, trotz entrüsteter Proteste, nun vor aller Welt als Gabriello. Eine hochnotpeinliche Gerichtsverhandlung,

wenn sie nicht von einer kräftigen Arbeiterschaft getragen ist (lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten) und deshalb schädigen sich die Porzellanindustriellen selbst, wenn sie sich gegen die Forderungen ablehnend verhalten. Aber auch im Interesse der gesamten Bevölkerung sollte die Regierung kräftiger zugreifen, denn die Porzellanarbeiter bilden einen

dauernden Aufstockungsheer für weite Volksteile.

Siez energisch durchzugreifen, ist die Pflicht der Reichsregierung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich habe diese Dinge so ausführlich besprochen, weil es uns nicht möglich ist, diese Zustände auf der

Hygieneausstellung in Dresden

zur Darstellung zu bringen. Die Heimarbeiterausstellung von 1906 in Berlin, die ergänzt wurde durch die Ausstellung in Brüssel, hat allen Unternehmern einen Schrecken eingejagt und man sagte, man wolle in Dresden die Lichtseiten der Heimarbeit zeigen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wer die Heimarbeit mit all ihrem Elend kennt, kann an vernünftige Menschen nicht die Forderung stellen, Lichtseiten der Heimarbeit zu zeigen. Der Präsident des Reichsgesundheitsamts hat die Hygiene für ein neutrales Gebiet erklärt, auf dem in der Regel ein erfreuliches übereinstimmendes Mitarbeiter der verschiedenen Parteien erfolgt. Bei der sächsischen Regierung sind seine Worte nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Doch wird das keine besondere Eigentümlichkeit der sächsischen Regierung und der sächsischen Unternehmer sein, auch weitere Kreise der Unternehmungerschaft sind eines Sinnes mit ihnen, ihnen ist es ein Gr e u e l, die Arbeiter mitarbeiten zu sehen, um die Schäden der Industrie aufzudecken und bei ihrem

arbeiterfeindlichem und gesundheitlichem Treiben

haben die Unternehmer immer das volle Verständnis der Regierung gefunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was sich in Dresden gezeigt hat, die Brüstierung und Ausschöpfung der Arbeiter bei einem solchen Unternehmen, ist

nur in Deutschland möglich.

(Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Belgien hat man die Heimarbeiterausstellung der Arbeiterschaft überlassen, man vertraute ihrer Erfahrung, ihrer Objektivität und ihrem heiligen Ernst, daß sie nur das zeigen, was wahr ist, und die Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie ernstlich bemüht ist, mitzuarbeiten an der Bekämpfung der Schäden, die

wie ein freßendes Krebsleiden

die Volksgesundheit verunstaltet. Die Dresdener Hygieneausstellung aber zeigt schon von Anfang an den moralischen und intellektuellen Bankrott der Unternehmungerschaft durch ihre Unvollkommenheit. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland kann nie etwas Ordentliches zustande kommen, wenn die Arbeiter in solcher Weise von der Mitarbeit ausgeschlossen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß es hierin anders werde, dazu mögen meine Ausführungen dienen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich bin nicht in der Lage, mich dazu zu äußern, ob die Angriffe des Vorredners auf die Leitung der Hygieneausstellung berechtigt sind oder nicht. — Eine Anweisung an die Gewerbeinspektoren, die Berichte zu färben, ist nicht er-gangen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: In Preußen!) Auch in Preußen nicht, sondern in Preußen sind sie angewiesen, tatsäch-lich nicht zu begründende Urteile und allgemeine Betrachtungen zu unterlassen, sondern das tatsächliche Material nach wie vor zu bringen. Auch der Vorwurf des Abg. Jietich, das Reichsgesund-heitsamt widme der Tuberkulose nicht die nötige Aufmerksamkeit, ist unrichtig. Wir sind daran, Vorschriften für die Betriebe aus-zuarbeiten, in denen die Gefahr der Bleibergiftung und der Er-krankung an Tuberkulose vorliegt. Die Tuberkulose habe ich an zweiter Stelle genannt, weil sich nach neueren Untersuchungen er-gaben hat, daß die Tuberkulosegefahr in den keramischen Betrieben nicht so groß ist, wie man bisher allgemein angenommen hat. Auch der Vorwurf, vom Reich gefesse zu wenig auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung, ist unzutreffend. Das Reich kann in der Hauptsache nur die wissenschaftliche Bearbeitung der Frage erlebigen, die Durchführung der Maßnahmen ist in erster Linie Sache der Bundesstaaten. Uebrigens ist gerade in Deutschland die Tuberkulose erfolgreich bekämpft worden, die Zahl der an Tuberkulose Verstorbenen auf je 100 000 Einwohner ist von 1898 bis 1907 ständig zurüdgegangen, von 217,1 bis auf 184,3, und diese sinkende Tendenz ist auch seit 1907 weiter bemerkbar. (Bravo!)

Abg. Renner (nall.): Für die Entsaftung der Betriebe in den

die Aufklärung bringen soll, endigt, da die dürre Frau Guts-behüterin, sehr zufrieden mit dem Gattentausch, den Fischer für ihren rechtmäßigen Gemahl erklärt, mit dessen Sieg. Doch nicht zu seiner Freude. Seine Santa, die hübsche junge Fischerfrau, die sich für seine Seitenprünge zu rebandieren droht, ist ihm am Ende lieber als der ganze Titelkram, zumal mit der fatalen Schwägerin als eheliche Zugabe. Er desertiert, verläßt sein Eben-bild, das sich in Santos Hütte schnarrend einquartiert hat, und ist froh, in seine alten Liebesbreite wieder einzutreten. Die ent-lauschte Schwägerin nimmt ihren Gatten, nachdem er eheliche Besserung und Ausbändigung des Rossenschlüssels feierlich gelobt hat, wieder auf. Ein flottes Spiel und hübsche Inzenerierung verhalf dem Scherz beim Publikum des Schillertheaters zu freund-licher Aufnahme. Der Autor konnte mehrmals erscheinen, dt.

Humor und Satire.

Anlagen.

Nicht der Landrat wird gegüßigt, nicht der Richter und Distzier, den du freies Luns bezichtigst auf bedrucktem Holzpapier. Dich, Altarumbildhauerwerkser, Hegapostel, Medatroum, dich zunächst und um so schärfer nimmt der Staatsanwalt sich her! Denn er ist nun mal der objek-tivste Mann im ganzen Land und am liebsten gleich auf Stopp weg! sah' er gegen dich erkannt. Wie vielmehr, wenn ein geliebtes Gottesgnadeninstrument (solche Gurichen leider gibt es) einer Schaft und Würber nenn! Zwar er will sein Wort beweisen — doch da wir'n wir schone dumm! Bitte, werlt den Arsl in Eisen — oder macht ihn sonstwie stumm. Nehmt ihm wenigstens die Ebre! nimmer sei er Rechtsanwält, dieser Mensch mit seiner Lehre: Recht soll gehen vor Gewalt!

Notizen.

— Vorträge. Dienstag, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein vom Volksrat veranstalteter Vortrag von Herrn Dr. Guttman über Gesangs-kunst statt unter grammophonischer Mitwirkung von Caruso, Kraus, Knote, Dessin usw.

Vorgeschlagenen wird Sorge getragen, und das muß auch im Interesse der Gesundheit der Arbeiter geschehen. Ebenso meinen wir mit dem Abg. Zietzsch, daß die Wohnungsverhältnisse im Interesse der Einschränkung der Tuberkulose verbessert werden müssen. — Der Redner wendet sich dann dem Apothekenswesen zu, für das er eine reichsgesetzliche Regelung wünscht.

Staatssekretär Deßbrück: Eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenswesens ist nicht beabsichtigt.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) bedauert sehr lebhaft diese Erklärung. Hoffentlich werden dann wenigstens die Einzelstaaten recht bald an die Regelung dieser Frage herantreten. Herr Zietzsch hat unrecht, wenn er eine allgemeine Steigerung der Zahl der Tuberkuloseerkrankungen behauptet; aber allerdings ist die Ziffer der Todesfälle durch Tuberkulose bei Kindern gestiegen. Den Resolutionen auf Anzeigepflicht der Bleichröthe stimmen wir zu. Die Vorbedingung erfolgreicher Bekämpfung der Gemeinheitskrankheiten ist ein unabhängiger Arztstand, für den die Sozialdemokratie gar nicht, das Zentrum schon eher, die Herren von der Rechten wiederum gar nicht und die Nationalliberalen leider nur teilweise zu haben sind. — Ich halte es für ungewiss, daß wir in der nächsten Zeit mit einem

Austritt der Zietzsch

in verschärfter Form zu rechnen haben. Daher gewinnt das Problem der Seuchenbekämpfung erneute und erhöhte Bedeutung, um so mehr, als die außerordentliche Verbreitung der Seuche in Oesterreich-Ungarn eine Oeffnung dieser Grenze ausschließt. Ein wirksames Serum gegen die Maul- und Klauenseuche haben wir nicht; die bisherigen Maßnahmen haben sich als erfolglos erwiesen und nur zu einer Verlastung der Landwirtschaft geführt. Es bleibt nur das einzige Mittel übrig, das auch in Dänemark mit Erfolg angewandt worden ist, nämlich, die von der Seuche ergriffenen Tiere zu töten und die Weisheit ausreichend zu entschädigen.

Abg. Gabel (Wirtsch. Bgg.) begründet und empfiehlt, gestützt auf seine eigene Imtererfahrung, seine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes zum Schutze der Wiesenwälder gegen Faulbrut.

Abg. Dr. Nöfke (Konj.): Der Abg. Mugdan hat die Frage der Grenzsperrung gegen Seuchengefahr angeschnitten. Man hat in geradezu frivolster Weise mit dem Gedanken der Grenzöffnung gespielt. Aber wer für die Grenzöffnung eintritt, der verflucht sich am deutschen Viehbestand! (Lärm bei den Sozialdemokraten: Die rechte Wahlrede!) Rüge sich die Reichsregierung nicht betreten und verwirren lassen durch das Geschrei von Presse und Versammlungen. Auch bei Menschenseuchen sperren wir doch die Grenze, um der Seuche im Innlande möglichst schnell Herr zu werden. — Wir haben eine Resolution eingebracht, in der auf die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen gegen die Viehseuchengefahr hingewiesen wird. Im Interesse der Öffentlichkeit wird der Landmann, auf dessen Viehställe eine Seuche ausgebrochen ist, weitgehenden Beschränkungen und Schädigungen unterworfen. Da ist wirklich eine Entschädigung nicht mehr als recht und billig. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär Deßbrück: Als einige süddeutsche Staaten die Zulassung französischer Vieh beschloßen, lag keine Seuchengefahr in Frankreich vor. Wir haben an die Genehmigung dieser Zulassung die Bedingung geknüpft, daß sie aufhört, sobald ein Fall von Maul- und Klauenseuche in Frankreich konstatiert ist. Bisher hat nicht nachgewiesen werden können, daß irgendeine in Deutschland erfolgte Erkrankung an Maul- und Klauenseuche auf die Zulassung französischer Vieh zurückzuführen ist. (Hört! hört! links.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Wang gewiß — darin hat der Abg. Nöfke recht — haben wir es bei der Maul- und Klauenseuche mit einer argen Landeskalamität zu tun, deren scharfe Bekämpfung dringend notwendig ist. Aber total falsch ist es, wenn der Abg. Nöfke das Ausland als total verstoßt darstellt. In Frankreich z. B. ist bloß das Departement Hoch-Savoyen verstoßt, während der für die Viehausfuhr nach Deutschland in Betracht kommende Teil Frankreichs völlig unversehrt ist. Die Sperrung der deutsch-französischen Grenze ist also völlig ungerechtfertigt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist im wesentlichen der Osten, der unter der Seuche zu leiden hat. Während desselben Zeitraums, in welchem wir im Regierungsbezirk Posen 1800 verseuchte Döse hatten, zählten wir in Baden ganze 13 verseuchte Döse. (Lebhafte Hört! hört! links.) Wie kann man unter solchen Umständen und angesichts solcher Ziffern behaupten, daß der Westen Deutschlands von Frankreich her gefährdet sei. Die, immerhin im Vergleich zu den östlichen Krankheitsziffern in mäßigen Grenzen sich haltende Zunahme der Maul- und Klauenseuche in Baden dürfte eher auf östliche Ansetzung zurückzuführen. Es wäre also immerhin logischer, wenn man eine Sperre innerhalb Deutschlands fordern würde. — In ihrer Eile über die Zulassung französischer Vieh in Süddeutschland haben die Agrarier sich sogar nicht scheut, mit Depeschen zu arbeiten, die notorisch unwahre Nachrichten enthielten. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Nachrichten unwahr gewesen sind, ist hier vom Staatssekretär des Innern selbst konstatiert worden. (Erneutes lebhaftes Hört! hört!) Herr Dr. Nöfke, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat diese Depeschen hier vorgebracht, und es wäre sehr erwünscht, wenn er oder andere agrarische Führer sich einmal über die Entstehungsgeschichte dieser Depeschen mit unwahrem Inhalt näher äußern wollten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist sehr bedauerlich, daß der Staatssekretär eine reichsgesetzliche Regelung der Apothekenfrage nicht in Aussicht gestellt hat. Die Arzneipreise erreichen vielfach eine geradezu wucherische Höhe, unter der namentlich die Krankenkassen zu leiden haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein paar Worte über die gewerblichen Krankheiten. Ich muß übrigens dabei mein Verwundern aussprechen, daß Herr Dr. Mugdan die Frage der „Unabhängigkeit des Arztstandes“, womit er wohl das Verhältnis zwischen Ärzten und Kassen meint, mit dieser Angelegenheit verquält. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Maßnahmen gegen die Gewerkrankheiten lassen sich immer viel zu wünschen übrig. Auch läßt es mancher Fabrikant hier an der nötigen Sorgfalt fehlen. Vor allem möchte ich bitten, daß bedeutend scharfer, als es bisher geschehen ist, auf die Befolgung der Bundesratsverordnung über die Verwendung von Bleifarben geachtet wird. Ich bitte den Staatssekretär, hierauf seine und der ihm nachgeordneten Behörden Aufmerksamkeit zu richten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das Haus bitte ich, unsere Resolution, welche die grundsätzliche ärztliche Anmeldepflicht aller gewerblichen Vergiftungen ausdrückt, möglichst einmütig annehmen zu wollen. Nur durch solche grundsätzliche Anmeldepflicht lassen sich wirklich durchgreifende Erfolge erzielen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Oppersdorf (B.) lenkt die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die Erhebungen der Schulärzte, die von außerordentlich großer Bedeutung für die allgemeine Volksgesundheit und namentlich auch für die Erhaltung der Wehrfähigkeit der Nation seien. Außerordentlich bedenklich sind die Zustände in der bayerischen Zwieselgasindustrie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter dem Maßstab haben die Lungen der Arbeiter sehr zu leiden. — Bezüglich der viel besprochenen Maul- und Klauenseuche bemerke ich, daß wir die Grenzsperrung unter keinen Umständen entbehren können. Selbst wenn im Auslande die Seuche nicht stark herrschen sollte, so haben wir doch keinen Einfluß auf die sanitären Maßnahmen und die Ueberwachung im Auslande. Zum Schluß möchte ich noch die Aufmerksamkeit auf die Schimpfung mit dem Serum des Geheimrat Köfler gegen Maul- und Klauenseuche lenken. (Bravo! im Zentrum.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Fallbauer: Ich muß mit aller Entschiedenheit der Behauptung des Abg. Zietzsch entgegenstellen, daß die sächsische Regierung eine Heimarbeitersammlung auf der Hygieneausstellung verhindert hat. Ich verweise auf die Darstellung im „Vorwärts“ vom 12. Januar. Ein Vertreter der sächsischen Regierung wünschte in der betreffenden Konferenz, die Gewerkschaften sollten auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung bringen. Darauf erwiderten die Ver-

treter der Gewerkschaften, dann müßten sie es den Unternehmern überlassen, die Heimarbeit zur Darstellung zu bringen, nach ihrer Ansicht gebe es keine Lichtseiten der Heimarbeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die sächsische Regierung hat also sicherlich eine objektive Heimarbeitersammlung gewünscht. Daß eine solche möglich ist, beweist die in Frankfurt und daß eine einseitige Ausstellung ihre Bedenken hat, beweist die in Berlin. (Sehr richtig! rechts.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Ritter von Stöckner: Dem Abg. Graf Oppersdorf bemerke ich, daß die bayerische Regierung das Zustandekommen eines Tarifvertrages in der bayerischen Spiegelglasindustrie zu fördern sucht.

Abg. Sommer (Sp.) beklagt die strengen Vorschriften bei der Herstellung von Schornsteinen und Deckeln an den Zinnröhen. Die Herstellung sei stark nach Frankreich übergegangen, wo die Vorschriften nicht so streng seien. Auch bei der Benutzung von bleihaltigem Kinderspielzeug habe man viel zu große Befürchtungen (!), eine Bleivergiftung sei dabei ganz ausgeschlossen (?). Man könne sehr wohl einen höheren Prozentsatz von Blei als 10 Proz. zulassen.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Summ: Das Reichsgesundheitsamt muß auf Grund seiner Erfahrungen und Versuchsergebnisse auf seinen bisherigen Standpunkt beharren und kann die Vorschriften über die Herstellung bleihaltiger Gegenstände nicht ändern. Dem Grafen Oppersdorf möchte ich bemerken, daß es wohl noch verfehlt ist, den Schulärzten schon mit Statistiken zu kommen. Für die Erforschung der Maul- und Klauenseuche hat das Reichsgesundheitsamt bis zum Jahre 1906 erhebliche Summen ausgegeben; seitdem werden die Forschungen von Herrn Köfler fortgesetzt.

Abg. Dr. Stankenhorn (natl.) wünscht einheitliche Regelung der Nahrungsmittel- und Weinkontrolle durch Reichsgesetz.

Bundesratsbevollmächtigter Frhr. v. Stein weist auf die Schwierigkeiten der Frage hin.

Abg. Bogt-Grallheim (Wirtsch. Bgg.) wendet sich gegen die Einfuhr französischer Vieh. Ueberall, wo man es eingeführt habe, sei die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler angenommen.

Persönlich erklärt

Abg. Dr. Koeslke (L.): Er habe bei der Fleischnotbehalte nicht eine Depesche mit unrichtigem Inhalt mitgeteilt, sondern lediglich dem Staatssekretär einen ausländischen Zeitungsausschnitt überreicht.

Abg. Breh (Soz., zur Geschäftsordnung):

Durch den Debattenschluß hat man uns verhindert, auf die unrichtige Darstellung zu antworten, die hier von amtlicher Seite über die Angelegenheit der Dresdener Gewerbehygiene-Ausstellung gegeben worden ist. Ich behalte mir vor, auf diese Angelegenheit bei dritter Lesung zurückzukommen. Lange Stunden werden hier auf die Erörterung agrarischer Fragen verwandt; da muß das Haus auch Zeit haben, sich mit Fragen der Gewerbehygiene zu beschäftigen, an denen Tausende und aber Tausende Arbeiter interessiert sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz., persönlich)

erklärt, daß er keineswegs dem Abg. Koeslke absichtliche Diffamation vorgeworfen, sondern lediglich konstatiert habe, daß die Agrarier außerordentlich leichtgläubig sind, wenn irgendwo die Nachricht von einer im Auslande ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche auftaucht.

Sämtliche zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ beantragten Resolutionen, darunter auch die Resolution Albrecht (Soz.) betr. ärztliche Anzeigepflicht aller gewerblichen Vergiftungen, werden angenommen.

Nach bereits nahezu siebenstündiger Sitzung beginnt das Haus noch die Beratung des Kapitels „Patentamt“. Verbunden wird damit die erste Lesung der Novelle zum Patentausführungsgesetz.

Abg. Dove (Sp.) beantragt Ueberweisung an eine 14gliedrige Kommission.

Abg. Dr. Jund (natl.) schließt sich dem Antrag an.

Abg. Dr. Pfeiffer (B.) erklärt sich ebenfalls für Kommissionsberatung.

Abg. Wed (Soz.):

Auch wir sind für Kommissionsberatung, zumal uns die Interessen des Erfinders keineswegs genügend geschützt erscheinen. Der Lizenzzwang kann leicht die Kapitalmacht gegenüber dem Erfinder stärken. Die allgemeine Revision des Patentgesetzes ist dringend notwendig und der vorliegende Entwurf trägt nur den Charakter eines Kompromisses. — Wir stimmen also dem Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt und der Antrag Dove auf Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern wird angenommen.

Das Kapitel „Patentamt“ wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Reichsversicherungsamts“. Der Präsident schlägt vor, mit der Beratung zu verbinden den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 1b des Poltarifgesetzes (Witwen- und Waisenversorgung). Die Abg. Mugdan (Sp.) und Hoch (Soz.) protestieren gegen diese Verbindung.

Der Präsident zieht seinen Vorschlag zurück.

Abg. Sachse (Soz.):

Ich bitte dringend um Erklärung darüber, ob es wahr ist, daß die fürstliche Herrschaft Pflz zum Bau von Beamtenhäusern von der schlesischen Landesversicherungsanstalt ihr Geld zu billigerem Zinsfuß als dem landesbedingten erhält. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist wahrlich unerhört, wenn eine so schwerreiche Herrschaft, wie die fürstliche Pflz, indirekte Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die gelben Gewerkschaften, unsere Todfeinde, sind über diese Wirtschaft empört. Auf der einen Seite werden die Versicherungsanstalten angehalten, die größte Sparsamkeit zu üben, Renten zu entziehen usw. und auf der anderen Seite

Zuwendungen an reiche Fendalherren!

(Hört! hört!) Die gelben Gewerkschaften, die meine Wiederwahl mit allen Mitteln bekämpfen, haben mich doch gelobt, daß ich diese Dinge zur Sprache gebracht habe. (Hört! hört!) Geben Sie in die blutarmen Gegenden Schlesiens, fragen Sie herum bei den Gewerkschaften, bei den Arbeitersekretariaten, auch bei den „nationalen“, und Sie werden sehen, wie groß die Empörung in allen Arbeiterkreisen ist. — Ich bitte die Regierung, daß sie die Versicherungsanstalten anweist, nicht derart knauserig mit der Rentenbewilligung zu sein. Ich bin überzeugt, daß auch die sogenannten nationalen und christlichen Arbeiter sich diesem Wunsche anschließen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Gaspar: Das Reichsversicherungsamt hat eine Anweisung erlassen, daß Gelder der Landesversicherungsanstalten nicht unter 3/5 Proz. ausgeliehen werden.

Darauf wird ein Beratungsantrag (mit etwa 12 gegen 8 Stimmen) angenommen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung, Sonnabend, den 18. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenge, v. Dallwitz.

Nach debatteloser Erledigung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in zweiter Lesung folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichszuwachsgesetz.

Abg. März (B.): Es handelt sich hier um ein Gesetz, das ganz neue Gesichtspunkte in die Steuerlegislation bringt. Wir sind im allgemeinen mit den vorgeschlagenen Bestimmungen einverstanden. Die Veranlagung der Steuer sollte auch in Rheinland-Westfalen nicht wie vorgesehen einer einzelnen Person, sondern einem Ausschuss überwiegen werden. Die Genehmigung von Zuschlägen zu der Steuer durch Gemeinde und Kreis wäre am besten dem Minister zu übertragen, damit kein zu weitgehender Gebrauch von diesem Recht der Zuschläge gemacht wird. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Minister v. Dallwitz hält die Bedenken des Vorredners in bezug auf die Veranlagung der Steuer in Rheinland-Westfalen durch den Landbürgermeister bezw. Amtmann nicht für stichhaltig und wendet sich entschieden gegen die Anregung in bezug auf die Genehmigung von Zuschlägen. Das stehe im Widerspruch mit den Dezentralisationsbestrebungen bei der Verwaltungsreform.

Abg. Graf v. Carmer (Konj.) kritisiert die Bestimmungen über die Verteilung des Anteils an der Zuwachsteuer zwischen den Gemeinden und dem Kreis.

Abg. v. Dewitz (Freikonz.) wendet sich gegen die Bestimmung, daß der Staat 10 Proz. der Steuer erhalten solle, trotzdem die Arbeit der Veranlagung Sache der Gemeinden sei.

Finanzminister Dr. Lenge betont, daß diese 10 Proz. kaum ausreichen würden, um die Ausgaben des Staates zu decken.

Abg. Büchtemann (Sp.) regt an, die Einkommensteuerveranlagungskommissionen mit der Veranlagung der Steuer zu betrauen. Ein Teil der 10 Proz. sollte jedenfalls den Veranlagungsbehörden zukommen. Der Landesfürst und die Landesfürstin sollte in Preußen zugunsten der Gemeindeverbände zu der Steuer herangezogen werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dumrath (natl.) hält eine Kommission von 14 Mitgliedern für ausreichend.

Abg. Girsch (Soz.):

Mit der Uebertragung der Veranlagung der Steuer an die Gemeindevorstände sind wir einverstanden, haben aber große Bedenken dagegen, daß in bestimmten Fällen die Kreisassessoren mit der Veranlagung betraut werden. Es würden dann sicher in kurzer Zeit dieselben Beschwerden laut werden, wie jetzt, wenn Stellung genommen wird gegen den Landrat als Vorsitzenden der Veranlagungskommission. — Was die Rechtsmittel gegen den Steuerbescheid betrifft, so soll das im Reichsgesetz als möglich vorgesehene Rechtsmittel der Beschwerde durch die Vorlage ausgeschlossen werden, angeblich aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil sonst Verwirrung entstehen würde. Wir erklären darin eine Verschlechterung gegenüber dem Reichsgesetz. — Für das als Rechtsmittel zugelassene Verwaltungsstreitverfahren sind ebenfalls erhebliche Verschlechterungen vorgesehen insofern, als die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in nicht öffentlicher Sitzung der Regel nach ohne vorherige mündliche Anhörung der Parteien erfolgen soll. Schneller mögen ja die Sachen auf diese Weise erledigt werden, aber im Interesse einer gerechten Erledigung der Revision müssen wir mündliche und öffentliche Verhandlung verlangen. Grundsätzlich wünschen wir, daß überhaupt an Stelle des Verwaltungsstreitverfahrens der ordentliche Rechtsweg tritt. — Was die Frage der Verteilung der Steuer anlangt, so ist nichts dagegen zu sagen, daß auch den Kreisen etwas zufällt. Voraussetzung ist für uns allerdings, daß die Gemeinden nicht schlechter gestellt werden, als sie schon standen. Das Verlangen des konservativen Redners, daß auch die Gütersbezirke, das heißt die Großgrundbesitzer, etwas erhalten, ist ganz unbegründet. Dies Verlangen ist wieder einmal bezeichnend für die Agrarier, die bei jeder Gelegenheit etwas für sich herauszuschlagen suchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht Gebrauch gemacht hat die Regierung bedauerlicherweise von der Befugnis des Reichsgesetzes, den Gemeinden generell das Recht zu erteilen, Zuschläge zu der Steuer zu erheben. Den Gemeinden sollte diese neue Steuerquelle um so mehr eröffnet werden, als ja einer Reihe von Gemeinden Einnahmen aus der Werthwachsteuer, die sie hatten, durch das Reichsgesetz genommen werden. — Daß die preussische Regierung die weitere Befugnis, die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin zugunsten der Gemeinden zu beschränken, ungenutzt hat vorübergehen lassen, wundert uns natürlich nicht; es beweist das wieder, wie wenig sozial die preussische Regierung denkt. Es wäre Pflicht des Landtags, das Verabsäumte nachzuholen. Wir behalten uns einen entsprechenden Antrag für die zweite Lesung vor, und es wird sich dann zeigen, ob Preußen die Gelegenheit, anderen Bundesstaaten mit gutem Beispiel voranzugehen, wieder einmal ungenutzt vorübergehen läßt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Entwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schroeder-Kassel (natl.) erörtert ausführlich die Frage der Hebung des Kurzes der Staatspapiere und verlangt Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre. Die Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse habe bei vielen Beamten große Erbitterung hervorgeufen.

Abg. Rosenow (Sp.) schließt sich in bezug auf die Beamtenwünsche dem Vorredner an. — Das in der Kommission gestellte Verlangen, Berlin solle mehr für die Unterhaltung des Tiergartens tun, entspringt lediglich dem Haß der Konservativen gegen Berlin mit seiner liberalen Verwaltung. Berlin hat 846 Hektar an eigenen Parkanlagen. Auch die Behauptung des Abg. v. Boppenheim, das alte Opernhaus könne nicht an Berlin verkauft werden, weil man nicht wisse, ob es dann zu Zwecken benutzt würde, die der Umgebung würdig seien, bedeutet eine schwere Beleidigung Berlins, gegen die wir scharf protestieren. (Bravo! links.)

Abg. Seba (Pole): Die Demoralisierung in der Ostmark infolge der Germanisationspolitik greift immer mehr um sich. Das Polizeipräsidium in Posen hat sich sogar einen moralischen Verdacht zuschulden kommen lassen, indem es Briefe an einen Polen unterdrückte.

Finanzminister Dr. Lenge weist die Vorwürfe des Vorredners gegen die Regierung zurück. Die Polen hätten die Germanisationspolitik durch ihren Boykott der deutschen Elemente selbst hervorgeufen. (Widerspruch bei den Polen. Sehr richtig! rechts.) Der Fonds für die Altpensionäre solle verstärkt werden. Der Zuschuß Berlins zur Tiergartenverwaltung sei freiwillig. Wo sich die Deklassierung von Orten in bezug auf die Wohnungsgeldzuschüsse als unbegründet erweise, werde eine Herauslösung erfolgen.

Abg. Straßer (L.): Von einem Haß der Konservativen gegen Berlin ist keine Rede. Wir haben wiederholt anerkannt, daß die Berliner Verwaltung in mancher Beziehung geradezu musterhaft ist. Die Aufbesserung der Altpensionäre sollte gesetzlich geregelt werden.

Abg. Lucas (natl.) hält künstliche Mittel zur Hebung des Kurzes der Staatspapiere für bedenklich.

Abg. Dr. Gruber (Sp.) verbreitet sich ebenfalls über die Maßnahmen zur Hebung des Kurzes der preussischen Konsole und fragt den Minister, ob der Artikel in der „Neuen Korrespondenz“ über die Reichsfinanzreform, der nach Zurückziehung des bekannten Antrages Wirsach im Herrenhaus erschien, auf die Regierung zurückzuführen sei. Er könne sich nicht denken, daß die Regierung eine Lösung der Reichsfinanzreform zu rechtfertigen bereit sein sollte, die zu unterschreiben der frühere Reichsfinanzler Fürst Bülow sich geweigert habe. Das würde jede Kontinuität in der Regierung vermischen lassen. (Sehr richtig! links.)

Finanzminister Dr. Lenge: Es ist mir nichts davon bekannt, daß die Regierung irgendwie mit diesem Artikel der „Neuen Korrespondenz“ in Verbindung steht.

Abg. Albers (Sp.) (Lärm bei den Sozialdemokraten: Ist denn Herr v. Arnim, der Schlachtmacher, nicht da? Feitelkeit!) protestiert gegen die Wahregeln zur Beschränkung der Zulassung ausländischer Wertpapiere an der Börse. An den zugelassenen Papieren sei in den letzten Jahren nicht ein Pfennig verloren worden.

Abg. Albers (Sp.): (Lärm bei den Sozialdemokraten: Ist denn Herr v. Arnim, der Schlachtmacher, nicht da? Feitelkeit!) protestiert gegen die Wahregeln zur Beschränkung der Zulassung ausländischer Wertpapiere an der Börse. An den zugelassenen Papieren sei in den letzten Jahren nicht ein Pfennig verloren worden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Wischmann (nall.) schließt die allgemeine Besprechung.

In der Spezialdebatte hält beim Titel Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschtums in den gemischt sprachlichen Landesteilen.

Abg. v. Sack-Jaworski (Poln.) die Vorwürfe des Abg. Sedha gegenüber dem Finanzminister aufrecht und verlangt Auskunft, wie der Dispositionsfonds eigentlich verwandt werde.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Extraordinarium protestiert

Abg. Lutz (Z.) lebhaft dagegen, daß bei den Skizzen zum Bau des neuen Opernhauses in Berlin nicht die ganze deutsche Kunstschafferschaft zur Konkurrenz zugelassen sei.

Finanzminister Dr. Lenge erwidert, bei Neubauten habe bisher der Staat immer die ganze Summe getragen; in diesem Falle habe die Krone freiwillig einen erheblichen Beitrag übernommen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Rosenow (Op.) und Frisch (nall.) schließt die Debatte. Der geforderte Ankauf einiger Grundstücke wird bewilligt.

Damit ist der Etat erledigt. Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Dergetai).

Aus aller Welt.

Der „S“-Mord.

London, 16. März. (Fig. Ver.)

Ein sensationeller Mordprozeß, der mehr als in einer Hinsicht Aufmerksamkeit verdient, hat mit der Verurteilung des Angeklagten vorläufig sein Ende gefunden.

Man wird sich erinnern, wie zu Ende des vorigen Jahres die Houndsditchaffäre ganz England in Aufregung hielt, weil im Süden Londons ein geheimnisvoller Mord verübt wurde.

Ein russischer Eindringling namens Morisson ist nun wegen der Tat zum Tode verurteilt worden. Ob das sich gänzlich auf einen mangelnden Indizienbeweis stützende Urteil haltbar ist oder nicht, sei dahingestellt; der Richter war bei der Begründung des Urteils sehr vorsichtig.

Der Fall ist weiter bemerkenswert wegen der Tatsache, daß die Polizei während der Zeugenbefragungen einen oder mehrere Meineide geschworen hat. Morisson wurde in einem Restaurant von fünf Polizisten verhaftet, die bei ihrer Vernehmung ausfragten, daß sie den Angeklagten nicht wegen Mordverdacht festgenommen hätten, sondern nur deswegen, weil er es als alter Verbrecher unterlassen habe, sich bei der Polizei zu melden.

Entweder haben die fünf Polizisten, die den Angeklagten verhafteten, Meineide begangen, oder der junge Konstabler, den sein Gewissen trieb, das, was er gehört hatte, oder glaubte, gehört zu haben, im Gerichtshof vorzubringen.

Walffischfang in der Ostsee.

Ein seltener Fang wurde am Freitag in der Flensburger Bucht gemacht, wenige Kilometer von Flensburg entfernt, gemacht. Seit einigen Tagen war von Fischern bemerkt worden, daß in der Gegend ein Walffisch sein Wesen treibe.

Das hungernde China.

Die grenzenlose Not, unter der Millionen Chinesen fast ständig leiden, macht sich wieder einmal in Laten der Verzweiflung Luft. Wie die „Noll. Volkstz.“ meldet, hielten mehr als hundert Personen einen Zug der Kanling-Schanghangabahn an.

Kleine Notizen.

Ein irrsinniger Arzt. In Bukarest wurde der Arzt Dr. Georgescu auf der Straße plötzlich vom Wahnsinn befallen. Er zog seinen Revolver und gab zahlreiche Revolverkugeln auf die Passanten ab.

Japanerische in Nordamerika. In Denver im Staate Colorado wurde das Haus eines japanischen Kaufmannes von fanatisierten Volkshäuten angegriffen und zerstört.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Heaeros Hochzeit. Montag: Die Zauberflöte. Dienstag: Raia. Mittwoch: Einhorn-Konzert. Donnerstag: Die Königsflügel. Freitag: Raia. Sonnabend: Die Zauberflöte. Sonntag: Die Königsflügel. Montag: Salome. Auf. 8 Uhr. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Einer von unsrer Zeit. Abends und Montag bis Sonnabend: Pummelhuben. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pension Schiller. Abends und Montag: Pummelhuben. (Anfang 8 Uhr.)

Modernes (Hebbel) Theater. Abends: Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Romische Oper. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Die Bohème. Montag: Hofmanns Erzählungen. Dienstag: Die Fledermaus. Mittwoch: Traviata. Donnerstag: Figaros Hochzeit. Freitag: Lohé. Sonnabend: Daphnis in der Unterwelt. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Eine lustige Doppelde. Abends: Polnische Wirtschaft. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Gabriella der Pfister. Montag: Maria und Magdalena. Dienstag: Gabriella der Pfister. Mittwoch: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Gabriella der Pfister. Freitag: Kathan der Weise. Sonnabend: Maria und Magdalena. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Ein idealer Gatte. Montag: Maria und Magdalena. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Abends: Napfentrich. Montag: Ein idealer Gatte. Dienstag: Der Traum ein Leben. Mittwoch: Prinz Friedrich von Homburg. Donnerstag: Der Traum ein Leben. Freitag und Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Abends: Der Traum ein Leben. Montag: Ein idealer Gatte. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntagnachmittag: Wilhelm Tell. Abends und Montag: Pagenstreich. Dienstag: Wilhelm Tell. Mittwoch: Cyrano von Bergerac. Donnerstag, Freitag und Sonnabend: Pagenstreich. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends: 2 x 2 = 5. Montag: Pagenstreich. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Glückselige. (La Mascotte.) Abends: Die schöne Nitette. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Glückselige. (La Mascotte.) (Anfang 8 Uhr.)

Theater des Wehens. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Ein Bolsertraum. Abends und folgende Tage: Die lustigen Abteilungen. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag: Die lustige Witwe.

Trianon-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Fräulein Solette, meine Frau. Abends: Hippolyt's Abenteuer. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der seltsame Loupino.

Reichens-Theater. Abends: Fernand's Helikon. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Volks-Oper. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der Kronadour. Abends: Ratha. (Anf. 8 Uhr.) Montag: Der Kronadour. Dienstag: Die Dollarprinzessin. Mittwoch: Robert der Teufel. Donnerstag: Ratha. La Traviata. Freitag: Don Juan. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Jar und Immermann. Abends: Die Raubritze. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Der Wasserschmid. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Luise-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Hofmanns Töchter. Abends und Montag: Aus erster Ehe. Dienstag: Ums goldene Kalb. Mittwoch: Aus erster Ehe. Donnerstag: Ums goldene Kalb. Freitag: Aus erster Ehe. Sonnabend: Aus erster Ehe. Sonntag: Aus erster Ehe. Montag: Ums goldene Kalb. (Anfang 8 Uhr.)

Valkyrie-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Senator. Abends, Montag bis Donnerstag: Weiser. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Die Grüne Reine. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Senator. Abends und Montag: Die Grüne Reine. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Abends: Hurra! — Wir leben noch! (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Helotte. Abends: Der Der Ehrenfried. Montag: Leutnant der Reserve. Dienstag: Don Carlos. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Leutnant der Reserve. Donnerstag: Am Rande des Abgrunds. Freitag: Helotte. Sonnabend und Sonntag: Am Rande des Abgrunds. Montag: Leutnant der Reserve. (Anfang 8 Uhr.)

Casino-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der Oberbauer. Abends: Julie Bippchen. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der Oberbauer.

Folies Caprice. Abends bis auf weiteres: Der Feldwebelhägel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Apoll-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.) Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten.

Passage-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends und Sonntagnachmittag: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. (Anfang 8 Uhr.) Sonntags 7 Uhr.

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Abends: Trovo! Da capo! Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Carl-Haberland-Theater. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Herrnfeld-Theater. Täglich: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er. (Anfang 8 Uhr.)

Kaiser-Panorama. Reise in der franz. Riviera. Nordkur, eine Tour über den Fernpaß nach Rom. Eine Reise 20 H. Kinder nur 10 H.

Kranz-Theater. Louisenstr. 48/49. Im Firmenglanz des Ober-Engadin. (Anfang 8 Uhr.)

Sternwart, Invalidenstr. 57-62.

Kunstlicher Marktbericht der Köhlfischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Kuh- und Schafschlacht, Geflügel, Preise unverändert. Wild: Fuchs ohne Bedeutung, Gehalt rege, Preise fest. Gellügel: Fuchs ohne Bedeutung, Gehalt ziemlich lebhaft, Preise fest. Fische: Fuchs ohne Bedeutung, Gehalt etwas belebt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gewürze, Obst und Gemüse: Fuchs ohne Bedeutung, Gehalt etwas lebhafter, Preise wenig verändert.



Unübertroffene Leistungsfähigkeit

für modernste Damen- u. Herren Stiefel braun und schwarz in den Preislagen:

8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰

Damen-Halbschuhe | Herren-Lack-Stiefel
in den entrückendsten Modellen der Frühjahrs-Saison 1911 = S A M T - die große Mode
Reizende Pariser- und Wiener-Neuheiten | Original-Goodyear-Welt, zum Schnüren und Knöpfen, auch mit Stoff-, Matchevreau- und Samtkalb-Einsätzen in den neuesten Formen und Ausführungen

Reizende Neuheiten in Damen- u. Herren-Strümpfen

Einsegnungs-Stiefel für Knaben u. Mädchen

Eleganteste Formen. — Konkurrenzlose Preiswürdigkeit.

Zentrale und Versand: Oranienstraße 34
Leipziger Straße 65 | Königsstraße 34
Oranienstraße 34 | Oranienstraße 47a
Müllerstraße 3a | Rixdorf, Bergstr. 7-8
Neu eröffnet: Taubentzenstraße 20
Illustrierter Katalog kostenlos

Die größten
MODEN
der Saison!

Unsere 6 Schlager

Die größten
MODEN
der Saison!

Die modernsten Frühjahrs-Erzeugnisse aus uns. Kleider-Fabrik

Jackett-Anzüge

Schlager I: grau, braun, oliv
od. dunkelmeliertes Cheviot
hochmodern verarbeitet . . . 27 M.

Schlager II: gestreift u. kariert.
Zwirnkammgarn, tadellose
Paßform, vorzügl. im Trag. 33 M.

Schlager III: la. blauer Mel-
ton-Cheviot, lu. Ilreih., beste
Verarbeitung und Zutaten 50 M.

Ulster

Schlager IV: kariert. und ge-
streifter Cheviot, Muster
nach englischer Art . . . 24 M.

Schlager V: gemust. Cheviot
in vielen Farben. Englische
Besäße. Aufgesetzte Taschen 30 M.

Schlager VI: la. Cheviot in
den neuesten Mustern und
Farben. Viele Macharten 40 M.

Diese 6 hervorrag. Angebote sind in Spezialschaufenstern uns. 4 Geschäftshäuser ausgestellt



BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der HAUPT-KATALOG auf Wunsch kostenfrei!

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Was ist für den Käufer
der echte Grimm & Triepel?



Ein bei der Kälte erwärmendes,
Bei Hitze durststillendes u. Appetit anregendes,
Stets wohlbekömmliches, nicht zu ersetzendes
Und unentbehrliches Allheilmittel!

Fabrik von
Grimm & Triepel
in Nordhausen

Nordhäuser
Kau-Tabak.

Spezialität:
Kau-Tabak.

Freiwillige Anerkennungen

MÖBEL-Fabrik

1 Zimmer u. Küche M. 210-800
2 Zimmer u. Küche M. 340-1000
Moderne Schlafzimmer
M. 300-1200

Gediegene Wohnungseinrichtungen
Herrenzimmer,
Speisezimmer, Küchen
sowie Einzelmöbel in großer Auswahl.
Gustav Richter,
Kastanien-Allee 26.

Langjährige Garantie

Lieferung frei

Geöffnet 8-8.

Gegr. 1870.

Sonntags 8-2.

Möbel-Boebel

Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude!
Berlin S, Moritzplatz 58
Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude!

SPEZIALITÄT: Ein- und Zwei-Zimmer-Einrichtungen.



Schlafzimmer, echt Eiche, gewachst, komplett M. 347.-
1 Ankleideschrank m. Spieg. M. 107.- | 1 Waschkommode m. Marmor M. 55.- | 2 Nachttische a 20.- . . . M. 40.-
2 Bettstellen a 52.- . . . M. 104.- | 1 Kachelspiegel . . . M. 26.- | 2 Stühle a 6.- M. 12.-
Eigene Werkstätten. 5 Jahre Garantie. Musterbuch „F“ gratis.

Es ist erreicht „Hurra!“

Das bequemste für die Damen

Das neue „Hosenrock“ ist da

sucht bei **Oskar Wolburg,**
BERLIN N, Brunnenstrasse 56.
Konfektionshaus f. Damen-u. Mädchen-Bekleidung
Frühjahrs-Neuheiten

Kostüme aus prima Phantasie und engl. Stoffen, sehr
schon verarbeitet
M. 19.50, 25.00, 39.00.

Jacken-Kostüme aus Tuch und prima reinwoll.
Marine-Kammgarn
M. 32.00, 47.00, 59.00.

Elegante Frühjahrs-Paletots u. Ulster
aus blauem Cheviot u. gediegenen englischen Stoffen
M. 9.75, 15.50, 22.00, 33.00.

Frauen-Mäntel, Jackettes und Kimonos
aus Tuch Rips etc. in hervorragender Auswahl
M. 14.50, 21.00, 27.50, 38.00.

Besonders preiswertes Angebot in Röcken, Blusen,
Manteln Japans u. Morgenröcken.



Elegantes Kammgarn-
Cheviot-Kostüm
M. 34.50.

Bachsch- und
Kinder-
Konfektion in
großer Auswahl
für jedes Alter

Nur eigenes
Fabrikat,
daher
konkurrenzlos.

Auf Wunsch
Maßanfertigung
binnen
24 Stunden.

Elegantes Kostüm
mit Hosenrock
M. 44.-

Landtags-Ersatzwahl im 4. Berliner Landtagswahlbezirk.

Der Magistrat macht bekannt: Nachdem die Wahl des zum Landtagsabgeordneten für den 4. Berliner Wahlbezirk — Tempelhofer Vorstadt (östlicher Teil), Luisenstadt diesseits des Kanals (südlicher Teil) gewählten Rentiers Robert Kreitling in Charlottenburg für ungültig erklärt worden ist, muß in diesem Wahlkreise eine Ersatzwahl stattfinden.

Der Termin für I. die Wahlmännererwahl ist auf Montag, den 24. April d. J., und für a) die erste engere Urwahl auf Montag, den 8. Mai, b) die zweite engere Urwahl auf Montag, den 15. Mai, II. Die Abgeordnetenwahl auf Dienstag, den 23. Mai d. J.

festgesetzt. Da nach § 21 des Wahlreglements vom 14. März 1903 — 20. Oktober 1906 bei erforderlich werdenden Ersatzwahlen nur nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Wahl eines Abgeordneten neue Urwähler- und Abteilungslisten aufgestellt werden dürfen, sind die Listen derjenigen Urwahlbezirke, in denen am 3. Oktober 1910 Wahlmännererwahlwahlen stattfanden, auch für die jetzigen Wahlmännerwahlen am 24. April d. J. gültig. Demnach müssen den Wahlmännerwahlen jetzt nur in denjenigen Urwahlbezirken, die 1910 Ergänzungswahlen nicht erforderten, neue Urwähler- und Abteilungslisten, bei deren Aufstellung und Auslegung die Vorschriften des Wahlreglements zu beachten sind, zugrunde gelegt werden.

Dieses hat für die Urwahlbezirke Nr. 216, 217, 223, 224, 225, 227, 228, 230, 243, 244, 245, 246, 248, 251, 252, 263, 265, 268, 269, 406, 407, 408 und 415 — also in 23 Urwahlbezirken zu geschehen. Die Auslegungstermine für diese 23 Urwähler- und Abteilungslisten werden seinerzeit durch besondere Bekanntmachungen veröffentlicht, und bemerken wir gleichzeitig, daß die übrigen Listen obigen Wahlbezirks nicht zur Auslegung gelangen.

Im Friedrichshain.

Märzsturm! Sei, wie der neckische Geselle durch den trostlichen Märzregen stob. Mit grimmigster Luft schüttelte und rüttelte er die fahlen Kronen der Bäume, segte wirbelnd durch die Straßen und tanzte eine wilde Mazurka mit Papierfetzen und Strohhalmen. Dann nahm er sich einen vor Kälte blauangelaufenen Schuttmann aufs Korn und fegte ihn höchst respektlos an der Nase, daß der Kermis dreimal mit Behemend niehen mußte, warf sich hierauf platt an die Fenster Scheiben der Wohnungen, um zuletzt wie der leidenschaftige Gottseidenns heulend in den ersten besten Schornstein zu fahren. Auf den Straßen ratterten schon die Fuhrwerke und Straßenbahnwagen und in langen Scharen eilten Männer und Frauen ihrer Arbeitsstelle zu.

Im Osten rötet sich der Himmel. Noch liegt über dem weiten Hain die Ruhe des Morgens. Nur hier und da eine einsame Gestalt. Doch schon regt sich in Busch und Baum. Die Vögel erwachen. Jemand flücht eine Amsel. Erst leise, wie erschreckt über den eigenen Laut. Dann mutiger, stärker, in tiefen, vollen Tönen. Ein Buchfink schmettert frisch und led dazwischen. Andere folgen.

Höher und höher steigt die Sonne. Golden fluten ihre Strahlen über jenes stille abgegliederte Fleckchen Erde, zu dem bald ein Strom von Menschen hinwallen wird, wie ihn das Grab seines Potentaten je zu sehen bekommt. Die ersten Ankömmlinge nähern sich schon. Stumm und ernst schreiten sie aus allen Richtungen die Parkwege entlang. Arbeiter und Arbeiterinnen sind es, die aus Betrieben mit Nachtschicht kommen. Hin und wieder blüht und funkelt es zwischen den Baumstämmen auf. — Schlafet ruhig, Ihr Kämpfer — „in sanfter Hut von 36 Polizisten“.

Je weiter der Morgen schreitet, um so stärker schwillt die Flut der Friedhofsbesucher an. Männer mit arbeitsharten Händen, Frauen mit Markttaschen am Arme, junge Mädchen mit frischen, geröteten Wangen, alte Mütterchen und Beteranen der Arbeit, die sich mühselig, auf einen Stock gestützt, fortbewegen. Hier und da taucht ein schwarzer Zylinder in der Menge auf. Dazwischen Kränze, große und kleine, aus herrlichen Blumen und Bäumen gewunden, mit breiten, prächtigen Schleifen. Das freundliche Grün, der bunte Blumenfleck und das leuchtende Rot bringen stimmungsvolle Abwechslung in das Gesamtbild. Vor dem Eingang zum Friedhof waltet fürsorglich die hohe Obrigkeit ihres Amtes, auf daß die Fundamente des preussischen Staates nicht durch ein Bitat von Schiller oder Freiligrath gefährdet werden. Durch diese hohe Gasse müssen alle Schleifen kommen und wehe, wenn das normale staatsbürgerliche Empfinden des Herrsensors Anstoß nimmt an einem Spruch. Ein Riß — und das aufreizende Moment ist beseitigt. Ja, die Polizei geht in diesem Jahre noch weiter: selbst die Namen von Staatswerkstätten und Hoflieferanten werden entfernt — so will es die heilige senesreiche Tochter Ordnung.

Wo der Schuttmann ist, ist aber auch der Pfarrer. Staat und Kirche, die Unzertrennlichen, arbeiten auch hier Hand in Hand, um das Volk vor jedweder revolutionärer Ansteckung zu bewahren. Und während die Polizei staatsgefährliche Schleifen konfisziert, verteilt der Pastor einer naheliegenden Gemeinde Traktätchen und Zettel, womit die Empfänger zur Beistunde eingeladen werden. Gegen Mittag erscheint wieder die Deputation der Arbeiter aus der Zentralmarkthalle, die im vorigen Jahre großes Aufsehen erregt hatte, mit einem schönen großen Kranz.

Auch sechs Equipagen fahren mit Kränzen vor, die Vertreter der Demokratischen Vereinigung, „Stadthagen“, geht es nun wisernd durch die Reihen. Die Deputation der „Vorwärts“-Redaktion bringt einen prächtigen Kranz.

Inzwischen wächst die Reihe der Wartenden. Immer mehr Personen strömen heran. Die Kunde von erfolgten Eistrierungen geht von Mund zu Mund. Gewisses weiß man nicht. Nur soviel ist bekannt, daß einige Kranzträger den Weg nach der Polizeiwache hatten antreten müssen.

In den Nachmittagsstunden flaut der Zustrom merklich ab, wie überhaupt der Besuch hinter dem der früheren Jahre weit zurückblieb. Hierzu hat zweifellos der Umstand bei-

getragen, daß der 18. März auf einen Sonnabend fiel und viele oder die meisten Besucher den Gang nach dem Friedhof auf den Sonntag verlegten.

Die Kranzwidmungen.

„Ihr habt nicht vergebens gekämpft und gestritten! Wir werden Euer Werk fortsetzen und es vollenden!“ Das ist der leitende Gedanke in allen diesen goldenen Inschriften. Freilich, noch ist das Ziel nicht erreicht. Das merkt man gleich am Eingang zum Friedhof. Da stehen wie alljährlich die Beamten der Polizei und repräsentieren die Furcht der Herrschenden vor Worten. Was gefährlich erscheint — und das Urteil der Polizei ist in dieser Hinsicht unergründlich — wird abgerissen und in die Tasche gesteckt. Allerdings scheint es, daß die Polizei in dieser Hinsicht diesmal etwas weniger scharf vorgeht, insofern wenigstens, als die Zahl der verstümmelten Kranzschleifen nicht so groß ist, wie am vorigen 18. März. Aber neben den Inschriften wurden in einigen Fällen auch die Enden mit dem Firmenaufdruck konfisziert. So wurde an beiden Enden die Kranzschleife der Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Wittenau, verstümmelt. Die Inschrift waren die Ludwig Pfau'schen Verse:

Dies Grab, es wird zum Grabe Der königlichen Macht. Die Blut geläut haben, Sie ernten eine Schlaft. Im Blute wird erlitten Der alten Treue Wahn. Gottlob, das hat ein König. Das hat ein König getan.

Ebenfalls abgerissen wurden beide Enden einer Kranzschleife mit den Aufschriften:

Gewidmet von Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau. Trotz alledem!

Die Namen der Kranzträger wurden in diesem Falle festgestellt. Man will offenbar den Trotz der „königlichen“ Arbeiter brechen. Seltsam wird es sicherlich ebenso wenig wie im vorigen Jahre, als man in ähnlicher Weise gegen sie vorging.

Auf mehreren Schleifen prangten die Verse Freiligraths:

So schläft denn wohl im tiefen Grund, Schläft, ewig ungerissen! Wir können Euch den bleichen Mund, Die starke Hand nicht preisen. Wir können Euch zu Ehr und Bier Mit Blumen nicht bewerkeln. Doch können wir und wollen wir Die Schwerter für Euch schärfen.

Einmal ließ die Polizei diese Inschrift unberührt durchgehen, einige andere Male fielen die beiden letzten Verse der Zensur zum Opfer, und in einem Falle ereilte dies Schicksal gleichzeitig das andere Ende der Schleife, auf dem die Firma eines königlichen Hoflieferanten prangte.

In die Polizeitaschen versenkt wurden ferner die Inschriften:

Wohlan, es naht die Stunde des Gerichts, Schon wanken Eure Turgen, Eure Throne, Und jähend lauscht das Ohr des Völkerrichts, Dem dumpfen Schritt der Massenbataillone.

auf Kranzschleifen der Maschinenfabrik Gottschalk u. Michaelis sowie des Verbandes der Maschinenisten und Heizer. Freiligrath erregte zum 10. und 11. Male das höchste Mißfallen des Zensors und mußten auch mit diesen Versen den Weg alles Staatsgefährlichen gehen:

Die Kugel mitten in der Brust, Die Stirne breit gespalten, So habt ihr uns auf blut'gem Brett hoch in die Luft gehalten. Herunter! und er kam, gewandt, gewandt an uns're Wähe! Hut ab! Er zog, er neigte sich.

Wies stand er und besonnen; Das Heer indes verließ die Stadt, Die sterbend wir genommen.

Gewidmet von den Leitergerüstbauern Berlins.

Ebenso wenig fanden die folgenden Verse Gnade vor den Augen des Zensors:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht, In des Kampfes Wellen und Flammen, Wenn das Volk ein letztes „Schuldig“ spricht, Dann stehen wir wieder zusammen.

Sie fanden auf einer Kranzschleife der Futtmacher. Heinrich Heine selbst natürlich auch nicht unter den Konfiszierten. Seine hungernden Weber —

Al-Deutschland, wir weben dein Reichentum, Wir weben hinein den dreifachen Fluch. Wir weben —

durften auf dem Friedhof nicht zum Worte kommen. — Von den übrigen konfiszierten Inschriften sei noch die folgende erwähnt:

Und unter Eure Disziplin Könnt beugen Ihr den freien Sinn. Ihr könnt Euch auch in Fesseln schließen, Doch auf das arme Volk zu schließen, Das bis zum Wahnsinn ihr gequält, Das zwingt mich keine Macht der Welt!

Wandte Kranzschleifen tragen Inschriften, die an erregende Vorgänge der jüngsten Zeit erinnern und von der Antwort handeln, die das Volk den herrschenden Gewalten bei den kommenden Wahlen geben wird. Viel Interesse erweckte bei den zahlreichen Besuchern des Friedhofs die Inschrift:

Aus Versehen färbte einstens Euer Blut das Pflaster rot. Und in Noabit blieb neulich Aus Versehen ein Bürger tot. Doch aus allen diesen Sünden Neue Kämpfer und ersten Und beim Ausgleich Eurer Feste Werden wir uns nicht versehen.

Nicht minder großen Anfallung fanden die folgenden Verse, die auf zwei Kranzschleifen prangten:

Wir schlafen nicht, wir gehen mit. Es spricht die Saat aus unserm Blut. Trotz Essen und trotz Noabit, Trotz Orden und Kollaterit Schwilt sie empor zur roten Flut.

Soweit wurde die Erwähnung der Noabiter Vorgänge zugelassen, aber das Folgende auf einer Kranzspende der Rechtspräger von Moriz u. Carlshall, Nixdorf, schien der Polizei das Erlaubte zu übersteigen und wurde abgerissen:

Ihr Männer in der dunkeln Gruft, Euch wird man nie vergessen, Trozdem gewulst mancher Schuft In Noabit und Essen.

In je kräftigeren Worten das Gelöbnis zum Kampfe gegen die Reaktion wiederklingt, um so eifriger werden die Inschriften gelesen, und kräftige Worte mußte man zu finden, ohne in allen Fällen der Polizeijemur Opfer zu bringen. Erwähnenswert sind hier unter manchen anderen die den herrschenden Gewalten Unheil kündenden Verse:

Im Jahre 1911 Da werden sie seufzen und beten: Gott helf! Da wird es durch Deutschland donnernd gewittern, Und manchem werden die Beine erzittern. Dann blüht der Hunger, dann donnert die Not Aus allen Urnen: Rot, rot und rot!

En den Wahlrechtskampf gemahnt die Inschrift:

Was Ihr begahnt mit Eurem Blut, Hat uns die Reaktion gestohlen. Jetzt hat der Bürger nicht den Mut, Das freie Wahlrecht sich zu holen. Jedoch, uns schreut der Junker nicht. Frisch auf zum Kampf! Es werde Licht!

Die Berliner Gewerkschaftskommission berühtet von neuem, daß der Fortschritt unaufhaltsam ist:

Stehet die Erde in zwingende Schranken, Greifet der Zeit in das rollende Rad, Bindet die Flügel der lähnen Gedanken, Holtet die Menschheit auf stredendem Pfad — Dürchter Blödsinn spricht: Erde bewegt dich nicht! — Rimmer zwingt Ihr sie, stille zu stehen, Vorwärts und vorwärts muß ewig sie gehen! Hindert und hemmt sie noch — Und sie bewegt sich doch!

En dem Kranz vom Verbands der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin prangen die Worte:

Eure Gebeine vermodern, Eure Gräber zerfallen, Aber ewig jung und mächtig lobert der Freiheitsgedanke. Und der Wahlvereins-Verband der Provinz Brandenburg spottet der Gewaltthäter, wie folgt:

An mein Volk! Lebt's nicht! Das ist die alte Geschichte: Wenn sich die Völker geregt, Haben die Fürsten gerüht.

Ein Kranz der sozialdemokratischen Landtagsfraktion trägt die kurze, aber genug sagende Widmung:

Den Blutzeugen der Freiheit!

Die Redaktion des „Vorwärts“ hatte die Verse Heine's gewählt:

O, Märzsturm, der du wild um meine Krone schweifst, O Frühhauch, der du lähn in schwarze Wipfel greiffst, Wühl auf die Gräber deiner Zeugen! Laß' aus den Gräften rings den Heerbann aufsteigen. Vor seiner Schwingen Erz die Sämah der Welt vergehen, Daß sich die schuldigen Schergen beugen.

Die Parteischule legte am Grabe der Märzgefallenen einen Kranz mit folgender Inschrift nieder:

Wer nicht für Freiheit sterben kann, Der ist der Reite wert!

Die sozialdemokratisch gestimmte Kaufsumme Arbeiterkraft hatte den Freiheitskämpfern von 1848 ebenfalls einen Kranz gesendet, wie die goldenen Lettern auf der roten Schleife kundgaben.

Rot waren die Schleifen fast alle und auch in den Kränzen selbst leuchtete die rote Farbe mächtig hervor. Hier und da sah man die schwarzen Kranzschleifen der Anarchisten, und etwas stärker als sie hervortretend, die schwarz-rot-gelben der Demokraten und einige der Hirsch-Dunderschen Vereine.

Vom frühen Morgen bis gegen Abend bewegte sich langsam und feierlich ein Strom von Besuchern über die Wege des Friedhofs und die Stille wurde nur hier und da unterbrochen durch Worte der Genugtuung über die schönen Kränze und trefflichen Worte, die man den längst Verschornten gewidmet hat. Die Polizei war, besonders gegen Abend, ziemlich zahlreich vertreten, fand aber keinen Grund, sich durch andere Unlieblichkeiten, als die Zensur gegen die Kranzschleifen, bemerkbar zu machen. Gegen 6 Uhr wurde der Friedhof abgeperrt und es waren fast alle hineingekommen, die sich nicht allzu spät auf den Weg gemacht hatten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen — 7 Uhr abends — wochentäglich von 1/2 bis 7/2 Uhr abends, Sonnabends von 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. N. 50. 1. Sie müssen beim Kammergericht den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts für die zweite Instanz und Beforderung eines Rechtsanwalts stellen. Einer Begründung des Antrags bedarf es nicht, da Sie in erster Instanz der abstrahende Teil. Auch eines neuen Armenrechtsbeschlusses bedarf es nicht. 2. Ja, etwa 25 M. monatlich. 3. In der Regel nicht. 4. Der Vater. — W. G. 1. 19. Für das laufende Versicherungsjahr Ja. Die Gesellschaft muß benachrichtigt werden. — U. S. 11. 1. Für den Privatgebrauch in zwei Rädern, für den Gewerbetrieb in vier Rädern, in beiden Fällen vom Ende des Kalenderjahres ab gerechnet. 2. So allgemein läßt sich die Frage im Rahmen des Briefkastens nicht beantworten. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, aus welchem Rechtsgrunde die Schuld entstanden ist, wann die Ehe geschlossen ist, falls vor dem 1. Januar 1900, wo der erste Ehegatte gewesen ist. 3. 2 Mark. — H. G. 1701. Die Kinder scheiden nicht ohne weiteres aus; für jedes Kind muß ein besonderer Antrag eingereicht und seitens des Vaters eine besondere Erklärung abgegeben werden. Das kann aber gleichzeitig erfolgen. — St. 1880. Nein. — U. S. 1. Bei Unterhaltungsbedürftigkeit Ja. — W. G. 100. Bestrafung kann nur dann erfolgen, wenn aus dem Grunde die Ehe rechtskräftig gelöst ist. Mindeststrafe ein Tag Gefängnis. — G. G. 29. 1. Es liegt Verjährung vor. Wahrung unterbricht die Verjährung nicht, wohl aber 3. B. Anrechnung, Leistung einer Abzahlung. 2. Wahrung ist zulässig. 3. Nein, das wäre strafbar. — G. 48. Die Dame ist zur Zahlung der Gehaltssteuer verpflichtet. — U. S. 41. 1. Bis zum zweiten Quartelstage mittags. Der 2. April d. J. rechnet, da ein Sonntag, nicht mit. 2. Nein. — G. W. 148. 1. Kalenderjahr. 2. u. 3. Nein. — H. 82. Das ist möglich. — Stromstr. 1. Wohl kann. Machen Sie immerhin den Versuch. 2. Verpflichtet nicht, wohl aber berechtigt. Antrag schriftlich oder mündlich. — G. S. 61. Ja. — Franz. 1. Ja. 2. Nein. 3. In der Regel Ja. — C. R. 99. Nein. — H. S. 100. 1. In der Regel Ja. 2. Ja. 3. Nein. — G. S. 1090. 25 bis 30 M. monatlich. — H. G. 4. 1, 3. und 4. Ja. 2. Gegenstandslos. — W. 2. Oberstabsarzt. 1. bis 3. Ja. — Verh. Vogel. Ja. — Schumacher. Sie können Ihre Sachen zur Sicherheit für die Forderung übereignen. Vorgeigung des Geldes ist nicht erforderlich. — C. P. 12. Bestrafung kann jetzt noch erfolgen. — Taube W. 13. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — Verlich W. 111. 1. So oft die veränderten Bestimmungen es für nötig erachten. Nach jeder Neuwahl eine neue Verordn. 2. Ein Anwalt muß seitens der klagenden Partei zugezogen werden. — D. 345. 1. und 2. Wenn die Sachen gepfändet werden, muß Ihre Frau als Eigentümerin intervenieren. 3. In vier Rädern. — W. 2. 22. Es kann noch anderweit ausgelassen werden. — Erhard 25. Es muß bei dem Vorhanden der Veranlagungskommission Freistellung wegen der ganzen Steuer beantragt werden. — H. G. 1. und 2. Ja. — U. S. 18. Wenn die Unruhbarkeit des Gehältes nachweisbar ist, können Sie Rückzahlung fordern. — M. G. Reinkubort. Die Gräber reichen aus. — H. 39. Es ist unmaßstäblich, daß die Fänge angehängt wird. Immerhin empfiehlt sich eine Einrede vor dem Termin. — H. 29. 500. Das Gehalt des Oberbürgermeisters beträgt 38 000 M. und ist befristet festgelegt. Bei einem eventuellen Personalwechsel würde eine neue Festlegung erfolgen.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkstheater:
Sonntag, den 19. März,
 nachmittags 3 Uhr,
Neues Schauspielhaus, 2. Abteilung
 (Gruppe 5-8): Agnes Bernauer.
Hermann-Theater, 6.7. Abteilung
 (Gruppe 28-30): Au des Reiches
 Hofen.

Montag, den 20. März,
 abends 8 Uhr:
Neues Schauspielhaus, 14 (1.) Abt.
 abteilung: Die Biederfeld.
Neue Freie Volkstheater.
Sonntag, den 19. März,
 nachm. 2 1/2 Uhr:

Kammerspiele: Götter.
 Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Die Schmetter-
 lingsblacht.
Schiller-Theater O.: Die Ehre.
Schiller-Theater Charlottenburg:
 Prinz Friedrich von Homburg.
Neues Theater: Lortzsch. — Die Ge-
 schenker.
Neues Operetten-Theater: Der
 Glückselige.
Metropol-Theater: Ransell Ritouche.
Kleines Theater: Das Kind.
Modernes Theater: Der Feldherrn-
 hügel.
 Abends 8 Uhr: Kgl. Hochschule für
 Musik: III. Kammermusikabend.
 Abends 8 1/2 Uhr:

Neues Volks-Theater: Sonntag,
 Donnerstag: Gnadenhof. — Die
 Oasenpforte. Montag: Der Wissens-
 mumm. Dienstag, Mittwoch, Frei-
 tag: Die Schmetterlingsblacht.
Wells-Oper: Montag: Der Troubadour.

Lessing-Theater.
 3 Uhr: Die Weber.
 8 Uhr: Glaube und Heimat.
Montag 8 Uhr: Anatol.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
 Morgen: Bummelstudenten.

Modernes Theater
 (früher Hobbeltheater).
 Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Neues Theater.
 Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
 Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die lustigen Hidelungen.
Sonntag 3 1/2, 11: Ein Walzortraum.

Berliner Volksoper
 Nachm. 3 1/2, 11: Der Troubadour.
 Abends 8 Uhr:
Martha.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.

Fernands Ehekontrakt.
 Schwan in 3 Akten von Georges
 Feydeau. In deutscher Bearbeitung
 von Benno Jacobson.
 Morgen und folgende Tage:
 Fernands Ehekontrakt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonntag, den 19. März, 8 Uhr:
Pagenstreiche.
 Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 Montag: Pagenstreiche.
 Dienstag: Wilhelm Tell.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
Liselotte.

Der Störenfried.
 Lustspiel in 4 Akten von Benedt.
 Montag: Reutnant der Reserve.

Lustspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator.
 Abends 8 Uhr:
Meyers.

Apollon
 Theater
 Heute Sonntag 3 1/2, und 8 Uhr:
2 gr. Vorstellungen.
 Nachmittags 3 1/2, 11: Uhr:
 In beiden Vorstellungen die
 großen Attraktionen.
 Abends 9 1/2, 11: Uhr:
Alwin Neuß
 in Beregla.

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Ransell Ritouche.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Aufführung in 7 Bildern
 v. S. Freund. Musik v. B. Hollander.
 In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
 Montag 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.

Kaiser-Panorama.
 Im Bannkreis des Vesuv.
 Neapel, Vesuv, Lavafelder etc.
 Letzte Woche franz. Riviera.
 Eine Reise 20 St. Kinder 10 St.
 Abonnements 1 M., Tauf. Abonnent.

Passage-Theater.
 Heute, Sonntag: 2 Vor-
 stellungen, Nachmittags
 3-7 Uhr (kleine Preise).
 Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
 Chinesentruppe
 und das große neue März-
 Programm.
 14 Varieté-Neuheiten.

Passage-Panoptikum.
 Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
 und ihr Kind!
 Zwei Mütter — ein Kind!
 Lebend zu sehen!
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
 Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Gafemanns Wächter.
 Goldstück in 3 Akten v. H. W. Arronge.
 Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
 Schauspiel in 5 Akten v. Courthé-Wapler.
 Montag: Aus erster Ehe.

WINTERGARTEN
 Heute:
2 Vorstellungen 2
 nachm. 3 Uhr kleine Preise
 und abends 8 Uhr mit

Olga Desmond
Robert Steidl
 und eine Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Kabrielles
Varieté-Theater.
 Curiole von Wesfel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Herrnfeld
 Theater
 Heute
 Sonntag letzte Aufführung von
 Eine verlorene Nacht
 und Er, Sie und Er.
 Montag: Premiere
 der drei Novitäten
Das Scheidungs-Souper
 von Julius Gork.
Ein Verlobungsgeheimnis
 von Anton und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schweizer
 von Anton und Donat Herrnfeld.
 Premierenbilletts schon heute zu haben.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

City-Theater
 Vornehme Lichtbildbühne
 Am Hackeschen Markt 2/3
 Heute neues großart. Programm.
 Anf. 3 Uhr. Wochent. Anf. 5 Uhr.
 Eintritt 30, 40, 50, 60 Pf. usw.

Saal mit Bühne
 300 Personen, den 2. April frei geworden. Auch sind Sonn-
 abende und Sonntage im April und Mai noch frei.
Große Frankfurter Straße 30.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.
 Ende 5 1/2, 11: Uhr.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.
 Eine Burleske im Aufz. v. E. Freygang.
 Ende 10 1/2, 11: Uhr.

Montag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist.
 Ende 6 Uhr.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
 Drama in 4 Aufzügen von Franz
 Adam Beyerlein. Ende 10 1/2, 11: Uhr.

Montag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Dienstag, abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
Der Traum ein Leben.

Männerchor „Fichte-Georgia 1879“

Mitgl. d. A.-S.-B. — Chorleiter Hr. P. A. Joseph.
Sonntag, den 26. März 1911,
 in Kellers Neue Philharmonie, Köpnickstr. 96/97
KONZERT

Mitwirkende: Erna Selpin-Sabin (Gesang). —
Berliner Sinfonie-Orchester (40 Musiker), Dir.
 Maxim. Fischer.
 Nach dem Konzert: **Ball.**

Anfang präz. 6 1/2 Uhr. Abendkasse findet nicht statt.
 Billetts a 75 Pf. inkl. Tanz sind bei den Mit-
 gliedern zu haben. Rauchen verboten.
 Liedertexte gratis. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
 Die Saal Türen bleiben während des Konzerts ge-
 schlossen.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 32. Zimmerstr. 90-91
 Heute:
Große Matinee
 von 12 1/2—3 Uhr
 bei freiem Eintritt.
Zwei Konzerte Anfang 8 1/2 Uhr.
C. M. Ziehrer
 mit seiner aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Kapelle.

Castan's Panoptikum Friedrich-
Die Schönen Samoas. straße 165
 25 Personen.
 Ohne Extra-Entree.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
 Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von
Johann Strauß Wien
 mit seiner vollständigen Kapelle.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

„Prachtsäle des Ostens“
 Inhaber: Oskar Oranz, Frankfurt a. M. 151-152.
 Im Restaurant! Heute sowie täglich! Im Restaurant!
Großes Bockbierfest!
 unter Leitung des feinen, biden Bockbier, genannt der deutsche Adular.
Konzert: H. Reichardt mit seiner humoristischen Oberlandler-
 Truppe (3 Damen, 4 Herren).
 Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Wochentags Entree frei.
 Jeden Sonntag im weihen Saale: Tanz-Reunion. Anfang 4 Uhr.
 Vorzügliche Küche.
 Ausschank von Vohsenhofer Hell, echt Bilsener und Rüdchener Bürgerbräu.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Excelsior-Lichtspielhaus.
 Rixdorf, Bergstr. 151/152
 (Passage Richardstraße)
 Vom 18. bis 24. März 1911:
„Lisa“
 (Ihr erstes Debut).
„Der Kaufmann von Venedig“
 Historisches Schauspiel. Farbenkinoematographie
 und das glänzende Programm.
 Anfang:
 Sonntags: 8 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Zirkus A. Schumann.

Heute Sonntag, 19. März:
2 Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2, 11: Uhr, abds. 7 1/2, 11: Uhr.
 Nachm. hat jeder Besucher 1 Kind
 unter 10 Jahren frei auf allen
 Sitzplätzen, jedes weitere Kind
 unter 10 Jahren halben Preis.
 In beiden Vorstellungen:
 die größte Attraktion der Jetztzeit:
Automobilrennen
 zwischen einer Dame und einem
 Herrn.
 Ueberholung im Sprung,
 ausgeführt von dem Draffianer
 Mr. Arnaud u. Mlle. Georgia aus
 Paris sowie alle übrige Attraktionen.
 In beiden Vorstellungen:
 9 1/2, 11: Uhr: 9 1/2, 11: Uhr:

Der große Coup
der Schmuggler.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2, 11: Uhr:
Die abgetretene Frau.
 Neuer dunter Teil.
Feldwebelhügel.

Ein
 wichtiger
 Fingerzeig!

U. T. Für
 gute
 Unterhaltung

sind heute
 sprichwörtlich
 in
Groß-Berlin

5 Union-
Theater

Casino-Theater
 Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
 Ab 31. März: Zwei Wappen
 von Blumenhof und Adelburg.
 Sonntag 9 1/2, 11: Uhr: Der Oberbauer.

Bosphorus am Moritzplatz
 Heute:
Das neue Programm
 u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
 Anfang 6 Uhr.
 Kasseneröffnung 4 Uhr.
 Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Karl Haverland-
Theater Kommandanten-
 platz 7 1/2, 11: Uhr. 7/70.
 Direktor Martinus Burleske
Amor in der Dunkelkammer
 ferner
 neues Spezialitätenprogramm.

Walhalla-Theater.
 (Königs-Platz) Weinbergstr. 20
 Abends 8 1/2, 11: Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Allerwelts-Neuzeit.
 Sonntagsnachm. 3 1/2, 11: Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Noacks Theater.
 Direktion: Robert Oll.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
 Kleinstes Erfolg:
Staatsanwalt Alexander.
 Soziales Schauspiel in 4 Akten.
 Anfang 7 1/2, 11: Uhr. Entree 50 Pf. d. 1. St.
 Montag: Maria Stuart.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 19. März 1911:
Die Maschinenbauer v. Berlin
 Gezeigt . . . Dir. Hans Reich.
 Kasseneröffnung 6 1/2, 11: Uhr. Anf. 7 1/2, 11: Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Sonntag, 19. März, nachm. 3 Uhr:
Der Walzerkönig.
 Abends 7 1/2, 11: Uhr:
Mein Herzzenfrit.
 Bilettdorverkauf von 10 Uhr her-
 mittags ab an der Theaterkassa.

Theater Sanssouci
 Lichtspiele
 Eröffnung
25. März
 Kottbuser Straße 6
 Hochbahn, Kottbuser Tor.
 Saalraum 1500 Personen.

Rixdorf, Hermannstraße.
Neues Theater
 Erstklassige Lichtbildspiele.
 Für den Inhalt der Intimate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Zirkus Busch

Heute Sonntag, 19. März:
2 Gala-Vorstellungen 2
 nachmittags 3 1/2, 11: Uhr und
 abends 7 1/2, 11: Uhr.
 Um 3 1/2, 11: Uhr hat jeder
 Erwachsene ein angehöriges
 Kind unter zehn Jahren
 auf allen Sitzplätzen frei.
 Weitere Kinder unter 10 Jahren
 halbe Preise. Galerie volle Preise.
In beiden Vorstellungen:
 Ohne Kürzung:
„Armin“.
 In voller Aufführung!
 In beiden Vorstellungen:
Mr. Nordini I
 The 3 Caeros.
 Der radfahrende Gaukelführer
Franz Steidler.
 Die berühmte Reiterfamilie Frediani.
 Vorführten und Reiten der best-
 drehesten Schuls, Freizeits- und
 Springpferde.
 In beiden Vorstellungen: **Großes**
Gala-Programm.

Königstadt-Kasino.
 Polzmarktstr. 72.
 Novität! **Der** Novität!
Weltmeister-Boxer.
 Gelangshoffe von Ely und Schlotter.
 Original! **Boxkampf** Original!
 mit G. Bertalmio u. Franz Schanski.
 Neue Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 9 1/2, 11: Uhr.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinoatograph
 vom Grotesken. Inhab.: Rud. Morz,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 1/2, 11: Uhr. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
 nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.

heaters
Weddinga
 Der letzte Wille
Franz II.
 König von Frankreich
 Historisches Drama.
Das Osterel.
 Ein Bild aus dem Leben Gol. sowie
 das übrige Sensationsprogramm.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 19. März 1911:
Die Maschinenbauer v. Berlin
 Gezeigt . . . Dir. Hans Reich.
 Kasseneröffnung 6 1/2, 11: Uhr. Anf. 7 1/2, 11: Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Sonntag, 19. März, nachm. 3 Uhr:
Der Walzerkönig.
 Abends 7 1/2, 11: Uhr:
Mein Herzzenfrit.
 Bilettdorverkauf von 10 Uhr her-
 mittags ab an der Theaterkassa.

Theater Sanssouci
 Lichtspiele
 Eröffnung
25. März
 Kottbuser Straße 6
 Hochbahn, Kottbuser Tor.
 Saalraum 1500 Personen.

Rixdorf, Hermannstraße.
Neues Theater
 Erstklassige Lichtbildspiele.
 Für den Inhalt der Intimate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

5% „Vorwärts“-Lesern 5% 5%

Großer Umzugs-Saison-Verkauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Gelegenheitskäufe!!!

Großer Posten Teppiche

zurückgesetzte Muster
Sofagröße 87⁵, Zimmergröße 14⁵⁰, Salongröße 227⁵.
Ganz bedeutend im Preise herabgesetzt sind:

Gardinen - Restbestände

1-4 Fenster 1,95, 2,25, 4,75.

Plüsch- u. Tuch-Portieren

wundervolle Dessins, Garnitur 2,95, 6,25, 9,75.

Riesige Plüschtschdecken

Auswahl in 6,25, 9,50, 12,75.

Diwandecken, Bettvorlagen, Felle, Läuferstoff-Reste

zu kolossal billigen Preisen!

Teppichhaus Georg Lange

Chausseestr. 73/74.

5%

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
Empfehlenswert für Arbeiter, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/1*
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundenschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge und Paletots ab, die wir 33¹/₂ bis 50 pCt. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu verarmen brauchen. Andere Sachen kommen mit zum Verkauf. Anzüge aus englischen und deutschen Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt, zu spottbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.

Gebr. Heinemann, Engl. Herren-Moden

Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, Kein Laden
Bitte, ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Hüte, Mützen Herrenartikel Panama-Hüte

empfehlenswert

Johann Soujon

Prenzlauer Allee 219.

Zähne 180 M.

Zum Küssen schön ist ein Mund mit



Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher Betäubung pro Zahn 1 M.

Reform Zahn-Praxis

Carl Rudolph.
Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
20 Filialen.

1. Praxis: Elsasserstr. 17/18
2. Praxis: Oranienstr. 61
3. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
4. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169
5. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.
6. Praxis: Potsdam, Charlottenstr. 86 L

Oranienburg, Berliner Str. 69 II, nur Dienstag und Freitag von 9-5 Uhr.
Fürstentum, Friedrichstr. 21, nur Mittwoch und Sonnabend von 9-5 Uhr.

Teilzahlung! Elsasserstr. 17-18, wöchent-liche und monatliche Teil-zahlungen zugelassen. - Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Zahnarztes oder Vertreters.

Rauchertrost

in schweren Zeiten.

Monti-Zigarette

10 Stück 15 Pf.

Hervorragende Qualität.

Nur in den reellen Zigarrengeschäften.

Berlins größtes Kredithaus

„ALLE TAGE ANDERS“

Auf Kredit

Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben

mit Gratis-Zugaben:
Herren: eleganter Hut oder Stock
Damen: ff. Lederwaren.

Auf Teilzahlung Möbel

und Polsterwaren (eigene Fabrikat)

Sport- u. Kinderwagen

Auswahl kolossal! Billigste Preise!
Niedrigste Anzahlung!
Wochenrate nur 1 Mark.

„ALLE TAGE ANDERS“

Größtes Haus, direkt am Nettelbeckplatz
Reinickendorferstr. 16
Pank, Gerichtstr.-Ecke.
Parters, I., II., III., IV. Etage

Einziges Abzahlungs-Geschäft, welches Mitglied d. Rabattsparvereins „Norden“ Genossenschaft ist.

Phönix Brauerei Akt.-Ges.



Ringfreie

Biere nach Pilsener - Münchener Art in Fässern und Flaschen.

Erstklassige Biere!

Der Verkauf unserer

Abonnementsgarderobe

befindet sich

Chausseestr. 1 Eingang Elsasserstraße.
Anzüge und Paletots von 8 Mark an.

J. Stock & Co.

Größtes Abonnementshaus feiner Moden Berlins.

Die Eröffnung

meines zweiten Geschäfts in

Schöneberg

Hauptstrasse No. 158
: nahe dem alten :
Botanischen Garten

Ist erfolgt.

Meine Spezialität ist

feine Herren-Garderobe nach Mass.

Garantiert tadelloser Sitz. Beste Verarbeitung. Stets Eingang von Neuheiten. Grosses Lager in u. ausländischer Stoffe. Teilzahlung nach Uebereinkunft ohne jeden Preisaufschlag.

MARTIN RATZ

Schneidermeister
Berlin S., Dresdener-
strasse No. 76
und
Schöneberg, Haupt-
strasse No. 158
nahe dem alten Botanisch. Garten.

Ich bitte!

Riesenslager in kompletten Herren-, Speise-, Wohn-, Schlafzimmern, Salons, Küchen u. Polstermöbeln.

M. Hirschowitz

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik
50. Skalitzer Straße 25
an der Hochbahn.

Brautleute und Möbelsuchende um Besichtigung meiner 2 Fabrikgebäude und 8 Etagen umfassend. Ausstellungsräume. Illustrierter Katalog gratis!

Aus Industrie und Handel.

Erst das Geschäft, dann die „Vaterlandsliebe“.

Seit kurzem schreibt die nordpatriotische Presse fürchterlich, weil immer mehr ausländische Werte auf den deutschen Markt kommen. Sogar zu Interpellationen im Deutschen Reichstage hat man es schon gebracht. Es ist im „Vorwärts“ schon oft genug darauf hingewiesen worden, daß die großen Geldmächte von heute sich nur dann auf ihre Vaterlandsliebe besinnen, wenn sie mit ihr ein Geschäft machen können. Die Deutsche Bank ist das typischste Beispiel dafür. Sie wird bei allen großen finanzpatriotischen Gründungen mit an die erste Stelle gebracht, „Deutsche Bank“ ist schon längst zum Aushängeschild patriotischer Geschäfte geworden. Jetzt wird wieder betont, daß ein Vertreter der Deutschen Bank bei der Aktionärversammlung der amerikanischen Missouri-Pacific-Bahn, die jetzt den Interessen des Bankhauses Kuhn, Loeb u. Co. und der Rockefeller Co. untersteht, in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Dies geschah natürlich nur, weil starke Interessen der Deutschen Bank bei diesem Unternehmen vorhanden sind. Da kann im Reichstage die Rechte mit der Regierung noch so energisch — was sie übrigens nicht getan hat — gegen die „Uberschwemmung mit ausländischen Werten“ wettern, die großen Finanzherren von heute kümmern sich nicht darum, vorausgesetzt, daß kein Geschäft dabei zu machen ist. Und daß andere Geldkönige, die immer „patriotisch“ sind, ebenso handeln, ist ja bekannt. Es sei hier nur daran erinnert, daß sich Krupp jahrelang von den amerikanischen Stahlwerken für ein von ihm geheim gehaltenes Patent Millionen von Dollar zahlen ließ. Unter all diesen Tatsachen leidet aber der Eifer, mit dem gegen den „vaterlandslosen Internationalismus“ geschimpft wird, keinen Deut. Es geht eben nichts über das „patriotische“ Geschäft.

Nach dem Jahresabschluss für 1910 der United States Steel Corporation

betragen die Umsätze 708 961 000 Dollar gegen 648 882 000 im Vorjahre und 482 808 000 im Jahre 1908. Die Gesamt-Einnahmen belaufen sich auf 141 055 000 Dollar gegen 131 491 000 Dollar im Vorjahre und 91 847 000 Dollar im Jahre 1908. Der Reingewinn erreichte die Höhe von 118 738 000 Dollar gegen 107 778 000 Dollar im Vorjahre und 74 883 000 Dollar im Jahre 1908. Das Surplus wird mit 96 772 000 Dollar gegen 15 321 000 Dollar im Vorjahre und 10 343 000 Dollar im Jahre 1908 angegeben. Der Rest des Jahresplus nach Abzug der außergewöhnlichen Abschreibungen beträgt 10 772 000 Dollar.

Der Vorsitzende des Unternehmens, Gary, führte aus, der Umfang des Geschäfts der Untergesellschaften hätte im Jahre 1910 eine wesentliche Zunahme gegen das Vorjahr gezeigt. Die Produktion habe durchschnittlich 80 Proz. der Leistungsfähigkeit betragen.

Soziales.

Gegen das Privatbeamten-Pensionsgesetz.

Gegen den Hauptausschuß und den Entwurf des Privatbeamten-Pensionsgesetzes nahmen auch die Werkmeister-Vereine Berlins und Umgebung in öffentlicher Mitgliederversammlung am Mittwoch in den „Concordia-Sälen“, Berlin, scharf Stellung. In der zur Annahme gelangten Resolution wurde der Entwurf einer Sonderklasse verworfen; der Ausbau der Invalidenversicherung gefordert und an die nächste Delegiertenversammlung des Deutschen Werkmeister-Bundes das Verlangen gestellt, aus dem Hauptausschuß auszuscheiden. Die Berliner Werkmeister-Vereine umfassen über 4000 Mitglieder.

Ausbeutung der Kollage eines Handlungsgeschiffen.

Nach § 188 B. G. B. ist ein Rechtsgeschäft nichtig, das gegen die guten Sitten verstößt. Insbesondere ist ein Rechtsgeschäft nichtig, durch das jemand unter Ausbeutung der Kollage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung bergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.

Das in diesem Paragraphen ausgedrückte Prinzip ist in der letzten Sitzung der vierten Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts auf eine sogenannte Ausgleichsquittung angewendet. Der Klagende Handlungsgeschiffe hatte eine Quittung vollzogen, durch die er seine gesamten Ansprüche an die beklagte Firma für befriedigt erklärte. Er behauptete im Termin, zur Ausstellung dieser Quittung unter Ausnutzung seiner damaligen Kollage genötigt worden zu sein. Dies wurde durch einen Zeugen bestätigt, der als Beauftragter des Klägers Verhandlungen mit der beklagten Firma geführt hatte, und der unter seinem Eide aus sagte, der Chef der beklagten Firma habe mehrfach betont, er wisse, daß Kläger in großer Verlegenheit sei.

Das Gericht erklärte die Ausgleichsquittung für nichtig und sprach dem Kläger die geforderten 186 M. zu. In diesem Fall war dem Kläger die Beweisführung möglich, oft ist das nicht der Fall. Wir möchten deshalb wiederholt darauf hinweisen, zur Ausstellung einer Ausgleichs- oder Generalquittung ist niemand verpflichtet. Ein Angestellter und Gehilfe sollte stets die Ausstellung einer solchen ablehnen. Denn der Beweis, daß die Quittung ihm abgenötigt ist oder daß er sich bei Ausstellung im Irrtum befand, ist schwierig, in der Regel unmöglich.

Von der Hygieneausstellung in Dresden.

Die Vorgänge, die zur Nichtbeteiligung der gewerkschaftlichen Seimarbeiterausstellung an der Dresdener Ausstellung für Hygiene führten und die dann auch die Konsumvereine und Private veranlaßten, ihre Beteiligung an der Ausstellung abzulehnen, die sich zu einer Ausstellung gegen Hygiene herausgebildet hat, haben auch den Deutschen Arbeiter-Abstinenzbund zu dem gleichen Beschluß Veranlassung gegeben. Es war diesem weitgehendste Verabsichtigung in der Sonderabteilung „Alkoholisimus“ zugestimmt worden. Doch verzichtete der Bund auf die Beteiligung, um seine Solidarität mit den Gewerkschaften darzutun.

Singegen hat sich das — Berliner Polizeipräsidium bereit erklärt, die Ausstellung zu beschicken. In drei Räumen sollen „Muffereinrichtungen für die Prostituiertenuntersuchung“ Aufnahme finden. Die Polizei ist mit dieser Beschränkung gar zu befriedigt. Es entspräche dem Zweck der Dresdener Ausstellung gegen Hygiene durchaus, wenn sie Prototypen, Polizeifabel, Gummimümpel nebst deren Wirkungen vorführt. Wie wäre es mit einer wahrheitsgemäßen photographischen Aufnahme polizeilicher Mißhandlungen aus Anlaß der Noabiter Unruhen? Oder mit einer Ausstellung der polizeilichen Betriebsart, die das Ausfindigmachen der Mörder oder Totschläger des Arbeiters Herrmann bis jetzt unmöglich machte? Auch eine Photographie des Polizeileutnants mit der Fensurschere am 18. März würde den hygienischen Zwecken dienen. Rechnet man doch die Erregung von Seiterkeit zu einem der vorzüglichsten Heilmittel.

Betriebskrankenkassen über den Hallenser Arztstreit.

Der Halle'sche Betriebskrankenkassenverband hat in einer Schrift eine altentworfene Darstellung des bisherigen Verlaufs des Arztstreits in Halle gegeben, die ein hervorragendes Material zur Beurteilung der vom Leipziger Ärzteverband geleiteten Arztbewegung bildet. Die Sachdarstellung und Beurteilung deckt sich völlig mit den von uns gebrachten Berichten. Nach der Broschüre hat der Halle'sche Ärzteverein Meinungsverschiedenheiten mit einer Ortskrankenkasse zum Anlaß genommen, bei den Krankenkassen der Stadt allgemein die Forderung auf Zulassung der organisierten Ärzte zu stellen und zu machen. Als dieser Forderung wegen mannigfacher schwerwiegender Bedenken nicht entsprochen wurde, hat der Arztstreit begonnen. Die Schrift beleuchtet eingehend die Kampfweise des Ärzteverbandes. Kranken sei die Hilfe verweigert worden. Jedoch hätten die von den Kassen angestellten Ärzte dem Bedürfnis durchaus entsprochen. Auf Geheiß des Regierungspräsidenten habe der Magistrat eingegriffen und Bedingungen gestellt, die im Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen und seinen gesetzlichen Befugnissen ständen. Als die Kassen diesen Bedingungen nicht entsprachen, sei ihnen von dem Magistrat ein Vertrag aufgezwungen worden. Dieser Vertrag zeige so recht den wahren Charakter des Arztverbandes und seiner Forderungen. Er sei nach Ansicht aller Sachverständigen nichtig. Die erste Autorität des Krankenversicherungsrechts, Amtsgerichtsrat Gahn, lasse sein Gutachten über den Vertrag dahin zusammen, daß er irgend eine greifbare, rechtlich erzwingbare Leistungspflicht der Ärzte nicht begründe, die Kassen aber einer mit ihren Aufgaben ganz unverträglichen Rechtsunsicherheit preisgebe und das Vermögen dieser dem öffentlichen Wohle dienenden Korporationen mit weitgehenden Verpflichtungen belaste. Die Kassen hätten sich deshalb von diesem Vertrag überhaupt nicht gekümmert und die Tatsachen hätten bewiesen, daß die ärztliche Versorgung durch die angestellten Hausärzte vollkommen ausreichend ist und damit sei der Eingriff des Magistrats gerichtet. Den Gesetzgeber der Reichsversicherungsordnung werde der Halle'sche Streit nochmals die schweren Gefahren vor Augen führen, die den Krankenkassen von Seiten des Leipziger Ärzteverbandes drohten.

Eine soziale Ausstellung in der Schweiz.

Im Jahre 1914 findet in Bern eine allgemeine schweizerische Landesausstellung statt, mit der eine von der organisierten Arbeiterchaft zu veranstaltende soziale Ausstellung verbunden werden soll. Zur Darstellung gelangen sollen die Zusammenfassung der schweizerischen Arbeiterschaft nach Beruf, Alter, Geschlecht, Zivilstand und Nationalität; ferner die Fabrikstatistik und die Verschleibungen in den letzten 60 Jahren; die Haushaltungs- und Wohnungsverhältnisse; die Arbeitslöhne, Arbeitszeiten, Berufskrankheiten und Unfälle; die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Einrichtungen, die Lohnkämpfe und Tarifverträge; Sparkassen, Bildungsbestrebungen usw. In seiner Sitzung, vorletzten Sonntag, hat der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes beschlossen, die Organisation dieser sozialen Ausstellung zu übernehmen und vom Bunde eine Subvention zur Bestreitung der Kosten zu verlangen. Der anwesende Vertreter des Industrieabteilaments in Bern, Dr. Kaufmann, bezeichnete es aber als fraglich, ob vom Bunde eine solche Subvention erhältlich sein werde, da er schon 2 Millionen Franken an die Landesausstellung leisten müsse. Nun dann muß eben auch für die soziale Ausstellung das Geld vorhanden sein. In das Programm der Landesausstellung ist die Abteilung „soziale Ausstellung“ bereits aufgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Der erste Schritt zur politischen Gleichberechtigung in Oesterreich.

Die Frauen Oesterreichs sind nunmehr von politischen Vereinen nicht mehr ausgeschlossen. Am Freitag, den 10. März, hat das Abgeordnetenhaus den § 30 des Vereinsgesetzes, wonach „Frauenvereine“ nicht Mitglieder politischer Vereine sein können, aufgehoben. — Am 13. April wird es ein Jahr, seit die Wiener Genossinnen die große Demonstration gegen den § 30 veranstaltet haben. Dann drücken unsere Abgeordneten den Antrag zur Reform des Vereinsgesetzes ein, und im österreichischen Parlamente hat man einige Neben für die politischen Rechte der Frauen gehört. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben, unterstützt von einigen wenigen bürgerlichen Abgeordneten, den Kampf um das politische Vereinsrecht der Frauen geführt. Die bürgerlichen Parteien haben sich wiederholt an die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gewendet und haben einige Petitionen dem „hohen Hause“ unterbreitet. Der Verfassungsausschuß entsprach der Forderung der Frauen und übertrug dem Genossen F. v. Bernerstorfer das Referat. Abgeordnete der deutschbürgerlichen Parteien haben bis zum letzten Augenblick eine ablehnende Haltung eingenommen. Einer ihrer Führer erklärte noch vor wenigen Wochen, daß ihm die Frauen „zu hoch stehen, um sie in den Schmutz des politischen Lebens zu ziehen“. Unsere Genossinnen haben darauf in einer Versammlung geantwortet und auf den wirklichen Schmutz verwiesen, mit dem die Arbeiterinnen beim Wörteltragen und Koblienschieben in Verührung kommen.

Die Regierung wollte bis zum letzten Augenblick verhandeln, daß die „Der Bernerstorfer“, wie die Novelle zum Vereinsgesetz, die die Ausschließung der Frauen und das Verbindungsverbot aufhebt und die Altersgrenze von 24 auf 21 Jahre heruntersetzt, genannt wird, zum Gesetz erhoben werde.

Sie wollte sich mit einer Teilreform nicht begnügen. Tatsächlich kam sie während der Beratungen der Novelle mit einem Gesetz. Genosse Dr. Adler charakterisierte die Taktik der Regierung so, daß er meinte, „der kleine Finger sei und lieber, als eine große Niederlage“. Enthielt doch die Vorlage der Regierung schwere Gefahren für unsere Jugendorganisation. Ein deutschbürgerlicher Abgeordneter diente den Wünschen auch mit dem Antrage, die Leg Bernerstorfer zugunsten des Regierungsentwurfs von der Tagesordnung abzurufen.

Unseren Genossen gelang es aber, die Zurückziehung dieses Antrages durchzusetzen und so wurde das Recht der Frauen, politische Vereine bilden zu dürfen, einstimmig angenommen. Den Gegnern der politischen Beteiligung der Frauen, die auch das Argument von der Inferiorität gebrauchten, antwortete Genosse Dr. Adler mit den sozialdemokratischen Arbeiterinnen ehrenden Worten: „Jeder Mann beurteilt die Frauen nach jenen, mit welchen er umgeht.“

Und nun geht es weiter im Kampfe. Der Frauentag am 19. März soll den Beweis erbringen, daß die Zahl der Frauen bereits groß ist, die am politischen Leben Anteil nehmen, und die sich nicht mit dem Vereinsrecht allein begnügen wollen, sondern bereit sind weiter zu kämpfen, bis das Frauenwahlrecht erobert ist.

Gerichts-Zeitung.

Anhaltbare Zustände der Berliner Gerichtsorganisation.

Den anarchischen Zuständen in der Berliner Gerichtsorganisation entsprungen ist ein Bescheid des Kammergerichtspräsidenten, den er aus Anlaß einer Beschwerde, die ein Berliner Rechtsanwalt gegen einen Richter des Amtsgerichts Berlin-Mitte führte, erteilt hat. Dieser Bescheid dient wohl dem Interesse der Rechtsanwälte, aber mit dem Interesse des rechtsuchenden Publikums ist er nicht in Einklang zu bringen.

Der Richter, über den die Beschwerde geführt wurde, hatte in einer Sache auf Antrag des persönlich erschienenen Beklagten

gegen den Kläger, der durch einen Rechtsanwalt vertreten, der aber nicht erschienen war, Versäumnisurteil erlassen, nachdem er sämtliche anderen Sachen, die zu der festgesetzten Terminsstunde ausstanden, verhandelt hatte.

Dies weitgehende Entgegenkommen des Richters genügte aber dem Rechtsanwalt nicht, er beschwerte sich über den Richter im Dienstaufsichtsweg.

Der Kammergerichtspräsident erachtet es in seinem Bescheide nicht für unzulässig, wenn der Richter bei Stellung von Versäumnisanträgen gegen einen Anwalt die zufällig im Zimmer anwesenden unbeschäftigten Anwälte fragt, ob einer von ihnen zur Vertretung des nicht anwesenden Kollegen bereit sei.

Ferner hält der Kammergerichtspräsident es nicht für unzulässig, daß der Richter — was ja auch in dem Falle, der zur Beschwerde Anlaß gegeben hat, geschehen ist — die Verhandlung der Sache für eine längere Zeit, als bis zur Erledigung der auf dieselbe Terminsstunde anstehenden Sachen zurückschiebt.

Den Bescheid hat der Kammergerichtspräsident dem Amtsgerichtspräsidenten amtlich zur Kenntnis gebracht und ihn ersucht, die Prozeßrichter davon zu verständigen.

Diese Auffassung des Kammergerichtspräsidenten vereinbart sich schwer mit zwingenden Gesetzesvorschriften. § 330 der Zivilprozessordnung schreibt vor, daß auf Antrag des Versäumnisurteil gegen den Kläger zu erlassen ist, wenn dieser (oder sein Anwalt) im Termin zur mündlichen Verhandlung nicht erscheint.

Nun mag anerkannt werden, daß die Rechtsanwälte bei der Dezentralisation des Berliner Gerichtswesens mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die für die Rechtsanwälte fast zur Unentrichtlichkeit gewordenen Zustände sind aber der mangelnden Einsicht der preussischen Justizverwaltung und des preussischen Dreiklassenparlamentes bei der Schaffung der Groß-Berliner Gerichtsorganisation zuzuschreiben. Das rechtsuchende Publikum soll man aber darunter nicht leiden lassen. Uns sind wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Prozeßrichter selbst nach Stundenlangem Warten den Erlaß eines Versäumnisurteils gegen einen Rechtsanwalt abgelehnt haben und den Antragsteller resultatlos nach Hause geschickt haben. Andererseits ist aber bekannt, daß auf Antrag des Anwalts sofort nach Aufruf Versäumnisurteil gegen nicht anwesende Parteien erlassen wird. Dem Arbeiter ist es nicht immer möglich, sich einen Rechtsanwalt zu bestellen; für ihn ist aber der Zeitverlust mit dem dadurch bedingten Verdienstverlust besonders empfindlich.

Im Interesse aller Beteiligten liegt daher eine schnelle Zentralisation des Groß-Berliner Gerichtswesens.

Will man zunächst durch Verfügungen der angegebenen Art den Rängeln der Gerichtsorganisation in etwas begegnen, so soll man gleiches Recht üben und dieselben Grundsätze, die der Kammergerichtspräsident den Anwälten gegenüber angewendet empfiehlt, auch dem Publikum gegenüber anwenden.

Noch ein Uebelstand mag hier gerügt werden: Manche Richter, insbesondere der Schöffensabteilungen und der Strafkammern, besäumen Termine zu einer Zeit an, zu der die Sache nach dem übrigen Arbeitspensum unmöglich verhandelt werden kann. Von dem die Termine ansehenden Richter, der ja die Akten und den Prozeßstoff kennt, muß im Interesse des Publikums gefordert werden, daß er die Terminszeiten so verteilt, daß die Sache auch ungefähr zu der angelegten Zeit verhandelt wird.

Es kommen Fälle vor, in denen die Geladenen fast so viel Stunden zu warten genötigt sind, als die Erledigung ihrer Sache dauert. Den Schoden, der einer Partei durch das unnütze Warten entsteht, ersetzt aber der Justizfiskus nicht.

Beleidigungen gegen einen Richter

lagen einer Anklage zugrunde, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Der Kaufmann Eduard Schilwa war von einem Hausdiener mißhandelt worden und hatte gegen diesen ein Strafverfahren wegen Körperverletzung beantragt, dem er sich als Nebenkläger angeschlossen. Der Hausdiener wurde während der Gerichtsferien im Juli vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Frobenius zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die von Schilwa eingeleitete Berufung erhöhte später die Strafkammer die Strafe auf 50 M. Nun reichte Schilwa eine an den Präsidenten des Landgerichts II gerichtete Beschwerde ein und beschuldigte darin den Amtsrichter Dr. Fr. Feststellungen zugunsten des Angeklagten und zuungunsten des Nebenklägers vorsätzlich gefälscht zu haben usw. Das eingeleitete Verfahren ergab die Grundlosigkeit jener Beschuldigungen. Die Folge war die jetzige Anklage. Da der Angeklagte schon mehrfach wegen Beleidigung verurteilt ist, so verurteilte ihn der Gerichtshof zu 3 Monaten Gefängnis.

Ein derartiges Urteil ist mit gesundem Rechtsempfinden unvereinbar. Fühlt ein Angeklagter sich im Unrecht, so muß er das Recht der Beschwerde in volstem Umfange haben, zum mindesten in demselben Grade wie ein Staatsanwalt, der eine haltlose Anklage erhebt. Er handelt in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Würde jeder Staatsanwalt wegen Beleidigung zu Freiheitsstrafe verurteilt, der gegen einen schuldlosen Angeklagten eine Anklage erhebt, so würde der in dem berichteten Fall eingekerkerte Rechtsstandpunkt bald als irrig erachtet werden.

Mordprozeß von der Selden.

Nach fünfjähriger Verhandlung endete gestern die vor dem Schwurgericht in Danzig geführte Verhandlung gegen den 22 Jahre alten Wirtschaftsbeamten Ulrich von der Selden aus Adlig-Liebenau. Dieser war beschuldigt, am 21. Februar 1906 in einem Abteil zweiter Klasse bei von Bromberg in Dirschau einlaufenden Zuges den 68jährigen Rechnungsführer Ehler aus Domäne Kalkstube erschossen und um 80 M. beraubt zu haben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Mord und nach schwerem Raub. Das Gericht erkannte auf Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Wer ist als Leiter eines Umzuges anzusehen?

Vom Landgericht Offen (Nah) sind am 24. September v. J. wegen Vergehens gegen § 19 des Vereinsgesetzes der Gewerkschaftsbeamte Obermeyer zu 50 M. und der Mitangeklagte Schnauß zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden; außerdem sind vier Mitangeklagte wegen Erregung ruhestörender Lärms zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Am 10. April beantragte nach Annahme des Gerichts in Offen die Sozialdemokraten einen polizeilich nicht genehmigten Umzug, um für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht zu demonstrieren. Es nahmen 1500—2000 Personen daran teil. Als eine Stodung eintrat und die Teilnehmer nicht wußten, welche Richtung eingeschlagen werden sollte, trat Obermeyer an die Spitze und winkte mit seinem Spazierstock; ähnlich verhielt sich Schnauß. Die übrigen Angeklagten sollen durch Lärmen, Hochrufen und Abfeuern der Arbeitermarxistaise den Gottesdienst gestört und den Verkehr gehindert haben. Die beiden erstgenannten Angeklagten sind vom Gericht als Leiter des Umzuges angesehen worden. — Die Revision der Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen. In den Gründen hieß es: Als Leiter eines Umzuges ist, wie das Landgericht mit Recht angenommen hat, jeder anzusehen, der sich als solcher betätigt und dabei betroffen wird. Eine Beauftragung oder Wahl wie beim Leiter einer Versammlung ist nicht erforderlich.

Oeffentliche politische Versammlungen.

4. Wahlkreis. 8 Volks-Versammlungen

Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

Die politische Situation und die bevorstehende Reichstagswahl.

Freie Diskussion.

Referenten: Reichstagsabgeordnete Schöpflin, Mollenhuth, Emmel, Lehmann, Scheidemann, Stücklen, Eichhorn und Frau Zieh.

Lokale: Kessler, Koppenstraße 29; Eysium, Landsberger Allee 40/41; Voelter, Weberstraße 17; Markgrafensäle, Markgrafendamm 84; Graumann, Raunigstraße 27; Gieve, Südost, Waldemarstraße 75; Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tore; Biffin, Memeler Straße 67.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Für die Einberufer: Paul Hoffmann, Straßauer Platz 1/2.

216/19*

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in Franke's Festsälen, Badstraße 19:

Oeffentliche politische Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour über: Koloniale Unkosten.

2. Freie Diskussion.

Der Einberufer:

Max Faustmann, Battmannstr. 14.

225/9*

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Bureau: Engelauer 15, III, Zimmer 53.

Zweigverein Berlin.

Telephon: Amt IV, Nr. 4093.

Geschäft: Hochtags von 8-1 und von 3-7 Uhr.

Mittwoch, den 22. März 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

General-Versammlung des Gesamt-Zweigvereins.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhältnisse im Berliner Baugewerbe. 2. Der Entwurf eines Ortsstatuts.

3. Vereinsangelegenheiten.

Bei der wichtigen Tagesordnung ist es dringende Pflicht aller Mitglieder, für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand.

137/7*

Achtung!

Achtung!

Fliesenleger u. Fliesenlegerhilfsarbeiter.

Freitag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5:

Sektions-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Unser Tarifvertrag. Tritt am 1. April 1911 eine Lohnerhöhung ein? 2. Gewerkschaftliches.

Wir erfordern die Kollegen, die Fliesenleger und Fliesenlegerhilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und für deren Besuch zu agitieren. Die Sektionsleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband. Verband der Sattler und Portefeuille.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr,

in den

„Hohenstaufen-Sälen“, Kottbusser Damm Nr. 76, 2. Hof, 1. Tr. (am Hohenstaufen-Platz):

Oeffentliche Versammlung

der in der

Album-, Mappen- und Galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Tarifkündigung und eventuelle Aufstellung von Forderungen.

Kollegen! Kolleginnen! Bezeugt durch vollzähligen Besuch der Versammlung, daß Ihr gewillt seid, in eine Bewegung zur Erreichung zeitgemäßer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Die Ortsverwaltungen.

227/14

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Stellmacher.

Sonntag, den 19. März 1911, vormittags 9 1/2 Uhr: Außerordentliche Versammlung

der in den Wagen- und Karosserie-Fabriken beschäftigten

Stellmacher

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11-12

Tages-Ordnung:

1. Die verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Wagenfabriken und wie können wir diese regeln?

2. Diskussion.

Wichtig ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Die Branchenkommission.

Kistenmacher.

Montag, den 20. März 1911, abends 8 Uhr:

Versammlung

in den „Andreas-Festsälen, Andreasstraße 2

Jalousie-Arbeiter.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

bei Boeker, Weberstraße 17.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

bei F. Preuß, Holzmarktstraße 65.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn G. Adorno über: „Die Naturheilkunde“.

2. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer.

Donnerstag, den 23. März 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.

Sitzmöbel-Tischler.

Donnerstag, den 23. März 1911, abends 8 Uhr:

Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 70.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Hrn. Applöb über: „Finanzreform und Gewerkschaften“.

2. Diskussion.

3. Branchenangelegenheiten.

Vergolder.

Sonntag, den 25. März 1911, in der „Alhambra“, Ballmertheaterstraße 15:

Kostümfest

bei den „Nudekünstlern und Stangenjongleuren“, Die Ballmusik wird von der verstärkten Hauskapelle ausgeführt.

U. a.: Tombola und Kottillon.

Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang pünktlich 9 Uhr. Ende 7 1/2

NB. Billets sind bei den Vertrauensleuten und bei Emil Krüger, Engelauer 13, zu haben. 80/10

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III, Amt 3, 1967.

Montag, den 20. März 1911, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in den Geldschrankfabriken beschäftigten Kollegen in Franke's Festsälen, Badstraße 19.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Tarif der Geldschrankschlosser.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Die Versammlung für die Schraubenbranche beginnt um 7 Uhr. 113/19 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Sehhmacher Deutschlands.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Boeker, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Eine Frage der Volkswirtschaft“. Referent Genosse Neumann. 2. Diskussion. 3. Erhaltung des Jahresberichts. 4. Geschlossen.

Wichtig ist es, in dieser Versammlung teilzunehmen. — Mitgliedsbuch legitimiert! 100/3 Die Ortsverwaltung.

Fabrikarbeiter-Verband.

Achtung! Für die Tage Mittwoch, den 22., und Donnerstag, den 23. März

bleiben unsere Bureaus anlässlich des Unglücks geschlossen.

Die neue Adresse ist: Engelauer 15, linker Seitens. I. Telephon Amt IV, Nr. 11443. Die Ortsverwaltung.

Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ für Potsdam und Umgegend.

G. G. m. b. H. Montag, den 20. März 1911, abends 8 Uhr,

findet im „Viktoriagarten“, Alte Außenstr. 57, die

Ordentliche General-Versammlung

mit folgender Tages-Ordnung statt:

1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Wahlen: a) eines Vorstandsmitgliedes, b) dreier Aufsichtsratsmitglieder. 4. Genossenschaftliche Angelegenheiten.

In dieser Versammlung werden die Mitglieder um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. 104/5

Der Aufsichtsrat, 3. V.: Alfred Stöck.

Junungs-Frankenkasse der Tischler-Junung.

Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Generalversammlung

der Vertreter der Rassenmitglieder und der Junungsmitglieder.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Annahme der Jahresabrechnung pro 1910 und Bericht der Revisoren. 3. Wahl von 14 Angestellten. 4. Verschiedenes. 27/18

Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Posamentiere, Seiler usw.

Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung: 1. Rassenbericht pro 1910. 2. Bericht der Revisoren. 3. Diskussion über Punkt 1 und 2. 4. Antrag Bille-Dehmel, betr. Bewilligung einer Gratifikation für den Vorsitzenden. 5. Verschiedenes in Rassenangelegenheiten.

In vorzähligen Erscheinen ladet die Vertreter ein 7005

Der Vorstand, 3. V.: Bernh. Herzog, Vorsitzender, Georgenstraße 53.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

In der am Sonntag, den 26. März 1911, nachmittags 3 Uhr, bei Miolaak, Blumenstr. 38, stattfindenden

Ordentl. General-Versammlung

der Ortskrankenkasse der Möbelpolierer werden die Herren Vertreter hierdurch ersucht eingeladen. 972/1

Der Vorstand.

Außerordentliche General-Versammlung

der Sterbe- u. Krankenunterstützungs-Kasse Nr. 55 zu Berlin

am Dienstag, d. 29. März 1911, im Kassenlokal, Vintenzstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Nachtragsentwurf zu den Satzungen. 7715

Der Vorstand.

J. Baer

Badstr. 28 Ecke Prinz-Alten Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Elegante Einsegnungs-Anzüge.

z. Großes Stofflager z. zur Anfertigung n. Maß

Alle Billigste, streng feste Preise.

IB

IB

IB

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: S. 42, Luisen-Ufer 1.

Gärtner! Gartenarbeiter!

Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in Miethes Festsaal (Nacht), Schöneberg, Hauptstr. 5/6:

Gärtner- und Gartenarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Krieg oder Frieden in der Berliner Landschaftsgärtnerei? Referent: Walter Kwasnik.

Kollegen aus der Landschaftsgärtnerei! Erscheint alle in dieser Versammlung. Die Bauarbeiter bitten wir, die auf Besamungen tätigen Gärtner und Arbeiter auf diese Versammlung hinzuweisen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Buchbinderbranche!

Dienstag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, im neuen Saal der „Neuen Welt“, Gasenheide:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages und welche Forderungen gedenken die Buchbinder- und Buchbindereiarbeiterinnen zu stellen?

Diese Versammlung muß eine Massenfundgebung der Berliner Kollegenschaft werden. — Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch!

Die Tarif- u. Agitationskommission der Buchbinderbranche.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin).

Dienstag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr,

in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/18:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrungstaktik der Unternehmer und unsere Lohnbewegung.

Referent: Kollege Zitzewitz.

2. Diskussion.

Mitgliedsbuch oder Streikfarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Bäckerei-Genossenschaft Berlin

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Glogauer Straße 28.

Gewinn- und Verlust-Konto per 27. Dezember 1910.

Debit.		Credit.	
In Rinsen-Konto	50,—	Ver Rinsen-Konto	217,86
Spezial-Konto F	13 894,59	Baren-Konto, Brutto-	
Spezial-Konto A	8 597,30	gewinn	1 746,13
Personal-Unterkonto	108 656,87	Bäckerei-Konto	170 623,10
Umsätze-Konto			
10 Proz. Abschreibung	1 449,94		
Spezial-Konto B	24 064,45		
Geldbank-Konto			
25 Proz. Abschreibung	1 839,06		
Grundstück-Unterkonto	2 029,09		
Geldbank-Unterkonto	13 300,61		
Konto-Korrent-Konto,			
Abschreibungen	1 063,98		
Detail-Konto, Konto			
der Verkaufsstellen	779,93		
Bilanz-Konto (Dispo-			
sitionsfonds)	859,27		
	172 487,09		172 487,09

Bilanz per 27. Dezember 1910.

Aktiva.		Passiva.	
In Intell-Konto G. G. G.	937,45	Ver Mitglieder-Guthaben-	
Kautions-Konto	570,—	Konto	1 080,—
Spezial-Konto F	281,75	Barlohn-Konto	8 765,25
Rabattmarken-Konto	484,55	Referendats-Konto	1 380,—
Umsätze-Konto	13 040,40	Spezialreferendats-Konto	4 679,72
Kassa-Konto	2 819,84	Kautions-Konto	2 000,—
Spezial-Konto B	252,30	Hypotheken-Konto	80 000,—
Geldbank-Konto	5 51,—	Unterstützungsfonds-Konto	2 000,—
Grundstück-Konto	30 000,—	Konto-Korrent-Konto	89 571,71
Baren-Konto, Inventur-		Dispositionsfonds-Konto	859,27
bestand	2 051,21		
Geldbank-Unterkonto	507,55		
Bäckerei-Konto, Inventur-			
bestand	33 419,81		
Detail-Konto	694,91		
	90 535,95		90 535,95

Die Mitgliederzahl betrug am 27. Dezember 1909	84
Eingetretene im Jahre 1910	4 38
Ausgetretene im Jahre 1910	—
Mitgliederzahl am 27. Dezember 1910	88
Das Mitglieder Guthaben betrug am 27. Dezember 1909	1030
Einzahlungen im Jahre 1910	60 1090
Auszahlungen im Jahre 1910	—
Das Mitglieder Guthaben betrug am 27. Dezember 1910	1090
Die Gesamtsumme betrug am 27. Dezember 1910	1140

Der Vorstand.

161/4 Richard Linder, Ludwig Eril.

Möbel auf Kredit

15 M. Anzahl. Stube u. Küche 1.50 M. Woche

3 M. Anzahl. Einzelne Möbelstücke 1 M. Woche

5 M. Anzahl. Moderne farbige Küchen 1 M. Woche

Teppiche, Betten, Steppdecken, Uhren, Bilder und Garderoben.

Gustav Gärisch, Stralauer Platz 1-2

Frucht- und Nühlenstraßen-Ecke.

2 Minuten vom Schlesischen Bahnhof

Zur Aufklärung!

In letzter Zeit wurde durch einige Personen in Berlin und Umgegend das Gerücht verbreitet, der

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

(Mitglied des Bundes „Solidarität“)

10/10

habe sich aufgelöst.

Um Irrtümern zu vermeiden erklären die Unterzeichneten, daß der

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“)

vor wie nach weiter besteht und eruchen wir alle radfahrenden Arbeiter, demselben als Mitglied beizutreten.

Jede weitere Auskunft wird in den Einkaufsstellen für die Radfahrer sowie bei den Unterzeichneten bereitwillig erteilt. Auch werden daselbst Aufnahmen entgegengenommen.

Fahrrad-Haus „frisch auf“

Brunnenstraße 35.

Kottbuser Straße 9.

Der Zentral-Vorstand.

Die Agitations-Kommission.

N. N.: Richard Karras, Schönhaferstr. 11.

N. N.: Franz Wagner, Triftstr. 41 vorn IV.

Dr. Geschlechtskrankheiten

Haut-, Harnleiden, Schwäche.
Naanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
Sprechst. 5-7 Uhr.

Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße 11-2 Uhr
und 1/2 bis 1/10 Uhr abends. :: :: ::

Für Frauen von 3 bis 1/2, Sonntags 11-3 Uhr, nur Potsdamer Str. 117.

Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren bei frischen und veralteten Fällen. Nachweislich unerreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen, verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten oder durch die Post (verschloss. Kuvert) gratis und franko.

Ehrlich-Hata-

Behandlung ohne Berufsstörung.

Der nächste Herren-Vortrag findet statt am Donnerstag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59 mit Demonstrationen an naturgetreuen Wachsmoellen über korpusscherhafte Behandlungsweise.

Syphilis (Ehrlich-Hata 606)

Harnleiden und Impotenz.

Eintritt frei! Fragebeantwortung!

Spezial-Möbel-Geschäft

Wilhelm Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/46 I u. II

Vorwärts-Leser

:: 5% Extra-Rabatt ::
auf die bekannt billigen Preise
selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich-Thomas

Spezial-Haus

Teppiche
Gardinen
Steppdecken
Reisedecken
Tischdecken

Vorleger
Portieren
Schlafdecken
Felle
Divandeen

I. Geschäft: 160 Oranien-Straße 160 am Oranienplatz.
II. Geschäft: 54 Rosenthaler Str. 54 Springbrunnenhaus.

Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
empfehlen sein reichhaltiges Lager von
Einsegnungs-Anzügen,
sowie gute, selbst angefertigte Herren- und Knaben-Bekleidung,
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an
in eigener Betriebswerkstätte.

Inventur-Verkauf Calcutta

Imitiert. Inder-Teppich
ganz dickes doppel-seitiges Gewebe auf creme, oliv, blau oder fraise Fond, von den echt Inderteppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca.
70x140 cm . . . M. 3,75
90x185 6,35
130x195 8,55
160x225 13,85
190x295 21,75
230x350 32,00
300x400 46,50

Passende Bett- und Pult-Teppiche Stück M. 2,15, und M. 2,85.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.

Inventur-Extraktliste u. Katalog
enorm billiger Sonderangebote
600 Abbild., gratis u. franko

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer-Galetots und Hingabe für Damen, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie von Kavaliere getragen, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unbestritten billigen Preisen.
1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 40/11
Hirsch Kletterbaum, Wasserlor- (früher Schützenstr. 33).

Sämereien

Gartenartikel für Laubenkolonien.
Ad. Demmler
Dresdener Str. 17
am Kottbuser Tor.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
Julius Krause — Nr. 40 —
Komplette Wohnungseinrichtungen
zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Verlobte! Komplette Küchen-Einrichtungen:
130 Teile . . . M. 25,—
200 75,—
300 150,—
Aufstellung a. Wunsch gratis u. franko.
L. Katz & Co.
Spandauer Str. 45, a. Markthaus
Filialen:
Rixdorf, Bergstraße 65, a. Bahnh.
Brandenburg a. H., Hauptstraße 59/60.

Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung.
Größte Rücksicht
in Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.
Sonntags geöffnet.
Tel. Amt 7, 10761. **E. Cohn, Gr. Frankfurter Str. 58.**

Oeffentliche politische

Volkssversammlungen

Heute Sonntag, 19. März, nachm. 2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Her mit dem Frauenwahlrecht! == Freie ==
Diskussion.

Berlin.

- 1. Kreis.** Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.
- 2. Kreis.** Happoldts Brauerei, Hasenheide 32-38.
- 3. Kreis.** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58-59.
- 4. Kreis.** Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
Gesellschaftshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34.

- 5. Kreis.** Schweizergarten, Am Königstor.
- 6. Kreis.** Brauerei Königstadt, Schönhauser Meer 10-11.
Ballenschmieders Etablissement, Sadstr. 16.
Germania-Säle, Chausseestr. 110.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wictestr. 24.

Referenten: Dr. Alfred Bernstein, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Grunwald, Dr. Herzfeld, Martha Kaiser, Kaliski, Poetzsch, Ströbel, Paula Thiede, Dr. Weyl, Dr. Zadek, Luise Zietz.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

Teltow=Beeskow.

- Adlershof** (Alt-Glienick, Bohnsdorf, Rudow, Nieder-Schöne-
weide, Johannisthal). Deyer, Bismarckstr. 11.
- Britz.** Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97.
- Charlottenburg.** Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick.** Kaiserhof, Grünstr. 10.
- Friedenau** (Schmargendorf, Wilmersdorf). Rheinschloß, Rheinstr. 60.
- Groß-Lichterfelde** (Lankwitz, Mariendorf, Marienfelde,
Zehlendorf, Teltow, Dahlem). Kaiserhof, Kranoldplatz.

Referenten: Ed. Bernstein, Klara Bohm-Schuch, Dr. Bruno Borchardt, Julian Borchardt, Davidsohn, Anna Dietz, Dittmer, Haß, Ad. Hoffmann, Manasse, Mohs, Siering, Unger, Woldt, Wally Zepler.

- Königs-Wusterhausen** (Niederlehme, Bernsdorf, Groß-
Besten, Senzig, Schenkendorf, Eichwalde). Witwe Wehborn,
Altes Schützenhaus.
- Nowawes** (Wannsee, Dremitz, Klein-Glienick). Goldgarben,
Vriesterstr. 31.
- Rixdorf.** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. Petris Festsäle, Kuesebachstr. 113.
Sohenstausen-Säle, Rottbuser Damm 76. Feldschlößchen, Eisenstr. 75.
- Schöneberg** (Wilmersdorf, Steglitz). Neue Rathhaus-Säle, Weininger Str. 8.
- Treptow-Baumschulenweg.** Sport-Restaurant <sup>(Süd-
Neubahn)</sup>
Treptow,
Eisenstr. 115-116. Speers Festsäle <sup>Baumschulenweg,
Baumschulenstr. 78.</sup>

Nieder=Barnim.

- Lichtenberg.** Paul Schwarz, Müllendorffstr. 25-26.
- Rummelsburg.** Tempel, „Café Bellevue“, Hauptstr. 2.
- Stralau.** Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.
- Weißensee.** Gemeinde-Turn- und Festhalle, Pistoriusstraße.
- Pankow.** Paul Koczylki, Arenstr. 3-4.
- Reinickendorf-Ost.** Schützenhaus, Residenzstr. 1-2.
- Reinickendorf-West.** Gesellschaftshaus, Eichbornstr. 18.

Referenten: Ida Altmann, Maria Buchmann, Horlitz, Jeserich, Martha Kaiser, Kubig, Dr. Karl Liebkecht, Martin Meyer, Plek, Georg Schmidt, Störmer, Martha Tietz, Wutzky, Wermuth.

Spandau bei Böhle, Havelstr. 20. Referent: Hellmuth Lehmann.

- Borsigwalde.** Richter, Spandauer Straße.
- Tegel.** Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1.
- Oranienburg.** Waldhaus Sandhausen, Schäfersstraße.
- Ober-Schöneweide.** Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstraße.
- Mahlsdorf.** Linke, Grunowstraße. (3 Uhr.)
- Friedrichshagen.** Lerches Festsäle, Friedrichstr. 112.
- Schöneiche-Fichtenau.** Waldschloß.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen! Es gilt für die gleichen Rechte beider Geschlechter Zeugnis abzulegen!

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Versammlungsleiter! Die Leiter bzw. Leiterinnen der heutigen Frauenversammlungen werden gebeten, der Redaktion des „Vorwärts“ einen kurzen Bericht über Zahl der Besucher, Person der Referenten und etwaige Zwischenfälle zugehen zu lassen. Wegen ihrer großen Zahl ist es nicht möglich, alle Versammlungen durch Berichterstatter zu beschicken.

Uranabiletts zu der heute nachmittag 2 Uhr stattfindenden Vorstellung sind noch bei dem Kassierer des großen Kreises, Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben; von 1 Uhr ab in der Urania.

Dritter Wahlkreis. Die Mitglieder, welche sich zu den Vorträgen des Genossen Eichhorn gemeldet haben, mögen sich am Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, in Willes Festhölle, Sebastianstr. 89, einfinden. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Vierter Wahlkreis.

Zur Flugblattverbreitung am heutigen Sonntag wollen sich die Genossen an den bekannten Stellen einfinden.

Zum Frauentag.

Die Genossinnen des vierten Kreises treffen sich heute um 1 Uhr in ihren Lesabendlökalen und gehen von da aus um 1 1/4 Uhr zur Versammlung.

Vierter Wahlkreis. Heute Sonntag, den 19. März, findet in Kellers Festhölle, Koppentstraße 29, eine Märzfeier statt. Billets a 60 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben. Siehe Inserat. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Paul Schwarz, Köllendorffstraße 25/26, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen J. Kaliski über „Schluss im Reichstag“. 2. Wahl einer Zeitungskommission. 3. Anträge.

Steglitz. Wir ersuchen die Genossinnen und Genossen, die Frauenversammlung in Friedenau (Rheinischloß) besuchen zu wollen. Der Vorstand.

Friedenau. Am Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Rheinischloß“, Rheinstraße 60: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Udo: „Die Bedeutung des 1. Mai.“

Köpenick (Wannseebahn). Dienstag, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Emma Widley: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kurt Heimig über: „Deutsche Regierungskunst“. 2. Bericht von der Verbandsgeneralsversammlung. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Schwargendorf. Am Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schützenhaus“, Hundeshloßstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Redakteur Genosse Wermuth über „Kirche und Schule“ sprechen wird. Die Genossen wollen für regen Besuch agitieren.

Köpenick. Am Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuss seinen letzten diesjährigen Theaterabend im Stadttheater. Zur Aufführung gelangt: „Ueber unsere Kraft.“ II. Teil. Einlaßkarten sind nur noch beim Genossen Lesbore, Grünstr. 16 (Sautgeschäft), zu haben. Am Beginn der Vorstellung werden die Saalüren geschlossen; Zutrittskommenden kann während des ersten Aktes kein Einlaß gewährt werden. Der Bildungsausschuss.

Karlshorst. Am Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Bartels („Fürstenbad“). Vortrag des Genossen Zimmermann: „Die Entwicklungsgeschichte der dramatischen Kunst“.

Deutsch-Wusterhausen. Heute Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale von Albert Wiemann: Öffentliche Gemeindegewählerversammlung. Tagesordnung: 1. Was leistet die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten der 3. Klasse. Der Bezirksführer.

Hohen-Schönhausen. Am Dienstag, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen F. Rehber, Berliner Straße 93: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Unger über: „Kirche und Schule“. 2. Dertliche Angelegenheiten.

Köpenick-Df. Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr, in den Subertus-Sälen, Provinzstr. 77/79: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Genosse Müller wird über: „Materialistische Geschichtsauffassung“ sprechen.

Bruckmühle-Redebrau. Heute Sonntag, den 19. März, abends 8 Uhr: Jahlabend beim Genossen Kugner. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Frühmorgens im Familienasyl.

„Aufstehen... Betten machen...“ Der Unteraufscher eilt kurz nach fünf Uhr früh von Tür zu Tür, zündet eine trübe Gasflamme an und schmettert seinen Bedruf, daß es rote zum Leben bringen könnte. Die Kellerten, Ausgemergelten, die mit einem Wein im Grabe stehen und hier schon monatelang auf ein Paradiesbillet für das Siedenhaus warten, sind am ersten auf dem Posten. Ruhelos wälzen sie die morschen Knochen auf dem Lager und sind froh, wenn der Tag graut zum ewigen Einerlei des nutzlosen Oreifenlebens. Wer noch jung ist, in der Vollkraft des Daseins steht und nur infolge vorübergehender schwerer Notlage, aus dem Krankenhaus entlassen oder von einem „barmherzigen“ Hausagrarier auf die Straße gesetzt, sich hierher verirren durfte, kommt so schnell nicht aus den Federn. Wahrhaftig, es sind Federn, keine Lumpenähnlichen, jähmühtstarrten, überliedenden Sackleidenden auf der Holz- oder Drahtpritsche. Jeder hat seine Beistelle mit Strohhalm, Oberbett und Kopfkissen. Nach einer knappen Viertelstunde macht der Unteraufscher, seine Instruktion erfüllend, von neuem die Runde. „Se... Sie da! Zum Donnerlittchen, wie lange wollt Ihr denn noch pennen? Jetzt kann man doch wohl ausjeniefelt haben!“ Hurtig räkeln sich auch die letzten nackten Beine und griesgrämigen Gesichter aus den buntdenkwürfeligen Bezügen. Nun heißt's dalli, sonst erscheint der Oberaufseher, und es gibt „mächtig einen rein-gewirgt.“ Die nötige Reinigungsprozedur an den einfachen Waschtischen der beiden Schmalwände ist bald beendet. Sorgfältig wird die „Halle“ in Ordnung gebracht und das Oberbett möglichst glatt gestrichen. Für so etwas hat die Aufsicht ein verteuft scharfes Auge. Um den Dreck in den Ecken kümmert man sich nicht so ängstlich. Drüben im Speisesaal (wesh vornehmer Name!) kappern sie ungeduldig schon mit den Kaffeetöpfen. Es ist kalt draußen. Man will von innen

einheizen, ehe der trostlose Gang nach Arbeit und Wohnung angetreten wird. Ein paar Zammergestalten humpeln an Stöcken und Krüden über den langen Korridor, wüchsendurchhuschen Kinder, die von des Lebens Ernst noch keine Ahnung haben. „Aufpassen... Vorsuchen!“ Hilfreiche Hände schleppen aus der Küche im Hofe mächtige Wechtübel mit dampfendem, glühendheißem Milchkafee herbei, andere hinterdrein ein paar Waschkörbe mit Schrippen und dicken Brostücken, die für den ganzen Tag reichen sollen. Noch heißt's warten. Jedem wird sein Teilchen mit büreaufratlicher Genauigkeit zugemessen. Wie ein Wachtmeister beim Kommiss steht der Oberaufseher mit dem dicken Notizbuch am Speisegabelisch, neben ihm mit geschwungener Füllkelle der Speisensalesfaktor. Jahrelang war das hier oben ein alter Jugendhausbruder, der sich mit merkwürdiger Fähigkeit eingefressen hatte, ein wahres Galgen-gesicht. Viel Jant und Stank hat er herborgerufen, mandem Kplisten, dem er nicht grüßte, die dicke Bräse über die Finger gegossen und für seine Niedertracht manden gerechten Hautschlag bekommen. Dieser unaustrückliche „Seidenpinner“, der Typus des „Speckjägers“ außer Diensten, hatte irgendwo einen guten Obdachretter, bis sein Maß voll war und er hinaus-schlug. Seitdem besorgen die Aufseher selbst das Speisen-verteilen. Name auf Name wird aufgerufen. Im Gänse-marsch empfangen die Familienasylisten ihr Deputat. Noch ein paar Nachzügler melden sich, siedeln einen Anshnauer ein. Wer dann nicht da ist, wird im Buch gestrichen, gilt als ent-lassen. Niemand soll ohne besondere Erlaubnis vor acht Uhr das Familienobdach verlassen. Der Grund? Jeder ist zum Reinemachen verpflichtet. Aber die meisten wissen sich zu drücken, besonders wenn Schemelwäsche und Korridorau-fwischen dran ist. Dann fährt der Aufseher wohl dazwischen und greift sich ein paar Ausreißer, die es hinauszieht aus dem Unglücksquartier an die frische, freie Luft.

So blüht der „Weizen der Armut“ einen Tag wie den anderen. Die Rot geht, neue Rot kommt. Die Beamten sind äußerlich rauh und hart, manche auch schon innerlich stark ab-gestumpft durch soviel Familienelend. Aber alles was sich hier oben abspielt, ist trotz der furchtbaren Notlage des Einzelnen doch noch um tausend Prozent besser als der Jammer in den scheußlichen Kuchern da unten... im allgemeinen Nachtschl des glänzenden Berlin.

Die Ausstellung billiger Jugendchriften im Gewerkschaftshaus ist bis Ende März an allen Sonntagen von 6-8 Uhr geöffnet.

Anlässlich der bevorstehenden Kontrollversammlungen der Reservisten und Landwehrlente werden von der Militärbehörde zum Teil neue verschärfte Bestimmungen be-kannt gemacht. Nicht nur das Zuspätkommen zu den Kontroll-versammlungen, sondern auch das Erscheinen zu einer anderen als zu der befohlenen Kontrollversammlung wird bestraft. Unentschuldigtes Fernbleiben hat unter Umständen fortan ge-richtliche Bestrafung sowie Zurücksetzung in die nächstjüngere Jahressklasse zur Folge, was wiederum ein längeres Verbleiben in der Kontrollverpflichtung nach sich zieht. Die zu den Kontrollversammlungen einberufenen Mannschaften gehören während des ganzen Tages der Bestellung zum aktiven Heere und unterstehen den Militärgefehen.

Ein belustigendes Eingekannt befindet sich im „Steglitzer An-zeiger“ vom 17. März. Dasselbe lautet:

Eingekannt.

In der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 18. März 1911 liest man unter „Parteiangelegenheiten“: „In Steglitz hält am 18. d. M. die Freiwillige Sanitätskolonne im Lokale „Albrechts-hof“ ihr Stiftungsfest ab. Das Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung; wir bitten deshalb, angebotene Billets in Arbeiterkreisen zurückzuweisen.“

Dem „Vorwärts“-Redakteur fiel bei Abfassung dieses glän-zenden Artikels leider schwere Fehler unterlaufen; denn 1. findet das Stiftungsfest am 25. d. M. statt, 2. besteht in Steglitz nur eine Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. Dieser Zufall ist darum wichtig, weil es auch sozialdemokratische Sanitätskolonnen gibt, die aber nicht den Zufall vom Roten Kreuz führen dürfen. 3. Das Lokal „Albrechtshof“ steht der Arbeiterschaft wohl zur Verfügung; nur für die Sozialdemokratie sind seine Porten geschlossen. An diese aber geben wir sowieso keine Billets ab. Es zeigt hier der „Vorwärts“ einmal wieder dieselbe Ueber-hebung, wie man sie so oft findet, nämlich, daß er sich mit der Arbeiterschaft identifiziert. Gott sei Dank ist aber zwischen Arbeiterschaft und Sozial-demokratie noch eine große Kluft, was ich an den Sanitären der Kolonne zu meiner großen Freude beobachten kann.

Schmidt, Hauptmann.

Führer der Freiwilligen San.-Kol. vom Roten Kreuz in Steglitz. Mit der vorstehenden Veröffentlichung hat der Herr Haupt-mann Schmidt unseren Parteigenossen in Steglitz — wenn auch un-benutzt — einen großen Dienst geleistet. Sie können diesem Wanne nur dankbar sein, daß er eine Verächtigung vornimmt und mitteilt, daß das Fest am 25. und nicht am 18. März stattfindet. Beruhigen möchten wir den Herrn Hauptmann insofern, als die Arbeiter-Sanitätskolonne gar kein Bedürfnis fühlt, sich mit den Kolonnen vom Roten Kreuz zu identifizieren. Eine große Weltfremdheit aber verrät der schreibselige Mann, wenn er glaubt, Arbeiterschaft und Sozialdemokratie trennen zu sollen. Die aufgeregten Arbeiter sind längst Sozialdemokraten und die noch indifferenten Arbeiter werden es mit der Zeit werden. An der Tatsache, daß Billets zu dem Fest auch unter aufgeregten Arbeitern zu verfeihen gesucht werden, kann die Erklärung des Herrn Hauptmanns nichts ändern, sündmalen er keinerlei Kontrolle dafür hat, wem die Billets an-geboten werden. Und an der Rasenspiße kann man doch nicht ohne weiteres den Sozialdemokraten erkennen.

Uebrigens sollte der Hauptmann Schmidt in Zukunft genauer lesen, bevor er zur Feder greift. Die von uns veröffentlichte Notiz war von der Lokalkommission unterzeichnet. Herr Schmidt hat vollkommen daneben, wenn er von dem „Vorwärts“-Redakteur als Verfasser spricht. In der Sache stimmen aber auch wir dem In-halt der Notiz zu, die daraus hinausläuft, keine Vergünstigungen in Lokalen zu bewilligen, deren Inhaber ihre Lokale zur Abhaltung von sozialdemokratischen Versammlungen verweigern.

Wegen die geplante Lustbarkeitssteuer machen die Interessenten von neuem mobil. Gestern waren Theaterintendanten, Musiker-vertreter, Artisten, Schauspieler, Kinematographenbesitzer, Gas-wirtvertreter usw. versammelt, um wiederum Schritte zur Ver-hütung dieser Sonderbesteuerung zu unternehmen. Unter anderem soll versucht werden, persönlich die Stadtverordneten zu bearbeiten, die Steuer abzulehnen. Wesfremd wurde bemerkt, daß bis heute noch niemand an die Leiter der königlichen Theater herantreten sei, um sich zu vergewissern, wie sie sich zu der Abhebung der Steuer stellen. Privatim verkauft, daß man an dieser Stelle gar nicht daran denkt, sich der Steuer zu unterwerfen. Dann aber wäre es eine doppelte Ungerechtigkeit, die übrigen Theater zu besteuern.

Eine Protestversammlung gegen die Lustbarkeitssteuer findet am Montag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, in den Konfordinälen

statt. Sie ist von den verschiedenen Gastwirtsvereinigungen Berlins einberufen.

Cöpenick, Cöpenick oder Koepenick. Um den Wirtswort zu be-seitigen, der in bezug auf die Rechtschreibung des Ortsnamens Cöpenick herrschte, hatte der Regierungspräsident vor Jahren die amtliche Schreibweise auf „Cöpenick“ festgesetzt. Das hat jedoch wenig genügt, denn nicht einmal die Behörden beachten diese Ver-fügung. So wurde kürzlich in einer Versammlung festgestellt, daß die Wasserbauinspektion ihrem Titel die Bezeichnung „Cöpenick“ angehängt hat, während das Katasteramt stolz „Koepenick“ firmiert. Es wiederholt sich hier also dasselbe Beispiel wie bei Köln, das amt-lich mit „C“, in der Praxis aber mit „K“ geschrieben wird. Auch die Stadt Berlin hat sich noch nicht zu einer einheitlichen Schreib-weise des Namens „Cöpenick“ durchgearbeitet, denn die Köpenicker Straße in Berlin weist an den verschiedenen Ecken die verschiede-nartigen Schreibarten mit „C“ und „K“ auf.

Ueber das Verhalten eines städtischen Parkwärters im Viktoria-park berichtete dieser Tage ein Korrespondenz, die von verschiedenen Zeitungen — auch von uns — abgedruckt wurde. Es wurde berichtet, daß ein städtischer Parkwächter einen Knaben den Stock zwischen die Beine gemorren hätte, infolgedessen der Junge kopfüber den steilen Abhang hinuntergerollt und befinnungslos liegengelassen sei. Vom Magistrat wird nunmehr folgende Darstellung des Falles gegeben: „Am Sonabend, den 11. März, nachmittags gegen 4 Uhr, fuhren mehrere Kinder mit einem kleinen Wagon, in welchem ein Knabe saß, einen seiner Steilheit wegen für Kinderwagen verbotenen Weg im Viktoria-park hinauf und ließen dann den Wagon von selbst wieder hinunterfahren. Als dies der Parkwächter Ludwig Wulterweit bemerkte, verbot er ihnen im ruhigen Tone dieses Spiel seiner Ge-fährlichkeit wegen und wies sie von diesem Wege fort. Beim Um-wenden des Wagens wurde derselbe von den Kindern umgerissen, der gerade darin sitzende Knabe fiel zur Erde und schlug mit dem Kopfe auf die Steinante des Weges auf. Er erhob sich jedoch sofort wieder und lief mit seinen Spielgenossen weiter. Der Parkwächter, welcher seit zwanzig Jahren im Dienste ist, hat noch nie Anlaß zu Klagen gegeben und ist seinen Vorgesetzten als ruhiger und bescheidener Mann bekannt. Er stellt energisch jede Erregung, Drohung oder gar Fälligkeit in Abrede, vor allem, daß er dem Knaben seinen Hand-stock zwischen die Beine gesteckt habe. Auch sei der Knabe nicht den Abhang hinuntergerollt und befinnungslos liegen geblieben. Am Donnerstag, den 16. d. Mts., ist die Mutter des Knaben mit diesem zu dem Parkwächter gekommen und hat erzählt, daß ihr Sohn in-folge des Falles aus dem Wagon eine Kopfwunde erlitten habe, welche auf der Anfallstation verbunden worden sei. Auf die Frage des Wärters, wie der Kleine zu der Wunde gekommen sei, sagte dieser, daß die anderen Kinder den Wagon mit der Leine umgerissen hätten und er auf einen Stein aufgeschlagen sei. Die Mutter trat dann noch an den Wächter mit dem Ansuchen heran, sich mit ihr bezüglich der Doktorkosten zu einigen, was der Wächter, da ihn keine Schuld an dem Unfall trifft, selbstverständlich abgelehnt hat.“

Uns wird zu der Sache nach Rückfrage mitgeteilt, daß am Sonn-abend nach dem Unfall auf der Anfallstation am Tempelhofer Meer ein Herr mit dem verletzten Knaben erschienen sei, um ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dabei sei die auch von uns übernommene Sachdarstellung gegeben worden. Welche Darstellung die richtige ist, können wir nicht entscheiden und nehmen deshalb auch von den Mitteilungen des Magistrats Notiz.

Militärverwaltung und Wanderklubs. Es wird berichtet: „Eine bemerkenswerte Neuerung im sportmäßigen Wandern ist von der Militärbehörde getroffen worden. Es ist den Truppen nämlich ge-stattet, den innerhalb gemeinnütziger Organisationen gebildeten Wanderklubs auf Antrag eine Anzahl Felle leihweise zu überlassen, damit die jungen Leute am Sonabend und Sonntag größere Touren zurücklegen und die Nacht in den Felten zubringen können. Da sich infolge des Fortfalls von Logisgebühren die Teilnahme an solchen Wanderungen erheblich billiger stellt, hofft man, daß durch diese Neuerung der Trieb zum sportmäßigen Wandern und die Freude an der Natur gefördert und gestärkt wird.“

Ob auch Wanderklubs Felle erhalten, die sich lediglich aus Arbeitern zusammensetzen und im Bereich sozialdemokratischer Ge-sinnung stehen?

Den Bod zum Gärtner gemacht. Seit langer Zeit wurden Dieb-stähle in großer Zahl auf dem städtischen Schlosshof ausgeführt, ohne daß man auch nur eine Spur der Diebe finden konnte. End-lich haben jetzt die Diebstähle, durch welche das Eigentum der Meister auf das äußerste gefährdet wurde, eine unerwartete und sen-sationelle Aufklärung gefunden. Zu den durch Diebstähle schwer geschädigten Meistern gehörte auch der Fleischermeister Traugott Weder (in Firma Karl Weder), welcher die Kriminalpolizei um Hilfe anrief. In vordergangener Nacht ließ sich, wie die „All-gemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, ein Kriminalbeamter in die Schlachtkammer des Meisters Weder einschließen. Plötzlich hörte der Beamte die Türen aufschließen und sah von seinem Versteck aus, daß drei Männer den Raum betraten, eine Gasflamme anzündeten und nun mit einer gewissen Sachkenntnis Umhaue unter den großen Fleischvorräten hielten und sich dann mit größter Ruhe die besten Stücke aneigneten. Als dieselben im Begriff standen, die Kammer zu verlassen, trat der Kriminalbeamte mit gespanntem Revolver den Dieben entgegen. Einer von ihnen ergriff die Flucht, die ge-stohlenen Fleischstücke von sich werfend. Die erklappten Diebe wur-den als die angestellten Wächter: Sebastian, Dombrowski und Wönig entlarvt. Die Angelegenheit erregt in den weiten Kreisen das größte Aufsehen. Die größte Enttäuschung herrscht über den groben Vertrauensbruch dieser drei Wächter, der um so schwerer ist, weil den Wächtern sämtliche Schlüssel zu den einzelnen Schlachtkammern anvertraut sind, um gegebenenfalls in verdächtigen Situa-tionen diese Räume betreten und revidieren zu können. Die pflicht-vergessenen Wächter werden einer strengen Verurteilung nicht ent-gehen.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die Wächter angegeben hätten, daß sie das Geräusch fallenden Wassers aus der Kammer bringen hörten und deshalb annehmen mußten, daß ein Wasserhahn auf-gesetzt, den sie schließen wollten. Zu diesem Zweck hätten sie sich in die Kammer begeben und den wirklich offenstehenden Hahn ge-schlossen. Gerade als sie dies getan, sei der Kriminalbeamte auf sie zugetreten. Daß sie zu dreien sich in die Kammer begeben hätten, sei nicht weiter auffällig, da sie zu Nachtzeiten niemals allein in eine solche eintreten. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden, sie muß ergeben, ob die angeklagten Beamten schuldig oder un-schuldig sind.

Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag gegen 13 Uhr in der kleinen Frankfurter Straße, Ecke Elisabeth-sträße. Einem dort beschäftigtsten Dachdecker riß plötzlich bei der Arbeit das Seil, an welchem er angebunden war. Er stürzte vom Dach und blieb mit zerstückelten Gliedmaßen tot unten liegen.

Eine zwei Meter lange rote Fahne flatterte gestern morgen auf einem Hause an der Ecke der Garten- und Schröderstraße. Ein Unbekannter muß über Nacht die recht gefährliche Arbeit verrichtet haben, denn das Wahrzeichen war an dem hohen Turm des Hauses befestigt worden. Im Laufe des Vormittags wurde die Feuerwehre alarmiert, um das verdächtige Sturm- und Bannerzeichen herab-zuholen.

Zu dem Frauenmord am Humboldtthafen wird mitgeteilt, daß sich einer der Täter das Leben genommen hat. Am 28. Oktober vori-gen Jahres wurde an der Lutherbrücke, in einem Saal schwimmend, die Leiche eines Mädchens gefunden, dessen Persönlichkeit noch immer nicht bestimmt feststeht. In fast 14tägiger ununterbrochener Arbeit gelang es, den geheimnisvollen Leichensund aufzuklären und

Frei her vier Tater, die das Mädchen auf einem Stuhl bergewalligten und seinen Tod verschuldeten, hinter Schloß und Riegel zu bringen, einen Packhofwächter Wegner, einen Juhälter Wolf und einen Gelegenheitsarbeiter, Koffer, und Gepäckträger Hermann Richter. Alle drei leugneten und versuchten, einen Alibibeweis zu führen. Nach einigen Tagen gestand Richter, dessen Alibizeugen ihn noch schwerer belasteten, als er es ohnehin schon war, unter der Wucht des Belastungsmaterials zunächst, dabei gewesen zu sein, als das Mädchen auf den Stuhl geschleppt wurde. Wie es aber zu Tode gekommen und wie die Leiche weggebracht worden sei, das wollte er nicht wissen. Am nächsten Tage jedoch erweiterte er sein Geständnis dahin, daß er auch bei der Bergewalligung des Mädchens, die zu dessen Tode führte, und bei der Versteigerung der Leiche beteiligt gewesen war. Schon am 19. Januar versuchte der völlig gebrochene Mann, seinem Leben ein Ende zu machen, indem er sich in Untersuchungsfängnis mit seinem Leibriemen erhängte. Er wurde damals noch rechtzeitig abgeknippt und im Lazarett wiederhergestellt. Vorgezogen ist ihm jedoch seine Absicht gelungen. Er erhängte sich zum zweitenmal und war schon tot, als man ihn auffand.

Not und Sorgen haben den 32 Jahre alten Dachdecker Paul Dorn aus der Dunderstraße Nr. 20 in den Tod getrieben. Der Mann hatte seit vier Monaten keine Arbeit mehr und geriet deshalb mit seiner Frau und sechs Kindern von zehn Jahren bis herab zu vier Monaten in Not. Um wenigstens etwas zu verdienen, handelte er in Schankwirtschaften mit Stiefelwägen. Das brachte aber nur sehr wenig ein. Auch seine Frau, die sich mit Nahrungsmitteln abmühte, konnte nicht viel verdienen, weil die Kinder den größten Teil ihrer Zeit in Anspruch nahmen. Die Lage war um so schlimmer, als Dorn auch schon für drei Monate die Miete schuldig war. Alle Bemühungen des Mannes, neue Arbeit zu finden, schlugen fehl. Endlich sah er keinen Ausweg aus dem Elend mehr und erhängte sich vorgestern Abend in der Stube am Kleiderschrank, während sich seine Frau mit den beiden jüngsten Kindern in der Küche beschäftigte und die anderen Kinder auf dem Hofe spielten. Wiederbelebungsbemühungen, die ein Arzt eine halbe Stunde lang machte, blieben erfolglos.

Ein Bombenräuber entriß vorgestern beim Aufgucken der Schloßstraße einem Kinderfräulein Charlotte Schwarz aus der Königin-Augustastrasse plötzlich die Handtasche, verschwand damit in der Menge und entkam. Viel Freude wird er an seinem Raub nicht gehabt haben, denn die Tasche enthielt kein Geld, sondern nur einige Gebrauchsgüter.

Ein großer Brand beschäftigte am Sonnabend längere Zeit die Feuerwehreinheit in der Weußelstraße 18. Dort kam nachmittags in einem Keller der Firma S. Kallisch, die in verschiedenen Stadtteilen Werkstätten unterhält, Feuer aus. Als Brandmeister Steiner mit dem 18. Automobilzug dorthin ankam, stand der ausgegebene Keller mit dem Kinderwagenlager, dem Schlafmodellager „Baby“ sowie Wägen, Hausrat, Türen, Schelbeden usw. in großer Ausdehnung in Flammen. Nach längerer Löscharbeit gelang es, die Gefahr zu beseitigen und den Brand auf den Keller, der ausgebrannt ist, zu beschränken.

Der Zoologische Garten hat seine Minderfammlung mit einem Paar anderthalbjähriger, von den Philippinen stammender Parakeeta u. a. Vögel bereichern können, die als wertvolle Zuzugung des Herrn G. E. Weber in Manila, eines Hauptvertreters der dortigen Tabakindustrie, einstweilen im Kamelhaus des Gartens untergebracht sind. Die Tiere zeichnen sich durch ihre fast nackte Haut, deren gartrotte Farbtonung sofort auffällt, besonders aber durch die langen, weit ausgelegten Hörner aus, die sich hauptsächlich auch bei den beiden jungen Ankommelingen in charakteristischer Form entwickeln werden.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Groß-Berlin. Montag, den 20. März, abends 9 Uhr, Dresdener Straße 45, Vortrag über: Gefährdende Krankheitszustände. — Am Sonntag, den 26. März, vormittags 9 Uhr, auf dem Turnplatz „Fichte“, Panlow, Wendelstraße, Uebung der gesamten Mitglieder und Kurjustizteilnehmer. Zu dieser Uebung haben sämtliche Kurjustizteilnehmer das der Kolonie gehörige Inventar mitzubringen. Die Kolonien der Nachbarorte, sowie Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Vorort-Nachrichten.

Richtenberg.

Die diesjährige Stabsberatung in der Stadtverordnetenversammlung begann mit den verschiedenen Sonderetats. Ein vom Stadtdirektor bereits in der Stabskommission gestellter Antrag, die Kanalisationsgebühren der Hausbesitzer von 3 Proz. auf 2½ Proz. herabzusetzen, wurde im Plenum zurückgezogen. Der Etat selbst balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 270 000 M. — Auch der Etat der Berliner Schwemmanalstation mit 115 000 M. wurde ohne jede Veränderung angenommen. — Größere Meinungsverschiedenheiten traten erst bei der Beratung der Werke der städtischen Werke, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, hervor. Schon in früheren Jahren mußten die Ueberläufe der Werke dazu dienen, die Defizite, welche bei den Kapiteln der ordentlichen Verwaltung entstanden waren, wieder auszugleichen. Abschreibungen wurden nur in minimaler Höhe gemacht, so daß bei einer durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Tarifierung der Werke sich herausstellte, daß der Lagerwert der Werke bei weitem nicht den Buchwert derselben, nämlich 8 Millionen Mark, erreichte. Um nun zu geordneten Verhältnissen zu kommen, schlug die Deputation der städtischen Werke einstimmig der Versammlung vor, den Prozentsatz der Abschreibungen zu erhöhen. Leider vergeblich. Trostlos von den Genossen Dr. H. L. Düweil, Dr. H. H. H. und Spieckermann sowie auch von den bürgerlichen Herren Danneberg und Schumacher eingehend das ganze jeigige System gekehrt wurde, wonach noch teilweise Apparate und Maschinen mit hohen Summen als vorhanden zu Buch stehen, während in Wirklichkeit dieselben schon alles Eisen darstellten, wurden alle dahingehenden Anträge derselben, gemäß dem Wahlspruch „nach und die Einfahrt“, von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurden unsere Anträge auf Einführung der Wochenlöhne sowie die Forderung der vollen Differenz zwischen Lohn und Krankengeld von den bürgerlichen Geschlossen abgelehnt. Während bisher bei der Debatte über die Finanzgebahrung die Herren noch zum Teil geteilter Meinung waren, waren sie bei der Ablehnung von Arbeiterforderungen wieder vollständig einig. Selbst der Antrag, den Arbeitern wenigstens die Hälfte der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zu zahlen, wurde abgelehnt. Da nun offenbar sich ein Teil derjenigen Herren, welche bisher sich nicht genug tun konnten, ihr soziales Verständnis zu betonen, bei der glatten Ablehnung aller Arbeiteranträge schämten, kam man in letzter Minute noch überein, einen Antrag anzunehmen, wonach die Angelegenheit der Differenzzahlung in Krankheitsfällen der Deputation der städtischen Werke zur Entscheidung überwiesen werden soll — derselben Deputation, welche es bisher abgelehnt hat, die prinzipielle Berechtigung der Arbeiter auf diesen Zuschuß anzuerkennen. Die ungetreue Differenz zwischen dem Preis des Leuchtgases (16 Pf.) und dem des Kochgases (12 Pf.) sowie die Aussicht, daß im nächsten Jahre der allseitig gewünschte Einheitspreis kommen werde, veranlaßte den Genossen Dr. H. L. zu beantragen, den Preis für Leuchtgas auf 15 Pf. herabzusetzen. Mit der Begründung, daß die Stadt jetzt jede Mehreinnahme notwendig brauche, wurde auch dieser Antrag von den bürgerlichen Geschlossen abgelehnt. Vorher hatte Genosse Düweil noch darauf hingewiesen, daß wenn man jetzt plötzlich auf einmal wieder erklärt, viel Geld zu gebrauchen, man doch logischerweise nicht in der vorigen Sitzung die Erhöhung des Kommunalsteuereinzugs auf 110 Proz., welche rund 64 000 M. Mehreinnahmen gebracht hätte, ablehnen dürfte. — Um Ueberläufe an die Stadthauptkasse 611 200 M., vom Elektrizitätswerk 93 100 M., vom Wasserwerk 218 300 M., in Summa also 922 600 M. abgeführt werden, Alldann wurden die Sonderetats des Grundstückerwerbs-

fonds, der städtischen Sparkasse und der Stiftungen debattiert angenommen.

Charlottenburg.

Was im Konfirmandenunterricht manchmal behandelt wird, geht aus folgender Mitteilung hervor: In der 22. Gemeindefschule (Wiglebenstraße), hatte ein Fräulein Hoffmann Konfirmanden zu unterrichten. Bei dieser Gelegenheit schien Fräulein Hoffmann den Versuch in sich zu fassen, auch gleich etwas in Bekämpfung der Sozialdemokratie zu machen. So glaubte sie u. a. den Konfirmanden die alte nur noch von unfernteren und sonatlichen Gegnern der Sozialdemokratie angewandte abgedroschene Redensart vom Reichthum Weibels und Singers, den sie nur Arbeitergroßen zu verdanken hätten, als neue Weisheit aufzulösen.

Doch Fräulein Hoffmann die Religionsfunde bemut, um den Schülern auf ihrem Lebensweg solche alte Ladenhüter anzuhängen, ist besonders bemerkenswert.

Klugerlich wären wir jedoch einmal zu wissen, in welchem Auftrag das Fräulein eine solche Art Religion an die Konfirmanden verzapft. Tut sie es selbständig, dann müßte ihr von zuständiger Seite begreiflich gemacht werden, daß sie die ihr zugewiesene Aufgabe zu erfüllen hat. Arbeiterkinder sind jedenfalls nicht die geeigneten Objekte für einen solchen — Konfirmandenunterricht.

Schöneberg.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Sonnabendnachmittag gegen ¼ 4 Uhr vor dem Hause Sedansstr. 10. Dort spielte die 3½-jährige Johanna Bude, Sedansstr. 76 wohnhaft, auf der Straße umher. Plötzlich lief das Kind über den Damm und trat unmittelbar vor dem Motorwagen 2180 der Linie 23 auf das Gleis. Noch ehe der Fahrer den Wagen zum Halten bringen konnte, war die Kleine geflüßt und unter den Schyrrahmen geraten. Mit Hilfe von Straßenpassanten hob das Personal den Waggon empor und befreite das Kind aus seiner entsetzlichen Lage. In schwerverletztem Zustande wurde das Mädchen zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und von dort aus nach dem Auguste Viktoria-Krankenhaus übergeführt, wo es bald nach der Einlieferung verstarb.

Rixdorf.

Mit der Frage des Zusammenschlusses im Berliner Lohngebiet beschäftigte sich die hiesige Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes zum wiederholten Male. Im August vorigen Jahres stand dieselbe Angelegenheit schon einmal zur Beratung. Der Zusammenschluß wurde damals abgelehnt, aber aus der Mitte der Versammlung ein Antrag gestellt, die Lokalunterstützung einer einheitlichen Regelung zu unterziehen, ehe ein Zusammenschluß stattfindet. Da nun in der letzten Zeit eine einheitliche Regelung der Lokalunterstützungen für Groß-Berlin eingeführt ist, so sah sich die Verwaltung genötigt, die Zusammenhängefrage erneut den Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen. Hierzu hielt der Kollege Fendel ein kurzes Referat, in dem er die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses eines einheitlichen Lohngebietes darlegte und den Mitgliedern empfahl, dem zuzustimmen. Auch die meisten Diskussionsredner empfanden den Zusammenschluß. Von circa 200 in der Versammlung anwesenden Kollegen stimmten nur 10 gegen den Anschluß. Der Bevollmächtigte gab hierauf bekannt, daß nach dieser Zustimmung der Zusammenschluß der Zählstelle Rixdorf mit Berlin jedenfalls schon am 1. April dieses Jahres stattfinden wird. Dann war eine Resolution eingelaufen, in der die Verwaltung aufgefordert wurde, mit dem Hauptvorstand Rücksprache zu nehmen, damit den streikenden Kollegen in Breslau die Streikunterstützung gewährt wird.

In der Versammlung ist ein Regenschirm stehen geblieben; derselbe ist im Bureau, Jägerstr. 66, abzuholen.

Steglitz.

Die Stabsberatung wurde in einer Dauer Sitzung, die sich von 6 Uhr abends bis nach Mitternacht ausdehnte, erledigt. Eine Erhöhung des Steuerjahres auf 110 Proz. ist auch in Steglitz nicht angenommen worden. Der Gemeindevorstand hatte auf Stellung eines solchen Antrages verzichtet. Der Bürgermeister bedauerte, daß die Anregung des Regierungspräsidenten aus unersuchbaren Boden gefallen sei und wünschte, daß im nächsten Jahre ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinden in dieser Hinsicht erreicht wird. Wenn wir auch in diesem und voraussichtlich im nächsten Jahre ebenso unseren Etat mit 100 Proz. balancieren könnten, so sei das nur möglich unter Heranziehung der Reserven. Das sei jedoch keine gesunde Wirtschaftspolitik. Aus der auffallend knappen Staatsrede sei noch hervorgehoben, daß der Schöneberger Ortsteil, der Friedhof und die Viehbuschstraße noch im Laufe dieses Sommers die so notwendige Verkehrsverbindung durch Schienen- oder womöglich auch gleislose Bahnen — das steh noch nicht fest — erhalten sollen. Kämmerer Jochim führte unter anderem aus, daß endlich mit der Tyrannie des Steuerjahres von 100 Proz. gebrochen werden müsse; anstatt für den Etat selbst Reserven zu schaffen, um etwaige dringende Aufgaben im Laufe des Staatsjahres davor befriedigen zu können, müsse immer wieder aus dem Ausgleichsfonds geschöpft werden, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Ein Mittel zur Aufbesserung der Finanzen sei die Vermeerung der Gemeindefabrik; der Grunewaldbahn, der Badeanstalt, dem Elektrizitätswerk müsse ein eigenes Wasserwerk folgen. Ferner sei geplant, der Badeanstalt eine Bäckerei anzugliedern. Diese Unternehmungen müßten jedoch kaufmännisch betrieben werden. Auch in der übrigen Verwaltung sei man dabei, so weit als möglich die kaufmännische Buchführung einzuführen, um einen besseren Ueberblick über die Finanzgebahrung zu gewinnen. Etwas überraschend war die Mitteilung, daß die neubauende Badeanstalt derzeit stark frequentiert wird, daß sie schon an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist. Daß die Abrechnung über den Bau bis heute noch nicht fertiggestellt ist, wurde von einem Redner später gerügt. Die bürgerlichen Vertreter hatten an dem Etat nichts auszusagen; sie redeten, weil es, wie Herr Winkler meinte, keinen guten Eindruck mache, wenn man gar nichts sage. Um diesen „guten Eindruck“ zu machen, brauchte er fast zwei Stunden. Daraus wurde der Etat jedoch nicht besser, so daß Genosse Ahmann reichlichen Anlaß zur Kritik erhielt. „Wer da hat, dem wird gegeben!“ so führte er aus, könnte man diesem Etat als Motto voranstellen. Aus dem Besoldungsnachweis ersieht man, daß der Bürgermeister eine Zulage von 2000 M., die besoldeten Schöffen, der Saurat usw. ebenfalls solche von mehreren hundert Mark und außerdem noch besondere Zuwendungen als Reisekostenschädigung erhalten haben. Speziell diese besonderen Entschädigungen für alle möglichen angefallenen leistenden Nebenarbeiten sind eine Spezialität unseres Etats; nicht nur Verwaltungsbeamte, sondern auch die Schulkollegen usw. sind damit reichlich bedacht. Dieses System ist tadellos. Auch wir verlangen, daß die Beamten auskömmlich besoldet werden, aber dazu braucht man dieses System nicht, das geeignet ist, Unzufriedenheit in der Beamenschaft zu erwecken. Das Gegenstück zu der honorarigen Besoldung der höheren Beamten finden wir bei den niederen und den Gemeindefabrikern. Die letzteren erhalten einen Anfangslohn von 8,25 M. täglich, der erst nach drei Jahren auf 4 M. steigt. Niemand wird behaupten wollen, daß ein Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen damit auskommen kann. Daß dieser minimale Lohn für eine täglich 8 Stunden arbeitende Arbeiterin gezahlt wird und die Wärtnerin u. d. dergleichen ohne Entschädigung leisten müssen, beweist, wie unbedeutend das angeführte Monats ist. Die meisten Berliner Vororte sind uns hier voraus. (Redner verliest die betreffenden Rollen.) Auch die Löhne in der Badeanstalt bleiben hinter den tarifmäßigen zurück. Ahmann kritisierte ferner die Verwendung der Nachwachter zu Botengängen am Tage und daß der Polizei ein höherer Beitrag „für besondere Zwecke“ zur Verfügung gestellt wird; er fragte an, ob daraus etwas auch die Polizeibeamten

extra bezahlt worden sind, die zur Zeit des Berliner Kohlenarbeiterstreiks die Kupferischen Kohlenwagen auf Stoglitzer Gebiet eskortierten mußten. Sollte unsere Polizei wirklich so wenig zu tun haben, um solche unnütze Arbeit zu verrichten, dann möge man den Beamten lieber in der freien Zeit Unterricht in der Gefesfunde erteilen lassen, damit nicht erst auf Beschwerden hin der Londrot in Aktion treten müsse, um unserer Polizei plausibel zu machen, was sie zu tun und zu unterlassen habe. Auch die Soal-abtreiberei sei kein Tätigkeitsfeld für die Polizei. Die Fürsorge der Gemeinde für die Schüler der höheren und der Gemeindefschule sei eine sehr ungleiche zuzunehmen der Gemeindefschulen. Er beweißt dies an einzelnen Beispielen und fordert die Lieferung der Lern- und Lehrmittel durch die Gemeinde. Selbst wenn das geschehe, würde der Gemeindefschüler pro Kopf des Schülers bei den Gemeindefschulen noch geringer sein als bei den höheren Schulen. Zu rügen sei daß sich die Lehrpersonen der Volksschule die un sinnigsten Auslassungen über die Sozialdemokratie den Kindern gegenüber zuschulden kommen lassen; hierdurch werde das Verhältnis zwischen Schule und Haus nicht gebessert. Die Ferienkolonie, die ärztliche Untersuchung der Schulkinder, Schülerausflüge, die Verweigerung einer Turnhalle für die freien Turner und noch manches andere wurde von unserem Redner eingehend gewürdigt. Er schloß mit dem Bedauern, daß keine Aussicht sei, durch eine Steuererhöhung die Mittel zur Durchführung kultureller und sozialpolitischer Aufgaben zu beschaffen, wofür die Vertreter der Arbeiter stets zu haben sein würden. In der Spezialberatung wurden selbstredend die meisten sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, unter anderem der auf Ueberlassung eines öffentlichen Platzes zu Versammlungen unter freiem Himmel und auf zeitweilige Ueberlassung einer Schulaula für den Bildungsausschuß. Der Antrag auf Lohnenerhöhung der Gemeindefabrik wurde dem Gemeindevorstand, auf Ueberlassung einer Turnhalle an die freien Turner der Schuldeputation, auf Vergebung der Lieferung von Uniformstücken für unsere Beamten und Arbeiter an hiesige Schneidermeister dem Finanzausschuß überwiesen.

Der amtliche Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts weist für das abgelaufene Geschäftsjahr abermals eine Steigerung der eingereichten Klagen nach, und zwar von 185 im Vorjahre auf 216 im Berichtsjahre. Doch von diesen Klagen allein auf das Gewerbe 107 entfallen, läßt erkennen, wie der Kaufswinkel immer noch blüht, denn erfahrungsgemäß entziehen diese Klagen dadurch, daß bald die Bauherren, bald die Unternehmer, und auch beide zahlungsunfähig sind. Am meisten in Mitleidenschaft gezogen waren die Bauarbeiter mit 81, die Maurer mit 21 und die Futur mit 20 Klagen. Das Fabrikgewerbe war mit 14, sämtliche übrigen Gewerbe waren mit 95 Klagen beteiligt. In den weitaus meisten Fällen (144) richteten sich die Klagen auf Zahlung rückständigen Lohnes. Terminstage wurden vor dem Vorsitzenden allein 90, vor dem Spruchgericht 14 abgehalten. Rund 64 Proz. aller Klagen wurden innerhalb einer Woche, 22 Proz. innerhalb zwei Wochen erledigt, der Rest dehnte sich auf einen bis zu drei Monaten aus. Die geringste Klagesumme war 1,60 M., die höchste 600 M. Wegen ein Urteil wurde Verurteilung eingelegt und eine Abänderung erreicht.

Ober-Schöneweide.

Die Verfügung des Kultusministeriums betreffend Errichtung der Obersekunda am Realgymnasium war Gegenstand einer ausgedehnten Debatte in der letzten Gemeindevorstellung. Vom Gemeindevorsteher wurde noch einmal eine Ueberlicht über die Beschlüsse der Vertretung in dieser Angelegenheit gegeben, woraus hervorgeht, daß wohl der Gemeinde auf ihren Antrag die Ermächtigung zum Ausbau bis zur Solanastalt erteilt wurde, jedoch in keiner Hinsicht ein Zeitpunkt festgelegt ist, bis zu welchem der Ausbau vollendet sein müsse. Von den meisten Rednern wurde erneut befirmwortet, an dem kürzlich gefassten Beschlusse festzuhalten, wonach die Errichtung der Obersekunda zum 1. April 1911 noch nicht stattfinden habe. Unsere Genossen Rütz und Grunow hielten eine erneute Beschlußfassung — nur weil eine Verfügung vorliege — für überflüssig, da die in Frage kommenden Schüler bereits in anderen Anstalten Aufnahme gefunden, sei es auch verfrüht, heute antragsgemäß die Errichtung für 1913 zu beschließen. Bei der Abstimmung fand der Antrag jedoch eine Stimme Mehrheit, da inzwischen die Konfliktstimmung bei einigen Herren berrauht war. Hoffentlich ist nun die wohl nur in der Einbildung der Interessierten der Petition an den Minister existierende kolossale Aufregung der Einwohnerchaft überstanden. — Die von der Gemeinde in Unterhaltspflicht genommene Kreischkauffe ist, wie erst jetzt festgestellt worden, in dem Teile von der Rathausstraße bis zur Köpener Grenzlinie noch nicht in das Eigentum der Gemeinde übergegangen; eine Vorlage, wonach dies unter gewissen Bedingungen stattfinden soll, wurde behufs Prüfung an die Baukommission verwiesen. — Mitgeteilt wurde, daß die Genehmigung zur Bildung eines eigenen Amtsbezirktes Wühlheide erteilt ist; von Wichtigkeit ist hierbei, daß geplant wird, denselben von der Amtsbehörde Ober-Schöneweide mitverwalten zu lassen. Das von der Vertretung beschlossene Ordinalstatut gegen die Verungierung von Straßen und Plätzen hat die Genehmigung erhalten. — Die Stabsberatung wurde ebenfalls auf die nächste Sitzung vertagt.

Rummelsburg.

Stabsberatung in der Gemeindevorstellung. Nachdem die Finanzkommission in fünf langen Sitzungen den Vorschlag für 1911 in eingehender Weise durchberaten hatte, gelangte derselbe ohne große Debatte nach den Vorschlägen der Finanzkommission und den von unseren Genossen gestellten Anträgen zur Annahme. Die zu erwartenden Gesamteinnahmen und -ausgaben sind auf 8 312 000 Mark veranschlagt worden. Die Steuererträge sind dieselben geblieben wie im Vorjahre, und zwar 185 Proz. Gemeindefschüler zur Staatseinkommensteuer; Ertrag gleich 496 800 M. gegen 448 200 M. im Vorjahre. Die Grundsteuer wird erhaben mit 8½ Promille bei den bebauten und mit 7 Promille bei den unbebauten Grundstücken; Ertrag 668 830,50 M. gegen 630 708,50 M. im Vorjahre. Die Gewerbesteuer soll in allen vier Klassen bringen 78 875 M. gegen 75 125 M. im Vorjahre. Die Biersteuer ist mit 32 000 M., die Hundsteuer mit 19 000 M. und die Umsatzsteuer mit 150 000 M. veranschlagt; diese Sätze bewegen sich in derselben Höhe wie im Vorjahre. Zur Biersteuer lag ein Antrag der Schankwirte um Ermäßigung der Steuererträge um die Hälfte vor; der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Vertreter und die Stimme eines Schöffen abgelehnt. Der Ertrag aus der Wertzuwachssteuer ist mit 81 000 M. eingeseht; im Vorjahre waren es nur 36 000 M. Daß der Etat in diesem Jahre ohne Einstellung von Fondsmitteln (welche auch nicht mehr vorhanden sind), bei einem Gemeindefschülerertrag von 135 Proz. überhaupt balanzert, ist zurückzuführen auf den neu errichteten „Grundstückerwerbssfonds“. Dadurch wird die Verzinsung bei 20 Gemeindefschülerertrag bewirkt, wodurch der diesjährige Etat eine Entlastung um 103 000 M. oder 27 Proz. der veranschlagten Staatseinkommensteuer erfährt. Beim Kapitel „Gemeindevorstellung“ wurde auf Antrag unserer Vertreter beschloffen, daß im Laufe des Jahres die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten eine wesentliche Aufbesserung zu erfahren haben. Beim Kapitel „Wohlfahrtsamt“ wurde gleichfalls auf Antrag unserer Genossen beschloffen, für die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtsanstalten, als besonders für die Ferienkolonie, Lungen- und Säuglingsfürsorge, einen aus Gemeindevorstellern zusammengesetzten Ausschuß einzusetzen. Eingeseht sind für die Zwecke der sogenannten Wohlfahrtspflege im ganzen 16 000 M., das sind pro Kopf der Bevölkerung 80 Pf.; eine Erhöhung dieses Satzes war nicht zu erzielen. Beim Kapitel „Veranstaltungen und Einrichtungen“ beantragte unser Genosse Jahn, daß für den Gemeindefabrikort, der sich zurzeit in ganz ungenügenden Mieträumen in der Neuen Bahnhofstraße befindet, ein eigenes Gebäude errichtet wird, und zwar dergestalt, daß in diesem Gebäude gleichzeitig auch die Volkshändlerin nebst Lesehalle sowie die Gemeindefabrik untergebracht werden kann, da sich auch die Räumlichkeiten dieser beiden Einrichtungen bereits als zu klein erwiesen haben. Als passendes Grundstückerwerbss-

unser Genosse das freigebliebene Eckertain vom Schulgrundstück in der Parkstraße, an der sogenannten großen Tonne, vor. Nach kurzer zustimmender Debatte wurde hierzu beschlossen: Der Gemeindevorstand hat in Gemeinschaft mit dem Bureauauschuss einen diesem Sinne entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und der Gemeindevorstellung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Beim Kapitel „Schulverwaltung“ wurde auf Anregung unserer Genossen die Errichtung einer Haushaltungsschule für das nächste Stabsjahr beschlossen. Für diese Errichtung trat auch der Bürgermeister warm ein. Für Lehrmittel und Schülerausflüge wurden auf Antrag unserer Vertreter höhere Beträge eingeseht. Bei der höheren Mädchenchule wurde der Abbau der Michaelislassen beschlossen. Das gesamte Schulwesen erfordert einen Gemeindevorstand von 800 000 M. gleich 217 Proz. der staatlich veranlagten Einkommensteuer, davon entfallen auf die höheren Schulen allein 180 000 M., gleich 49 Proz. der Staatseinkommensteuer. Gerügt wurde von unseren Vertretern bei diesem Kapitel die Ungünstigkeit der bisherigen Schularztberichte, insbesondere wurde es kritisiert, daß der letzte Bericht überhaupt noch nicht erschienen ist. Angeblich sollen die Herren Ärzte den Bericht noch nicht haben fertigstellen können — weil sie jetzt nach einem Jahr immer noch an die Ausarbeitung des dazu benötigten Formulars beschäftigt sind! Beim Kapitel „Öffentliche Straßen, Wege und sonstige Anlagen“ wurde von unseren Genossen eine bessere Nachtbeleuchtung besonders für den Ortsteil Voghagen gefordert, die hierzu vorgebrachten Beschwerden wurden als berechtigt anerkannt. Der Bürgermeister versprach auch, für Abhilfe des Mißstandes sorgen zu wollen. In die Schuldeputation wurde auf Vorschlag des Wahlausschusses Gemeindevorsteher Oberleher Rigte gegen eine Stimme gewählt. In der sich anschließenden nicht öffentlichen Sitzung wurde die Verpachtung des Anschlagwesens an einen Herrn Holzhausen, welcher bereits in Parlow, Weihensee und Dichtenberg Pächter des Anschlagwesens ist, von der Vertretung genehmigt. — Auf Antrag unserer Vertreter wurde aber die nach dem Vertrage vorgesehene zehnjährige Vertragsdauer einstimmig auf fünf Jahre herabgesetzt. Die vom Gemeindevorsteher angelegte Besprechung über die Neuwahl eines unbesetzten Schöffen an Stelle des durch den Zusammenbruch des Rabattspartvereins „Korden“ unzulässig gemordeten Herrn Stiebig gab unseren Genossen willkommene Gelegenheit, die öffentliche Aufschaltung der sozialdemokratischen Vertreter von diesem Amte gebührend zu beleuchten. Einige bürgerliche Vertreter gebärdeten sich hierbei als die unschuldigen Pämmer — besonders Herr Leidnitz konnte sich nicht genug darin tun, zu beteuern, er würde gern einem von unseren Genossen seine Stimme geben, wenn doch nur die Regierung die Befähigung nicht verweigern würde. Dieses scheinheilige Gebaren der in Betracht kommenden bürgerlichen Vertreter, die erst bei der vor kurzem stattgefundenen Wahl zum Kreisrat, zu welchem Amte eine Befähigung nicht erforderlich ist, ihr wahres Gesicht gezeigt hatten, indem sie trotz vorheriger Zustimmung aus purem Neidhüßel unseren Vertreter nicht wählten, wurde von den Genossen Jahn und Ritter als Heuchelei im schlimmsten Sinne des Wortes gegeißelt. Das schuldige Gewissen gab sich denn auch durch beschämendes Schweigen auffällig kund. Die Aussprache über die Person selbst führte zu keinem Resultat.

Röpenitz.

Ueber das Thema „Preussische Verfassungskämpfe“ referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse U. o. Aufgenommen wurden 18 neue Mitglieder. Zur Kaiserfeier wurde beschlossen, dieselbe wie in den Vorjahren zu begehen. Genosse Heideck wurde als Begleitführer der köllnischen Vorstadt wiedergewählt. Der Vorsitzende teilte mit, daß sich die Mehrheit der Parteigenossen in den Vorjahren gegen die Herausgabe eines Montagblattes erklärt habe. In der Kaiser-Unterstützungsfrage wurde die Resolution angenommen, wonach jeder Genosse wenigstens eine 50 Pf.-Marke und jede Genossin eine 25 Pf.-Marke zu entnehmen hat. Auf Anregung der Bibliothekskommission wurden dem Bibliothekar 80 M. als Entschädigung bewilligt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde noch auf den vom Bildungsausschuss am 21. März stattfindenden Theaterabend hingewiesen. Zur Aufführung gelangt: „Ueber unsere Kraft. II. Teil.“ von Johnson. Der Eintrittspreis ist 80 Pf.

Friedrichshagen.

Mit der Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Nach einem Referat des Genossen Ritter nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher es die Versammelten als eine Pflicht der Kommune betrachteten, für arbeitslose Gemeindeglieder Unterstützung bereit zu stellen. Bei der Stellungnahme zum kommunalen Arbeitsnachweis vertrat Genosse Janion die Auffassung, daß man einem Schneider oder Feinmechaniker schwere körperliche Arbeit nicht zumuten könne, wenn die betreffenden nicht in ihrem Beruf geschädigt werden sollen. Der anwesende Schöffe Dr. Wallburg meinte, daß es für solche Handwerker ganz gut sei, wenn sie sich in der freien Luft durch Garten- und Schaufeln Bewegung verschaffen. Da in der Diskussion auch die Feinerzeit von der Gemeinde zur Verfügung gestellten 3000 M. erwähnt wurden, erklärte Dr. Wallburg, daß diese Summe zur Verrechnung von Kostendarlehen und zur Vergebung von Darlehen an in Not geratene Arbeitslose bestimmt worden sei. Im Vermögensfall müsse die erhaltene Unterstützung wieder zurückgezahlt werden.

Pankow.

Die Auffstellung der Delegierten für die Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse soll am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in einer bei Hognitz, Kreuzstr. 3/4, stattfindenden Gewerkschaftsversammlung erfolgen. Außerdem steht ein Vortrag des Genossen Brüdner über die Reichsversicherungsordnung auf der Tagesordnung.

Nieder-Schönhausen.

Mit der Durchberatung des Etats hatte sich die letzte Gemeindevorsteherung zu beschäftigen. Leider hatte es ein Teil der Vertreter nicht für notwendig gehalten, zu dieser wichtigen Beratung zu erscheinen; von 15 Gemeindevorstehern waren nur 8 anwesend. Bürgermeister Abraham gab einen kurzen Ueberblick über die finanzielle Lage der Gemeinde. Der Ueberschuss wird 20 000 M. betragen, da von dem Ausgleichsfonds in Höhe von 25 000 M. wahrscheinlich nur 3000 M. verbraucht werden. Von einer Erhöhung des Gemeindevorsteherzuschlages sei Abstand genommen worden. Um den Etat balancieren zu können, machte sich die Erhöhung der Grundsteuer notwendig, und zwar für bebauten Grundstücke von 2,5 auf 2,8 Proz., für unbebaute von 6 auf 6,2 Proz. Der Voranschlag weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 682 805,23 M. auf (im Vorjahre 1 130 945 M.). Die Einzelstats gestalten sich folgendermaßen: A. Ordentliche Verwaltungen: Allgemeine Verwaltung: 61 800 M. Einnahme, 105 750 M. Ausgabe; Steuerverwaltung: 536 675 M. Einnahme, 55 575 M. Ausgabe; Straßenverwaltung: 14 200 M. Einnahme, 128 800 M. Ausgabe; Armenverwaltung: 18 700 M. Einnahme, 34 000 M. Ausgabe; Volksschulen: 12 100 M. Einnahme, 208 900 M. Ausgabe; Höhere Mädchenschule: 23 800 M. Einnahme, 33 850 M. Ausgabe; Realprogymnasium: 15 600 M. Einnahme, 16 400 M. Ausgabe; Friedhofverwaltung: 9 000 M. Einnahme, 7000 M. Ausgabe. B. Betriebsverwaltungen: Wasserwerk: 184 800 M. Einnahme und Ausgabe; Kanalisation: 103 000 M. Einnahme und Ausgabe. C. Außerordentliche Verwaltung: 503 457 M. Einnahme und Ausgabe. Unter dem Titel „Wohlfahrtsleistungen“ sind insgesamt 2295 M. eingestellt worden. Es erhalten die Berliner Pensionskolonie 450 M., die Volkshäuser 350 M., Verein Frauenhilfe 550 M., Verein Hindenburg 150 M., zur Unterhaltung des Rindergartens 850 M., freiwillige Caritaskolonie 200 M. für die Amts- und Polizeiverwaltung hat die Gemeinde die Summe von 85 500 M. zu zahlen (im Vorjahre 80 000 M.). Da der Etat in Kommissionsitzungen und vertraulichen Beratungen eingehend durchberaten worden ist, blieb für die öffentliche

Sitzung nur noch das Handhochhalten übrig. In seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher wies der Bürgermeister darauf hin, daß im „Lokal-Anzeiger“ eine Notiz enthalten gewesen sei, wonach die vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufene Vollversammlung, die sich mit der Eingemeindungsfrage beschäftigte, sich der besonderen freundlichen Obhut der Polizei zu erfreuen gehabt hätte, im Gegensatz zu der einige Tage vorher stattgefundenen bürgerlichen Versammlung. Das sei falsch; beide Versammlungen seien polizeilich überwacht worden. Im übrigen werde er als Polizeikommissar jeder öffentlichen Versammlung, ohne Unterschied der Partei, die „freundliche Obhut der Polizei“ angeheißen lassen. Da inzwischen die beiden Resolutionen der Versammlungen eingegangen sind, soll auf die Tagesordnung der Sitzung am Dienstag, den 21. März, abends 6 Uhr, die Eingemeindungsfrage gestellt werden; außerdem steht der Antrag unserer Genossen, die Arbeitslosenversicherung und Errichtung eines Arbeitsnachweises betreffend, zur Beratung.

Wilhelmsruh.

Auf zur Gemeindevahl! Morgen, Montag, den 20. März, nachmittags von 3—7 Uhr, findet im Lokal von Schneider die Gemeindevorsteherwahl der dritten Klasse für unseren Ort statt. Pflicht eines jeden Wählers ist es, an dieser Wahl teilzunehmen und seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Wählervereinsführer Karl Beyel zu geben. Die Einschreibkarte in die Wählerliste kam heute, Sonntag, im Lokal von Barth, Viktoriastr. 7, noch erfolgen.

Zegel.

Mit der Frage der Einführung einer Arbeitslosenversicherung wird sich die am morgigen Montag, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehause, Beitzstr. 2, stattfindende Sitzung der Gemeindevorstellung beschäftigen.

Tempelhof.

Eine Debatte über die Vergütung der Arbeiten zur Ausführung der Hausanschlässe an die Kanalisation und die Herstellung des Voranschlags für 1911 war das wesentlichste der gestrigen Gemeindevorsteherung. Bei der diesmaligen Umfrage der Verwaltung wegen Vergütung dieser Arbeiten ergab sich ein Unterangebot einer Mariendorfer Firma gegenüber einer hiesigen, die diese Arbeiten jahrelang ausgeführt hat. Mehrere Herren hätten es lieber gesehen, wenn diese Angelegenheit anders gelagert gewesen wäre, sie versuchten es mit Verschiebung in eine Kommission. Vorsteher und Syndikus wandten sich entschieden dagegen. Der Zuschlag fiel nach Mariendorf. — Der Gemeindevorstand wurde um einen Rentier und einen Pfarrer vermehrt.

Nachher gelangte die Vertretung zur Festsetzung des Voranschlags für 1911. Auf große Einzeldebatten hatte wohl niemand gehofft, daß die Debatte aber so wenig ausfiel, hatten selbst die verdächtigsten Gemüter nicht geglaubt. Alles klappte sich in Schweigen. So hatte der Vorsteher sehr leichte Arbeit, indem er sich nur der Mühe zu unterziehen brauchte, die einzelnen Kapitel vorzulesen. In seiner Meinung nach auch noch eine völlig überflüssige Arbeit, da ja jeder Vertreter seinen Etat vor der Nase liegen hat. Ob sie sich denselben freilich vorher durchgesehen haben, ist eine offene Frage. Während der halbständigen Vorlesung des Etats hatte aber doch ein Vertreter beim Kapitel „Kanalisation“ etwas einzuwenden. Er erwähnte, daß die anliegenden Besitzer beim Park durch „Hinterlären“ in denselben gelangen. Der Vorsteher, der zunächst betonte, niemand habe ein Recht hierzu, gab später zu, allerdings sei dies Herrn Habrecht (einem Gemeindebediensteten) auf Widerruf gestattet worden. — Dies ist die ganze Debatte über einen Etat, der mit 1 005 000 M. abschließt! Die Bürgererschaft möge daraus erkennen, wie notwendig hier eine Opposition, wie wünschenswert manche Anregung wäre. Die Arbeiterschaft ist mit all ihren Wünschen auch diesmal nicht gelangt worden, sie hat von diesem Dorparlament nichts erpartet. — Aus dem Etat ist zu entnehmen, daß die Ausgaben u. a. betragen für: Kreissteuer 106 600 M., Gehälter und Remunerationen 145 522 M., sächliche Verwaltung 16 761 M., Volksschulen 208 397 M., höhere Schulen 113 540 M., Beleuchtung, Bau und Reinigung, Unterhalt der Straßen usw. 150 330 M., Feuerwehr 4200 M., Verzinsung und Tilgung der Schulden 123 107 M. (Schuldenlast: 4 114 085 M.), Armenverwaltung 23 720 M., Kanalisation 85 000 M. und Wohlfahrtsleistungen 2700 M. betragen. Um diese Ausgaben zu decken, sind u. a. folgende Einnahmen vorgesehen: Amtsverwaltung: 14 720 M. (4000 M. Polizeistrafen) Grundrenten 12 250 M., Friedhofverwaltung 8825 M., Volksschulen 31 500 M. (Staatszuschuß 7150 M., Alterszulagen 23 500 M., Schulstrafen 150 M.), Gemeindevorstellung 10 730 M., Kanalisation 85 000 M., Straßenreinigung 25 000 M., Lustbarkeitssteuer 3100 M., Hundsteuer 11 000 M., Umkehrsteuer 75 000 M., Biersteuer 19 400 M., Wertzuwachssteuer 40 000 M., Gemeindevorsteherzuschlag 200 000 M., Gewerbesteuer 75 000 M., Grundrentensteuer 361 000 M. Die Absicht, den Zuschlag zur Einkommensteuer auf 110 Proz. zu erhöhen, hat bestanden, nachdem aber andere Gemeinden dies rüdemweg abgelehnt, will auch Tempelhof auf 100 Proz. stehen bleiben. Da die Regierung aber einen unliebsamen Konkurrenten im Punkte Anleihe erblickt, so dürfte diese im nächsten Jahre in härterer Weise auf Amortisation drängen. — Das Extraordinarium schließt inl. der 475 000 M. betragenden neuen Anleihe mit 5 070 000 M. ab, worunter sich die am 1. April fällige Kaufgebote von 2 1/2 Millionen und 2 Millionen für Kanalisation befinden. Eine spezialisierte Vorlage in dieser Sache dürfte der Vertretung noch zugehen.

Spandau.

Wasserrohrbruch. Am Freitag früh 6 Uhr wurde der eben erst neuerbaute zweite Wasserturm in Benutzung genommen. Schon monatelang vorher hatte der Magistrat bekannt machen lassen, daß die Handwirte ihre Leitungsröhre einer Druckprobe unterziehen sollten, da bei Inbetriebsetzung des zweiten Wasserturmes ein 1 1/2 Atmosphären starker Druck stattfinden. Als nun am Freitag die Inbetriebsetzung des zweiten Wasserturmes stattfand, hatten sich die Röhre der Handleitungen alle intakt erwiesen, aber die Strahlenleitungsröhre hielten nicht stand. An zwei Stellen fanden Rohrbrüche statt. Der erste und größte in der Lysarstraße, nahe der Schönwalder Straße, wurde bald nach 8 Uhr bemerkt. Das aus dem zerplatzten Rohr hervordringende Wasser hatte fast den ganzen Strahendamms unterpült. Das Sediment fürzte ein und es bildete sich eine etwa 3 Meter tiefe und circa 8 Meter breite Vertiefung. Das Wasser lief auch zum Teil in die Keller der anliegenden Häuser und überschwemmte die Straßen auf eine große Strecke. Es wurde sofort die Leitung gesperrt und die erforderlichen Abhebungsarbeiten vorgenommen, die sich bis abends in die zehnte Stunde ausdehnten. Solange gab es in jener Gegend auch kein Wasser. Hierbei machte sich auch das Fehlen einiger Strophenbrücken sehr unliebsam bemerkbar. Die Hofbrunnen funktionierten meist nicht, in manchen Häusern gibt es überhaupt keine Hofbrunnen und mußten die Bewohner weite Wege machen, um Wasser zu erhalten. — Der zweite Rohrbruch fand in der Reuendorfer Straße in der Nähe des Torgraben statt. Dieser wurde aber eher bemerkt und konnte deshalb nicht so großen Schaden anrichten. Zu bezweifeln ist, daß die Stadtverwaltung die Strahlenröhre auch einer Druckprüfung unterzogen hat.

Auf dem Rennendamms ist es dem Wahlverein in letzter Zeit gelungen, Fuß zu fassen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 17. „Vorwärts“-Abonnenten sind 86 vorhanden. Es findet regelmäßig alle sechs Wochen eine öffentliche Versammlung statt. Am Sonntag hielt in einer gut besuchten Versammlung der Dreier, Märkischer Steig 6, Genosse Job. Ehlers-Beelin einen feilschenden Vortrag über „Wesen und Wirkung der indirekten Steuern“. Nach Schluß der Versammlung ließen sich wieder drei neue Mitglieder aufnehmen. Das unerwartliche Agieren des Wahlvereins scheint den Obergelehrten die Herzen gefassten zu sein, denn in einer kürzlich abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung bei Lange saßen sie den Beschluß, ihren Mitgliedern zu empfehlen, nicht mehr in dem einzigen freien Lokal von Dreier zu verkehren. Es wird nun hauptsächlich Aufgabe der Banarbeiter sein, noch mehr als wie bisher sämtliche und nicht zur Verfügung stehenden Lokale zu meiden. Da

am 1. April wieder ein größerer Zugang von Arbeitern nach dem Rennendamms stattfindet, so wollen zuziehende „Vorwärts“-Abonnenten und Wahlvereinsmitglieder unversüßlich ihre Anmeldung beim Genossen Böhm, Märkischer Steig 6, oder beim Parteipointeur E. Köppen in Spandau, Jagowstr. 9, vom 1. April: Weitzstr. 64, vornehmen.

Notizen.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Entwurf eines neuen Ortsstatuts für die gemeinliche Fortbildungsschule wurde in der vorgelegten Fassung genehmigt. Neu aufgenommen ist die Bestimmung, daß in Zukunft auch gemeinliche Arbeiter, die nach dem Statut nicht zum Besuch der Schule verpflichtet sind, auf ihrem Wunsch und bei ausreichendem Platz zur Teilnahme zugelassen werden können. Sie haben ein Schulgeld von jährlich 1,50 M. zu zahlen, das ihnen jedoch bei nachgewiesener Bedürftigkeit vom Schulvorstand ganz oder teilweise erlassen werden kann. Neu ist auch § 4, der die Veranlagung der Lehrkosten zu den Schulunterhaltungskosten vorsieht. — Für den 2. Armenbezirk wurde der Bekehrungsmeister Hermann Köhler, Wilhelmstr. 53/55, als Armenpfleger gewählt. — Der kirchliche Anteil der Krüster- und Schulwesen, die äußerst günstig gelegen sind, soll auf Angebot von der Bethlehems-Kirchengemeinde für den Preis von 18 000 M. käuflich erworben werden, wobei die Gemeinde sämtliche Kosten und Steuern übernimmt. Das eine der Grundstücke in Größe von etwa 2 Hektar 10 Ar 60 Quadratmeter ist an der Kaiser-Wilhelm-Straße, das andere in Größe von etwa 61,50 Ar an der Ruitze (Wabelberger Straße) belegen. — Der Antrag des Gemeindevorstandes resp. der zuständigen Kommissionen, die Gemeindevorstellung der Müllabfuhr, die im Sommer vorigen Jahres eingeführt wurde, wieder aufzugeben, löste eine lebhafteste Debatte aus. Genosse Reumann wandte sich in scharfen Worten gegen den Antrag und beurteilte das Verhalten des Bürgermeisters, der, ohne eine Beschlußfassung der Gemeindevorstellung abzuwarten, dem Vorsitzenden des Grundbesitzervereins Neundorf, der in Form einer Wirtschaftsgenossenschaft die Müllabfuhr zu übernehmen wünscht, von der voraussichtlich am 1. April dieses Jahres erfolgenden Aufgabe der Gemeindevorstellung Mitteilung gemacht habe. Er sehe darin eine Mißachtung von kommunalen Beschlüssen, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als es sich in diesem Falle um Preisgabe einer Einrichtung handelt, die einen Zweig der kommunalen Selbstverwaltung darstellt. Wenn die Müllabfuhr bisher etwa 4000 M. Zuschuß erfordert habe, so sei das kein Grund, die Pläne so schnell ins Korn zu werfen. Jedes neue Unternehmen werde in der ersten Zeit Mängel aufweisen, die einen Erfolg scheinbar in Frage stellen; so sei es auch hier. Nicht das System der eigenen Regie trage die Schuld an der bisherigen Unrentabilität, sondern die mangelhafte Organisation des ganzen Unternehmens. Nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß sich ja die zuständigen Kommissionen mit der Angelegenheit befaßt und nach eingehenden Beratungen die Aufgabe der Gemeindevorstellung beschlossen hätten, wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. — Den weiteren Teil der öffentlichen Sitzung füllte die erste Lesung des Gemeindehaushaltstats aus.

Bei der morgen, Montag, den 20. März, stattfindenden Stichwahl in der zweiten Abteilung, soll einem Beschluß der letzten Wahlvereinsversammlung zufolge, für die bürgerlichen Kandidaten Schornsteinfegermeister Peters und Rentier Philipp eingetrieben werden. — Der 1. Mai soll auch dieses Jahr in üblicher Weise gefeiert werden. Am Vormittag findet im Saale des Genossen Singer eine Versammlung statt. — Nach Entgegennahme der Berichte von der Kreis- sowie der Verbandsgeneralversammlung kam zunächst der vom 4. Berliner und vom Niederbarnimer Kreis gestellte Antrag auf Schaffung einer Montagausgabe des „Vorwärts“ zur Beratung. Nachdem sich sämtliche Disziplinarkomitees wegen der erforderlichen Erhöhung des Abonnementspreises dagegen ausgesprochen, entschied sich auch die Versammlung einstimmig dagegen. Eine lebhafteste Debatte löste der Beschluß der Berliner Gewerkschaftsvorstände auf Herausgabe von Monatsmarken von 25 und 50 Pf. aus. Besonders der Zusatzantrag des Zentralvorstandes, wonach die Genossen und Genossinnen moralisch verpflichtet sein sollen, Marken nicht unter 1 M. bzw. 50 Pfennig zu kaufen, fand scharfe Beurteilung. Alle Redner waren der Meinung, daß dies eine weitere Belastung gerade derjenigen Genossen bedeuten würde, die für die Partei sowieso schon genug Opfer bringen. Auch sei zu befürchten, daß sich viele Genossen dem Beschluß nicht fügen würden, was eine allgemeine Erbitterung bei dem anderen Teil der Genossen zur Folge haben müßte. Die Versammlung lehnte daraufhin die Bildung eines Markenda auf diesem Wege einstimmig ab. Aufgenommen wurden 13 Genossen.

Jugenderanstaltungen.

Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgebung. Heute, Sonntag, den 19. März: Ausflug nach Uckerwerder. Treffpunkt morgens 8 Uhr am Bahnhof Steglitz.

Sozialdemokratischer Wahlverein Landberg-Soldin. (Ortsverein Berlin.) Heute abend 8 Uhr, bei Streifhorn, Schreinerstr. 2: Versammlung. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Pankow-Schneidewitz-Krossen-Zimmerfeld. (Ortsverein Berlin.) Dienstag, 21. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Böhm, Kopenstraße 47: Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. B. Hamburg). Rillale Berlin 9. Heute vormittag 11 Uhr bei Rühle, Dammstr. 13: Mitgliederversammlung.

Niederische Kranken- und Sterbekasse Nr. 5, gegründet 1795. Heute nachmittag 3—7 Uhr bei Köber, Ullrichstr. 14: Fuß- und Aufnahmevertrag.

Sterbekasse ehemal. Münglischer Arbeiter (Gesehliche Kasse). Die Kordensabteilung befindet sich vom 18. März an im Restaurant Brannensstraße 181 (2. Hof).

Witterungsüberblick vom 18. März 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetzingen	766,00	3	Schnee	0	Darmstadt	771,00	2	bedeckt	—	—	—
Quedlinburg	766,00	4	bedeckt	1	Petersburg	767,00	1	bedeckt	—	—	—
Berlin	765,00	2	bedeckt	0	Sofia	748,00	5	Regen	7	—	—
Krakau	760,00	2	wolkig	1	Berden	769,00	6	Schnee	—	—	—
Wien	763,00	3	bedeckt	—	Baris	755,00	2	Regen	8	—	—
Wien	764,00	1	bedeckt	—							

Wetterprognose für Sonntag, den 19. März 1911. Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 3.	letzt am 16. 3.	Wasserstand	am 17. 3.	letzt am 16. 3.
Breslau, Mühl	—	—	Seals, Brandst.	163	—
Bregenz, Inzersburg	—	—	Sabel, Brandst.	163	—
Beichel, Dorn	346	—12	Rottendorf	174	0
Ober, Mühl	276	+23	Sprea, Spremberg	138	+8
„ „ „ „	287	—11	„ „ „ „	218	—2
„ „ „ „	299	—11	Weser, Mühl	30	—8
Wald, Scharm	294	—6	Weser, Mühl	144	—13
„ „ „ „	308	—2	Weser, Mühl	376	—4
Rehe, Borsum	145	—2	Weser, Mühl	281	—4
„ „ „ „	72	—10	Weser, Mühl	280	—5
„ „ „ „	—32	—12	Weser, Mühl	110	—5
„ „ „ „	205	—14	Weser, Mühl	214	—4
„ „ „ „	280	—12	Weser, Mühl	165	—

+) bedeutet Hoch, —) Senk, —) Unterpegel.

Gegründet 1825



FR. HAHN BERLIN C²⁵

Landsberger Straße 63,
Eingang: Neue Königstraße 48-49.

Mein alljährlich einmal stattfindender

Sonderverkauf in der Gardinen-, Teppich- und Möbelstoff-Abteilung

Eingetragene Schutzmarke.



Gestickte Fenster-Dekoration

aus schwerem Velvet-Plüsch mit Stickerei-Applikation und reicher Durchbruch-Arbeit im Querstreifen. Farben: bordeaux, grünlich u. blau-grün. Schaumgröße 40x200, Querstreifen 40x180. Preis für 1 Garnitur, 2 Schalen, 1 Querstreifen, sonst 13,50, jetzt für **9 45**



Ein großer Posten **Prima Satin-Steppdecken** mit Hochglanz, nur sauberste Handarbeit Ausführung. Größe 150x200, Farben: bordeaux, grünlich, braun, blau-grün, sonst 9,50, jetzt **7 15**



Ein großer Posten **Band-Bettdecken** aus gutem schweren Erbstüll, mit reicher Handarbeit u. krassem, vollem Velant. Größe für 1 Bett, sonst 7,75, jetzt **5 70** Größe für 2 Betten, sonst 11,50, jetzt **8 70**

verbunden mit großem Räumungs-Verkauf wegen Neubau meiner Geschäftshäuser bietet eine außerordentlich billige Kaufgelegenheit.

Ein großer Posten abgepaßter Englische Tüll-Gardinen

in weiß u. creme, Flügel-Länge Mtr. 3,25 u. Mtr. 3,65, reizende Muster und appeturfreies Relief-Gewebe. Muster, welche im Sortiment nicht weiter geführt werden.

Serie I früher 5,50—6,50 jetzt M. **3 80** Serie II früher 7,00—8,50 jetzt M. **4 90** Serie III früher 11,00—13,50 jetzt M. **7 40**

Ein großer Posten Prima Velours-Plüsch-Teppiche

bestes Fabrikat, fehlerfreie Exemplare, nur neue Muster. Größe ca. 130x200 165x230 200x300 245x340

sonst 18,50 sonst 28,50 sonst 42,50 sonst 70,00
jetzt **14 00 20 70 32 45 52 90**

Ein großer Posten Mechan. gewebte Perser-Teppiche

naturgetreue Kopie von Orient-Exemplaren in ca. 200x300 250x350 300x400

sonst 62,50 sonst 95,00 sonst 125,00
jetzt **45 60 68 40 91 20**

Ein großer Posten mechanisch gewebte Kleinteppiche

als Brücke, Verbindungsstücke, für Erker etc. ca. 90x180 100x200 90x250 118x230 120x275

sonst 17,00 21,00 25,50 27,50 35,75
jetzt **13 00 16 50 18 00 21 50 26 00**

Läuferstoffe

Besonders vorteilhaftes Angebot für Hauselgentümer

Ein groß. Posten Kokosläufer in vielen Farben, 67 cm breit, jetzt M. **1 20**

Ein großer Posten Tapestry-Plüsch-Läufer

in blau, rot oder grün fons. 67 cm breit, jetzt Meter **1 95**



Cremefarbige Erbstüll-Stores

wie obige Abbildung, mit reicher Bänderarbeit u. vollem, krassem Velant. Schwere Qualität Preis sonst 12,50, jetzt **8 70**



Diwan-Rückwand-Dekoration

wie obige Abbildung, aus schwerem, gutem Velvet-Plüsch mit reicher Stickerei u. Applikation. Farben: bordeaux, grünlich, blau-grün. Zeichnung passend zu linksstehender Fenster-Dekoration. Stück sonst 8,25, jetzt **6 10**

Klopfe mit Luft!

Teppich-Reinigung

und sämtliche Nebenarbeiten*

Staehr & Co.

Berlin S. 42, Gitschiner Str. 80

Fernsprecher: Amt IV 216 und 226, 83/1*

* Aufbewahrung. — Entmottung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferei. — Bettfedern-Reinigung. — Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.

Klopfe mit Luft!

Grosse Wäsche

wird spielend rasch und ohne Anstrengung nur mit Persil gewaschen! Kein vorheriges Anschmieren der Wäsche mit Seife, kein Reiben und Bürsten, nur einmaliges 1/4 — 1/2 stündiges Kochen und sorgfälliges Nachspülen.

Persil

wäscht ganz von selbst, ohne jeden Zusatz von Seife und Waschlauge, daher bedeutende Verbilligung des Waschens bei großer Zeit- u. Arbeitersparnis.

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkels Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin u. Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.



Gegründet 1889

Möbel-fabrik R. Balau

Brunnenstraße 22, an der Invalidenstraße.

Wegen Auflösung des Geschäfts sämtliche Möbel zu spotbilligen Preisen. Die Räume müssen bis zum 1. April d. J. geräumt sein. Verkauf daher zu jedem annehmbaren Preise. Noch großes Lager in Schlafzimmern Speisezimmern Herrenzimmern, Salons, Wohnzimmern, Küchen und Einzelmöbeln.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden

Fertig und nach Maß

Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg

Maß-Schneidererl

Rosenthaler Strasse 40-41

direkt am Hackeschen Markt.

II. Geschäft:

Frankfurter Allee 104, prt., Ecke Friedenstr.



Möbel-Schmidt

Tischlermeister Bernauer Str. 80 dicht an der Brunnenstrasse

Verkauf nur im Fabrik-Gebäude Engros Export

Eigene Entwürfe moderner Wohnungs-Einrichtungen.

Verlangen Sie, bitte, Haupt-Katalog V. gratis.



Sie kaufen die Möbel am vorteilhaftesten direkt beim Tischlermeister

Rasier- u. Frisierstuhl D. R.-Patent 228 703 M 19 50

Diese Spezial-Einrichtung „Union“ bestehend aus Wohnzimmer 229,50 M., Schlafzimmer 256 M., Küche in Gelbfarbe 55 M., zusammen 540,50 M.

125 M. Wein ausziehbar. Marmor schütz die Holzteile vor Wasserschaden.

Steuerfragen.

Die Steuereinschätzungen haben begonnen. Es ist deshalb zweckmäßig und entspricht vielfachen aus unserem Leserkreis geäußerten Wünschen, wieder die wichtigsten Steuervorschriften zusammenzustellen.

Wonach wird das Einkommen bemessen?

Bei der Steuereinschätzung für Arbeiter und Angestellte tritt der § 23 des Einkommensteuergesetzes in Wirksamkeit. Danach haben besonntlich die Hausbesitzer die Verpflichtung, den Arbeitgeber und die Arbeitsstelle der Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen, die als Mieter bei ihnen wohnen, anzugeben.

Der Steuerzettel weist deshalb für die minder begüterte Bevölkerung außerordentlich hohe Einschätzungen auf.

Das Einkommen wird, soweit Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen, nicht mehr nach dem dreijährigen Durchschnitt, sondern nach den Ergebnissen des dem Steuerjahre unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres (also jetzt das Jahr 1910) bemessen. Liegt aber ein Jahresergebnis nicht vor — ist der Steuerpflichtige 3 W. länger als 10 Wochen krank oder arbeitslos gewesen, so erfolgt die Veranlagung nach dem „mutmaßlichen“ Jahresertrag des Steuerjahres.

Von der Besteuerung ausgeschlossen sind (wir geben hier die eventuell für Arbeiter und Angestellte in Betracht kommenden Vorschriften):

- 1. Das Militäreinkommen der Personen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes;
2. die auf Grund gesetzlicher Vorschriften den Kriegs- oder Friedensinvaliden gewährten Pensionen und Besoldungen;
3. die mit dem Militärehrenzeichen 1. Klasse und mit dem Militärdienstkreuz verbundenen Zulagen von monatlich 3 Mark bis 9 Mark sowie die Ehrenzulagen für Inhaber des Eisernen Kreuzes;
4. die aus einer Krankenversicherung dem Versicherten zustehenden Leistungen.

Als steuerpflichtiges Einkommen rechnet das Gesetz alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Pachtungen, Mieten (einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause), Handel und Gewerbe sowie aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Erhebungen und Vorteile irgendwelcher Art.

Danach gehört nicht zum steuerpflichtigen Einkommen: ein Gewinn aus Gewinnen, Lotterien, Spielen, Wetten, ebensowenig eine Gewerkschaftsunterstützung. Wohl aber rechnen leider die Invaliden- und Altersrenten zum steuerpflichtigen Einkommen.

Das Einkommen der Ehefrauen sowie das aus dem Ruhegeldrecht an dem Vermögen der Kinder fließende Einkommen ist dem des Haushaltsvorstandes zuzurechnen.

Welche Abzüge sind zulässig?

Den Kapitalisten sind durch die Einkommensteuerrolle eine Reihe Abzüge bei Berechnung ihres Einkommens gestattet, denen ähnliche Abzüge der Arbeiterklasse gegenüber nicht zur Seite stehen. Die wesentlichen dieser neuen gesetzlichen Steuerprivilegien zugunsten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind folgende:

- 1. Die Beiträge zu öffentlichen Be- und Entwässerungswerken sowie zur Unterhaltung von solchen Wasserläufen, für welche besondere Gesetze zur Verhütung von Hochwassergefahren erlassen worden sind;
2. die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Bis zur gleichen Höhe werden in den Gutsbezirken die realen Kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Gutslasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen;
3. die Gutslasten kommen dabei mit 30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auch dann in Ansatz, wenn die Gutslasten erheblich niedriger sind;

- 3. die Beiträge zu den Berufskammern, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Ärzte-, Anwalts-, Apothekerkammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge);
4. die auf Kirchen- Patronatsverpflichtungen beruhenden dauernden Lasten;
5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen;

6. für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstmäßigen Plane bewirtschaftet werden, trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Abtrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holztes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer seit dem Jahre 1907 zugute kommenden neuen Geschenken ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrechtzuerhalten. Dahin gehören zum Beispiel die Beiträge, die indirekt zu den Geschäftskosten zu rechnenden Abgaben, die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen toten Inventars.

Rechnliche Abzüge zugunsten des Arbeiters bestehen nicht. Dem Arbeiter sind nach wie vor Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht gestattet: er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Bekleidung, noch für Miete Abzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen.

- Es sind abzugsfähig:
1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldsinsen;
2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatrechtstiteln (z. B. Vertrag, Verschreibung, letztwilliger Verfügung) beruhen;
3. die von dem Steuerpflichtigen für seine Person geleistet oder vertragmäßig zu entrichtenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 M. nicht übersteigen (auch Beiträge zu einer Hilfskasse);
4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltungsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

In Betracht kommt noch folgende, durch Gesetz vom 26. Mai 1909 abgeänderte Bestimmung (§ 19 des Einkommensteuergesetzes): „Genährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6000 M. nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 B. G. B.) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgeschriebenen Steuerjahre ermäßigt“

um eine Stufe bei dem Vorhandensein von 2, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um drei Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder 6 betriebligen Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein.

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Als nach Absatz 1 Ermäßigung unter dem Steuerfuß von 6 M. begründet, so tritt Befreiung von der Staatssteuer ein.

In Fällen, in denen jemand für uneheliche Kinder Unterhalt leistet, sieht das Gesetz leider eine Ermäßigung nicht vor.

Der § 17 enthält den Steuerfuß, den wir, soweit er für Kinderermittelte in Frage kommt, unten abdrucken.

Durch die Abänderung des § 19 ist die Möglichkeit genommen, schon bei einem im Gesetz genannten Familienangehörigen den Betrag von 50 M. vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen.

Der § 20 des Einkommensteuergesetzes gestattet dann noch eine Ermäßigung der Steuer um höchstens drei Stufen aus sogenannten Billigkeitsgründen. Als solche gelten außergewöhnliche Belastungen

durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittellose Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle.

Für einen Arbeiter, der ein kleines Anwesen mit amortisierbarer Hypothek besitzt, ist noch von erheblicher, daß seiner abzugsfähig sind:

Die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, insoweit dieselben 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

Neben diesen auf ausdrücklicher Vorschrift des Gesetzes beruhenden Abzügen oder Ermäßigungen können auf Grund von Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, die auf Auslegung allgemeiner Vorschriften beruhen, und auf Grund der ministeriellen Anweisungen als abzugsfähig in Betracht:

Die von den einzelnen Arbeitern oder von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus im Lohne zu bestreitenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, Fahrten zur Arbeitsstätte (Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 6. Juli 1905) und dergleichen, sowie auch angemessene Absetzungen auf Abnutzung des von den Arbeitern etwa herzubaltenden Wertzeuges oder der Arbeitskleidung.

Welche Rechtsmittel stehen dem Veranlagten zu?

Seit dem Jahre 1907 ist den Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 M. der Rechtsweg gegen ungerechte Veranlagungen erheblich beschnitten. Es steht ihnen nur der Einspruch an die Veranlagungskommission und die Berufung an die Berufungskommission zu: Die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht ist also dem Mittelstand und dem Arbeiterstand genommen. Nur den mit Einkommen über 3000 M. Veranlagten steht der Weg an das von der arbeitenden Bevölkerung mit bezahlte Oberverwaltungsgericht noch offen.

Einspruch.

Der Einspruch ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. Er ist innerhalb 28 Tagen einzulegen und hat etwa wie folgt zu lauten:

Gegen die Steuerveranlagung vom 14. März (Mittwoch) Nr. 1403 lege ich Einspruch ein und beantrage Herabsetzung der Steuer von 21 auf 9 M. Mein Einkommen beträgt nicht 1500 bis 1650 M., sondern 1050—1200 M. Eine Berechnung meines Einkommens im Jahre 1910 und der zulässigen Abzüge füge ich bei. Als Beweismittel beizubringen bin ich bereit (oder: als Beweismittel füge ich an usw.). Datum und Unterschrift.

Ueber den Einspruch entscheidet die Veranlagungskommission. Gegen deren Entscheid ist dann Berufung innerhalb 28 Tagen zulässig. Auch die Berufung ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission anzubringen.

Steuertarif.

Table showing income tax rates for different income brackets. Columns: Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen, von mehr als, 900 bis 1050 Mark, 6 Mark, 1050, 1200, 1350, 1500, 1650, 1800, 1950, 2100, 2250, 2400, 2550, 2700, 2850, 3000, 3150, 3300, 3450, 3600, 3750, 3900, 4050, 4200, 4350, 4500, 4650, 4800, 4950, 5100, 5250, 5400, 5550, 5700, 5850, 6000.

Die Steuerstufen von 1200 M. ab erleiden durch Gesetz vom 26. Mai 1909 rückwirkend vom 1. April 1909 folgende Zuschläge bei Einkommen

- von mehr als 1200 bis 3000 M. 5 Prozent;
von mehr als 3000 bis 10500 M. 10 Prozent;

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung wird bei den genannten Steuerstufen ein Zuschlag von 7,5 bzw. 15 Proz. erhoben.

Steuerpflichtige, deren Steuerfuß wegen des sogenannten Familienangehörigenprivilegs oder aus Billigkeitsgründen (§§ 19 und 20 des Gesetzes) ermäßigt ist, entrichten den Steuerzuschlag derjenigen Einkommensteuerrate, die dem ermäßigten Steuerfuß entspricht. Soweit ihre politischen Rechte von der Steuerleistung abhängig sind, werden sie durch die Herabsetzung nicht verändert, wählen also so, als ob sie zu der höheren Stufe steuerten.

Unserem Gemoten Gustav Teske nebst Frau zur silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche! 11. Abteilg. des G. Kreises, Bezirk 722a. 34772

Wo? ist der schönste Ausflugsort für Herrenpartien zum Karfreitag?? 42/3 Nach Birkenwerder (Paradiesgarten), Süd. Karl Langbusch.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf Wald (Nordbahn), Wasser. — Am Schützenhaus. — Herrl. Grotwald, Landbauhellen. Rate 12 Mark an. 10jährige Amortisation! Sommerferienhäuser 300 M. Eigenheim v. 5000 M. an. Kein Bauzwang! Muster-Vorfahrt gratis! Berlin, Wollenberg, Neue Königstr. 71. April. VII. 3038

Bettfedern und Betten! zu Fabrikpreisen, Bestand von 15 M. an. Inletts und Bezüge. Reinigen: Stand 3 M. Bettfedern und Bettenfabrik mit elektrischem Betrieb M. Zysnarski. Hauptgeschäft: Alt. Moabit 82. Fabrik: Turmstraße 52. Telefon: Moabit 8046.

Berzogen in Nixdorf nach Kaiser-Friedrichstr. 60 vis-à-vis dem Kgl. Polizeipräsidium. Dr. Seelig, Arzt.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4. Berlin, Alte Jakobstr. 124.

Elektro-Technikum gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-, Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbildung, Maschinenlaboratorium. Neuer Abendkursus. Prospekt kostenfrei.

Rohtabak Sumatra-Doekke, 2. Länge, Vollbl., schneew. Br. 3 M. Max Jacoby, Strelitzer Str. 52.

Abendkurse Berlin, Reandersstr. 3. Technikum. Bauschule. Süd. Arthur Berner. Prospekt kostenfrei.

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kasse. Offize S. 100, "Vorwärts"-Expedition, Auguststr. 50.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnlozen. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort. Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnstr. Balowstr.) 8-7.

Hübsch sind alle, die eine zarte, weiße Haut, rosiges jugendfrisches Aussehen und ein Gesicht ohne Sommersprossen und Hautunreinigkeit haben, daher gebrauchen sie nur die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife v. Bergmann & Co., Radebeul. à St. 50 Pfg. überall zu haben.

Wenn wir Sie sprechen könnten würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass die durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besser. Qualität zu allerbilligst. Preis. Verlang. Sie durch Postkarte. Muster senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang. Lehmann & Assmy, Spremberg L. 26 Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art.

Prima Sämereien Verleih-Institut: Friedrichstr. 116/1, a. Drabg. -Tor. Weg. Brad. Gebrod 1,50. Dose 1,00. Weite 50 Pf. Frack mit prächtigen Kulturameisungen. Billigst bei R. Grosso, Anhaltstr. 16/17. Vorteilhaft für Brautleute! Wegen Verletzung veräußert: Zimmer und Küchen-einrichtung, so gut wie neu, einschließlich Herddecorationen. Beschäftigung Sonntag bis 2 Uhr. Banow, Gottschalkstraße 17, 2 Treppen rechts. Händler verboten. 7808

Parzellen am Vorort Oranienburg, direkt v. Eigentümern jetzt noch von 200 M., später bedeut. teurer, da demnächst Bahnh., Nähe Hofjagdrevier, Regen u. Grabensee. Teils, Hugo Hainrich, Berlin, Blumenstr. 67.

Gneisenastraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art. Kassa und Teilzahlung.

Land-, Obstbaum- u. Hochwald-Parzellen direkt am Bahnhof Nassenheide von 300 M. an. Treffpunkt täglich zu den Zügen ab Stettiner Bahnhof 10.45 u. 12.40 im Rassenheider Bahnhof - Restaurant von Fischer. 4665* Fahrzeit nur 3/4 Stunden. Besitzer Wolff, Herzberg i. d. Mark.

„Vorwärts“-Leser aufgepaßt! Monatsgarderobe kauft man in der Pfandleihe Prinzen-Str. 34 1 Treppe (kein Laden) wie allebekannt Jackentanzüge, Hosenanzüge, Paletots, Hosen für jede Figur passend.

Achtung! 100 Cigarren gratis. Sammeln Sie Prämienscheine. H. Preuß BERLIN N. 28, Swinmüder Str. 64. Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Fabrik und Versand-Haus. Engros-Preisliste kostenfrei.

Teppdecken in sonderlicher Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt d. Fabrik

Bernhard Strohmandel, Berlin, Wallstr. 72. Reparaturen u. Aufarbeitungen billig. Illustrierten Preis-Katalog gratis u. franco.

Auf Teilzahlung Uhren jeder Art, Grammophone, Harmoniums und alle Musikwaren usw. Fahrräder u. Rollschuhe. Juhre & König Warschauer Straße 56. Reichenberger Straße 101 und Goebenstraße 19.

Stoffe für Anzüge, Paletots, Meter 3, 4, 5 M. aus besten Qualitäten, daher am billigsten. Tuchmacher Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Reichsbahn.

„Jüngste Goldfische“ „Königinn“! Die größten, weil bei „Königinn“ Wollkn

Joh. Schallau, Schick, Allee 166 a. Ter.
 Alfred Schöer, Turmstr. 49.
 Carl Schlewinsky, Köpenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 133
 Schönemann, G. Ri., Berl.-Str. 73.
 Rich. Schramm, Turmstr. 23.
 P. Schuch, Charl. Knobelstr. 40.
 Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 5a.
 Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
 T. Stolz, Chausseestr. 83.
 Carl Stühr, Dresdenstr. 134.
 Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-Str. 11.
 Paul Trenz, Charl. Spand.-Str. 22.
 Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
 Traxa, W., Frankf. Allee 188.
 Ulrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
 Adolf Völkcl, Frankf. Chausse 159.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
 Otto Wartig, Triftstr. 5.
 Wedermann, O., Wilmersdorf, Angustastr. 14.
 Weigner, R., Rixd., Bergstr. 55/56.
 R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinstr. 44.

Wutke, Karl, Traskewstr. 7, Invalidenstr. 16
Versicherungen
 „Deutschland“ Berlin
 Arbeitsversicherung — Schützen-
 Sterbekassenversicherung, Straße 3.
 „Friedrich Wilhelm“
 Berlin W8, Bohrenstr. 58-61
 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsversich.
 Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Warenhäuser
 Bernhard, G., Ober-Spandau.
Warenhaus Max Codik
 SO, Wrangelstr. 20, Ecke Fücklerstr.

David, L. S., Sim.-Dachstr. 42.
 Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
 Heinze, Partowar., Langhausstr. 161.
 Leopold Jacobsohn, Nootstr. 26.
Julius Loewenberg Nachflg.
 zur Gleimstr. 19, a. d. Behnhäuser-Allee.
Warenhaus M. Hirsch
 Spandau
 Weine, Liqueure u. Fruchtsäfte
Hugo Beling
 50 Filialen in allen Stadtteilen.
 Bettinger, Egg., Wald-Ecke, Wickel
Conrad, Großdestillation
 Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.
 Dannhardt & Schultze, Brunnenstr. 31.
 Eile u. Weyle, Lärnfahr, Gerichstr. 14.
 Großd., „Zur Sonne“, P. Preudenberg.
 K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 29.

Martin, Bruno, Ri., Hermannspl. 3.
 Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Ignatz Sello
 auch L. Köhre u. Säfte,
 Brunnenstr. 16 a. Filial.
 Bismarckstr. 1. Etagengr.
 Welhe, W., Hermannstr. 100.
 Wein-Vertriebsgesellsch. v. Malottki
Waschmittel
 Verlangen Sie
 „Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.
Herkules
 Bleich-
 Seifen-
 Pulver
 — schont die Wäsche —
 sparsam im Verbrauch.
 Chem. Fabr. „Hevelia“ Wollankstr. 44.
 Rieß, Fritz, Ri., Hermannspl. 5.
 Sello, Hermann, Stadt.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 G. m. b. H. Berlin, Augustastr. 60.
 Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8122.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
 Wernuth, Oswald, Köpenstr. 31r. 1.
Wolf, Wollw., Trikot.
 Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
 Max Bahr, Mühlenstr. 42.
 H. Barts, Schönhauser Allee 107.
 Brodow, Otto, Ri., Hermannstr. 26.
 Otto Erdmann, Mirbachstr. 26.
 N. Gardels, Bouselstraße 76
 Taurroggenstr. 10
Hans, A., Grüner
 Weg 26.
 Hugo Hecht, Chorinerstr. 62 a.
Hirschfeldt, Reichen-
 bergestr. 63.
 Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6.
 Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Jonas, Hermann, Köpenstr.-Pl. 11.
 Isotta, Beifeld
Juncker, H., Rixdorf,
 Hermannstr. 172.
 Kaufh. Kätzki, Ri. Kais. Friedr. 36/243
 Carl Klein, Höchstestr. 16, N. O. 18.
 Robert Kutsche, Gubenerstr. 26.
 Adolf Küsel, Ri. Bergstr. 84 a.
 R. Lehmann, 1/2k. Wuster, Lipezick

Eugen Lewald, Frankfr.
 Allee 187.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52, 53
 vis-a-vis der Kirche.
A. Lüdek, Rixdorf,
 Kais.-Friedr.-Str. 177
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
 Thaeerstr. 46.
Müller, E., Wäsche eig. Fabrikate.
 Meyer, Bernauerstr. 12, (Arbeiterhöfen)
 Pfäume, Gebr., Friedrichstr. 205.
 Pietschmann, Marie, Jägerstr. 25.
 A. Radloff, Köpenick, Markt 1. a. See
 Raehmer, C., Androssstr. 69.
Schaefer, Hummelstr. 43.
M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Massestr. 17.
 Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
 Hermann Meyer, Schirelleiser Str. 21.
 A. Nitschppan, Bergmannstr. 11/12
 Sigmund Simon N., Köpenickerstr. 123
 Stavenow, Carl, Gerdes-42-Corparstr. 19
 L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.

E. Voigt, Reichenberg, Amendstr. 101.
 Urbanstr. — 21. —
Albert Vogt, Rixdorf, Gr. Prkt. Allee 134.
Weber & Heynacher, Rixdorf, Bergstr. 63.
Wollhaus Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63.
Wild u. Goffgöl
 Rixdorf.
C. Dittmann, Berliner Str. 43.
 Landsberger Allee 23,
 auch Fische.
O. Grimm, Spandau, Havelstr. 19
 Schmidt, E., Berlinstr. 29
Stenzel, L., auch Obst.
 Zimmer, H., Prinzenstr. 12.
Zahn-Atelier
 E. Bade, N. Kastanienallee 100, L.
 Hollbruch, Herrn., Fackelstr. 5, geg. 1871.
 A. Jahnke, SW. Eisenstr. 54, l. 15-1, 1-6
 Jordan, Alfr., Feasstr. 41, geg. 1888.
 Vorsorgl. dieses 10% Rabatt.
Alfred Rau 10%
 Wrangelstr. 86 L. — Geogr. 166c.

MÖBEL

auf Credit

vom einfachen bis zum elegantesten Genre, in allen Holz- und Stilarten liefert

an Jedermann

unter den kulantesten Zahlungsbedingungen, die als streng reell bekannte Firma

Max Friedeberg G.m. b. H.

Bülow-Strasse 24 Ecke Potsdamer Strasse an der Hochbahn-Station

Bei 10 bis 15 M. Anzahlung erhalten Sie:

- 1 Bettstelle mit Matratze
- 1 Kleiderschrank
- 1 Tisch und 4 Stühle
- 1 Spiegelspind mit Spiegel
- 1 Küchenspind
- 1 Küchentisch, Rahmen, Stuhl

Monatlich 5 Mark Abzahlung

Spezialität
 Herren-Zimmer
 Speise-Zimmer
 Schlaf-Zimmer
 in Eiche gebeizt und Nussbaum furniert.

Bei einer Anz. v. 20 bis 25 M. erhalten Sie:

- 1 Bettstelle mit Matratze
- 1 Kleiderschrank
- 1 Sofatisch mit 4 Stühlen
- 1 Diwan oder Sofa
- 1 Waschtilette
- 1 Vertiko
- 1 komplette Küche

Monatlich 10 Mark Abzahlung

Bessere Wohnungs-Einrichtungen
 in allen Preislagen,
 Anzahlung je nach Ausführung von 30,- 40,- 50,- M. an
 Monatsrate 12 bis 20 M.

Die reellsten und billigsten
Möbel
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Metzner
 verkauft billig bis Ostern

Kinderwagen
 Metall-Bettstellen
 Alle Korbwaren etc.

Grösstes Special-Haus.
 Beusselstr. 67
 Brunnenstr. 35
 Rixdorf, Bergstr. 133.

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
 Gardinenfabrik.
 Erhöhte Vorteile beim Einkauf.
 Gardinen, Stores, Ländbetteden,
 Postieren, Tischdecken, Divandeden,
 Steppdecken, Rouleaux
 u. c.
 Elegante Neuheiten.
 Reste und Reifemuster unter Preis.
 Ballstr. 13

Neu aufgenommen:
Teppiche

Lebensunterhalt oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Bediote auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 M. Anzahlung und bequemer Teilzahlung. Anlernen gratis.
 — Streng reelles Unternehmen. —
 Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H., KStn
 Gen.-Bezir. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Ballstr. 90/91

Phänomen-Fahrräder

sind
 Qualitäts-Maschinen
 allerersten Ranges!
 Die Modelle 1911
 werden in bezug auf vollendete Konstruktion, leichten Lauf und hoch-elegante Ausstattung von keinem Konkurrenz-Fabrikat übertroffen.
 Verlangen Sie Katalog Nr. 32
Phänomen-Fahrradwerke
 Gustav Hiller
 Zittau i. Sa.

Laferme
REDOUTE
 Cigaretten
 2-5 Pfennig
 Vorzügliche Qualitäten.

Die Gefahr

für die Hausfrau liegt in der Verwendung minderwertiger Nachahmungen, denn mühsam bereitete Speisen werden dadurch verdorben. Der allein echte Kronen - Bouillon - Würfel bietet die Gewähr für höchsten Wohlgeschmack.

Lassen Sie sich keine andere Marke aufreden!

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Central-Möbel-Halle

Lieferung Berlin und Vororte frei

Kommandanten-Strasse 51, Ecke Alexandriner-Strasse.

Bei Anzahlung von 45 M. an

- 1 Kleiderspind, aussb.
- 1 Waschtilet
- 1 Spiegelspind
- 1 Spiegel
- 1 Taschensofa
- 1 Speisetisch
- 2 Bettstellen
- 4 Stühle
- 1 Küchenspind
- 1 Küchentisch
- 1 Küchenschrank
- 1 Küchensstuhl

monatliche Rate von 12 M. an

Bei Anzahlung von 70 M. an

- 1 mod. Kleiderspind, sehr mod.
- 1 mod. Vertiko mit Spiegel
- 1 mod. Trumeau mit Stufe
- 1 Sofa mit Paneel
- 1 mod. Sofatisch
- 4 mod. Stühle
- 2 engl. Bettstellen
- 1 Küchenbüfett
- 1 Küchentisch
- 1 Küchenschrank
- 2 Stühle, 1 Kasten
- 1 Handtuchhalter

monatliche Rate von 18 M. an

Komplette mod. 3-Zimmer-Einrichtung
 bestehend aus:
 Speisezimmer, eiche oder nussbaum
 Schlafzimmer, satin oder nussbaum
 Herrenzimmer, eiche oder nussbaum
 Kompl. Küche in farbiger Lackierung
 Flurgarderobe.

Anzahlung von 140 M. an
 Monatliche Rate von 30 M. an

Ständige Ausstellung von 100 Muster-Zimmern. Einrichtungen für Villen und Pensionate.

Literarisches.

Gerhard Hildebrand: Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriezialismus. Jena 1910. Verlag Gustav Fischer. 244 Seiten. Preis 6 M.

Der Titel ist befremdend, denn bisher wußten wir von „Industriezialismus“ nichts, und gewöhnliche Sterbliche waren der Ansicht, daß Sozialismus die Vergesellschaftung der gesamten Produktion bedeutet. Was eigentlich das neue Wort sagen soll, erfahren wir auch von Hildebrand nicht. Dafür hören wir aber, daß es mit dem Sozialismus überhaupt nichts ist, und daß es für die europäischen Völker eigentlich gar keine Rettung mehr gibt. Die kapitalistischen Staaten stehen vor dem Ruin, höchstens ein paar Jahrzehnte sind ihnen noch vergönnt, dann bricht die Herrlichkeit zusammen. Aber es wird nicht etwa eine neue soziale Ordnung angebahnt durch das Proletariat, sondern auch diesem droht ein schmachliches Ende: „Es erfährt in Hunger und Blöße, daß es überflüssig geworden ist, sobald ihm die feste Bauerngrundlage fehlt. Überflüssig und zugleich hilflos. Es nützt ihm nichts mehr, den Kapitalisten enteignen zu wollen, denn die industriellen Produktionsmittel sind nicht mehr verwertbar.“

Also die gesamte Sozialwissenschaft befand sich bisher auf dem Holzwege und erst Gerhard Hildebrand entdeckt die Wahrheit.

Wie jede große Weisheit ist auch diese sehr einfach. Ihren Ursprung hat sie in dem Sprüchlein: „Dat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Daraus folgt dann, daß die Bauern die Herren sind. Es können nicht mehr Menschen existieren, als die Bauern füttern können. „Die Bauern aber füttern, wenn sie frei sind, wen sie wollen. . . Sie können ihre Kleider, ihre Häuser, ihre Werkzeuge machen lassen, von wem sie wollen, können sie auch selber machen, wenn es sie danach gelüftet, oder ihren Bedarf herunterschrauben, bis er den unmittelbarsten Zwecken der Selbsterhaltung genügt.“ Der Satz zeigt, daß der Verfasser „h eine kuriose Welt zusammenkonstruiert, die mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein

hat. Daß der Bauer im kapitalistischen Staate ebenso von den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung beherrscht wird, wie jeder andere Sterbliche auch, darüber setzt sich H. mit der souveränen Gleichgültigkeit des Genies hinweg.

Dann geht die Sache weiter: es gibt Industriestaaten und Bauernstaaten. Bisher haben die ersten die letzten mit Erzeugnissen der Industrie versehen und dafür Nahrungsmittel und Rohstoffe für Kleidung eingetauscht. Da aber diese Bauernstaaten, Amerika, China, Australien, Südafrika, sehr schnell ihre eigene Industrie entwickeln, so werden sie gar bald aufhören, Europa zu füttern. Und wenn wir dann keinen Weizen, keine Baumwolle, keine Wolle mehr geliefert bekommen, dann sind wir armen Mitteleuropäer halt fertig und können in „Hunger und Blöße“ uns aufs letzte Stündlein vorbereiten. Daß dieses Stündlein mit Kurierzuggeschwindigkeit naht, wird dann durch einen Wust von Zahlen nachgewiesen.

Diese Zahlen nachzuprüfen lohnt nicht, aus dem einfachen Grunde, weil die ganze Spekulation in der Luft hängt. Ebenso wenig wie es innerhalb des kapitalistischen Staates isolierte Bauernwirtschaften gibt, die „füttern, wen sie wollen“, ebensowenig können einzelne Länder sich in der kapitalistischen Welt isolieren. Wenn Hildebrand sich die Mühe gäbe, statt mit Zahlen zu jonglieren, die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen zu lernen, käme er vielleicht auch noch dahinter, daß bisher stets die kapitalistische Entwicklung eines Staates dazu führte, diesen Staat um so mehr von dem gesamten Getriebe des kapitalistischen Weltmarktes abhängig zu machen, daß dabei diese Zusammenhänge nicht etwa zufällig sind, sondern mit Notwendigkeit sich aus den kapitalistischen Grundlagen ergeben. Ferner dürfte es ihm bei einigem Nachdenken vielleicht auch klar werden, daß die Bevölkerung jener Agrarstaaten in dem Maße, in dem sie in das kapitalistische Getriebe hineingezogen wird, genau so wie die Bevölkerung des alten Europa, von Klassenkämpfen erfasst wird, daß das Proletariat dieser Länder lawinenartig wächst und ebenso im Sozialismus den Ausweg suchen muß.

Warum es ihm nötig schien, von neuem Amerika zu entdecken, warum er nicht auf den sehr einfachen Gedanken kam, daß den Schöpfern des wissenschaftlichen Sozialismus die Tatsache der kapitalistischen Entwicklung in den Ländern der außereuropäischen Welt doch auch einigermaßen bekannt war und bei der Entwicklung ihres Programms in Anschlag gebracht wurde, das mögen die Götter wissen. Uns interessiert es indessen herzlich wenig.

Doß ganz und gar brauchen wir schließlich noch nicht zu bezweifeln aus Angst vor „Hunger und Blöße“, denn Gerhard Hildebrand hat schon ein Rezept fertig, dem alten Europa noch für einige Zeit auf die Socken zu helfen. Das Mittel ist genant: man gründe die Vereinigten Staaten von Westeuropa! Warum Westeuropa und nicht gleich ganz Europa? Warum soll nicht auch Amerika von der Partei sein? Wir wissen es nicht. Wahrscheinlich hat Hildebrand die Russen und die Amerikaner nicht gern, und es paßt ihm besser so. Ein Genie darf alles. Diese Vereinigten Staaten von Westeuropa würden also ein Gebiet darstellen, das man hübsch mit Zollschranken umgeben kann, besonders würde Hildebrand keine Bedenken tragen, einen wirksamen Agrarsteuergesetz als unbedingte Notwendigkeit zu fordern.“ Neu ist das gerade nicht, denn das anmutige Spiel mit den Vereinigten Staaten von Europa haben schon andere mit mehr Wiß betrieben, zum Beispiel der Marxvernichter Julius Wolff. Nur weiß man nicht, warum wir Weltbürger von heute uns nach dem europäischen Reich sehnen sollen und was wir dabei gewinnen. Zumal in diesem Reich vielleicht für das nötige Futter gesorgt wäre, aber sicher nicht für den Bedarf an Kleidungsrohstoffen — Baumwolle, Wolle, Leder —, vor dessen Mangel Hildebrand uns in den früheren Kapiteln ganz besonders gruseln machte.

Man könnte das Buch als einen höchst überflüssigen Verbrauch an Papier und Druckerwärme absehzudend beiseite legen, wenn nicht der Verfasser die Narotte gehabt hätte, vor ein paar Jahren von den Nationalsozialen zur Sozialdemokratie hinüberzuzuwandeln und sich auch jetzt noch als Sozialdemokrat zu gerieren. Das hat zur Folge, daß seine agrarischen und schutzzöllnerischen Anschauungen als die eines Sozialdemokraten zitiert und von den Gegnern uns entgegengehalten werden. Dagegen läßt sich freilich nichts tun, außer dem einen, daß man mit aller Deutlichkeit konstatiert: das Buch dieses angeblichen Sozialdemokraten enthält auch nicht die Spur sozialdemokratischen Geistes.

J. Karstl.

Wir danken Ihnen

für das grosse Interesse, das Sie an der

Eröffnung

unsres neuen

Damen-Konfektions-Hauses

durch einen so regen Besuch gezeigt haben.

Wir hoffen, dass es Ihnen

bei uns gefallen hat!

In siebzig Jahren, seit der Gründung unserer Firma haben wir die Erfahrung gemacht, dass zufriedengestellte Kunden stets unsere beste Reklame gewesen sind.

Wir werden uns bemühen, auch Sie durch

Solide Ware

Billige Preise

Kulante Bedienung

und Garantie-Leistung zufrieden zu stellen.

C. & A. Brenninkmeyer

Berlin C., König-Strasse 33. Am Alexander-Platz



Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Stralauer Viertel.
Bezirk 851b, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tabakarbeiter
Georg Scherlach
Kopernikusstr. 20, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 20. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
216/18

Sozialdemokrat. Wahlverein Steglitz.
Am Donnerstag, den 16. März, starb im Alter von 27 Jahren unser treuer Genosse, der Maler
Max Fenzke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Steglitzer Gemeinde-Friedhof.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
202/7

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim Bezirk Waidmannslust.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Wilhelm Scharf
Waidmannslust
am 15. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ubars aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.
238/8

Deutscher Tabakarbeiter - Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zigarettenarbeiter
Georg Scherlach
am 17. März im Alter von 84 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 20. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
187/5

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Max Fenzke
am 17. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Steglitz statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.
128/15

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk V.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Rudolf Krüger
am Freitag, den 17. März, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Schleichstraße 6 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
254/8

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am Freitag, den 10. März, verstarb unser Genosse, der Bucher
Heinrich Klimpel
Stargarder Straße 62.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen - Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
226/5

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Wilhelm Jacob
am 16. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Gemeinde-Friedhofes, Roldestraße, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kleiderarbeiter
Karl Lützmann
am 16. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jakob-Kirchhofes, Altdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.
66/20

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Hierdurch die traurige Mitteilung, daß der Kollege
Rudolf Behrens
(Bezirk Schönhauser Vorstadt) im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Am Donnerstag, den 16. d. M., verstarb nach schweren Leiden unser Kollege, der Buchbinder
Fritz Reinecke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Friedhofes aus statt.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß mir am 17. März, morgens 8 Uhr, meine liebe Frau
Marie geb. Hiebel
nach schwerem Leiden im 60. Lebensjahre verstorben ist.
Eduard Rosmus, Rentant.
Die Beerdigung findet Montag, den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Karlshorner Friedhofes (80 Minuten vom Bahndorf Karlshorn) aus statt.
Am Freitag, den 17. d. Mts., erlitt ein sanfter, aber meine innig geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Tante
Frau Emma Grundmann geb. Hartmann
nach langen, schweren Leiden.
Dies geht tiefbetriibt an Robert Grundmann nebst Kind.
Die Beerdigung findet am Montag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinholdstr. aus statt.
Dankeagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Sohnes, Vaters, Bruders und Schwagers,
Wilhelm Jentsch
(sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem verehrten Ehe-, Weiber und Kollegen der Firma D. Sutter und den Genossen des 6. Wahlkreises meinen innigsten Dank.
Ehrliche
Minna Jentsch
nebst Kindern und Schwägerinnen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Section der Bucher.
Den Mitgliedern sowie dem Gesangsverein der Bucher zur Nachricht, daß unser Mitglied
Heinrich Klimpel
im Alter von 57 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtl. Verwaltung.
137/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Paul Dehnst
am 16. März an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Groß-Lichterfelder Gemeinde-Friedhofes in Groß-Lichterfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.
118/30

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 17. März, der Kollege, Glasfensterarbeiter
Julius Vierath
(Wagenhofer, Wdt. II) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Montag, den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Embdenstr. 64, und nach dem Reformations-Kirchhof in der Jungfernhöhe am Widensee.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.
42/10

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn
Willi Franke
am 16. März nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist.
Joseph Franke nebst Frau, Bahstraße 19. 779b
Die Beerdigung findet am Montag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes (Secstraße, Widensee) aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Friedrich Reinecke
am Donnerstag, den 16. März, verstorben ist.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Golgatha-Friedhof, N. Dorfstraße statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht
Die Ortsverwaltung.
23/18

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

KOSTUMWOCHE
3000 Kostüme
in den mannigfaltigsten Ausführungen, einfache, mittlere, hochvornehme Genres, blau und grau Kamugarn mit Seidentresse u. Satin, auf reinseidenen Füllstoffen gefüttert, ferner gestreift, Harren- u. echt englische Stoffe auf Tailor-made-Form gearbeitet in den Preislagen 15.- 25.- 30.- 50.- 72.- für diese Woche sonnt. 22. - bis 25.

WESTMANN
Mohren-Strasse 37a (nahe Jerusalem Strasse)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreas-Strasse)
Sonntag geöffnet 9-10, 12-3 Uhr.

Ulster, Frauenmäntel, Gesellschaftskleider, Röcke, Blusen
ungeheure Auswahl
z. T. schon von 6.- M. an (Blusen u. Röcke)
z. T. schon von 10.- M. an (Ulster)
z. T. schon von 18.- M. an (Gesellschaftskleider und Frauenmäntel)

60 St. Plüschmäntel
bis 100 cm lang (auch kürzer)
zu 30.- 35.- 50.- 112.-
sonst 70.-, 80.-, 110.-, 140.-, 180.-

+ Magerkeit +
schwindet durch Haupe's Nährpulver „Thlossia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 3 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haupe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Elefant-Apoth., Leipzigerstr. 74, Weissenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 8, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1 Spandau: Potsdamerstr. 40. Best.: Pfl. Eiw. Haemogl. Lecith. Danm. N. -tronach. Sac. Zucker.

Abessiner-Brunnen
zum Selbstausströmen für 3 m Tiefe (von 12 R. an): Hochpumpen, Garten- und Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Musterpreislisten gratis, Koblenz & Co., Pump.-Fb. Berlin N., Reinickendorferstr. 95

Telegramm-Adresse: Goldonkel-Berlin.

Das schönste Geschenk zur Einsegnung
für die jungen Damen und Herren ist und bleibt ein Schmuckgegenstand. Sei es eine Uhr, eine Brosche, ein Ring, ein Ohrring, ein Kettchen, ein Halsband, ein Gürtel, ein Schmuckstück etc., was immer das Herz der jungen Welt damit erfreuen will, Richard Bonneck unterbietet nun ein solches Schmuck- und Juwelien-Lager und bietet Sie höchst zur Befriedigung der verschiedensten Wünsche, auch ohne Kaufmann, ein.

Silberne Uhren für Knaben von 6.50 an.
Goldene Damenuhren 12.50 M. an.
Richard Bonneck besitzt, wie doch überall bekannt, ausser seinem kolossal. Warenlager eigene, mit seiner persönl. Leitung stehende Uhren- u. Goldwaren-Reparaturwerkstätten, eingerichtet mit Abhol- und Einbringern der Reparaturen in Berlin und den Provinzen durch eigene Werkstätten.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für Trauringe
Günstige Trauringe, (solmal oder breit, leicht oder schwer, in allen Größen für u. fertig zum Verschrauben. Goldschmiedekunstleistung.

Fugenlos.
Mit einem Stiel geschaltet, ohne Vorzug.

1 Ring 1. Duf. 900 gest. 5 mm breit	10.-
1 " " " " " " " " " " " "	12.-
1 " " " " " " " " " " " "	15.-
1 " " " " " " " " " " " "	18.-
1 " " " " " " " " " " " "	20.-
1 " " " " " " " " " " " "	22.-
1 " " " " " " " " " " " "	25.-
1 " " " " " " " " " " " "	28.-
1 " " " " " " " " " " " "	30.-
1 " " " " " " " " " " " "	32.-
1 " " " " " " " " " " " "	35.-
1 " " " " " " " " " " " "	38.-
1 " " " " " " " " " " " "	40.-
1 " " " " " " " " " " " "	42.-
1 " " " " " " " " " " " "	45.-
1 " " " " " " " " " " " "	48.-
1 " " " " " " " " " " " "	50.-
1 " " " " " " " " " " " "	52.-
1 " " " " " " " " " " " "	55.-
1 " " " " " " " " " " " "	58.-
1 " " " " " " " " " " " "	60.-
1 " " " " " " " " " " " "	62.-
1 " " " " " " " " " " " "	65.-
1 " " " " " " " " " " " "	68.-
1 " " " " " " " " " " " "	70.-
1 " " " " " " " " " " " "	72.-
1 " " " " " " " " " " " "	75.-
1 " " " " " " " " " " " "	78.-
1 " " " " " " " " " " " "	80.-
1 " " " " " " " " " " " "	82.-
1 " " " " " " " " " " " "	85.-
1 " " " " " " " " " " " "	88.-
1 " " " " " " " " " " " "	90.-
1 " " " " " " " " " " " "	92.-
1 " " " " " " " " " " " "	95.-
1 " " " " " " " " " " " "	98.-
1 " " " " " " " " " " " "	100.-

Silberne Trauringe, 800 gelbstempelt, am Tage der Abnahme schließt zu tragen. Stiel 1.00.
Namen und Initialen punzieren gratis. Namen und Datum gravieren 0.25.
Verband nach Wunsch gegen Nachnahme oder nachträgliche Einzahlung des Bestrages. Größtmöglicht sofort - Güte extra 50 Pf.

Trauringe
mit Inwechsell.
„Du bist mein, ich bin dein.“
„Mit Willen dein Eigen.“
Alle Einzelnen auf Lager. Preis 30.- 25 Pf.

Richard Bonneck,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Hauptgeschäft: Schönhauser Allee 45.
Filiale: Landsberger Allee 41.
Borgiger dieser Annonce erhält 5 Proz. Rabatt, Dubletten-Ringe ausgeschlossen.

Zeun & Ellrich
Berlin N. 31, 151 Brunnenstr. 151
offizieller
Roh-Tabake
verpackt und unverpackt, zu billigen Preisen, z. B.:
Java-Blatt, verpackt, 1.50
= Versand gegen Nachnahme =

Wir haben heute eine Poliklinik für Frauen in der Alexander-Str. 3 eröffnet. Sprechst. wochentags 11-12 Uhr.
Dr. med. Martha Egenzinski.
Dr. med. Hermine Eschholz.
Dr. med. Grete Ehrenberg.
Berlin, 8. März 1911.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Es geht jede Dame an!
Ehe Sie Ihre Frühjahrsletzte einkaufen, beschäftigen Sie in Ihrem eigenen Interesse unsere reichhaltigen Sortimente. Sie finden nirgends schönere und schickere Sachen, die Preise nirgends billiger.

Neueste Frühjahrs-Paletots kleidsame Fassons	von 3 90 an
Prachtvolle Kostüme engl. u. marine Stoffe	von 13 50 an
Schwarze Tuchpaletots für Frauen, alle Weiten	von 9 50 an
Kostümröcke marine und hell, alle Weiten	von 2 75 an
Entzückende, garnierte Kleider Wolle	von 16 50 an
Reizende Blusen Kimonoform	von 1 50 an

Unsere totschicken Frühjahrschüte erregen allgemeines Aufsehen

H. Greifenhagen Nachf.
17-18 Brunnen-Strasse 17-18

Möbel-Fabrik Lager
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen.
Kühnke & Thomas, Tischlermeister
Bernauer Straße 79.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft.

Frühjahrs-Neuheiten
fertig und nach Maß.
Schlecke Ulster . von 25 M. an
Sakkoanzüge . . . 20 " "
Gehrockanzüge . . . 35 " "
Als Spezialität empfehlen wir: 30/18 Anzug nach Maß . . . 50 M. Palotol " " " " . . . 50 "

Versandhaus Germania
Unter den Linden 21.

